Donnerstag, 19. Juni 1986 - D ***

DIE WELT

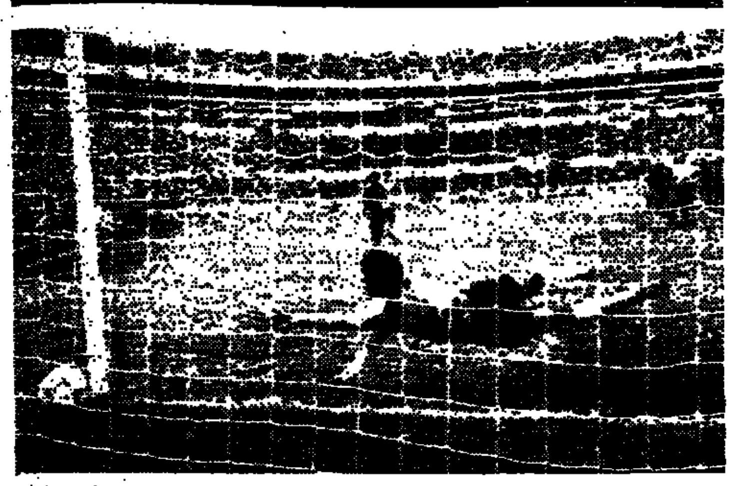
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 139 - 25.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

MEXICO86



Das goldene Tor

In acht Qualifikationsspielen und drei Vorrundenspielen hatte Marokkos Torwart Badou Zaki nur zwei Tore kassiert. Auch gegen Deutschland wurde er nur einmal bezwungen: Von Lothar Matthäus, der seine Mannschaft mit einem 22-m-Freistoß vor der Verlängerung bewahrte. Die deutsche Elf trifft am Samstag auf Mexiko. (S.9)

Rücktritt: Aus Verärgerung über die Nicht-Nominierung im Spiel gegen Marokko kündigte Torwart Stein seinen Rücktritt an. Er fliegt möglicherweise vorzeitig heim.

Italien: Nach dem Scheitern im Achtelfinale herrscht beim Weltmeister von 1982 Umbruchstimmung. Mittelstürmer Altobelli gab seinen Rücktritt bekannt.

POLITIK

Polen: Papst Johannes Paul II. hat der politischen Häftlinge in Polen gedacht und alle Gläubigen zum Gebet dafür aufgerufen, daß „unsere Heimat menschenwürdiger wird". In seiner Generalaudienz forderte er, die Polen sollten in „Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden" leben können.

Abfall: Drastisch verschärft hat der Bundestag die Abfallgesetze. Damit wird der Verwertung von Abfällen Vorrang vor der Beseitigung eingeräumt. Die Regierung kann steuernd eingreifen, wenn freiwillige Absprachen mit der Wirtschaft in bestimmten Fristen nicht eingehalten werden. (S. 12)

Berlin: Ein Unbekannter hat im Stadtteil Frohnau mit seinem Wagen die Mauer in Richtung Ostberlin durchbrochen. Er wurde von „DDR"-Grenzposten aus dem Auto geholt und abgeführt.

Neue Heimat: Der Untersuchungsausschuß des Bundestags hat sich konstituiert. Bundestagspräsident Jenninger mahnte, bei der Beweiserhebung stets die Geheimhaltung zu beachten.

Heute in der WELT

So marschiert die Bundeswehr ins Jahr 2000

Die Bundeswehr stellt die größte Landstreitmacht in Westeuropa. Schon in wenigen Jahren aber werden ihr Rekruten fehlen. Die Armee steht vor Zukunftsproblemen, wie sie sie noch nie erlebt hat. Eine WELT-Serie schildert die Planungen des Verteidigungsministeriums bis zum Jahr 2000. Seite 6

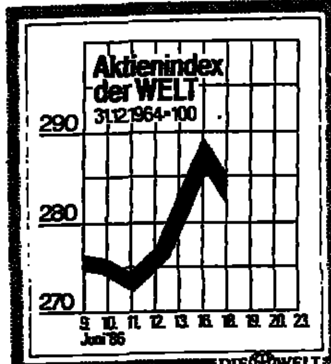
Malaria – tödliches Risiko

Die Malaria ist in vielen tropischen Ländern zu einem Gesundheitsrisiko für europäische Touristen geworden. In München starb jetzt ein Patient, der sich in Kenia infiziert hatte. Die Erreger bilden mehr und mehr Resistenz gegen die zur Zeit verfügbaren Medikamente aus. Seite 24

WIRTSCHAFT

Mexiko: Ein neuer Finanzminister soll das hochverschuldete Land aus der Krise führen. Der 58 Jahre alte Bankier Gustavo Petricioli ist beauftragt worden, in der Nachfolge von Jesus Silva Herzog „für die angemessene Durchführung der Finanzpolitik der Regierung" zu sorgen. (S. 13)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten wurde die Aufwärtsbewegung kräftig abgebremst. Am Rentenmarkt entwickelten sich öffentliche Anleihen uneinheitlich. WELT-Aktienindex 285,29 (289,14). BHF-Rentenindex 106,854 (106,873). BHF-Performance-Index 104,904 (104,893). Dollarmittelkurs 2,2290 (2,1949) Mark. Goldpreis je Feinunze 339,15 (336,75) Dollar.



KULTUR

Dezent: Der Titel „Eine demanzipierte Frau" täuscht. Der Film zeigt eine blutjunge Britin im Dienst der französischen Resistance, die sich in der Perspektivlosigkeit des Nachkriegs-London nicht mehr zurechtfindet. (S. 23)

Offen: Es war ein polyglottes Festival, das auf das Esperanto der Musik setzte, wobei der Bogen gut 800 Jahre, Klassisches und Populäres, umspannte. Israel-Festival: Auch „Schwanensee" vor der judäischen Wüste. (S. 23)

SPORT

Motorsport: Der Gesundheitszustand des Schweizer Rennfahrers Surer ist auch 18 Tage nach seinem Unfall bei der Hessen-Rallye unverändert kritisch. (S. 11)

Leichtathletik: Der aus Polen in die Bundesrepublik übergesiedelte Stabhochspringer Kozakiewicz hat mit 5,68 m einen neuen deutschen Rekord aufgestellt. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Jahn-Jünger: In der „königlichen Hasenheide", heute ein Volkspark, entstand in Berlin-Neukölln vor 175 Jahren der erste deutsche Turnplatz. Der jugendliche Revolutionär Friedrich Ludwig Jahn hatte Pate gestanden. (S. 24)

Blauer Dunst: Italiens Gesundheitsminister Costante Degan will Rauchverbot in öffentlichen Lokalitäten durchsetzen. Doch hat der Staat weitgehend das Produktions- und ausschließlich das Verkaufsmonopol für Tabak. (S. 24)

Tschernobyl und Europa zwingen zu Ausgabensperre

Stoltenberg dringt auf Einsparungen von mindestens einer Milliarde Mark

ARNULF GOSCH, Bonn

Angesichts rückläufiger Steuereinnahmen und unvorhergesehener Mehrausgaben hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) die Notbremse gezogen. Der Minister unterrichtete das Bundeskabinett gestern davon, daß er wegen „erheblicher unabweisbarer Mehrausgaben" eine Ausgabensperre für das laufende Haushaltsjahr verfügt hat, durch die eine Einsparung von mindestens einer Milliarde Mark erreicht werden soll.

Wie Stoltenbergs Sprecher, Karl-Heinz von den Driesch, vor der Bundespressekonferenz mitteilte, werden von dieser Sperre nach Paragraph 41 Bundeshaushaltsordnung alle Ministerien gleichmäßig betroffen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben werden in Höhe von zwei Prozent und die Zuweisungen und Zuschüsse, die nicht durch gesetzliche oder internationale Verpflichtungen gebunden sind, in Höhe von acht Prozent gesperrt. Investitionsausgaben sollen von dieser Ausgabensperre allerdings nicht erfaßt werden.

Die sogenannten sächlichen Verwaltungsausgaben (wozu auch die Aufwendungen für Bleistifte und Radiergummi zählen) belaufen sich auf 11,13 Milliarden Mark, die Zuweisungen und Zuschüsse insgesamt auf 128 Milliarden Mark. Hiervon sind aber rund 90 Prozent „gebunden", so daß zwölf Milliarden Mark für die achtprozentige Sperre übrig bleiben.

Wie der Sprecher weiter betonte, soll mit der angestrebten Milliarden-Einsparung sichergestellt werden, daß das diesjährige Ausgabensoll des Bundes in Höhe von 263,5 Milliarden Mark mit Sicherheit eingehalten werden kann. Dies war aufgrund der unabweisbaren Mehrbelastungen insbesondere im agrarsozialen Bereich und wegen der finanziellen Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl in Frage gestellt. Immerhin machen diese Mehrausgaben jeweils rund eine halbe Milliarde Mark aus.

Die Einzelheiten der Sperre sollen durch gesondertes Haushaltsführungs-Rundschreiben geregelt werden. Unterrichtete Kreise rechnen damit, daß dieses Rundschreiben in 14 Tagen herausgeht. Die Aktion sei relativ kurzfristig vorbereitet worden.

Sowohl von den Driesch als auch Regierungssprecher Friedhelm Ost hoben hervor, daß mit der Entscheidung von Bundesfinanzminister Stoltenberg die Grundlinie der Haushaltspolitik dieser Bundesregierung, die Steigerungsrate der Ausgaben in engen Grenzen zu halten, unterstrichen werde. Ein Nachtragshaushalt sei für 1986 nicht erforderlich.

Die verfügten Haushaltskürzungen werden zunächst global vorgenommen. Der Bundesfinanzminister kann Ausnahmen machen und kann gesperrte Mittel wieder „entsperren", falls sich die Einnahmen- und Ausgabensituation im Verlauf der Zeit günstiger darstellt, als ursprünglich angenommen.

Wie verlautet, sind die Steuereinnahmen von Januar bis Mai dieses Jahres lediglich um 1,9 Prozent gestiegen. In der Jahresprojektion war dagegen mit 2,7 Prozent gerechnet worden. Nach jüngsten Schätzungen gilt es als nicht ausgeschlossen, daß die Einnahmen des Bundes in diesem Haushaltsjahr um 400 Millionen Mark unter dem geplanten Soll bleiben könnten.

DER KOMMENTAR

Ermahnung

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Allenfalls auf den ersten Blick paßt das Bild von der Notbremse zu dem, was Bundesfinanzminister Stoltenberg jetzt verfügt hat. Die Haushaltssperre, mit der rund eine Milliarde Mark eingespart werden soll, signalisiert keine Notlage, ist aber ein Signal. Es wurde bereits mehrfach gegeben, so in den Jahren 1974, 1980 und 1981.

Eher ist es eine Ermahnung, die Finanzpolitik möge wieder auf den Pfad der Tugend zurückfinden, den sie zeitweilig zu verlassen drohte. So hatte Stoltenbergs Image als Konsolidierungs-Minister Kratzer bekommen. Zu bereitwillig, so schien es, hatte er – nicht erst in diesem Jahr – den Forderungen aus der Landwirtschaft nachgegeben. Auch in der Zeit des niedersächsischen Wahlkampfes fiel manches wohl üppiger aus, als es einem sparsamen Hausvater zukommt. Dabei mag jede Maßnahme für sich sogar sinnvoll sein – von den Bauern bis zu den „Trümmerfrauen". Das finanzpolitische Problem entsteht durch die Bündelung. Es wurde auch noch dadurch verschärft, daß – und wer kann dagegen nur ein Wort sagen? – wegen der Preisstabilität die Steuereinnahmen hinter den Planansätzen zurückblieben.

Stoltenberg hat gehandelt, um die Verschuldung im Griff zu behalten und um den Anstieg der Ausgaben auf das vorgesehene Maß zu drücken. Dies ist mehr als Image-Politur. Es schafft das notwendige Vertrauen, ohne das die Wirtschaft nicht läuft, das Vertrauen in eine sparsame Ausgabenpolitik. Das ist ein entscheidender „Produktionsfaktor".

Sicher, Gerhard Stoltenberg hätte die Entwicklung laufen lassen und auf höhere Steuereinnahmen hoffen können. Dann wäre er aber zum Jahresende um einen Nachtragshaushalt nicht herumgekommen. Damit zöge keine Regierung gern in den Wahlkampf. Mehr noch: Die Ausgaben hätten kaum noch beeinflußt werden können. Notwendig ist jedoch, die Rolle des Staates zu beschneiden, um mehr Spielraum für private Initiativen zu gewinnen. Die Ausgaben-Bremse ist eine wirksame Möglichkeit. Sie mahnt die Bürger, vor allem aber das Regierungslager.

Bereitschaft zur Gewalt schockiert Bonn

Kohl erinnert die SPD an früheren Grundkonsens / Arbeitsgruppe prüft Polizeitaktik

DIETHART GOOS, Bonn

Die Zahl von Demonstranten, die vor massiver Gewalt nicht zurückschrecken, ist in jüngster Zeit auf bis zu 3000 angewachsen. Das berichtete Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern im Bundeskabinett. Bisher war von etwa 500 die Rede. Die erhebliche Ausdehnung dieses Gewaltpotentials wird in direkten Zusammenhang mit den schweren Ausschreitungen von Kernkraftgegnern nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gebracht.

Unter Vorsitz des Bundeskanzlers beschäftigte sich das Kabinett ausführlich mit der Serie von Gewaltakten bei Anti-Kernkraft-Demonstrationen der vergangenen Wochen. Vor dem Kabinettssaal hatte das Innenministerium zahlreiche Waffen ausgestellt, die Polizisten in Brokdorf und Wackersdorf Demonstranten abgenommen hatten. Dazu gehörten Molotowcocktails, Stahlkugeln, Schleudern und zahlreiche Schlagwaffen. Regierungssprecher Ost sagte, das Kabinett sei von dieser Präsentation bedrückt und schockiert gewesen.

Auf Veranlassung von Bundeskanzler Kohl wird eine Arbeitsgruppe der zuständigen Bundesministerien kurzfristig untersuchen, wie den Gewalttätern Einhalt geboten werden kann. Die Fachleute sollen auch eine

SEITE 4:
Bekenntnis zu Gewaltaktionen

breite Information der Öffentlichkeit über das ganze Ausmaß der Gewalttätigkeiten vorbereiten. Die Arbeitsgruppe soll sowohl die rechtliche Problematik wie auch Fragen der Polizeitaktik durchleuchten. Ost verwies darauf, daß diese dringlichen Themen nur gemeinsam mit den für Sicherheitsfragen zuständigen Ländern geregelt werden könnten. Der Bundeskanzler forderte die von der SPD regierten Bundesländer auf, zum früher geübten Grundkonsens in Fragen der inneren Sicherheit und der Abwehr von Gewalttätern zurückzukehren.

Bundesinnenminister Zimmermann sprach sich für eine Verstärkung und bessere materielle Ausrüstung der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes aus. Mit Finanzminister Stoltenberg vereinbarte er die Beschaffung von drei zusätzlichen Transporthubschraubern sowie Wasserwerfern, Sanitätsfahrzeugen und weiteren Beamtenstellen.

Zimmermann ließ keinen Zweifel, daß er weiterhin eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts mit Wiedereinfühung der Bestimmungen gegen Landfriedensbruch und ein strengeres Vermummungsverbot befürwortet. Außerdem müsse durch entsprechende Polizeitaktik erreicht werden, möglichst viele Gewalttäter zu stellen und Beweise zu sichern, die eine schnelle Aburteilung ermöglichen. Nach einer FDP-Fraktionssitzung signalisierte deren stellvertretender Vorsitzender Solms, die FDP sehe Gesetzesänderungen als überflüssig an und halte dafür eine effektivere Polizeitaktik für notwenig, um die Gewaltäter dingfest zu machen.

ÖVP-Chef favorisiert Große Koalition

Mock zur WELT: Die Probleme Österreichs rufen nach einer Politik der Gemeinsamkeit

cgs. Wien

Der Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Alois Mock, läßt in einem WELT-Interview starke Sympathien für eine Große Koalition in Wien nach der Parlamentswahl im nächsten Jahr erkennen. Zuvor werde die derzeitige Opposition zwar versuchen, eine Mehrheit zu erreichen, „die so stark wie möglich ist, um ein Maximum unserer Vorstellungen und damit einen Kurswechsel durchzusetzen". Aber die ÖVP wolle mit allen im Nationalrat vertretenen Gruppen sprechen, „natürlich mit dem stärksten Partner zuerst". Mock: „Dieses Land braucht eine breite Regierungsbasis."

Der ÖVP-Vorsitzende nannte die wirtschaftliche und soziale Stabilität Österreichs eine Voraussetzung für die politische Sicherheit. „Wir sind nicht Mitglied einer militärischen Allianz, wir wissen aber auch, daß wir alleine stehen, wenn es zu einem Konflikt kommen sollte. Alles das erfordert eine Politik des nationalen Selbstbewußtseins, die sich auf Leistung gründet." Im Grunde gehe es darum, fortzusetzen, was die Generation der vierziger und fünfziger Jahre erfolgreich zustande gebracht habe.

Mock räumte ein, daß eine große Koalition für die ÖVP auch Gefahren bedeute, daß vor allem die wirtschaftlichen Programmpunkte der Volkspartei von den Sozialisten in der Regierungszusammenarbeit verwässert werden könnten. Er zeigte sich zu-

SEITE 4:
Wortlaut des Interviews

gleich optimistisch, weil die Sozialisten aus der Not heraus – „denken Sie an die leeren Staatskassen" – auf Ideen der Volkspartei eingehen müßten, zum Beispiel auf die Forderung nach Privatisierung. „Sie nennen das etwas anders, sie sprechen von privatem Kapital, daß der verstaatlichten Industrie zugeführt werden kann. Es wird da ein Unterschied in Worten gemacht, um sich gegenüber dem eigenen ideologischen Kern abzuschirmen. Hier gibt es genügend Ansatzpunkte für Gemeinsamkeit." Es gehe darum, das Interesse der Republik über das eigene Machtinteresse zu stellen.

In dem WELT-Interview gab der ÖVP-Vorsitzende der neuen Regierung unter Bundeskanzler Franz Vranitzky den Charakter einer „Übergangsregierung, in der man durch neue Gesichter den Eindruck erwekken will, daß sich die Politik ändert." Vranitzky werde im Grunde die bisherige sozialistische Politik fortsetzen. Der SPÖ-Parteichef Fred Sinowatz, gab Mock zu bedenken, habe die Regierungsumbildung bereits als Wahlkampfbeginn aufgefaßt. Also sei offenbar gar nicht mehr die Absicht vorhanden, die Sachprobleme, „die gemessen an österreichischen Dimensionen großes Ausmaß haben", überhaupt noch zu lösen. Mock: „Unser Standpunkt ist: Entweder die Regierung arbeitet sechs Monate und es gibt im kommenden Jahr einen dreimonatigen Wahlkampf – oder man will den Wahlkampf sofort, dann sollte man aber auch sofort wählen."

Riesenhuber entläßt Beamten

A. G. Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber hat sich neun Tage vor einer entscheidenden Sitzung der Europäischen Weltraumagentur (ESA) überraschend von seinem Raumfahrt-Spitzenbeamten, Wolfgang Finke, getrennt. Der Ministerialdirektor wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die Gründe für Finkes Entlassung waren offensichtlich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten über deutsche Beteiligungen an Großprojekten der Raumfahrt.

Finke hätte am 25. und 26. Juni bei der Entscheidung der ESA über eine Europäisierung der von Frankreich gewünschten Entwicklung der Raumfähre „Hermes" die Bonner Position vertreten sollten. In dieser Frage hatte Finke offenbar andere Ansichten als der Bundesforschungsminister. Riesenhuber ernannte Ministerialdirigent Jan-Baldem Menniken zum neuen Leiter der Raumfahrt-Abteilung.

WELT-Service Studienplätze

P.F.R. Bonn

Für Studiengänge, die von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) vergeben werden, endet die Bewerbungsfrist am 15. Juli. Die Dortmunder Behörde bleibt an diesem Tag bis Mitternacht geöffnet, da viele persönlichen Rat benötigen. Kein Grund, wegen Zweifelsfragen bis zum letzten Augenblick zu warten. Der ZVS-Chef, Henning Berlin, gibt mit seinem Team am kommenden Freitag zwischen 15 und 17 Uhr als Gast der WELT telefonische Auskunft, vor allem zum neuen Zulassungsverfahren in den medizinischen Fächern. Auch wer die Unterlagen schon abgesandt hat, kann jetzt noch Fehler beheben. Unter der Bonner Vorwahl (02 28) sind zehn Sonderleitungen geschaltet:

37 41 55, 37 41 22, 37 39 63, 37 38 99, 37 33 80, 37 59 79, 37 56 85, 37 50 90, 37 49 56 und 37 47 18.

Kabul gibt Mißerfolge zu

DW. Islamabad

Der afghanische Ministerpräsident Ali Kesthmand hat eingestanden, daß es den afghanischen und sowjetischen Armee-Einheiten bisher nicht gelungen ist, dem Einzug „revolutionsfeindlicher Aktivitäten" von Pakistan aus nach Afghanistan Einhalt zu gebieten. Er sprach sich für eine verstärkte Verteidigungskapazität aus, um der „Konterrevolution" ein Ende zu bereiten. Die derzeit bestehenden Einheiten sollten besser eingesetzt werden. Er kritisierte außerdem die mangelnde Anpassungsfähigkeit der afghanischen Armee gegenüber der Kampfweise der Widerstandskämpfer.

Afghanische Mudschahedin haben in den vergangenen Wochen bei Angriffen auf sowjetische und afghanische Militärstützpunkte im Süden und Westen des Landes mehrere Dutzend Soldaten getötet und zahlreiche Flugzeuge zerstört.

Seite 7: Nadschibullahs Wert

Enttäuschung bei den Vertriebenen

DW. Bonn

Die Rede des früheren Bundespräsidenten Scheel zum 17. Juni ist vom Bund der Vertriebenen (BdV) und in Teilen der CDU/CSU distanziert aufgenommen worden. BdV-Präsident Czaja erklärte, die Hauptsorge der Vertriebenen gelte weiterhin Deutschland. Es müsse die Aufgabe aktueller Politik bleiben, „für den Abbau der Teilung Europas und Deutschlands zu wirken", sagte der BdV-Präsident.

Seite 2: Von der Einheit reden
Seite 4: Rede-Auszüge

In Hannover zügige Verhandlungen

mj, Hannover

Die Verhandlungen zur Bildung einer niedersächsischen Regierungskoalition aus CDU und FDP sollen Mitte nächster Woche abgeschlossen werden. Darauf haben sich die Verhandlungspartner bei einem ersten informellen Gedankenaustausch geeinigt. Die Freien Demokraten haben Ansprüche auf zwei Ministerposten im neuen Kabinett in Hannover angemeldet – vor allem auf das Ressort Wirtschaft. Ministerpräsident Albrecht soll bereit sein, darauf einzugehen.

Späths Pläne gescheitert

DW. Stuttgart

Die Pläne des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, die vier Banken in Baden-Württemberg zu einer großen Landesbank zusammenzuschließen, sind endgültig gescheitert. Der vom Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) geführte Verwaltungsrat der Landesgirokasse sprach sich am Dienstag abend mit großer Mehrheit gegen den Zusammenschluß aus.

Seite 13: Viererfusion geplatzt

London lehnt Sanktionen ab

DW. Kapstadt

Mindestens 2000 Menschen sind im Zusammenhang mit dem in der vergangenen Woche verhängten Ausnahmezustand in Südafrika verhaftet worden. Die Sorge über eine Radikalisierung nimmt zu: Die einzige Finanztageszeitung warnte jetzt vor der Gefahr einer Militärdiktatur. Das britische Unterhaus lehnte die von der Labour-Opposition geforderten Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria ab.

Seite 2: Band mit Südafrika
Seite 7: Abgelehnt

Lager für Strahlenopfer

DW. Kiew

Im Gebiet zwischen Tschernigow (Ukraine) und Gomel (Weißrußland) wurden in den vergangenen Wochen offenbar zwei Lager für Strahlengeschädigte aus der Region um Tschernobyl eingerichtet. Wie die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" erfuhr, befinden sich in jeder dieser Stätten zwischen 2000 und 3000 Menschen. Über den genauen Zweck dieser Lager – Isolation oder medizinische Spezialbehandlung – wurde nichts weiteres bekannt.

WELT-Report Portugal

DW. Bonn

Portugal wirbt verstärkt um Investitionen. In einem Interview im heutigen WELT-Report „Portugal" erklärte der portugiesische Industrieminister, Santos Martins, sein Land sei für Unternehmen in Europa der geeignetste Standort. Der Beitritt Portugals zur EG habe auch die Wachstumschancen des Exports entscheidend vergrößert. Die Industriepolitik, die Landwirtschaft und die Entwicklung im Tourismus sind weitere Report-Themen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rätselnde Raufsteiger

Von Peter Gillies

Wenn die SPD das mittelständisch-bürgerliche Lager an seiner breitesten Stelle ins Visier nimmt, folgt sie damit nicht nur ihrer Nach-Godesberg-Tradition, sondern auch der Logik einer Volkspartei. Vor der proletarischen Ballonmütze zieht, wenn überhaupt, nur eine Minderheit den Hut. Bei der Zielgruppen-Definition stoßen die Strategen unvermeidlich auf eine erregende Kunstfigur: den Aufsteiger.

Um diesen Aufsteiger will nun auch Johannes Rau kämpfen. Was zeichnet diese Gruppe, auf die Wahlstrategen so begehrlich blicken, aus? Vor allem treibt sie gesunde Strebsamkeit an, die sie das Stechuhrendenken vergessen läßt und ermuntert, etwas mehr zu tun als andere. Sie will vorwärtskommen, hungert nach Bildung und Fortbildung, baut auf Eigeninitiative und mißtraut dem Amtsschimmel, scheut Gängelung und Bevormundung, glaubt an individuelle Kreativität statt an anonyme Kollektive. Welche Attraktivität vermag diese Gruppe dem SPD-Programm abzugewinnen?

Aufsteiger sind „realen Utopien" durchaus zugänglich, aber so wie sie leistungsbereit sind, fordern sie selbstbewußt, daß sich ihr Engagement auch lohnen muß. Die Sozialdemokraten lassen politisch wie programmatisch jedoch keine Gelegenheit aus, genau diese Gruppe abzuschrecken. Bei ihnen kommt der Sozialstaat primär in seiner Verteilungs-, kaum in seiner Leistungsfunktion vor. Der Markt, auf dem sich Aufsteiger profilieren können, rangiert nach staatlichem Handeln. Mehr Staat, mehr Bevormundung und die herabsetzende Kennzeichnung der Leistungs- als Ellenbogen-Gesellschaft werden sie schwerlich in Scharen zur SPD treiben. Wie hilfreich bei einschlägiger Werbung um die Individuell-Kreativen dürfte denn die Ankündigung sein, man müsse kräftig die Steuern für die sogenannten Besserverdienenden erhöhen?

Wie Aufsteiger zu packen wären, ist bei der SPD eigentlich nicht zu erkennen, zumal sie rot-grüne Kumpanei vermuten müssen, was darauf hinausliefe, nicht Leistung zu prämieren, sondern Zurücklehnen in den fürsorgenden Sozialstaat. So rätseln die „Raufsteiger", womit Rau sie wohl noch überrascht.

Der deutsche Rückmarsch

Von Paul F. Reitze

Auf dem Atlas der deutschen Sprache gibt es überraschende Eintragungen. Preisfrage: Wo lernen die meisten Schüler das Idiom Goethes? Antwort: In der Sowjetunion. Der Indonesien-Reisende stößt auf Regionen, in denen er fast besser mit Deutsch als mit Englisch zurechtkommt. Positive Entwicklungen sind auch im ehemals französischen Afrika zu verzeichnen, weil die Kolonialherren die Sprache des „Erbfeindes" *großzügig* unterrichteten und jetzt infolgedessen in stattlicher Anzahl einheimische Lehrer zur Verfügung stehen.

Aber das vermeintlich strahlende Bild weist immer mehr blinde Flecken auf. Weltweit befindet sich Deutsch auf dem Rückmarsch, vor allem in der EG und in den USA. Im Staat New York hat sich neuerdings, hinter Spanisch und Fanzösisch, auf Platz drei das Italienische vorgeschoben. Um so notwendiger ist es, daß die Bundesregierung für eine Besserung der Lage Millionenbeträge bereitgestellt hat.

Die Anhörung vor dem Auswärtigen Bundestags-Ausschuß hat viel an Zustimmung gebracht, wenn auch über den besten Weg gestritten wurde. Unerläßlich ist es freilich, daß auch die Deutschen, nicht nur ihre Regierung, die Verbreitung der Muttersprache draußen in der Welt ernster nehmen.

Die Firmen, die von einheimischen Mitarbeitern in Auslandsfilialen Deutsch erwarten (für Franzosen eine Selbstverständlichkeit), sind nicht zahlreich. Mancher bundesrepublikanische Wissenschaftler fühlt sich erst so richtig wohl, wenn er in fremden Zungen parlieren darf. Und die Lufthansa? Auf dem Flug zwischen Alaska und Japan gibt es Filme lediglich mit englischem und japanischem Ton. Dies alles ist, aufs ganze gesehen, einfach töricht.

Wer französisch spricht, kauft vielleicht auch französisch, lautet eine kulturpolitische Maxime unseres Nachbarn. Auch wenn sich die Richtigkeit der Devise nicht immer in Devisen niederschlägt – zumindest Freunde schafft die Kenntnis der eigenen Sprache. Ein geteiltes Land hat allen Grund, sich darum zu kümmern. Den Rückmarsch zu stoppen, wenigstens dazu sollte sich der Exportriese aufraffen können. Aber auch dies geht nicht ohne Offensive.

Band mit Südafrika

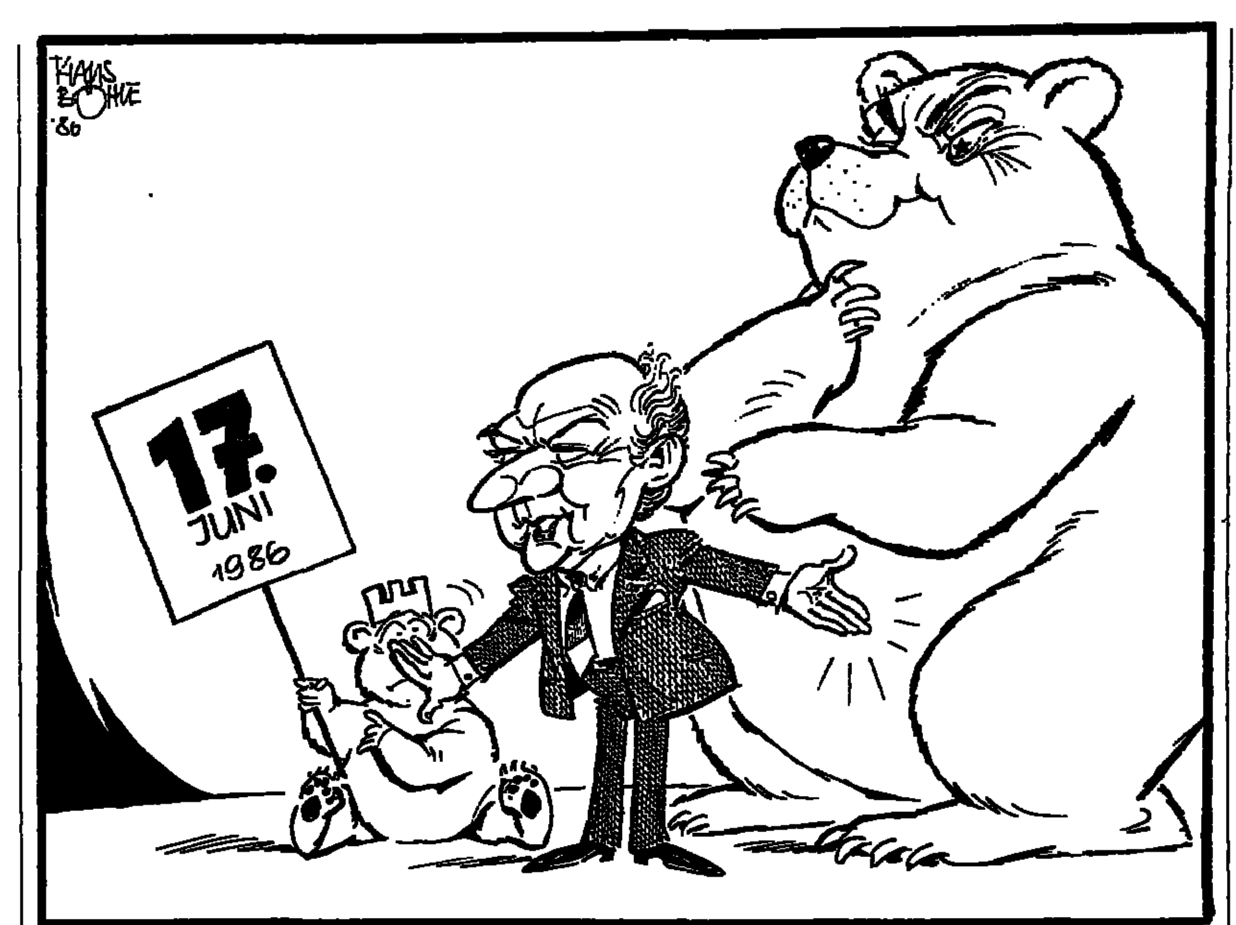
Von Reiner Gatermann

„Wir sind strikte Gegner der Apartheid, wir wollen aber nicht die Wirtschaft des Landes ruinieren." So stellt sich für die britische Regierung die Südafrika-Problematik dar. Zu Recht vertritt sie die Auffassung, daß von ihr allein verkündete Sanktionen wahrscheinlich keinerlei Effekt auf Pretorias Bereitschaft, der schwarzen Majorität größere Rechte einzuräumen, haben werden. Deswegen sucht sie nach einer internationalen Aktion. Es ist fraglich, ob sie zustande kommt. Zu divergierend sind die Interessen der verschiedenen Länder.

Unter ihnen nimmt zudem Großbritannien eine Sonderstellung ein, die es verständlich macht, warum Premierministerin Thatcher nicht der Aufforderung der Opposition und nun auch einer Gruppe in ihrer eigenen Partei folgt, die Blockade über Südafrika zu verhängen. Die britische Wirtschaft ist der größte Investor in Südafrika, und Pretoria ist einer der wichtigsten Handelspartner; rund 120 000 britische Arbeitsplätze sind direkt von ihm abhängig. Dies könnte man noch als rein kapitalistisches Denken abstempeln, das hinter der moralischen Verpflichtung, der Apartheidspolitik Südafrikas ein Ende zu bereiten, zurückstehen müsse.

Für London gibt es jedoch noch ein weiteres Problem, mit dem es unter den Staaten, die in der Lage wären, effektiv Druck auf die Botha-Regierung auszuüben, allein dasteht. In Südafrika leben etwa zwei Millionen gebürtige Briten, ungefähr 800 000 haben Anspruch auf Wohnrecht in Großbritannien. Was geschähe mit ihnen, falls das Land kollabieren würde? Und vor welche Schwierigkeiten würde dies London stellen?

Aber diese Situation ist, so meinen viele, inzwischen sowieso unausweichlich, mit oder ohne Wirtschaftssanktionen. Dem ist – noch – nicht so. Allerdings kann sie nur noch umgangen werden, wenn Pretoria größere Bereitschaft nicht nur zum Dialog mit der eigenen Bevölkerung zeigt, sondern auch mit seiner Umwelt. Botha hat noch eine kurze Frist, bis Anfang August, seinen Kurs zu ändern. Geschieht dies nicht, wird es auch Frau Thatcher kaum möglich sein, den Forderungen im Commonwealth und in der EG nach umfassenden Maßnahmen, die den Wirtschaftsbereich sicherlich nicht mehr ausschließen werden, zu widerstehen.



Bärendienst KLAUS BÖHLE

Von der Einheit reden

Von Enno v. Loewenstern

Überrascht sein durfte niemand darüber, wie Walter Scheel den Gedenktag des 17. Juni 1953 sacht umwandelte in einen Gedenktag des 26. April 1986, des Brandes von Tschernobyl. Scheel ist einer der Architekten des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 und der Nachfolgeverträge. Die Raison dieser Verträge war das Hintanstellen der Freiheits- und Menschenrechte zugunsten des Arrangements, aus dem „Erleichterungen" folgen sollten. Die Partei, deren Ehrenvorsitzender er ist, sucht aus der Kontinuität dieser Politik Vorteile zu gewinnen. Was kann man von ihm erwarten zu dem Tag, an dem das Arrangement aufgegeben und die Freiheit gefordert wurde?

Es sind seine Gefühle und die seiner Mitwirkenden von damals, die er ausdrückt mit der Frage: „Ist es sinnvoll, alte Schmerzen wieder aufzurühren?"; wenn er dem Ausland nachsagt, die deutsche Einheit in freier Selbstbestimmung für „eine Art deutschen Credos" ohne Bedeutung zu halten – in seinem Text steht statt Credo „Marotte". Er sollte die Ausländer aus dem Spiel lassen. Sie verdienen diese Unterstellung nicht. Die Amerikaner haben nicht nur in einer scharfen Kongreß-Resolution gegen die Mauer gezeigt, daß sie die Freiheit nicht für eine Marotte halten, sie zeigen es immer wieder in klaren Verurteilungen jeder Unterdrückung.

Dem stellt Scheel sein Dogma entgegen: die moralische Relativierung. „Was sollen wir noch von der deutschen Einheit reden?" fragt er, ostentativ für „viele"; „ist es nicht besser, Vereinbarungen mit der Regierung der DDR anzustreben, die es ermöglichen, daß mehr Jugendliche von dort uns hier besuchen können, oder Vereinbarungen, die das Besuchsalter von DDR-Bürgern heruntersetzen?" Wenn das die Alternative wäre, dann stünden wir in der Tat vor einer schweren Entscheidung. Aber wer sagt denn, daß das die Alternative ist?

Die Amerikaner, kompromißlos in ihrer Verurteilung des sowjetischen Terrors, die Japaner, kompromißlos in ihrer Forderung nach Herausgabe der Kurilen, haben Verträge mit den kommunistischen Staaten geschlossen; es ist Moskau, das die Chinesen umzustimmen sucht. Erleichterungen gibt es nicht für Wohlverhalten, sondern gegen Be-, wenn nicht Barzahlung; siehe den Vertrag, in dem Washington die Freilassung sowjetischer Juden gegen Handel durchsetzte. Eher stellt sich die Frage, ob nicht „viele" bei uns es einfach bequemer finden, der moralischen Konfrontation auszuweichen – der Konfrontation nicht primär mit dem Unrechtssystem als vielmehr mit sich selbst.

Die Art, wie Scheel, die Hand in der Hosentasche, vom „deutschen Credo" sprach, mündete zwingend ein in seine mehrfach wiederholte Deutung der „Menschenrechte, wie wir sie verstehen". Gibt es auch andere Menschenrechte? Scheel sagt von den Mitteldeutschen: „Wenn sie aber ihrem Staate irgendetwas *zugute halten, so ist es* doch sicherlich die Betonung und weitgehende Realisierung ihrer Art von sozialen Sicherungen". Sicherlich? Soziale Sicherungen haben wir auch, Scheel sollte die Höhe der Renten beiderseits der Mauer nachrechnen; aber wir haben deswegen keine Leibeigenschaft mit Bütteln, die jeden fliehenden glebae adscriptus niederschießen. Wenn „die Deutschen dort" sich bloß, wie Scheel sagt, „nicht sehr wohl fühlen", wenn sie dafür „ihre Art" von sozialen Sicherungen so großartig finden – wie kam es dann zu dem Aufstand vom 17. Juni?

Indem er diese Überlegung vermeidet, findet er den Weg in die allgemeine Relativierung. Das beginnt bei Karl Marx, „ein kluger Deutscher, dessen Gedankengebäude – im Gegensatz etwa zum Nationalsozialismus – in der Tradition des deutschen Humanismus steht." Marx habe „nur" den „Fehler" begangen, *die Arbeiterklasse* zum Träger eines Menschheitsideals zu machen. Also ist es nicht erlaubt, „der anderen Seite ein Wertesystem abzusprechen". Das sieht dann im Osten „die Menschenrechte ... entwickelt" seit 1953, seit „den Tagen Stalins und Berijas". Das entdeckt demgegenüber bei uns „kollektive Zwänge", warnt vor „auftrumpfender Rechthaberei" und folgert, „daß beide Seiten über ihre Position nachdenken müssen, um mit den Problemen der Zukunft fertigzuwerden".


Relativierung statt Recht und Freiheit: Scheel FOTO: DPA

So kann reden, wer das Gedankengebäude dieses angeblich klugen Deutschen nicht kennt. Marx' Fehler bestand nicht in einer Fehleinschätzung der Arbeiterklasse, sondern in einer falschen Sicht der Naturwissenschaft und einem daraus folgenden historischen und also politischen Determinismus, der zwangsläufig über Leichen ging. Daß heute etwas weniger – etwas weniger spektakulär – gemordet wird als zu Stalins Zeiten, beweist nicht eine Heraufkunft von Menschenrechten, sondern eine Perfektionierung des Repressionssystems. Wenn Sacharow nicht umgebracht wurde wie Babel oder Mandelstam, geht das auf den Druck jener Kräfte im Ausland zurück, die nicht relativieren, sondern Verbrechen anprangern.

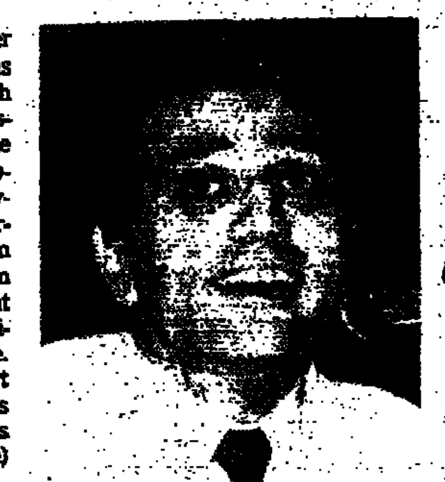
Es wäre ja bequem, könnten wir auch dies, wie so vieles, den Amerikanern überlassen und unser business as usual betreiben. Doch darin liegt eine Gefahr nicht nur für die Bedrohten drüben, sondern auch für uns. Ohne Moral ist kein Staat zu machen; das ist keine Feiertagsmaxime, sondern eine handfeste politische Erfahrung. Wir können nicht damit leben; wir können nicht eine seelisch intakte und Recht und Freiheit – und damit die Demokratie – achtende Jugend damit heranziehen, daß wir sie zweierlei Recht lehren; daß wir uns über Südafrika und Chile aufregen und dem größten Massenmordsystem der Weltgeschichte „das Wertesystem nicht absprechen". Scheels Rede war schlimmer als bloß eine Kränkung der Opfer; sie war auch nicht weise.

IM GESPRÄCH Alain Madelin

Rückzug des Staates

Von Joachim Schaufuß

Wenn es nach Industrieminister Alain Madelin ginge, müßte das Industrieministerium in Frankreich abgeschafft werden. Denn dessen bisher wichtigste Aufgabe, nämlich die Unternehmen mit staatlichen Subventionen zu versorgen, will der dynamische, dem Reaganismus verschworene Vierzigjährige mit dem Habitus eines Hochschulabsolventen rigoros einschränken. So wenig Staat und so viel unternehmerische Freiheit wie möglich, heißt seine Parole. In der neuen Regierung repräsentiert er die junge Generation. Seine Basis ist die von Kultusminister François Leotard angeführte (giscardistische) Republikanische Partei.


Idealist der Eigenverantwortung: Madelin FOTO: MAOUS / STUDIO X

Die oft etwas idealistischen Vorstellungen Madelins werden allerdings nicht immer der französischen Wirklichkeit gerecht, die noch tief im Dirigismus verwurzelt ist. So fand er mit dem Plan, den staatlichen Renaultwerken nur dann weitere Subventionen zuzubilligen, wenn gleichzeitig durchgreifende Strukturveränderungen durchgeführt würden, bei dem Superminister für Wirtschaft und Finanzen Edouard Balladur wenig Verständnis. Denn Madelin will nicht nur einen beschleunigten Belegschaftsabbau des Automobilkonzerns bewirken, sondern auch den Rückzug des Staates aus dem Defizitunternehmen in die Wege leiten. Das wäre das rote Tuch vor der heiligen Kuh, die Renault als Symbol des sozialen Fortschritts für die französischen Gewerkschaften nun einmal ist. Inzwischen steht Madelin auch mit der von ihm propagierten Schließung der Normed-Werften und als Postminister mit seinen Liberalisierungsbestrebungen für wichtige Bereiche der öffentlichen Telekommunikation im Feuer.

Wird ihm die Zeit für derart weit gesteckte Ambitionen reichen? Wie sein Premierminister Chirac meint auch er, daß die bürgerlichen Parteien mindestens neun Jahre an der Macht blieben, nämlich über die in knapp zwei Jahren gewonnenen Präsidentschaftswahlen hinaus, für die sein Parteifreund Leotard einen „sehr guten Kandidaten" abgäbe. Daß bis dahin die „Cohabitation" scheitern könnte, glaubt Madelin nicht. Denn ihr Fortbestand würde von der Mehrheit der Franzosen gewünscht, das zeigten alle Umfragen. Außerdem werde man ab Herbst mit positiven Wirtschaftsergebnissen aufwarten können. Schließlich habe auch Präsident Reagan dazu ein halbes Jahr gebraucht.

Seinen eigenen privaten Wahlkampf hat Madelin aber schon jetzt begonnen. In seinem Wahlkreis Ille-et-Vilaine, dem Herzen der Bretagne, veranstaltete er kürzlich seinen ersten „Marathon" mit viel Schulterklopfen und wenig großen Reden – allerdings auch keinen konkreten Versprechen. Ob das den Bretonen so recht gefallen hat, war ihren eher verschlossenen Gesichtern nicht anzusehen. Schließlich ist Madelin selbst kein gebürtiger Bretone. Aber einen gewissen symbolischen Wert hatte diese Tagestour doch: Sie führte von den Megalith-Gräbern, dem Ursprung der Geschichte, bis ins „Tal ohne Rückkehr".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung schreibt zur Niedersachsen-Wahl:

Die Verluste der CDU in Höhe von mehr als sechs Prozent sind für den Generalsekretär Heiner Geißler ... eine „Nebensache". Mit solchen Nebensächlichkeiten allerdings hat die CDU in den vorangegangenen Jahren die Macht an der Saar verloren, damit ist sie in Hessen kurz vor der Regierungsübernahme gescheitert, und damit wurde sie in Nordrhein-Westfalen auf den Stand einer Provinzpartei zurückgeworfen.

SÜDWEST PRESSE

Sie kommentiert die SPD-Strategie:

Nach der Niedersachsen-Wahl korrigiert die SPD ganz sachte ihre Strategie: weg von den Grünen, hin zur Mitte. So hätten die Sozialdemokraten vielleicht die Chance, im nächsten Bundestag wenigstens die stärkste Fraktion zu stellen, wenn es denn zur Machtübernahme weder allein, noch in Koalition mit den Grünen (oder zumindest mit deren Duldung) reicht. Insoweit kann sich Kanzlerkandidat Rau in seiner eindeutigen Haltung durch die Umstände bestärkt fühlen. Jedoch bedeutet die Strategiekorrektur auch, daß die SPD das Wahlziel, den Bundeskanzler zu stellen, für den Januar '87 aufgibt.

Frankfurter Allgemeine

Sie bemerkt zur Bundestags-Gedenkstunde:

Darüber wundert sich niemand: Daß die Grünen der Gedenkstunde im Bundestag zum Tag der deutschen Einheit fernblieben ... Bei den Grünen *mischt sich das Gefühl einer für* Zeit und Ewigkeit andauernden Pflicht der Deutschen, mit der Preisgabe ihres Nationalbewußtseins zu büßen für schwere Schuld, mit einer trägen Luxus-Form eines angemaßten proletarischen Internationalismus. Auch hier zeigt sich, daß die Grünen keine „Öko-Partei" mehr sind, sondern eine radikale Linkspartei.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung geht auf die Gipfelbegegnung in Rambouillet ein:

Mitterrand räumte ein, daß die Vorbereitung von Den Haag einen Großteil der Unterredungen ausmachte, insbesondere was „die Einstellung zu den Verhandlungen der Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten" angeht. Es handelte sich sowohl um Agrarfragen wie um SDI, das Kohl bekanntlich gutheißt, während Mitterrand ausdrückliche Vorbehalte anmeldete.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung bemerkt zur Pressezensur in Südafrika:

Die südafrikanischen Behörden behaupten, nachdem sie weitgreifende Zensurmaßnahmen über die Medien verhängt hatten, daß der 10. Jahrestag des Soweto-Aufstandes am Montag mit nur geringfügigen Zwischenfällen vorüberging ... Wenn elf Tote in 24 Stunden (angenommen, dies ist die ganze Wahrheit) in Südafrika einen ruhigen Tag ausmachen, mag man sich gar *nicht* vorstellen, welches Ausmaß das Morden an anderen Tagen annimmt. Journalisten haben recht, wenn sie danach fragen.

Einheitsgewerkschaft – an den Parteien vorbei?

Zur Aussprache zwischen DGB und Blüm am 11. Juli / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Am 5. Mai schrieb Norbert Blüm als Vorsitzender der Christlichen Sozial-Ausschüsse (CDA) an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit. Er bat um ein klärendes Gespräch der beiden geschäftsführenden Vorstände möglichst noch vor dem DGB-Bundeskongreß, der am 25. Mai in Hamburg beginnen sollte. Thema: Zustand des DGB als Einheitsgewerkschaft.

Blüm hielt die Veranstaltungen des 1. Mai für den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die er so beschrieb: „Weg von den Einheitsgewerkschaften – hin zu sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften".

Aus der Sicht der Sozialausschüsse kommentierte Blüm: „Wir halten die Einheitsgewerkschaft für eine historische Errungenschaft, die nicht kurzsichtigen parteipolitischen Taktiken, Wahlkampfabsichten der SPD oder ideologischem Fanatismus geopfert werden darf".

Breit sah sich zu „einigen Anstößen zum Nachdenken" herausgefordert, die er am 13. Mai zu Papier brachte. Den Gewerkschaftskollegen Blüm wird es nicht überrascht haben, daß Breit ihm schrieb, als Einheitsgewerkschaften hätten der DGB und seine Einzelgewerkschaften die Verpflichtung, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, „und zwar unabhängig davon, was die Parteien tun oder lassen".

Breit räumte das engere Band zwischen den Gewerkschaften und der SPD ein. Maßgebend sei aber stets die Frage: Was liegt im Interesse der Arbeitnehmer? „Ich frage alle Mitglieder der Unionsparteien, besonders aber der CDA, ob sie es als unzulässige parteipolitische Stellungnahme zugunsten von CDU/CSU empfanden,

– als zum Beispiel der ehemalige IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer, gerichtet an die Regierung Schmidt, im Juni 1981 schrieb: ‚Eine Politik, die die größten Opfer von den sozial Schwachen fordert, ist für uns eine direkte Kriegserklärung';

– als zum Beispiel IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl Heinz Janzen im November 1981 sagte: Mit den jetzt beschlossenen Kürzungen haben ‚die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung und die SPD-Fraktion den letzten Rest an Glaubwürdigkeit in der Sozial- und Gesellschaftspolitik verloren'."

Der DGB-Vorsitzende fragt den CDA-Vorsitzenden: „Sah der CDA-Vorstand die Einheitsgewerkschaft damals auch in Gefahr? Oder nur, wenn dieselben Gewerkschaften heute der Union damit drohen, daß die Arbeitnehmer sich als Wähler mit dem Stimmzettel zur Wehr setzen werden?" Breit schlug Blüm vor, das Gespräch erst am 17. Juli in Frankfurt „auf der Grundlage seines Briefes vom 13. Mai 1986" zu führen.

Inzwischen ist Blüm hinsichtlich der DGB-Drohung, die Arbeitnehmer würden sich als Wähler mit dem Stimmzettel zur Wehr setzen, um das Wahlergebnis in Niedersachsen klüger. Die Analysen sagen aus, daß Schröder trotz beachtlicher Stimmengewinne gerade die traditionell sozialdemokratischen Wähler nicht hinreichend mobilisieren konnte.

Inzwischen kennt Blüm auch im Wortlaut die Reden, die auf dem DGB-Kongreß in Hamburg gehalten worden sind. Sein Briefwechsel mit Breit spielte dort eine Rolle, die erkennen läßt, warum der DGB das Gespräch mit den Sozialausschüssen erst nach dem Bundeskongreß führt. Breit sollte frei sein, den Delegierten unter deren anhaltendem Beifall zuzurufen: „Eine arbeitnehmerfeindliche Politik wird nicht dadurch zur arbeitnehmerfreundlichen Politik, nur weil Norbert Blüm sie dazu erklärt". Und: „Wo Einheitsgewerkschaft beginnt und endet, darüber wird nicht in Ministersesseln entschieden."

Die Feststellung Breits, die Einheitsgewerkschaft vertrete die Arbeitnehmerinteressen „unabhängig davon, was die Parteien tun oder lassen", erinnert daran, daß der DGB sich als eine Bewegung mit allgemeinpolitischem Mandat versteht. Breits Argumentation, der DGB habe *sich nicht* weniger heftig gegen den SPD-Kanzler Schmidt wie jetzt gegen den Unionskanzler Kohl gestellt, wirft zwei Fragen auf:

1. Die sozialdemokratischen Minister im Kabinett Schmidt waren – den Kanzler eingeschlossen – überzeugte Gewerkschaftler. Auf das Allgemeinwohl vereidigt, haben sie sich die finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen des DGB nicht zu eigen gemacht. Warum wohl?

2. Gilt noch oder gilt wieder, was Breits Vorgänger, Heinz-Oskar Vetter, 1971 in einem Fernseh-Interview mit Günter Gaus gesagt hat? Auf die Frage, ob die von den Gewerkschaften beanspruchte allgemeinpolitische Aufgabe heiße, „gegebenenfalls neben den Parteien und über die Parteien hinweg" politisch zu handeln, antwortete Vetter schlicht: „Ja".

Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik, mahnte den DGB-Kongreß in Hamburg, es könne ja sein, „daß sich über den Zeitpunkt des Januar 1987 ... diese konservative Periode fortsetzt durch den Wählerwillen". Sucht der DGB vier weitere Jahre Hauen und Stechen mit der Bundesregierung? Vielleicht erklärt Breit am 17. Juli Blüm, wie der DGB unter solchen Umständen wirksam die Arbeitnehmerinteressen vertreten will.





Mit Todeswünschen kämpfen sie für das ungeborene Leben

Ein Priester wünscht öffentlich höchsten Richtern des Landes den Tod, an Kliniken wird Feuer gelegt, Demonstranten ziehen durch die Städte – es sind die Spuren eines neu entfachten Protestes gegen die Abtreibung in den USA. Nun hoffen die Gegner auf neue Mehrheiten im Obersten Gerichtshof.

Von FRITZ WIRTH

Harry Blackmun, einer der höchsten amerikanischen Richter, ist Kummer gewohnt. In den letzten zwölf Jahren hat er etwa 45 000 Briefe erhalten. Die meisten Absender waren in der Wahl ihrer Worte nicht zimperlich. Einige nannten ihn den „Schlächter von Dachau", Pontius Pilatus oder Adolf Hitler. Im letzten Jahr verirrte sich eine Kugel durch ein Fenster seiner Wohnung in Arlington.

Der Schütze wurde bisher nicht gefunden, über sein Motiv aber haben nur wenige Zweifel. Harry Blackmun ist einer der maßgeblichen Richter, die im Jahre 1973 im berühmt gewordenen Fall „Roe Versus Wade" den Schwangerschafts-Abbruch legalisiert haben. Seither hat der Pfarrer Hymers in Los Angeles, ein religiöser Fundamentalist, die Gläubigen seiner Gemeinde wiederholt aufgefordert, für den baldigen Tod des Harry Blackmun zu beten.

Seit ein paar Tagen steht der Name des Richters wieder in den Schlagzeilen. Denn Blackmun war in der letzten Woche federführend an einem Urteilsspruch des Obersten amerikanischen Gerichtshofes beteiligt, der den Schwangerschafts-Spruch des Jahres 1973 praktisch bestätigt. Allerdings fiel dieses Mal die Mehrheit für den Schwangerschafts-Abbruch wesentlich geringer aus. Nur noch fünf der neun Richter stützten ihn.

Und deshalb klingt in der Enttäuschung der starken Anti-Abortion-Lobby in den USA über diese jüngste Niederlage zum ersten Mal ein deutlicher Hoffnungsschimmer durch. Die Tage des gesetzlich erlaubten Schwangerschafts-Abbruchs sind gezählt, jubeln sie angesichts der dahinschwindenden Mehrheitsverhältnisse im höchsten Gerichtshof.

Da nur der Tod einen dieser Richter aus dem Amt heben kann, sind die Abortion-Gegner beim Warten auf die Wende auf jenseitige Hilfe angewiesen. Der Pfarrer Hymers sehnt diese Wende mit solcher Ungeduld herbei, daß er am letzten Mittwoch ankündigte, er werde künftig für den baldigen Tod aller fünf Richter beten, die vor wenigen Tagen den Schwangerschafts-Abbruch weiterhin für legitim erklärt hatten.

Was der fragwürdige Gottesmann nicht ahnte: Während er noch auf überirdischen Beistand wartete, begann sich das Personal-Karussell im höchsten amerikanischen Gericht auf ganz natürliche Weise in Bewegung zu setzen. Warren Burger, der Vorsitzende des *Obersten* Gerichtshofes, erklärte höchst überraschend seinen Rückzug aus einem Amt, in das er von Präsident Nixon einst auf Lebenszeit erhoben worden war.

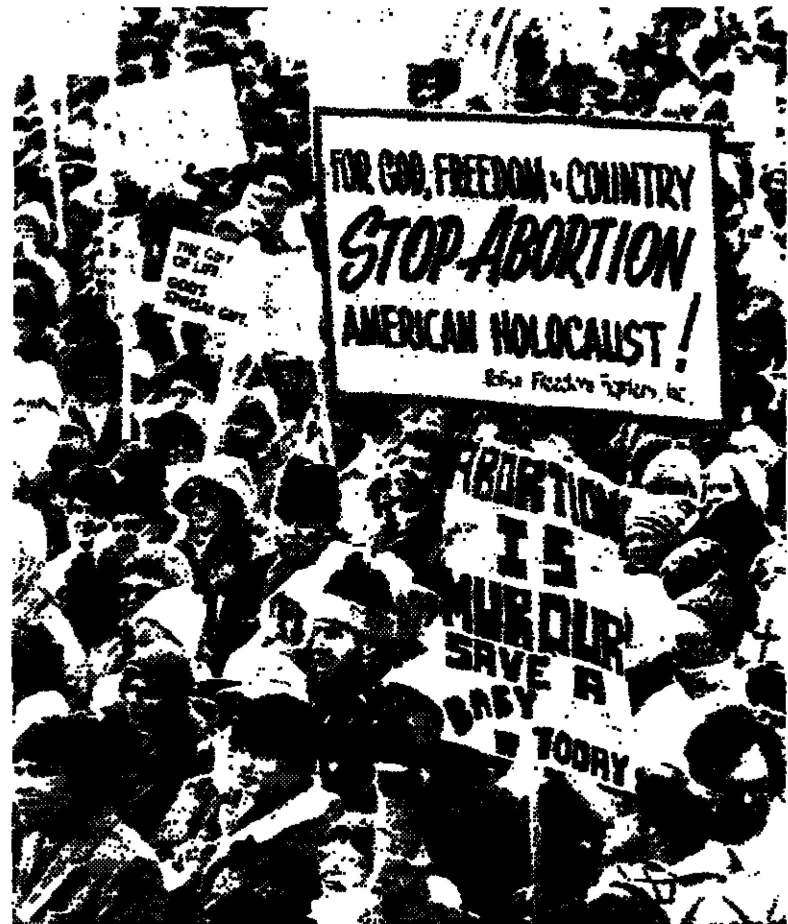
Die Nachricht schlug in das politische und juristische Establishment der USA wie eine Bombe ein. Der Oberste Gerichtshof vermag wie kaum ein anderes Gremium in diesem Lande das soziale Leben zu verändern und zu beeinflussen, und eine der ersten Fragen lautete: Welche Auswirkungen wird dieser Wechsel auf die immer bitterer werdende Auseinandersetzung um den Schwangerschafts-Abbruch haben?

Chefrichter Burger hatte sich beim 7:2-Urteilsspruch des Jahres 1973 noch für den Schwangerschafts-Abbruch ausgesprochen, war in den letzten Jahren jedoch immer deutlicher zu diesem Spruch auf Distanz gegangen und schlug sich bei der Abortions-Abstimmung der letzten Wochen auf die Seite der Gegner.

Rein zahlenmäßig wird sich an diesem Verhältnis von 5:4 zugunsten des Schwangerschafts-Abbruchs zunächst nichts ändern. William Rehnquist, der Nachfolger von Burger als „Chief justice", war bereits Mitglied des Obersten Gerichtshofes und hat in den letzen Jahren stets gegen den Schwangerschafts-Abbruch gestimmt. Sein Nachfolger Antonin Scaglia denkt in dieser Frage so wie Rehnquist. Das heißt also: Die knappe Mehrheit der Befürworter des Schwangerschafts-Abbruchs im Obersten Gerichtshof bleibt, die Front der Gegner jedoch ist heute stabiler als je zuvor in den letzten dreizehn Jahren. Die ersten Reaktionen der amerikanischen Frauenverbände und der militanten Feministinnen verraten Unbehagen.

Denn diese Abtreibungs-Debatte ist seit dem letzten Abortion-Spruch des Obersten Gerichtshofes in den USA wieder in aller Schärfe entbrannt. Im letzten Jahr entlud sie sich in gewaltsamen Attacken gegen 200 Abtreibungskliniken. Nur Stunden nach dem Urteilsspruch explodierte in der letzten Woche eine Bombe in einer Klinik in Wichita in Kansas, und am Samstag stand eine Klinik in St. Louis in Flammen.

Am schärfsten prallten beide Lager in dieser Auseinandersetzung am Wochenende in Denver aufeinander. Dort hatte sich die amerikanische Frauenbewegung zu ihrer Jahrestagung versammelt und feierte den 5:4-Abortion-Spruch der Richter als einen großen Triumph und einen schweren Rückschlag für Ronald Reagan. Nur wenige Häuserblocks weiter dagegen tagte die „Recht auf Leben"-Organisation, die strikt den Schwangerschafts-Abbruch ablehnt, und dort erschienen mit dem Senatschef Robert Dole, Jack Kemp und Pat Robertson drei Männer auf der Szene, die bei den Wahlen 1988 als Kandidaten für das Amt des Präsidenten gelten, was vermuten läßt, daß dieser Konflikt zu einem bedeutsamen Wahlkampfthema werden dürfte. Die „Recht auf Leben"-Organisation erhielt am Sonntag dankbar empfundene Unterstützung durch die Friedens-Nobelpreisträgerin Mutter Teresa, die in einer „Botschaft an die amerikanische Jugend" die Abtreibung als „ein Verbrechen gegen den Willen Gottes" verurteilte.



Protestmarsch in Washington: Zum Jahrestag der Legalisierung der Abtreibung zogen Zehntausende vor das Oberste Gericht FOTO: DPA

Seit dem Urteilsspruch des höchsten amerikanischen Gerichtshofes im Jahre 1973 sind in den USA jährlich rund 1,5 Millionen legale Schwangerschafts-Abbrüche registriert worden. Diese Zahl hat dafür gesorgt, daß die Debatte stark emotionalisiert wurde. Man spricht von „legalisiertem Mord".

Die weitere Entwicklung dieses Konflikts? Die Fronten zwischen Abortion-Gegnern und Befürwortern im Obersten Gerichtshof sind auch nach dem gestrigen Personalwechsel vorläufig fest. Der ideologische Graben zwischen den liberalen fünf Pro-Abortion-Richtern und den vier konservativen Gegnern ist weit. Überläufe von einem ins andere Lager sind unwahrscheinlich. Änderungen sind nur durch eigenen Rücktritt, durch schwere Krankheit oder durch Tod denkbar. So makaber es ist: Die Wahrscheinlichkeit, daß derartige Ursachen akut werden, ist bei den fünf Pro-Abortion-Richtern größer. Einer dieser fünf Richter, William Brennan, ist bereits 80 Jahre alt, Harry Blackmun und Louis Powell sind 78, Thurgood Marshall ist 77 und John Stevens 66. Die fünf Männer werden wohl mit den unfrommen Gebetswünschen des Pfarrers Hymers leben müssen.

Noch ist die Stimmung optimistischer als die Lage

Die Konjunktur hat in den ersten Monaten des Jahres gelahmt, die Zahl der Arbeitslosen sank weniger als erwartet. Doch die Stimmung ist gut: die Wirtschaftsprognosen signalisieren den Aufschwung bis 1990.

Von HANS-J. MAHNKE

Diskrepanzen zwischen Lage und Stimmung in der Wirtschaft", resümiert Hans-Jürgen Schmahl vom Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung (HWWA), „sind schon häufig beobachtet worden; meistens handelte es sich um das Nachhinken der Stimmung hinter einer besser gewordenen Lage." Diesmal sei es ganz anders: Aufschwungs-Zuversicht überall, auch wenn die Daten dies gegenwärtig noch nicht hergeben.

Die konjunkturelle Winter-Delle, die im ersten Quartal einen Rückgang des Bruttosozialprodukts um 1,6 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres brachte, dürfte inzwischen mehr als ausgeglichen sein. Im April verbuchte die Industrie nicht nur mehr Aufträge, sondern steigerte auch die Produktion. Die Einzelhandelsumsätze expandierten kräftig. Das Konsumklima verbesserte sich. Die Beschäftigtenzahlen steigen weiter.

Die günstige Konstitution der deutschen Wirtschaft, so Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, werde sich in nächster Zeit wieder durchsetzen. Dazu zählt er den stabilen Geldwert, geordnete Staatsfinanzen, verbesserte Ertragslage der Unternehmen, niedrige Zinsen und einen erstmals seit Beginn der achtziger Jahre beachtlichen realen Anstieg der Einkommen der privaten Haushalte.

Trotz des Rückgangs im ersten Quartal rechnet die Bundesregierung jetzt mit einer Wachstumsrate für 1986 von drei bis 3,5 Prozent. Ende Januar hielt sie nur drei Prozent für wahrscheinlich. Voraussetzung ist eine „erhebliche Beschleunigung der Wachstumsdynamik" in den nächsten Monaten. Die Verbraucher müssen in den nächsten Monaten mehr kaufen, die Unternehmen mehr investieren. Denn die Binnennachfrage, nicht die aus dem Ausland, trägt die Konjunktur.

Da diese Verlagerung der Wachstumskräfte erst jetzt richtig durchschlägt und noch durch den Kaufkraftgewinn aufgrund der gesunkenen Ölpreise verstärkt wird, sind die Weichen aus der Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums bereits für 1987 auf Wachstum gestellt: Rund drei Prozent werden erwartet. „Bei einer solchen Entwicklung im laufenden und kommenden Jahr wäre Ende 1987 auf eine fünfjährige, ziemlich kontinuierliche Wachstumsphase zurückzublicken", betonte Schlecht.

Der Trend wird sich fortsetzen. Für den Fünf-Jahres-Durchschnitt 1985/90 erwartet das Wirtschaftsministerium jetzt eine durchschnittliche Wachstumsrate von „reichlich 2,5 Prozent". Etwas mehr als vor einem Jahr. Dies sei ein „durchaus vorsichtiger Ansatz", kommentiert das Wirtschaftsministerium.

Der zunehmende Optimismus, was die mittelfristige Entwicklung betrifft, paßt in das Bild. Hier spiegeln sich die verbesserten Rahmenbedingungen wider. So lag die Vorausschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Juni 1984 bei einer mittelfristigen Wachstumsrate für die Jahre 1984/90 von 1,9 Prozent. Im vergangenen Jahr sagte das Münchner Ifo-Institut für 1986/90 im Durchschnitt 2,3 Prozent voraus. Die Baseler Prognos AG kam etwas später auf 2,4 Prozent. Die Dresdner Bank nannte Anfang 1986 schon 2,7 Prozent und die Westdeutsche Landesbank im März 2,9 Prozent.

„Bis 1990 können durchaus rund eine Million zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Voraussetzung: Das Wirtschaftswachstum reicht durchgängig an die Marke von drei Prozent heran", stellt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln fest, das vor allem von der Industrie getragen wird.

Zwar entwickele sich Wachstum und Beschäftigung nicht im gleichen Tempo – die Beschäftigung hinke immer etwas hinterher, der Abstand werde jedoch geringer.

Zwischen 1961 und 1973, als die Wirtschaft meist prosperierte, stieg nach den Berechnungen des Instituts die Beschäftigung erst bei einem Wirtschaftswachstum von 4,1 Prozent. Von 1973 bis 1980 lag die Beschäftigungsschwelle noch bei drei Prozent. Im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1986 setzte der Beschäftigungsaufbau schon bei einer Steigerung des Sozialprodukts um 1,7 Prozent ein. Fazit des Instituts: Das Wirtschaftswachstum ist beschäftigungsintensiver geworden. Durch dieses neue Verhältnis seien im Vergleich zu den sechziger Jahren knapp zwei Millionen Arbeitsplätze gesichert worden.

Und bis 1990 rechnet das Bundeswirtschaftsministerium mit einer Zunahme der Beschäftigung um jährlich ein Prozent oder 250 000 bis 300 000.

Wie sich dieses auf die Zahl der Arbeitslosen auswirken wird, ist schwerer abzuschätzen. Das liegt zum einen an der demographischen Entwicklung, zum anderen daran, daß die Zahl jener Bewerber steigt, die ihre Suche nach einem Arbeitsplatz bereits aufgegeben hatten, sich jetzt jedoch anders entscheiden, weil sich die Aussichten bessern.

In diesem Jahr dürfte erstmals seit 1979 die Zahl der Arbeitslosen auch im Jahresdurchschnitt von 2,3 auf 2,2 Millionen sinken. Die Arbeitslosenquote wird nach den Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums von 8,5 Prozent in diesem Jahr auf 6,5 Prozent 1990 zurückgehen. In diesem Punkt ist die Lage besser als die Stimmung.

Hinter geschlossenen Türen herrscht die Meinungsfreiheit

Ob Papst, Bundespräsident, Kanzler, Professor oder sowjetischer Spitzenfunktionär, sie alle haben in diesem Kreis gesprochen, diskutiert. Am Sonntag wird der „Bergedorfer Gesprächskreis" 25 Jahre alt.

Von HERBERT SCHÜTTE

Dieser Kreis war noch nie im Fernsehen – ein Gütezeichen, das heute nicht einmal mehr die Royal Family vorweisen kann. „Der Bergedorfer Gesprächskreis stellt", so hat es sein Initiator und Gründer, Kurt A. Körber, einmal formuliert, „einen Übungsraum dar, in dem entscheidende Fragen für unsere gesellschaftliche Zukunft beantwortet werden."

Ein Übungsraum in Gestalt eines Rittersaals im Bergedorfer Schloß, in dem kein öffentliches Forumgespräch, sondern hinter verschlossenen Türen die uneingeschränkte Meinungsäußerung ohne Rücksicht auf Reaktionen der Außenwelt stattfindet. Am kommenden Sonntag besteht dieses in der Bundesrepublik einzigartige Gremium 25 Jahre, Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird im Rittersaal die Festrede halten – ausnahmsweise in öffentlicher Veranstaltung. Die „Bergedorfer" kennen keine Mitgliedschaft, sondern zu jedem Thema werden weltweit die kompetentesten Leute als Referenten oder Diskussionsteilnehmer gebeten. Nicht nur nach Hamburg, sondern ebenso nach Moskau und Leningrad, Washington, Brüssel, Wien und Rom – Wissenschaftler, Minister, Regierungschefs, Staatsoberhäupter, der Papst.

Das Gespräch im Vatikan Ende 1984 war übrigens protokollarisch der absolute Gipfel mit dem Bischof von Rom als Gastgeber, der vor der eigentlichen Diskussion über die Spaltung Europas eine Rede zu diesem Thema hielt. Unter den Diskussionsteilnehmern: Richard von Weizsäcker, Francesco Cossiga, Helmut Schmidt, Kardinalssekretär Agostino Casaroli und der Wiener Erzbischof, Franz Kardinal König.

Gewohnt im Umgang mit Primadonnen

Top-Leute aus Europa und Übersee an einen Tisch zu bekommen, bedeutet Umgang mit Primadonnen. Sowjets und Amerikaner prallen dann schon einmal hart aufeinander. Oder auch Kreml-Funktionäre wie Professor R. Bogdanow vom Moskauer Institut für USA und Kanada und ein Hamburger Chefredakteur. Als nämlich Theo Sommer („Die Zeit") die Geschichte Osteuropas nach 1945 „als Geschichte der Freiheitsaufstände" beschrieb, platzte der Sowjet-Funktionär heraus: „Als ich Ihnen zuhörte, lief es mir kalt über den Rücken."

Es gab Philosophie-Professoren, die ankündigten, sie wollten den Saal verlassen, sobald sich Kollege X am gleichen Tisch niederlassen würde. Zu APO-Zeiten – zu den Diskutanten zählten auch alternative Professoren wie Bernd Rafehl, Jens Litten und Kurt Nevermann – wurde der Kreis zweimal im Bergedorfer Schloß „belagert", man wollte die Diskussion sprengen.

Helmut Gollwitzer gelang es, die Demonstranten zum Rückzug zu bewegen. „Dabei haben wir das Wort ‚alternativ' schon 1968 in unsere Präambel aufgenommen", erinnert sich Gerhard Böhme, der seit einem Vierteljahrhundert den Gesprächskreis leitet.

„Der Bergedorfer Gesprächskreis hat sich als Aufgabe gesetzt, alternative Wege für neue Initiativen zur Entwicklung freier industrieller Gesellschaften aufzuzeigen", heißt es jetzt als Programm-Auftrag. Böhme erläutert: „Wir sind offen für eine plurale Zukunft. Dieses Offenhalten ist meine ureigenste Funktion, wir lehnen jede Verengung ab."

Alternative Wege für neue Initiativen

Wo zeigt sich die Spur eines so rückhaltlos diskutierenden Gremiums, in dem Männer wie Raymond Aron und Georgij Arbatow, Bruno Kreisky, Helmut Kohl und Arthur Köstler, Alfred Grosser, Karl Carstens, Walter Scheel, Manès Sperber und immer wieder Helmut Schmidt – um nur einige von mehr als 1000 Gesprächsteilnehmern in bisher 78 Begegnungen zu nennen – ein Forum für ihre Überlegungen fanden?

Der Schüler-Wettbewerb „Deutsche Geschichte" wurde ins Leben gerufen, nachdem ein Gesprächskreis mit Gustav Heinemann hier ein Defizit aufgedeckt hatte. Die Diskussion über die Frage „Wo bleiben die alten Menschen in der Leistungsgesellschaft?" hatte die Gründung von zwei Senioren-Zentren in Bergedorf und in Dettenhausen bei Stuttgart zur Folge. Es gibt Professoren, die mit den Protokollen des Gesprächskreises wirtschaftspolitische Seminare halten. Und in Bergedorf hat man mit großer Befriedigung aus der Villa Hammerschmidt vernommen, daß man – wenn ein neues Problem im Bundespräsidialamt ansteht – „erst einmal zu den Bergedorfer Protokollen greift".

Der zweite Mann im Staate, Bundestagspräsident Philipp Jenninger, drückte sich ähnlich aus, als er kürzlich den Kreis empfing. Er sagte: „Ich habe immer wieder festgestellt, wenn ich meine Kollegen im Bundestag aufsuche, daß auf ihren Schreibtischen die Bergedorfer Protokolle zu finden sind … In gewisser Weise spiegeln sie den Argumentationsstand in der Bundesrepublik Deutschland wider."

Seitdem die „Bergedorfer" von Johannes Paul II. empfangen worden sind, kann man bei der Körber-Stiftung die Redewendung hören, jetzt richte sich der Anspruch auf eine Veranstaltung mit der Besetzung „Papst plus". Die Ambitionen zielen auf einen Gesprächskreis zum Thema der drei Weltreligionen, Helmut Schmidt hat diese Parole bei der letzten Gesprächsrunde in Brüssel ausgegeben. Ein Treffen mit höchstrangiger Besetzung, sicher noch komplizierter in seinen Vorbereitungen als das im Vatikan. Wann soll es stattfinden? Nächstes Jahr in Jerusalem.

Ringen um Ministersessel hat in Hannover begonnen

Koalitionsverhandlungen offen / Personalprobleme bei FDP

MICHAEL JACH, Hannover

Im großen Rätselraten um die Zusammensetzung des neuen CDU/FDP-Kabinetts in Hannover gab es zu Beginn der Koalitionsverhandlungen gestern abend kaum mehr als eine feste Größe: Ministerpräsident Ernst Albrecht. Über den bisher neun Landesministerien stehen nahezu sämtlich Fragezeichen – entweder nach der personellen (Neu-)Besetzung oder zumindest, damit unmittelbar zusammenhängend, nach dem künftigen Zuschnitt der Zuständigkeiten.

Der Regierungschef selbst nimmt zweierlei zum Ausgangspunkt: Erstens habe er „keinen Anlaß, zu viel zu verändern", denn seine Minister seien „bewährt"; dazu zählt die Absicht, die Zahl der Ressorts nicht zu vermehren. Zweitens aber wird betont, es gebe „keine Platzansprüche". Davon nämlich müssen Albrecht, Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann und der gestern im Amt bestätigte Fraktionschef Werner Remmers als CDU-Unterhändler sich freihalten, weil der FDP Genüge zu tun ist.

Deren Verhandlungskommission indes – Spitzenkandidat Walter Hirche, Parteichef Heinrich Jürgens, Landesvorstandsmitglied Stefan Diekwisch und der hannoversche Bundestagsabgeordnete Detlef Kleinert – muß zunächst „hausgemachte" Personalprobleme lösen. Intern unbestritten ist allein Hirche als Anwärter für ein Technologieressort.

Kandidat nicht in Sicht

Hoffnungen auf das bisherige „Haus Breuel" hatte sich, innerparteilich jedoch von vornherein angefochten, FDP-Kandidat Peter-Jürgen Rau auf Platz 10 der Landesliste gemacht. Die FDP stellt jedoch nur neun Abgeordnete. Ein Kandidat „von auswärts" ist bislang nicht in Sicht. Ebensowenig für die Alternative Finanzen, die sich mit dem Wechsel von Burkhard Ritz ins Landwirtschaftsministerium auftäte.

„Aus eigener Kraft", ihrer Wahlparole gemäß, könnte die Niedersachsen-FDP allenfalls noch das mit dem Verzicht von Gerhard Glup freigewordene Agrarressort besetzen – jedenfalls nach Meinung und Ehrgeiz von Heinrich Jürgens, und zwar mit ihm selbst. Hier aber bremst Hirche, wohl wissend, daß die CDU auf ihrem agrarpolitischen „Hoffnungsträger" Ritz beharren wird. Jürgens müßte mit einer Vizepräsidentschaft im Landtag „abgefunden" werden.

FDP will Umweltressort

Und noch ein Problem drückt die Freidemokraten: Wird Hirche Minister, bedürfen sie eines neuen Fraktionschefs von gleich unbestrittener Führungsautorität – zumal angesichts der einzigen Mehrheitsstimme der Koalition im Landtag, die den Parteiliberalen alle ihre Disziplin abfordert.

Die bisherige CDU-Ministerriege wird mithin keinen Bestand haben. Birgit Breuel wäre, wenn sie nicht Wirtschaftsministerin bleibt, nicht abgeneigt, die Ritz-Nachfolge als Finanzchefin anzutreten. „Zur Disposition" stehen für die CDU, wie zu hören ist, Kultusminister Georg-Berndt Oschatz und Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens. Zudem hat Innenminister Egbert Möcklinghoff sein Mandat verloren; es gibt Anzeichen, daß Albrecht ihn nicht um jeden Preis halten wird. Über einen Nachfolger ist nichts bekannt.

Schließlich fordert die FDP – nicht für sich selbst, weil bestimmt mit Ärger verbunden – ein Umweltressort. Hirche findet, die jetzt über vier Ministerien verteilten Zuständigkeiten könnten beim Bundesratsminister zusammengeführt werden, der bisher für Luftreinhaltung und Kernkraftwerke zuständig ist. Minister Wilfried Hasselmann indes soll davon nicht begeistert sein...

Rau bittet die Genossen: „Legt noch 'ne Schippe drauf"

SPD eröffnet die heiße Phase des Bundestagswahlkampfs

PETER PHILIPPS, Bonn

Unmittelbar nach der niedersächsischen Wahl hat die SPD ihre Funktionäre zu einem zweitägigen Einstimmen auf die heiße Phase des Bundestagswahlkampfs nach Bonn gerufen. In der Godesberger Stadthalle kritisierte der knapp geschlagene Gerhard Schröder die mangelnde Mobilisierung seiner Partei: Es sei nicht überall gelungen, die Menschen an die Urnen zu bringen.

Und in die gleiche Kerbe schlug auch Kanzlerkandidat Johannes Rau: „Ich bitte Euch, legt noch 'ne Schippe drauf", rief er den Funktionären zu. „Schiebt die Wortkulisse weg von der angeblichen Chancenlosigkeit." Es war ein rhetorisch glänzend aufgelegter Rau, der in einer knapp einstündigen Rede die Genossen einstimmte – und manchmal, etwa wenn er von der „zweiten Phase der Entspannungspolitik" sprach, Brandtsches Timbre in seine Stimme legte.

Immer wieder variierte er sein Hauptthema, daß es „uns gelingen muß, glaubwürdig zu machen, daß wir vernarrt sind in die Menschen, um sie werben, und nicht ein Volkshochschulverband sind, der zu belehren hat" oder „uns die Wähler irgendwo hinwünschen und uns dann wundern, wenn wir sie dort nicht finden". Vor allem aber appellierte er an die Geschlossenheit der SPD: Ein „Geheimnis des Erfolgs" in Nordrhein-Westfalen sei auch gewesen, daß man „kein Stück Zeitungspapier" zwischen ihn und die Landespartei habe quetschen können. Auch jetzt müsse die Frage beantwortet werden, „ob wir wollen und bereit sind, auf Selbstbeschäftigung zu verzichten".

Hinter verschlossenen Türen forderte Bundesgeschäftsführer Glotz die Funktionäre auf, „nicht von Thema zu Thema zu hüpfen", sondern „einzelne Themen lange genug durchzuhalten". Das schlimmste wäre, „wenn in der SPD jetzt ein Wettlauf ausbräche, wo jeder jetzt ein eigenes Ausstiegskonzept zur Kernenergie veröffentlicht". Er prophezeite, daß die Koalition im „Dezember 1986 und Januar 1987 eine Investitionskampagne" veranstalten werde, um einen SPD-Sieg zu verhindern.

Seite 2: Rätselnde Raufsteiger



Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann demonstriert seinem Kabinettskollegen Manfred Wörner den Gebrauch einer Präzisions-Schleuder. Die Waffe, die tödlich wirken kann, wurde bei einem „Demonstranten" beschlagnahmt. FOTO: DPA

Verbündete der bayerischen SPD bekennen sich zu Gewaltaktionen

Spitzenkandidat Hiersemann reagiert auf Beschluß der Wackersdorf-Gegner betroffen

PETER SCHMALZ, München

Die bisher wichtigsten Verbündeten der bayerischen SPD im Kampf gegen die Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf, die Anti-WAA-Bürgerinitiativen, bekennen sich offen zur Gewalt als Mittel ihrer Demonstrationen. Man sehe keinen Grund, sich von der Gewalt zu distanzieren, erklärte die Mehrheit der Initiativen während einer Landeskonferenz in Schwandorf, an der 50 Mitglieder aus 25 bayerischen Organisationen teilgenommen haben.

Überstimmt wurden jene Delegierten, die nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen an Pfingsten für eine neue, friedliche Form des Protestes plädiert hatten. Ihnen wurde entgegengehalten, gegen Atomanlagen gebe es die verschiedensten Formen des Widerstands und jeder könne einbringen, was er für notwendig hält.

Eine Niederlage mußte auch der Landesvorstandssprecher der bayerischen Grünen, Martin Kaltenhauser, hinnehmen. Er hatte in einem offenen Brief eine klare Abgrenzung von den Chaoten gefordert und geschrieben: „Die gewalttätigen Ausschreitungen sind für mich mit nichts zu rechtfertigen und für die Verhinderung der WAA schädlich."

Die Mehrheit der Delegierten erklärte daraufhin, man lasse sich „von niemandem vorschreiben, wo und wie wir unseren Widerstand in die Tat umsetzen". Die weiteren Formulierungen lassen keinen Zweifel mehr an der Absicht dieser Bürgerinitiativen, auch künftig mit Gewalttätern gemeinsame Sache zu machen. Den bayerischen Grünen wurde vorgeworfen, die Anti-Atom-Bewegung zu spalten, indem sie sich „aus wahltaktischen und machtpolitischen Gründen von militanten Bewegungen distanzieren". Und weiter heißt es: „Mit derartigem Verhalten liefern sie Teile der Widerstandsbewegung der Kriminalisierung aus und fallen damit weit hinter die oberpfälzische Bevölkerung zurück, die sich nicht in Friedfertige und Gewalttätige spalten läßt." Nach Ansicht der bayerischen Sicherheitsbehörden müssen solche Erklärungen von den reisenden Chaoten als Aufmunterung verstanden werden, Anti-Kernkraft-Demonstrationen in Bayern verstärkt zu besuchen. Einige Großdemonstrationen wurden bereits angekündigt, darunter auch eine in München am Wochenende vor der Landtagswahl im Oktober.

Bayerns Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann war sichtlich betroffen, als er von diesen Vorgängen in Schwandorf erfuhr. Er wolle sich bei seinen Freunden in den Bürgerinitiativen jetzt Klarheit verschaffen, kündigte er an und betonte, wer immer sich für Gewalt ausspreche, könne kein Partner der SPD sein.

Für die Sozialdemokraten kann daraus in der heißen Phase des Landtagswahlkampfes eine prekäre Situation entstehen, nachdem sie bisher ihre forsch geführten Anti-WAA-Kampagnen weitgehend gemeinsam mit den Bürgerinitiativen durchführten und dabei den Eindruck erwekken konnten, sie seien fähig, mit ihren Aufrufen mehrere zehntausend Menschen für Protestaktionen zu mobilisieren. Wollen Hiersemann und seine Wahlkampfberater ernst machen mit der Abkehr von der Gewalt, müssen sie künftig auf derartige Gemeinschaftskundgebungen verzichten und ihre Mitglieder vor einer Teilnahme sogar warnen.

Angesichts dieser Entwicklung muß der künftige Polizeipräsident von Regensburg weiterhin mit schwierigen Einsätzen am Baugelände rechnen. Unklar ist gegenwärtig aber noch, wer auf diesen Posten berufen wird, der vakant ist, seit Hermann Friker wegen Mängel in der Einsatzleitung abgelöst wurde.

Österreicher für Denkpause

DW/AP Wackersdorf

Für eine „Denkpause" in Wackersdorf setzen sich die Landeshauptleute (Ministerpräsidenten) der österreichischen Grenzbundesländer Salzburg und Oberösterreich, Wilfried Haslauer und Josef Ratzenböck, ein.

Sie suchen deshalb am heutigen Donnerstag den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß mit dem Hinweis auf, sie wollten nichts fordern, sondern lediglich „bitten, bei der großen Angst in der Bevölkerung" den Bau der umstrittenen atomaren Wiederaufarbeitungsanlage aufzuschieben. Kernkraftgegner hatten am Wochenende am Bauzaun Brände gelegt.

Scheels Rede zum Tag der deutschen Einheit

„Wie oft werden wir uns noch versammeln ...?"

Zum Tag der deutschen Einheit hielt der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel in einer Gedenkstunde des Bundestages die Festrede. Einige Passagen der Ansprache stießen in den Reihen der CDU/CSU und bei den Heimatvertriebenen auf Widerspruch. Die WELT dokumentiert Auszüge der Scheel-Rede.

„33 Jahre sind seit dem 17. Juni 1953 vergangen. Wie oft werden wir uns noch versammeln, um am Tag der deutschen Einheit des Volksaufstandes in der DDR zu gedenken? Unsere Hoffnungen sind leiser geworden. Damals dachten die Realisten, 20, 25, 30 Jahre werde es schon dauern, bis wir wieder vereint sein würden. 33 Jahre sind vergangen, und wir sind von der Einheit genauso weit entfernt wie damals. Und, gestehen wir es uns ein, wir gewöhnen uns in unserem täglichen Leben nicht daran.

Die Teilung hat uns viele Schmerzen bereitet. Schmerzt sie uns noch? Und wenn sie uns nicht mehr schmerzt – oder wenn sie uns weniger schmerzt: Ist es sinnvoll, alte Schmerzen wieder aufzurühren?

Wird nicht auch diese Stunde mißdeutet werden, nicht nur bei unserem östlichen Nachbarn, sondern auch bei uns? Wie man sieht gibt es nicht viele, die sagen: Was sollen wir von der deutschen Einheiten reden? Es nützt doch nichts, weder uns noch den Deutschen in der DDR. Und ist es nicht besser, Vereinbarungen mit der Regierung der DDR anzustreben, die es ermöglichen, daß mehr Jugendliche von dort uns hier besuchen können, oder Vereinbarungen, die das Besuchsalter von DDR-Bürgern heruntersetzen? Und viele fragen auch: Werden solche Vereinbarungen nicht gerade durch eine Veranstaltung wie diese erschwert? ...

Wo immer wir in der internationalen Gemeinschaft auftreten, zitieren wir den Brief zur deutschen Einheit: unser Ziel, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Das ist ein richtiger, ein guter Satz – aber wer draußen in der Welt liest nicht über diesen Satz hinweg? Man weiß, daß er in unseren Verlautbarungen stehen muß. Er ist für sie zu einer Art deutschen Marotte geworden, der keine aktuelle politische Bedeutung innewohnt. Die Welt hat heute andere Sorgen.

Und wir selbst? Haben wir nicht auch andere Sorgen. Sorgen, wie sie etwa das Reaktor-Unglück in Tschernobyl ausgelöst hat? Ist es nicht wichtiger, internationale Regelungen für die Kernsicherheit zu finden, als Reden über die deutsche Einheit zu halten? Aber vielleicht hängen die beiden Problemkreise ja zusammen ...

Die Grenzen, die Berlin und Deutschland mit Mauer und Stacheldraht zerteilen, haben keinen anderen Sinn, als eben dies zu verhindern, daß jeder Deutsche jederzeit zu jedem Ort in Deutschland gehen kann. Und das natürlich will die politische Führung der DDR verhindern ...

Ein System, das die Menschenrechte einschränkt, muß auch die Bewegungsfreiheit seiner Menschen einschränken. Das liegt in der Logik der Dinge. In dem Maße, in dem ein solcher Staat seinen Bürgern die Außenwelt öffnet, wird er im Innern die Menschenrechte respektieren. Eine europäische Friedensordnung, in der die Grenzen ihre Bedeutung verloren haben, kann also gar nichts anderes sein, als eine Friedensordnung, die auf den Menschenrechten aufgebaut ist. Und umgekehrt, solange die Menschenrechte nicht zur allgemein anerkannten Grundlage der Staatengemeinschaft geworden sind, solange wird es die europäische Friedensordnung nicht geben.

Es wäre müßig, auch nur einen Gedanken an eine europäische Friedensordnung zu verschwenden, wenn wir es auf der anderen Seite mit einem System zu tun hätten, das alle seine Gegner dahinmorden würde. Heute werden die Gegner belästigt, benachteiligt, verbannt, ausgewiesen, gefangengesetzt, in Straflager verschickt, in psychiatrische Kliniken gesteckt. Aber gemordet werden sie nicht. Das mag manchem als wenig erscheinen. Doch ist es viel.

Der Graben zwischen West und Ost ist trotz allem tief.

Und ich glaube auch nicht an Theorien, die uns glauben machen möchten, der Weltgeist triebe uns auf eine Konvergenz zu, die die Unterschiede zwischen beiden Seiten verwischt.

Doch wäre eine Entwicklung ganz unvorstellbar, an deren Ende beide Seiten auf der Grundlage ihres unterschiedlichen Werteverständnisses vor sich selbst und vor der Welt vom anderen mit Achtung denken und sprechen? Die polare geistige Spannung würde auch dann bleiben – aber sie könnte sich von einer zerstörerischen Spannung, die die ganze Menschheit bedroht, in eine fruchtbare Spannung wandeln, aus der der Frieden wachsen kann."

Nicht nur in der Wissenschaft ist Deutsch eine „Nischensprache"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit einem Bündel von Maßnahmen will die Bundesregierung den weltweiten Rückgang des Interesses an der deutschen Sprache bekämpfen. Dies ist die Kernthese einer Öffentlichen Anhörung zum Thema „Die deutsche Sprache in der Welt", die der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages gestern in Bonn abhielt.

Im Mittelpunkt der Expertenbeiträge stand dabei ein Bericht der Bundesregierung zu diesem Problemkreis vom 4. September 1985, in dem Professor Harald Weinrich vom Institut für Deutsch als Fremdsprache der Universität München bemängelte, daß man offensichtlich für die deutsche Sprache „werben" wolle, obwohl die besten Werbeagenturen für sie die deutsche Literatur und die in den deutschsprachigen Ländern betriebene Wissenschaft seien. In der Wissenschaft aber sei Deutsch, verdrängt von Englisch, „fast schon zu einer Nischensprache in vielen Fächern geworden". Um nicht „alle Motivationen zum Erlernen anderer Fremdsprachen, beispielsweise der europäischen Nachbarn zu erdrükken" sei es ratsam, Englisch grundsätzlich an deutschen Schulen nur als zweite Fremdsprache einzuführen.

Gegen die von ihm in dem Bericht der Bundesregierung erkannte Neigung, Quantität vor Qualität zu setzen, plädierte Weinrich mit dem Satz: „Einer schwindenden Nachfrage kann man nicht mit Schleuderpreisen nachlaufen, sondern muß – jetzt gerade – das Niveau anheben: Deutsch für Köpfe."

Ähnlich argumentierte der Heidelberger Professor für Fremdsprachenphilologie, Alois Wierlacher, der außerdem die Gründung einer Forschungsstelle für Auslandsgermanistik an zwei bis drei Universitäten der Bundesrepublik anregte. Mit „Stipendien für erfolgreiche Lerner" möchte Horst Harnischfeger, der Generalsekretär des Goethe-Instituts, das seit 35 Jahren deutsche Sprache im Ausland pflegt, Werbung betreiben.

Sie sei „legitim und sinnvoll", wenn man negative Vorurteile, wie zum Beispiel dem, die deutsche Sprache sei schwer zu erlernen, gegensteuere und auf professionelle Chancen im Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen hinweise. Während für das Bundesverwaltungsamt, hier die „Zentralstelle für das Auslandsschulwesen", der Leitende Regierungsschuldirektor Karl-Friedrich Veuhoff unterstrich, daß deutsche Behörden gegenüber den deutschen Schulen im Ausland kein Weisungsrecht besitzen, forderte für den „Verband Deutscher Lehrer im Ausland" sein Vorsitzender Hans-Georg Becker im Interesse des großen Ziels gerade diese Einflußnahme. Auf diplomatischem Gebiet empfehle sich in außereuropäischen Ländern gelegentlich auch eine „gemeinsame Aktion zur Erhaltung des Angebots europäischer Sprachen".

Für den Deutschen Akademischen Austauschdienst machte Friedrich Wilhelm Hellmann als stellvertretender Generalsekretär darauf aufmerksam, daß „allzugern von ausländischer Seite Sprachförderung als quasi propagandistische Maßnahmen des Muttersprachenlandes" angesehen werde – die auch von ihm zu bezahlen sei. Diese Perspektive werde „leider kurzsichtig oft von deutscher Seite übernommen". Es scheine aber richtig, bei finanziellem Engagement Absprachen über eine zeitliche Begrenzung zu treffen. Der Bericht der Bundesregierung nennt unter den „Instrumenten", die zur größeren Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland führen sollen, als „Grundvoraussetzung" die gute Ausbildung ausländischer Deutschlehrer und Germanisten an den Deutschabteilungen ausländischer Hochschulen.

Seite 2: Der deutsche Rückmarsch

Auch im Bund setzt die CDU nun auf Kurswahl

Geißler räumt ein: Es war zunächst ein Wagnis

GÜNTHER BADING, Bonn

Die CDU will auch im Bundestagswahlkampf auf das Schlagwort von der „Richtungsentscheidung" zwischen rot-grüner Linken und der christlich-liberalen Koalition setzen. Das Wort von der Kurswahl sei angesichts der Personalisierung des Wahlkampfes durch die SPD – die schon jetzt ihren Kanzlerkandidaten Johannes Rau herausgestellt habe – ein „Wagnis" gewesen, gesteht Generalsekretär Heiner Geißler in seiner Nachbetrachtung zur Niedersachsenwahl ein. Man werde sich auch in der Auseinandersetzung vor der Bundestagswahl nicht auf die Diskussion „Rau oder Kohl" einlassen. Niedersachsen habe gezeigt, daß die von der SPD angestrebte absolute Mehrheit nur ein „Phantomziel" sei. Geißler: „Wir müssen den Wählern deutlich sagen: Entweder will sich Johannes Rau tatsächlich nicht mit den Stimmen der Grünen wählen lassen – dann ist er nur ein Zählkandidat." Oder aber Rau werde sich, entsprechende Stimmergebnisse vorausgesetzt, wie Holger Börner in Hessen doch auf die Grünen stützen: „Dann ist er ein Wählertäuscher."

Existenz der beiden Lager wurde erkannt

In jedem Falle, so Geißler am Rande der Beratungen der CDU-Führung im Konrad-Adenauer-Haus nach der Landtagswahl, habe das Ergebnis in Hannover deutlich gemacht, daß den Wählern die Existenz der beiden Lager „rot-grüne Linke" und „Koalition der Mitte" bewußt geworden sei. Wichtig sei auch, daß die Grünen aus der Katastrophe von Tschernobyl kein Kapital hätten schlagen können – trotz der rot-grünen Angstkampagne. Das Wort des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, wonach die rot-grüne Welle gebrochen sei, wurde von der CDU-Spitze bereitwillig als richtig aufgenommen. Der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl sagte, es sei dem Wähler wohl deutlich geworden, daß die Grünen nichts mehr mit jenen „Blumenkindern" gemein hätten, die einstmals in den Bundestag eingezogen seien.

Keinen Zweifel hat man in der CDU, daß die Personalentscheidung des Kanzlers, Walter Wallmann zum Bundesumweltminister zu ernennen und Ministerin Süssmuth auch die Zuständigkeit für Frauenfragen zu übertragen, für die Umkehr des Wählertrends mitentscheidend war. Hier öffnet sich ein Betätigungsfeld für die Union, über dessen Ausfüllung die Experten im Adenauerhaus derzeit noch nachdenken. „Wir werden beiden helfen müssen", bekannte Generalsekretär Geißler. Das gelte insbesondere für den Kabinettsneuling Wallmann, der in den wenigen Monaten der verbleibenden Legislaturperiode nicht mehr allzu viel auf die Beine stellen könne, dem allerdings die Opposition wohl alle möglichen umweltpolitischen Stolpersteine in den Weg streuen werde, von der Forderung nach dem Abschalten der Kernkraftwerke bis zur Neuauflage alter Streitthemen wie Tempolimit und Waldsterben.

Der Feststellung, daß die Bauern in Niedersachsen durch Stimmenthaltung einen Teil des Stammwählerpotentials der Union praktisch „eingefroren" haben, begegnet der Kanzler optimistisch. Seine Regierung habe den Landwirten konkret geholfen. Allerdings habe sich das knapp vor der Niedersachsenwahl im Bewußtsein der Bauern nicht mehr umgesetzt.

Kohl: Wir haben keine Stimme zu verschenken

Der Kanzler entdeckte in seiner Analyse noch eine Klientel für seinen Bundestagswahlkampf: die sozialdemokratischen „Traditionswähler", die mit den Grünen nichts zu tun haben wollten. Schon einmal hatte die CDU mit diesem Ansatz eine Landtagswahl bestritten. An der Saar war sie damit gescheitert – allerdings unter anderen personellen Voraussetzungen und bei einem Bewußtseinsstand der Bevölkerung, der die Grünen noch nicht weithin mit Chaos und Gewalttätigkeit gleichsetzte.

Ein Erfolgserlebnis war für die CDU-Spitze die Tatsache, daß die Union in Niedersachsen wie auch im Bund aus dem Tief nach dem Schock von Tschernobyl (Geißler: „Vor drei Wochen hätten wir die Wahlen verloren") doch noch zu mobilisieren war. Ein Mittel dazu war nach Einschätzung des Generalsekretärs die in millionenfacher Auflage verteilte Sonntagszeitung der CDU. Das überrascht, denn die Experten waren bisher davon ausgegangen, daß sich das Bild einer Partei am besten über das Fernsehen beeinflussen lasse.

Das Verhältnis zur FDP umriß Kohl Anfang der Woche im Bundesvorstand seiner Partei knapp aber deutlich. Er will keine Politik des Gegeneinander, wie sie das Bild in den vergangenen Monaten oft geprägt hatte. Öffentlicher Streit wie um SDI oder die Sicherheitsgesetze soll sich nicht wiederholen.

Ernst Albrecht hatte eine Rechnung aufgemacht, nach der zum einen das CDU-Stimmergebnis der Landtagswahl nicht wesentlich unter jenem der letzten Bundestagswahl lag. Zum anderen hatte er darauf verwiesen, daß viele CDU-Wähler aus „rationalen Gründen" diesmal ihre Stimme der FDP gegeben hätten, um ihr wieder ins Parlament zu helfen. Rund zwei Prozent mache das aus, argumentierte Albrecht. Eine Leihstimmenkampagne für die Bundestagswahl aber soll es nicht geben. Kohl gab die Linie vor: „Wir haben keine Stimme zu verschenken."

„In Wien nur eine Übergangsregierung"

WELT-Interview mit dem ÖVP-Vorsitzenden Alois Mock / „Es geht um einen gesellschaftspolitischen Kurswechsel"

Seit dem 8. Juni gibt es neben dem designierten Bundespräsidenten Kurt Waldheim in der österreichischen Politik einen weiteren strahlenden Sieger: Alois Mock, den Vorsitzenden der ÖVP. Für die österreichischen christlichen Demokraten ist erstmals ein Sieg bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr in greifbare Nähe gerückt. Die WELT sprach mit Alois Mock, der dann der kommende Bundeskanzler in Wien sein könnte, am Vorabend des Innsbrucker Parteitags der Volkspartei, der am 20. Juni beginnt. Die Fragen stellte Carl Gustaf Ströhm.

WELT: Wie beurteilen Sie die Chancen der neuen Regierung Vranitzky? Wird es für die ÖVP jetzt schwieriger in der innenpolitischen Auseinandersetzung.?

Mock: Es handelt sich um eine Übergangsregierung, in der man durch neue Gesichter den Eindruck erwekken will, daß sich die Politik ändert. Nun – schon bei früheren Regierungsumbildungen hat sich aber nie etwas geändert. Es ist die fünfte Regierungsumbildung innerhalb von drei Jahren. Die neuen führenden Kabinettsmitglieder waren ja schon alle im bisherigen Kabinett Sinowatz. Zwischen dem neuen Bundeskanzler Vranitzky und der Opposition bestand, noch in der Zeit, als er Finanzminister war, ein korrektes Gesprächsklima. 1984, als Vranitzky in die Regierung eintrat, wurden er und die anderen Minister vom damaligen Kanzler als „Wunschteam" bezeichnet, mit dem Sinowatz zur Wahl im Jahre 1987 antreten wollte. Vranitzky wurde als Pragmatiker vorgestellt und es hieß, man müsse den Steuerdruck mildern sowie Leistung wieder anerkennen. Es kam anders. Vranitzky hinterläßt sich selbst und seinem Nachfolger im Finanzministerium ein schwieriges Erbe. Die Staatsschulden sind in der Zwischenzeit explodiert. Das Haushaltsdefizit hat sich vergrößert, ebenso die Steuerlasten.

WELT: Hat aber der neue österreichische Bundeskanzler nicht doch neue Akzente gesetzt, die ihn deutlich von seinem Vorgänger Sinowatz unterscheiden?

Mock: Eine gutwillige Interpretation. Gewiß, er hat Akzente gesetzt, aber er hat auch betont, daß er im Grunde den bisherigen Kurs, also die bisherige sozialistische Politik fortsetzen will. Dieses Modell hat sich in Europa während der letzten Jahre stets aufs Neue wiederholt: Eine sozialistische Partei übernimmt die Regierungsverantwortung – allein oder in Kombination mit einem schwächeren Partner. Sie verfolgt dann konsequent eine sozialistische Politik. Das war 1969 in der Bundesrepublik so mit Willy Brandt oder 1981 in Frankreich mit Mitterrand und Mauroy – und natürlich auch 1970 mit Kreisky in Österreich. Über kurz oder lang aber zeigt sich, daß sozialistische Politik vor allem im wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Bereich in eine Sackgasse führt. Dann geht man pragmatisch in die Mitte und versucht, einzelne Ideen der Mitte- und Rechtsparteien zu übernehmen. Das war dann Schmidt in Deutschland, Fabius in Frankreich – und jetzt Vranitzky in Österreich.

Ein sozialistischer Regierungschef kann jedoch nicht über längere Zeit hinweg erfolgreich nicht-sozialistische Politik gegenüber seiner eigenen Partei durchsetzen. Denn die Partei wehrt sich dagegen. Es gibt ja Gott sei Dank in jeder politischen Partei eine gewisse Ehrlichkeit und ein gesellschaftspolitisches Selbstverständnis. Wenn der sozialistische Regierungschef also zu sehr mit artfremden Ideen arbeitet, kommt er in Konflikt mit der eigenen Basis und dem eigenen Apparat. Er wird handlungsunfähig. In Österreich wird das ganze zusätzlich dadurch erschwert, daß wir entgegen jeder Tradition jetzt einen sozialistischen Parteichef – Si nowatz – haben, der verständlicherweise seine stark sozialistisch geprägte Linie fortsetzen will – und zwar im Inhalt der Politik, weniger in der Terminologie. Und einen neuen sozialistischen Regierungschef, der größere und schwierigere Probleme zu lösen hat als irgend einer seiner Vorgänger, und der ein relativ geringes politisches Gewicht in der eigenen Partei besitzt.



Für eine „Politik des nationalen Selbstbewußtseins": ÖVP-Chef Alois Mock (52) FOTO: WEREK

Hinzu kommt, daß SPÖ-Parteichef Sinowatz gesagt hat, die Regierungsumbildung sei bereits der Beginn des Wahlkampfes. Also ist offenbar gar nicht mehr die Absicht vorhanden, die Sachprobleme, die angesichts der österreichischen Dimensionen großes Ausmaß haben, überhaupt noch zu lösen.

Unser Standpunkt ist: Entweder die Regierung arbeitet sechs Monate und dann gibt es im kommenden Jahr einen dreimonatigen Wahlkampf – oder man will den Wahlkampf sofort, dann sollte man aber auch sofort wählen.

WELT: Welches sind Ihrer Meinung nach die brennendsten Probleme für Österreich?

Mock: Notwendig ist eine Sanierung der gesamten Staatsfinanzen. Das Tempo, mit dem unsere Verschuldung anwächst, ist erschreckend. Wir waren einmal bis 1970 ein faktisch nicht verschuldetes Land. Gemessen an der Größe Österreichs haben wir einen enormen Bürokratismus und gerade auch im Spitzenbereich eine überdimensionierte Verwaltung. Wir haben überhaupt das Problem des Etatismus und der Staatsabhängigkeit. Hier verbindet sich in Österreich eine gewisse nationale Tradition mit dem Sozialismus. Dann ist da noch die Neigung zum Zentralismus: Für jedes Problem wird ein eigenes Ministerium gegründet. Wir haben eine Regierung, die größer ist, als die der USA.

WELT: Welche Ziele verfolgt die ÖVP im Gegensatz zur SPÖ?

Mock: Es geht um einen gesellschaftspolitischen Kurswechsel. Die ÖVP tritt seit Jahren für die Persönlichkeitswahl, auch für die Briefwahl sowie für die Stärkung der direkten Demokratie, für mehr Volksbegehren ein. Wir sind für Reprivatisierung und für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Ohne jede Überheblichkeit möchte ich sagen, daß wir die politische Diskussion in Österreich mit diesen Ideen bestimmt haben. Das ist unsere Stoßrichtung: Die Entwicklung der Demokratie, das Zurückdrängen des Einflusses der politischen Parteien, der Kampf gegen den Mißbrauch des Parteibuchs. Gleichzeitig sind wir im wirtschaftlichen Bereich für die Wiedereroberung der Vollbeschäftigung als langfristiges Ziel.

WELT: Können Sie mit einer absoluten Mehrheit rechnen?

Mock: Sicher wäre das die beste Garantie für eine volle Durchsetzung unseres Programms. Das aber ist beim geltenden Verhältniswahlrecht nur schwer zu erzielen.

WELT: Wer könnten die Partner der ÖVP in einer Koalition sein, falls eine absolute Mehrheit nicht zustande kommt?

Mock: Meine Vorstellung war immer, mit allen im Parlament vertretenen Gruppen zu sprechen, wenn wir die Regierung bilden. Aber natürlich mit dem stärksten Partner zuerst. Dieses Land braucht eine breite Regierungsbasis. Wir stehen vor sehr schwierigen Problemen – und wir haben auch Probleme in unserer Selbstdarstellung gegenüber dem Ausland. Wir sind ein Land, das an der Bruchlinie zwischen Ost und West liegt. Unsere wirtschaftliche und soziale Stabilität ist eine Voraussetzung für unsere politische Stabilität. Wir sind nicht Mitglied einer militärischen Allianz, wir wissen aber auch, daß wir alleine stehen, wenn es zu einem Konflikt kommen sollte. Alles das erfordert eine Politik des nationalen Selbstbewußtseins, die sich auf Leistung gründet. Im Grunde geht es darum, jetzt fortzusetzen, was die Generation der vierziger und fünfziger Jahre in Österreich erfolgreich zustande gebracht hat.

WELT: Also eine Große Koalition. Besteht dann nicht die Gefahr, daß Ihre wirtschaftlichen Programmpunkte vom sozialistischen Partner verwässert werden?

Mock: Ohne Risiko gibt es nichts, auch nicht in der Politik. Je stärker wir sind, desto konsequenter werden wir unsere Vorstellungen durchbringen. Die Frage ist: Wie weit ist die Kraft vorhanden, über die eigenen parteipolitischen Vorstellungen hinaus zu denken und im Interesse des Landes zu entscheiden.

WELT: Geraten Sie da nicht sehr schnell in einen fast unlösbaren Konflikt mit der sozialistischen Ideologie?

Mock: Ich möchte diese Schwierigkeiten gar nicht in Abrede stellen. Aber ich bin doch optimistisch, weil die Sozialisten aus der Not heraus – denken Sie an die leeren Staatskassen – auf Ideen von uns eingehen müssen, die dem sozialistischen Gedankengut an sich fremd sind: Etwa auf die Privatisierung. Sie nennen das etwas anders, sie sprechen von privatem Kapital, das der verstaatlichten Industrie zugeführt werden kann. Es wird da ein Unterschied in Worten gemacht, um sich gegenüber dem eigenen ideologischen Kern abzuschirmen. Hier gibt es genügend Ansatzpunkte für Gemeinsamkeit – und dann kommt es natürlich darauf an, wen der oder die Koalitionspartner in eine solche Regierung hineinschikken werden: Ob es sich um Leute handelt, die dogmatisch starr oder eher pragmatisch sind. Ich sage es noch einmal: Es geht darum, das Interesse der Republik über das eigene Machtinteresse und über die eigene Ideologie zu stellen.

DAG mahnt Funktionäre zur Zurückhaltung

gba. Bonn

In einem internen Rundschreiben an hauptamtliche Beschäftigte und Funktionsträger der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) hat der Vorsitzende Hermann Brandt (SPD) für die Wahlkämpfe dieses Jahres zu parteipolitischer Zurückhaltung ermahnt. In der DAG überwiegen wie im DGB die Sozialdemokraten unter den führenden Funktionären. Anders als der DGB will die DAG aber verhindern, daß Funktionäre Gewerkschaftsamt und Engagement für eine Partei im Wahlkampf vermengen. Die WELT dokumentiert das Vorstandsschreiben vom 26. Mai dieses Jahres:

„Der Bundesvorstand hat am 31. März 1980 zur Sicherung der parteipolitischen Unabhängigkeit der DAG folgenden Beschluß gefaßt:

‚Es ist mit dem Selbstverständnis der DAG als Einheitsgewerkschaft nach Paragraph 3 der DAG-Satzung und ihrem Bekenntnis zum freiheitlichen, sozialen und demokratischen Rechtsstat nicht vereinbar und daher

unzulässig, daß Organe und Mitglieder von Organen sowie Gliederungen und hauptamtliche Mitarbeiter der DAG in dieser Eigenschaft in Wort und Schrift für oder gegen Parteien bzw. die sie vertretenden Personen Wertungen vornehmen oder sich solchen anschließen. Die Nichtbeachtung der DAG-Satzung bzw. dieses Beschlusses ist gewerkschaftsschädigendes Verhalten. In diesem Zusammenhang wird auf die Paragraphen 12 ... und 36 der DAG-Satzung ausdrücklich verwiesen.'

Die bevorstehenden Landtagswahlen und die Anfang nächsten Jahres stattfindende Bundestagswal geben Anlaß, jedem Mitarbeiter unserer Organisation die parteipolitische Unabhängigkeit der DAG (Paragraph 3 Satz 2 der Satzung) in Erinnerung zu rufen.

Es ist leider ungeachtet des BV-Beschlusses vom 31.3.1980 vorgekommen, daß hauptamtliche Mitarbeiter Aufrufe zu bestimmten Wahlverhalten unter Beifügung des Namens unserer Gewerkschaft unterzeichnet haben. Mit Nachdruck wird deshalb nochmals auf die Unzulässigkeit eines solchen Verhaltens hingewiesen.

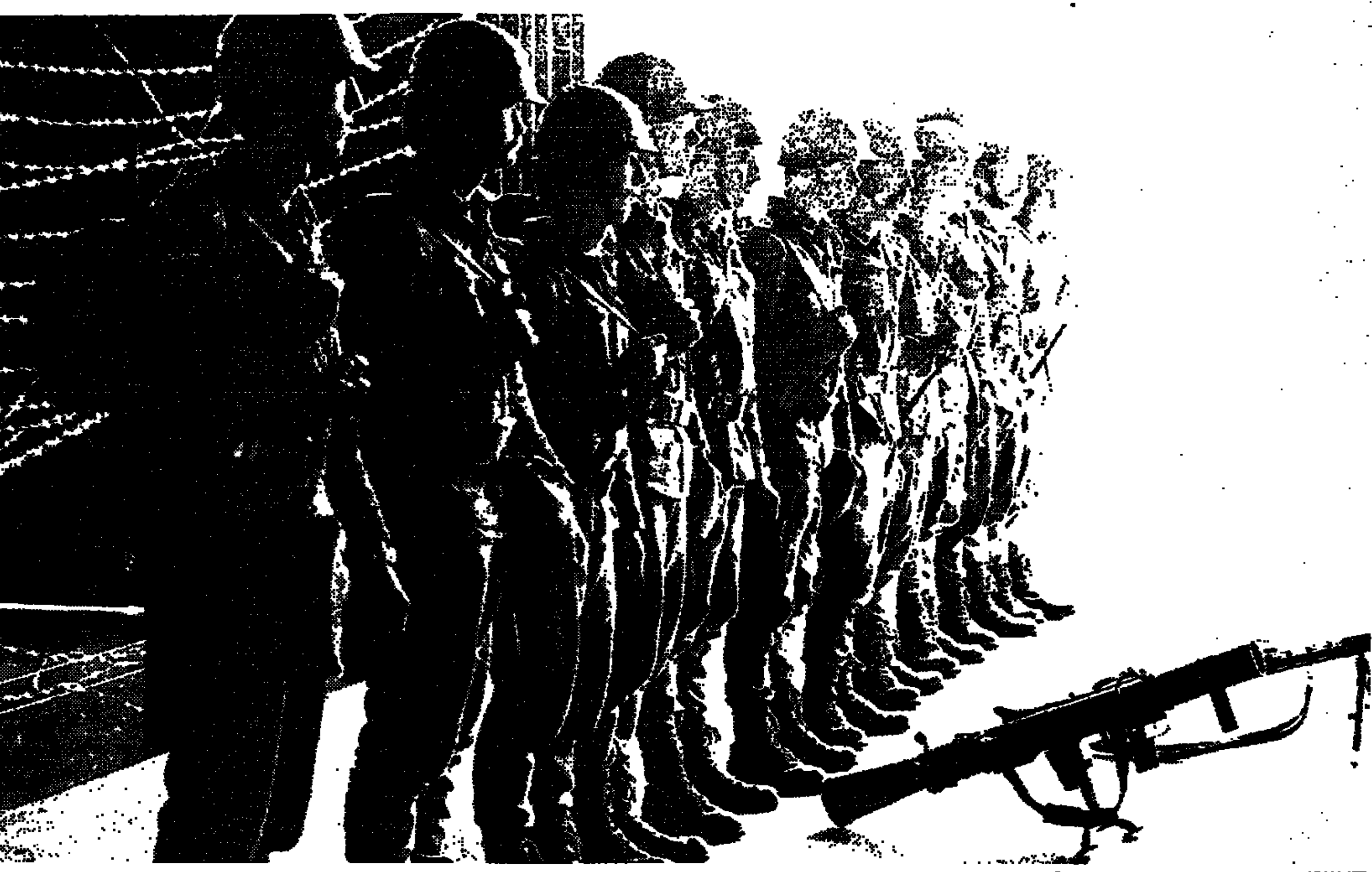
Wer sich in Zukunft nicht strikt an die Anweisungen des Bundesvorstandes hält, jedwede Verquickung zwischen individueller parteipolitischer Überzeugung und seiner beruflichen Tätigkeit in der DAG zu unterlassen, muß sowohl mit arbeitsrechtlichen als auch mit verbandsrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Der Vorsitzende"

Die Bundeswehr marschiert in eine dürre Zukunft – ihr fehlen Rekruten und das Geld wird knapp

Die Bundeswehr stellt in der NATO die größte Landstreitmacht in Westeuropa. Schon in wenigen Jahren aber gehen ihr die Rekruten aus. Die Armee steht vor Zukunftsproblemen, wie sie sie noch nie erlebt hat. In einer vierteiligen Serie schildert die WELT die Planungen des Verteidigungsministeriums bis zum Jahr 2000.

Der großen Reform wird ausgewichen



Das Heer wird von dem Personalmangel am härtesten betroffen sein. FOTO: MANFRED VOLLMER

Von CLEMENS RANGE

An guten Vorsätzen fehlt es den Bundeswehr-Planern auf der Bonner Hardthöhe nicht. Aber noch nie in der 30jährigen Geschichte der Streitkräfte hatten sie ein derartig komplexes Konzept zu erstellen, daß einerseits für das Jahr 2000 eine schlagkräftige Armee garantieren soll, andererseits aber mit immer weniger Soldaten und kaum mehr Geld auskommen muß. Einzelpläne liegen inzwischen vor. Bei Politikern und Militärs sind allerdings bereits Zweifel an der Realisierbarkeit des komplizierten Bundeswehr-Plans lautgeworden, die letzten Endes in der Frage münden, ob denn die Bundesregierung in den 90er Jahren noch ihre NATO-Verpflichtungen erfüllen kann.

„Die Zeit für die von manchen Experten geforderte große Reform ist noch nicht da, weil die Reform noch nicht umumgänglich geworden ist", meint ein Stabsoffizier des Verteidigungsministeriums. Dabei kommt zumindest das Problem der zurückgehenden Jahrgangsstärken nicht überraschend. Die Grunddaten sind seit langem bekannt: Von 1 034 580 Geburten im Jahr 1964 ist die Geburtenzahl auf nur noch 529 362 im Jahre 1984 gesunken. 262 300 davon sind männliche Geburten. Von ihnen können 59 Prozent eingezogen werden. Das sind dann noch 154 675. Die Bundeswehr braucht aber jährlich 225 000 Wehrpflichtige. Ihr Friedensumfang 495 000 Mann würde somit Ende der 90er Jahre auf 300 000 Mann sinken.

Diese Faktoren waren schon bekannt, als Anfang der 70er Jahre der damalige Bundeskanzler Brandt eine unabhängige Kommission einsetzte, die „die Entwicklung der Wehrstrukturen und mögliche Optionen" untersuchen sollte. Das Ergebnis: Ein Drittel der 36 Heeresbrigaden sollte gekadert werden, um insbesondere die steigenden Betriebskosten zu drosseln. Die Vorschläge fanden auch ein positives Echo – gravierende Veränderungen lösten sie indes nicht aus.

Im Juni 1982 legte die von Verteidigungsminister Apel beauftragte „Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr" ihren Bericht vor. Das Ergebnis: Die Struktur der Bundeswehr, vor allem des Heeres, solle auf jeden Fall erhalten bleiben. Um der nun näherrückenden Personalkrise begegnen zu können, empfahl die Kommission zu prüfen, ob nicht Frauen und in der Bundesrepublik lebende Ausländer ebenfalls zum Dienst in der Bundeswehr herangezogen werden könnten. Die Entscheidung für eine Wehrdienstverlängerung – auf 19 Monate ab 1989 – wurde für 1985 gefordert, denn nur dann könnten die Ausbildungspläne rechtzeitig eingeführt werden. Auf diesen Vorgaben basierten auch die Pläne von Minister Wörner.

Als man begann das Planungsprogramm auszufeilen, riet Wörners Planungschef Hans Rühle vor allem von dem Einsatz weiblicher Soldaten ab. Das Thema „Frauen in die Bundeswehr" ist damit, wie aus dem Ministerium verlautet, für die Planung bis zur Jahrtausendwende „vom Tisch".

Rühle empfahl darüber hinaus seinem Minister für die 90er Jahre von „einem realistischen Umfang der Streitkräfte von 400 000 bis 420 000 Soldaten" auszugehen. Damit allerdings wäre die Bundesrepublik von ihrer gegenüber den Verbündeten gemachten Zusage, die eine Sollstärke von 495 000 Mann im Frieden festlegt, abgerückt. Das dies nicht einträte, war also oberste Planungsvorgabe. Zufrieden konnte denn auch Generalinspekteur Altenburg erklären, die Bundeswehr könne bis 1995 diesen Friedensumfang halten. Auf die Frage, wie es danach weitergehe, antwortete er, daß er den Auftrag gehabt hätte, bis 1995 zu planen. Ziel der Planung sei es, den Kriegsumfang von 1,34 Millionen Soldaten „zu halten" und den Friedensumfang „möglichst hoch zu halten".

Ein mit der Planung befaßter Brigadegeneral erklärte gegenüber der WELT, daß „in geheimen Plänen inzwischen bis 1999 vorgedacht" wurde. Der SPD-Abgeordnete und Wehrexperte Horst Jungmann dagegen meint, daß „das materielle Konzept zwar bis 1999 reicht, das personelle dagegen nur bis 1995. Dann", so Jungmann, „wird das Anfang der 90er Jahre beginnende Chaos seinen Höhepunkt erreichen, weil heute nur auf der Basis von Wunschvorstellungen geplant werden darf." Ein Konzept aber hat auch die Opposition derzeit nicht anzubieten, räumt Jungmann ein.

Aus dem Verteidigungsministerium ist indes zu erfahren: „Wir haben uns gründlich auf diese personelle Weichenstellung vorbereitet." Im einzelnen sollen

- von 1986 bis 1991 durch die frühzeitige Pensionierung von 1200 Truppenoffizieren der Verwendungs- und Beförderungsstau abgebaut werden;
- von 1989 an durch die Wehrdienstverlängerung auf 18 Monate insgesamt 42 000 Wehrpflichtige mehr zur Verfügung stehen;
- von 1989 an durch die Änderung der Tauglichkeitskriterien zusätzlich 1200 Rekruten zur Truppe kommen;
- von 1989 an durch Änderung der Freistellungsquoten für Zivil- und Katastrophenschutz nochmals 9000 Wehrpflichtige der Bundeswehr zufließen;
- von 1989 an durch „Reduzierung von Einberufungshindernissen" weitere 6000 junge Männer den Streitkräften zugeführt werden und
- von 1991 bis 1995 die Zahl der Berufssoldaten und Zeitoffiziere um 6000 auf 90 000 Mann erhöht werden.

Zu diesen meist jungen Wehrpflichtigen und Freiwilligen sollen 24 000 ausgeschiedene Soldaten der sogenannten Verfügungsbereitschaft treten und bis Mitte der 90er Jahre jährlich etwa 350 000 bis 400 000 Reservisten zu Übungen einberufen werden. Zum Vergleich: Heute sind es rund 180 000 Reservesoldaten, die pro Jahr üben.

Analog zu der Personalkonzeption wurde ein Waffenbeschaffungsprogramm für das kommende Jahrzehnt erarbeitet, das teilweise sogar über die Jahrtausendwende reicht. Doch schon heute ist absehbar, daß das Geld für die geplanten Rüstungsgüter knapp wird.

Die neuen Panzerabwehrhubschrauber PAH 2, die Fregatten, die Jagdflugzeuge und die Munition werden von Jahr zu Jahr teurer. Das modernste NATO-Kampfflugzeug, der „Tornado", wird bis Mitte der 90er Jahre zur Hälfte deshalb auf veraltete Munition angewiesen sein.

Statt der im Bundeswehrplan 1985 ausgewiesenen 250 neuen Jagdflugzeuge ist heute nur noch von 200 Stück die Rede. „Gegenüber dem Rüstungsplan 1986 gibt es jetzt schon bei den Großvorhaben 40 Veränderungen", weiß der SPD-Abgeordnete Jungmann zu berichten. „Streckungen, Schiebungen, Streichungen – so sieht dieser Rüstungsplan aus", sagt er. Der CSU-Politiker und Verteidigungsausschuß-Vorsitzende Alfred Biehle spricht gar vom „Offenbarungseid", den die Hardthöhe im Hinblick auf die Machbarkeit der geplanten Rüstungsvorhaben leisten müsse. So verwundert es nicht, daß nach General Altenburgs Berechnungen für die nächsten 12 Jahre mehr als sieben Milliarden Mark fehlen. Und ein Silberstreif am Horizont ist nicht in Sicht, denn nach den Vorstellungen von Finanzminister Stoltenberg soll der Wehretat von 52,1 Milliarden im Jahre 1987 nur auf 55,3 Milliarden Mark im Jahre 1999 erhöht werden.

Der „Tornado" ist bis Mitte der 90er Jahre auf veraltete Munition angewiesen FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Soviel scheint allerdings festzustehen: Die gravierensten Veränderungen werden im Heer erfolgen. Zwar soll die bestehende Heeresstruktur 4 „im Prinzip erhalten bleiben", doch seien einige „Nachbesserungen" unumgänglich, sagt der Stabsabteilungsleiter Planung, Brigadegeneral Naumann. Mit der Einführung des „System gepanzerte Kampftruppen 90" von 1995 an soll eine „wesentliche Stärkung der konventionellen Verteidigunsfähigkeit des Heeres" erreicht werden. Mit modenerer und weiterreichender Artillerie sowie einer verbesserten Aufklärung durch Drohnen soll das Heer die Möglichkeit erhalten, das in der NATO gültige FOFA-Konzept (dieses sieht die Bekämpfung der Warschauer Pakt-Verstärkungen vor) realisieren zu können.

Der Personalbestand des Heeres wird vermutlich von derzeit 342 000 auf 320 000 Mann reduziert werden müssen. Ein Schrumpfen der Kampfverbände wird für nicht mehr ausgeschlossen gehalten. Dennoch soll die Kampfkraft genauso groß bleiben wie heute. Begründet wird dies mit der „immer rasanter werdenden technischen Entwicklung neuer Waffensysteme". So sei es denkbar, daß für die Verteidigung eines Frontabschnittes von 1500 Metern Breite heute zehn bis zwölf Panzer benötigt werden, Mitte der 90er Jahre aber „vielleicht nur noch fünf Panzer erforderlich sind".

Zunächst sollen die personellen Einsparungen vornehmlich in den Truppenschulen erfolgen. Darüber hinaus zwängen die personellen Resourcen dazu, daß die „Kommandostruktur durchdacht werden muß", erklärt General Naumann. Die schon in den 70er Jahren angeregte Zusammenlegung von Korps- und Wehrbereichsstäben – sie scheiterte, weil Landespolitiker „ihren Stab" als Prestigeobjekt verschwinden sahen – wird voraussichtlich erneut diskutiert werden müssen.

Sicher ist auch, daß weitere Streichungen und Kaderungen nicht mehr „ohne Abstriche an der grundsätzlichen Forderung nach Vorneverteidigung zu machen sind", mahnt ein Oberst. Bereits heute befände man sich an der Grenze des Vertretbaren. Im Mobilmachungsfall verdreifacht sich das Heer, die Luftwaffe verdoppelt sich und der Personalumfang der Marine muß um fast 27 000 Soldaten angehoben werden. Ein neues Reservistenkonzept soll dies sicherstellen.

Am Samstag in der WELT:
Die Reserve hat bald keine Ruh' mehr

Das schwierige „Aufräumen" in Tschernobyl

cgs. Wien

Ein hoher Funktionär der weißrussischen Sowjetrepublik, die neben der Ukraine am stärksten von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl betroffen ist, hat die jetzige Phase der „Liquidierung" des Unglücksreaktors als noch schwieriger bezeichnet, als es die erste gewesen sei. Außerdem vertrat der Vorsitzende des Staatskomitees für Naturschutz in der weißrussischen Sowjetrepublik, Viktor Koslow, die Ansicht, daß auch ein Teil der umgesiedelten weißrussischen Bevölkerung nicht mehr in ihre Heimatorte zurückkehren könne. In Weißrußland würden jetzt neue Methoden zur Säuberung des Wassers, der Erde und der Wälder von Radioaktivität entwickelt.

Als erster ausländischer Berichterstatter hat ein Korrespondent der ungarischen KP-Zeitung „Nepszabadsag" die unmittelbare Nachbarschaft des Katastrophengebiets von Tschernobyl besuchen dürfen. Der ungarische Journalist wurde bis an die Grenze der 30-Kilometer-Sperrzone rund um den Reaktor vorgelassen.

In seinem Bericht zitierte er den Vorsitzenden des Rayon-Sowjet von Kiew, Iwan Pljuschtsch, der den Umfang des Reaktorunglücks als „gewaltig" bezeichnete. 100 000 Personen hätten umgesiedelt werden müssen. Manche von ihnen seien sogar in anderen Sowjetrepubliken, also außerhalb der Ukraine, untergebracht worden. Pljuschtsch zeigte sich auch skeptisch, ob das Ackerland in der verstrahlten Zone jemals wieder landwirtschaftlich genutzt werden könne.

Der ungarische Journalist berichtet in seinem für kommunistische Verhältnisse ungewöhnlich offenherzigen Artikel auch von Gesprächen mit aus Tschernobyl herausgebrachten Personen. Vor allem die älteren von ihnen seien schwer getroffen – besonders jene, die, wie er schreibt, bereits einmal im Zweiten Weltkrieg vor den „Faschisten" flüchten mußten.

Zentrum sieht sich als Alternative zur Union

idea, Bonn

Die Deutsche Zentrumspartei, zu deren Forderungen vor allem der Schutz des ungeborenen Lebens gehört, hat für die Bundestagswahl im Januar 1987 ein Kontrastprogramm zur Union erarbeitet. CDU und CSU warf sie jetzt vor, sie richteten sich bei ihrer Suche nach Mehrheiten nur nach dem „Zeitgeist" und seien für überzeugte Christen nicht mehr wählbar, weil sie die Abtreibung tolerierten oder gar befürworteten. Die Vorsitzende der Zentrumspartei, die Erziehungswissenschaftlerin Adelgunde Mertensacker, stellte deshalb in einem Interview des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz (idea) heraus, daß ihre Partei sich als „klare Alternative" zur Union sehe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Egon Bahr schafft neue Irritationen in den USA

In Washington Teilabzug von Truppen aus Europa angeregt

FRITZ WIRTH, Washington

Am Anfang der Diskussion sagte John Matlock, einer der wichtigsten Berater des amerikanischen Präsidenten in Ost- und Europafragen: „Meine allgemeine Bitte ist, Ruhe zu bewahren". Er bezog diesen Appell auf Spannungen, Urteile und Fehlurteile innerhalb des Atlantischen Bündnisses. Am Ende der Debatte hatte John Matlock Mühe, seinem eigenen Ratschlag zu folgen.

Die Friedrich Ebert-Stiftung hatte in Washington eine Seminar-Diskussion über Ost-West-Beziehungen, das Atlantische Bündnis und über die deutsch-deutschen Beziehungen arrangiert und von deutscher Seite Egon Bahr und Jürgen Schmude aufgeboten. Botschafter Matlock wurde durch Harry Gilmore, den Direktor der Abteilung für Mitteleuropa im State Department, unterstützt. Die Debatte war lebendig, kontrovers und ergebnislos.

Egon Bahr („Wir sind nicht hier, um Komplimente auszutauschen") ging sogleich in die Offensive, entdeckte in der amerikanischen Politik starke nationale und auf Eigeninteressen konzentrierte Züge, zitierte die Libyen-Affäre, den amerikanischen Widerstand gegen das Schlußdokument der KSZE-Nachfolgekonferenz in Bern und die jüngste SALT-Entscheidung Präsident Reagans und kam zu dem Schluß: Die USA vermitteln den Eindruck, daß sie an den Gefühlen der Europäer nicht interessiert sind, daß sie den Harmel-Rahmen vergessen haben, das heißt, daß für sie Verteidigung alles und Detente nichts bedeute und daß es Gift für die Allianz sei, wenn beide Seiten nur nach eigenen nationalen Interessen handeln würden.

Zweifel an Reagan

So hätten sich die USA in der SALT-Frage zum ersten Mal von allen Partnern isoliert, und das sei etwas, was bisher nicht einmal den Sowjets gelungen sei. Er fragte nach dem „Rationalen" der amerikanischen Politik und beantwortete die Frage später selbst mit der Feststellung, daß sie offenbar vom Leitsatz geprägt sei, „der Starke ist am stärksten allein".

Ihm sei nach der Wiederwahl des Präsidenten gesagt worden, daß Reagan nun den Ehrgeiz habe, als „Friedenspräsident" in die Geschichte einzugehen. „Ich bezweifle es heute", sagte Bahr, der im übrigen angesichts der wachsenden globalen Engagements der Amerikaner außerhalb des NATO-Bereichs vorschlug, daß die USA einige ihrer Truppen aus Europa abziehen, um sie als Einsatztruppen für die Sicherung ihrer Interessen außerhalb des Bündnisses zu gebrauchen. Das sei im übrigen, so beeilte sich Bahr zu versichern, nicht seine Idee, sondern die von Henry Kissinger.

Europäische Ignoranz

John Matlock widersprach, zunächst höflich und am Ende deutlich verstimmt, Egon Bahr in allen Punkten. „Wir haben heute in den Ost-West-Beziehungen einen Stand größerer Stabilität erreicht als es ihn für lange Zeit gab", erklärte er. „Wir hatten einige örtliche Krisen, doch sie erreichten niemals den gefährlichen Stand früherer Zeiten wie beispielsweise während der Berlin- und Kuba-Krise." Er habe Schwierigkeiten, der Behauptung Bahrs zu folgen, die USA setzten sich über europäische Interessen hinweg. Abgesehen davon aber könne es nicht immer volle Übereinstimmung in der NATO geben. Wenn kein NATO-Mitglied ohne die volle Unterstützung der anderen Partner handeln dürfte und könnte, wäre es das Ende des Bündnisses. In der Libyen-Krise „ging es nicht um unsere Interessen, sondern um das Problem des internationalen Terrorismus." Nichts zu unternehmen, wäre am Ende „wesentlich schlimmer gewesen". Matlock erinnerte daran, daß die Briten in Falkland Truppen eingesetzt hätten, die eigentlich für den NATO-Bereich gedacht waren. „Wir haben die Briten dennoch und gegen eigene amerikanische Interessen in Südamerika unterstützt."

Was die SALT-Entscheidung angehe, so registrierte Matlock mit Betroffenheit, daß manche Europäer einfach nichts von den sowjetischen Verletzungen dieses Vertrags wissen wollen. Die SALT-Entscheidung werde dabei behilflich sein, den Sowjets Waffenreduzierungen abzuringen. Immerhin hätten die Sowjets seit sechs Monaten in Genf keine konkreten Abrüstungsvorschläge auf den Tisch gelegt. „Jetzt jedoch sind sie damit herausgekommen und wir prüfen sie mit großer Sorgfalt."

Der Kreml erkannte schnell Nadschibullahs Wert

Der neue afghanische Parteichef ist ein Meister der Subversion und Intrigen / Unbekannt im Westen, berüchtigt in Kabul / Wieder schwere Kämpfe

WALTER H. RUEB, Bonn

Die Genfer Afghanistan-Verhandlungen unter UNO-Vermittlung über eine politische Lösung am Hindukusch waren kaum vertagt worden, da nahm in dem sowjetisch besetzten Land die Kampftätigkeit wieder zu. In den Gebirgsregionen entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze eröffneten Rote Armee und Karmal-Truppen neue Offensiven, der Widerstand antwortete mit Raketenangriffen auf sowjetische Luftstützpunkte im Osten und Westen des Landes.

Im ostafghanischen Dschalalabad wurden auch Regierungsgebäude getroffen und beschädigt, darunter das Hauptquartier des berüchtigten Geheimdienstes Khad. Nach einem Bericht der „Pakistan Times" in Islamabad haben die Mudschahedin in den vergangenen zwölf Monaten 80 Flugzeuge der Regierungstruppen und der Sowjets abgeschossen oder am Boden zerstört. Diese Informationen lieferte dem Blatt der afghanische Luftwaffen-Brigadegeneral Mir Alam Khan, der vor kurzem aus Afghanistan floh und sich in Pakistan dem Widerstand anschloß.

Der hochrangige Überläufer machte zur gleichen Zeit Schlagzeilen wie eine neue Verordnung des afghanischen Revolutionsrates in Kabul, in welcher allen Deserteuren versprochen wird, daß sie nicht bestraft werden, wenn sie innerhalb der nächsten sechs Monate zu ihren Einheiten zurückkehren.

Der neue afghanische Parteichef Nadschibullah ging anschließend noch einen Schritt weiter: Er erneuerte über „Radio Kabul" einen Appell an die fünf Millionen nach Pakistan und Iran geflohenen Landsleute, „zwecks Frieden und Versöhnung heimzukehren". Nadschibullah versprach, den Heimkehrern Landbesitz und sonstige Vermögenswerte zurückzugeben und sie in ihre vollen Rechte einzusetzen. Nadschibullahs Appell verhallte jedoch ohne nennenswertes Echo. Zu gut ist Moskaus neuer Mann in Kabul bekannt, zu oft wurde er von Moskau als „Internationalist und großer Freund der Sowjetunion" herausgestellt.

Doch im Westen ist der Emporkömmling von Moskaus Gnaden ein fast unbeschriebenes Blatt. Nadschibullah wurde 1947 in Kabul als Sohn eines prominenten afghanischen Nationalisten geboren. Er schaffte den Abschluß der Höheren Schule 1964 – ein Jahr vor der Gründung der Demokratischen Volkspartei von Afghanistan (PDPA) durch Babrak Karmal, Nur Mohammad Taraki und Hafizullah Amin. Schon als Jüngling schloß sich Nadschibullah dem von Karmal geleiteten Parcham-Flügel der PDPA an. 1969 und 1970 wurde er von der monarchistischen Regierung wegen subversiver Aktivitäten inhaftiert, schloß 1975 aber sein Medizinstudium erfolgreich ab.

Nur wenige Monate diente Nadschibullah 1976 in der Armee, 1977 wurde er Mitglied im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, nach der April-Revolution 1978 zog er in den Revolutionsrat der Partei ein. Im gleichen Jahr gab es aber auch einen Rückschlag: Nadschibullah wurde von den Führern des rivalisierenden Khalq-Flügels bei Säuberungs-Aktionen auf das Abstellgleis geschoben. Vom Botschafter-Posten in Teheran kehrte Nadschibullah jedoch bald wieder nach Kabul zurück.

Verhaftung, Folter, Mord: Nadschibullah steht im Ruf eines rücksichtslosen Statthalters Moskaus
FOTO: DPA

Nach Sowjetinvasion und Machtübernahme durch Karmal wurde Nadschibullah 1979 mit Aufbau und Befehlsgewalt über die Geheimpolizei betraut. Sowjetische KGB-Offiziere und ostdeutsche Staatssicherheits-Angehörige halfen beim Neuaufbau mit, sorgten zusammen mit Nadschibullah und seinen Helfern für die Unterwanderung von Partei, Armee und schließlich auch des Widerstandes. Nadschibullah erwarb sich schnell den Ruf eines rücksichtslosen und gefährlichen Mannes.

Nadschibullah schlug 1980 und 1981 vier Aufstände in der Armee nieder, verhaftete dabei 2000 Khalqis und mit ihnen sympathisierende Offiziere, stellte eine uniformierte Kampfbrigade von 2000 Mann zusammen, die bis heute als Elite der paramilitärischen Einheite Afghanistans gilt, und ließ seine Khalq-Streitmacht nachts in auffälligen weißen Jeeps durch Kabul patrouillieren.

Der sowjetische Parteichef Jurij Andropow erkannte als ehemaliger KGP-Chef Nadschibullahs Talente und Fähigkeiten sofort. Er förderte ihn, wo er konnte. Michail Gorbatschow tat es ihm nach. Auf sein Drängen wurde Nadschibullah im vergangenen Jahr zum Generalleutnant befördert, zum achten Sekretär des ZK und zum Vollmitglied des Politbüros. Im Oktober 1985 leitete der Emporkömmling eine Parteisäuberung ein, entfernte zahlreiche mißliebige Offiziere von ihren Posten. Im November wurde der Khad in ein Voll-Ministerium umgewandelt und Nadschibullahs Stellvertreter zum Sicherheitsminister befördert. Im Dezember 1985 wurde Nadschibullah, der weniger als zwei Jahre in der Armee gedient hatte, zum Befehlshaber der Sicherheitskräfte von Afghanistan ernannt, am 4. Mai 1986 schließlich zum neuen Parteichef.

Vorgänger Babrak Karmal aber agitiert und intrigiert hinter den Kulissen gegen den neuen Parteichef. Die angebliche Verletzung von Nadschibullah bei Auseinandersetzungen mit Karmal-Anhängern ist jedoch eine gezielte Desinformation. Nach Angaben aus Widerstandskreisen soll Nadschibullah das Angriffsziel von Angehörigen unabhängiger Stämme im Grenzgebiet geworden sein. Der Geheimpolizei-Chef hatte diese mit Geld und politischen Zugeständnissen bestochen und verpflichtet, sich im Krieg gegen den Widerstand neutral zu verhalten oder gar gegen die Mudschahedin zu kämpfen und ihnen wenigstens den Durchgang durch ihr Stammesgebiet entlang der Grenze nach Pakistan zu verwehren. Ein Sprecher des Widerstands: „Nadschibullah versuchte, sich der Einhaltung seiner Versprechen zu entziehen."

In scharfer Form hat der neue Parteichef inzwischen gegen die Afghanistan-Debatte des Europäischen Parlaments protestiert und sie als Einmischung in innere Angelegenheiten verurteilt. In der bisher härtesten Resolution eines westlichen Parlaments zu Afghanistan hatten die Abgeordneten in Straßburg mit überwältigender Mehrheit die völkerrechtliche Anerkennung des Widerstands und seine Einbeziehung als Vertreter des afghanischen Volkes in alle Verhandlungen gefordert.

Panama stoppt Schiff mit Waffen

AFP/rtr, Panama

Die Behörden in Panama haben ein dänisches Schiff beschlagnahmt, das mit 200 Tonnen Waffen und militärischem Gerät aus dem Ostblock beladen war. Nach Angaben der Reederei sollte das Kriegsmaterial an ein Unternehmen in Panama ausgeliefert werden. Die Waffen seien „vermutlich für El Salvador" bestimmt. Ein Marine-Verantwortlicher in Panama erklärte, das Schiff habe Kanonen, Militärlastwagen, Maschinengewehre, Raketenwerfer, Munition und andere militärische Ausrüstung an Bord gehabt. Diese Ladung war den Behörden gegenüber nicht deklariert worden. Vor seiner Fahrt nach Mittelamerika habe die „Pia Vesta" zuletzt in Rostock Station gemacht. Der dänische Generalkonsul in Panama, Fahlgren, erklärte, das Schiff sollte ursprünglich den peruanischen Hafen Callao anlaufen. Die „Pia Vesta" sei dann nach Panama umgeleitet worden. Der dänische Reeder Jensen hat sich von der Waffenladung distanziert. Jensen war bereits in fünf Waffenschmuggel-Affären verwickelt.

Manila verhandelt mit Kommunisten

AFP, Manila

Präsidentin Corazon Aquino und die kommunistischen Rebellen des Landes wollen einen Waffenstillstand aushandeln. Man erwartet, daß die Kommunisten eine Regierungsbeteiligung fordern. Es ist allerdings zu befürchten, das diese Forderung die Wirtschaftskreise des Landes irritiert. Auch werden die Rebellen den Abbau der US-Stützpunkte auf den Philippinen fordern. Die philippinische Regierung wird mit den Rebellen ebenfalls über eine Beendigung des 17jährigen Widerstands der Kommunisten gegen Manila verhandeln. Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile sagte in Manila, es handele sich zunächst um einen informellen Gesprächsbeginn. Der Journalist Satur Ocampo vertrete die kommunistische Partei und ihre Guerrilla-Organisation „Neue Volksarmee". Die kommunistische Partei ist in Manila verboten. Die Regierungsdelegation bestehe aus fünf Personen, deren Identität aus Sicherheitsgründen vorerst geheim bleiben solle. Beobachter rechnen mit schwierigen Gesprächen.

Unterhaus lehnt schärfere Sanktionen gegen Pretoria ab

Niederlage für Labour / „Südafrika nicht in Isolation treiben"

R. GATERMANN, London

Mit 331 gegen 206 Stimmen hat die britische Regierung nach einer zeitweise scharfen Debatte unerwartet deutlich eine Parlamentsabstimmung gewonnen, in der es um verschärfte Maßnahmen gegen die Apartheidspolitik Südafrikas ging. Die Labour Party hatte, unterstützt von der sozialdemokratisch-liberalen Allianz, „effektive wirtschaftliche Maßnahmen" gegen Pretoria gefordert.

Dagegen sprachen sich sowohl Premierministerin Thatcher als auch ihr Außenminister, Sir Geoffrey Howe, aus. Der Gegenantrag der Regierung, wonach in Zusammenarbeit mit dem Commonwealth, der EG, den USA und Japan nach Maßnahmen gesucht werden soll, die eine friedliche Lösung in Südafrika auf der Basis von Verhandlungen und einem Gewaltverzicht ermöglichen, kam nicht mehr zur Abstimmung.

Ganz offensichtlich ist sich die Regierung Thatcher noch nicht im klaren darüber, inwieweit sie ihren Druck auf Pretoria verstärken soll. Eine Entscheidung wird voraussichtlich auch nicht vor dem Commonwealth-Gipfel Anfang August in London fällen. Frau Thatcher lehnt weiterhin umfassende Wirtschaftssanktionben ab, weil diese nach ihrer Auffassung ohne Wirkung bleiben würden. Das habe unter anderem das Beispiel Rhodesien gezeigt. Dem hielt Oppositionsführer Neil Kinnock entgegen, Verhandlungen in Südafrika würden nur auf Druck zustande kommen. Er schloß sich damit der Auffassung der südafrikanischen Oppositionsbewegungen ANC und UDF an.

Der außenpolitische Sprecher der Labour Party, Denis Healey, griff vor allem die moralische Haltung der Regierungschefin an: „Wir in Großbritannien haben uns an die kalte Gleichgültigkeit der Premierministerin gegenüber menschlichem Leid gewöhnen müssen. Wir erleben hier in Fragen, in denen ihre Ignoranz vollkommen ist, ihre ganze Selbstgefälligkeit. Aber wir sind dies jetzt leid." Sir Geoffrey entgegnete ihm, daß Schritte gegen Südafrika die Regierung zu Verhandlungen ermuntern und sie nicht noch weiter in die Isolation treiben sollte. Gemeinsam mit der Wirtschaft sollte sie dann eine Reformpolitik betreiben. Laut Sir Geoffrey strebe Großbritannien „die Beendigung der Apartheid zum frühestmöglichen Termin an, um sie durch eine nicht die Rassen diskriminierende Gesellschaft mit einer demokratisch-repräsentativen Regierung und einer angemessenen Sicherheit für alle Minoritäten ersetzen."

Sorgen um die Zukunft Arianes

In Bonn soll heute um Vertrauen für die europäische Trägerrakete geworben werden

Von W. ENGELHARDT

So hatten sich die Veranstalter des heute zelebrierten „Arianespace"-Tages, der über die Zukunft des europäischen Raumtransporters Auskunft geben soll, das noch vor Wochen nicht vorgestellt: Nach Challenger und nach den amerikanischen Titan- und Delta-Raketen, scheiterte am 31. Mai auch der 18. Ariane-Start. Wenn die Verantwortlichen noch kurz zuvor kräftig die Werbetrommel gerührt haben („Ein europäisches Programm, ein industrieller Erfolg, ein kommerzieller Durchbruch" und „Bewährt in der internationalen Konkurrenz der Raumfahrt") könnte man nach dem letzten Desaster glatt an böse Schicksalsmächte oder auch an einen weltweit operierenden Spionagetrupp glauben, der jetzt auch das europäische Weltraum-Zentrum heimsucht und startende Raketen vorzeitig zum Absturz bringt.

Kurz nach dem Start mußten die dritte Ariane-Stufe und mir ihr die kostbare Nutzlast – ein Kommunikationssatellit – gesprengt werden. Damit steht den westlichen Ländern momentan kein zuverlässiges Trägersystem mehr zur Verfügung. Alle hochfliegenden Raumfahrt-Pläne müssen auch bei den Europäern zurückgestellt werden.

Prestigeverlust für die europäische Raumfahrt

Dieser neue Ariane-Fehlstart – unter diesem Eindruck steht der heutige Präsentationstag – bedeutet aber auch einen erheblichen Prestigeverlust für die europäische Raumfahrt allgemein und für die Verwertungs-Organisation Arianespace, deren Projektil nun hinsichtlich seiner Zuverlässigkeit erheblichen Zweifeln ausgesetzt ist.

Dabei hatten sich die Manager von Arianespace gerade darauf eingestellt, von der Challenger-Katastrophe in USA in gewisser Weise zu profitieren und einige außerplanmäßige Satellitenstarts zu buchen. Erst Anfang Mai hatte die japanische Kommunikationsgesellschaft SOC mit Arianespace den Vetrag für die Beförderung von zwei großen Nachrichten-Satelliten unterzeichnet. Insgesamt hat Arianespace jetzt Kontrakte für den Start von 47 Satelliten in den Auftragsbüchern, was einem Finanzvolumen von über 2,5 Mrd. DM entspricht. Damit steuerte Arianespace eigentlich schon der Gewinnzone entgegen. Bei weiteren Fehlstarts indes sind die optimistischen Prognosen schnell wieder hinfällig.

Über die Ursachen für das Versagen der 3. Ariane-Stufe kann vorerst nur spekuliert werden, die Suche gestaltet sich als ein mühsames Detektiv-Spiel. In den vielen tausend Metern Magnetband mit allen von der Rakete während des Starts übermittelten Telemetrie-Daten müssen die Experten nun nach Anomalien im komplizierten Funktionsablauf der Startsequenz suchen.

Den Vorsitz des achtköpfigen Untersuchungsausschusses führt der Ingenieur Carl-Helmut Dederra von Messerschmitt-Bölkow-Blohm. Die Kommission soll ihren Bericht in wenigen Tagen, Ende Juni, vorlegen. Schon beim vorletzten Ariane-Start hatte die kritische dritte Stufe versagt, die fast eine Viertelstunde funktionieren muß, um den Satelliten auf die erforderliche Geschwindigkeit zu beschleunigen. Damals war ein Leck in einem Treibstoff-Ventil für das Versagen verantwortlich, der auf -180° C gekühlte flüssige Wasser- und Sauerstoff hatte die Treibstoff-Pumpe eingefroren und funktionsuntüchtig gemacht.

Von dem schmerzlichen finanziellen Verlust wegen des neuerlichen Fehlstarts einmal abgesehen, kommen nun die verschiedenen internationalen Kommunikations-Gesellschaften allmählich in Schwierigkeiten, weil sie wahrscheinlich in nächster Zeit nicht mehr genügend Kanäle für die Übermittlung von Telefongesprächen sowie Fernseh- und Rundfunk-Programmen via Satellit bereitstellen können.

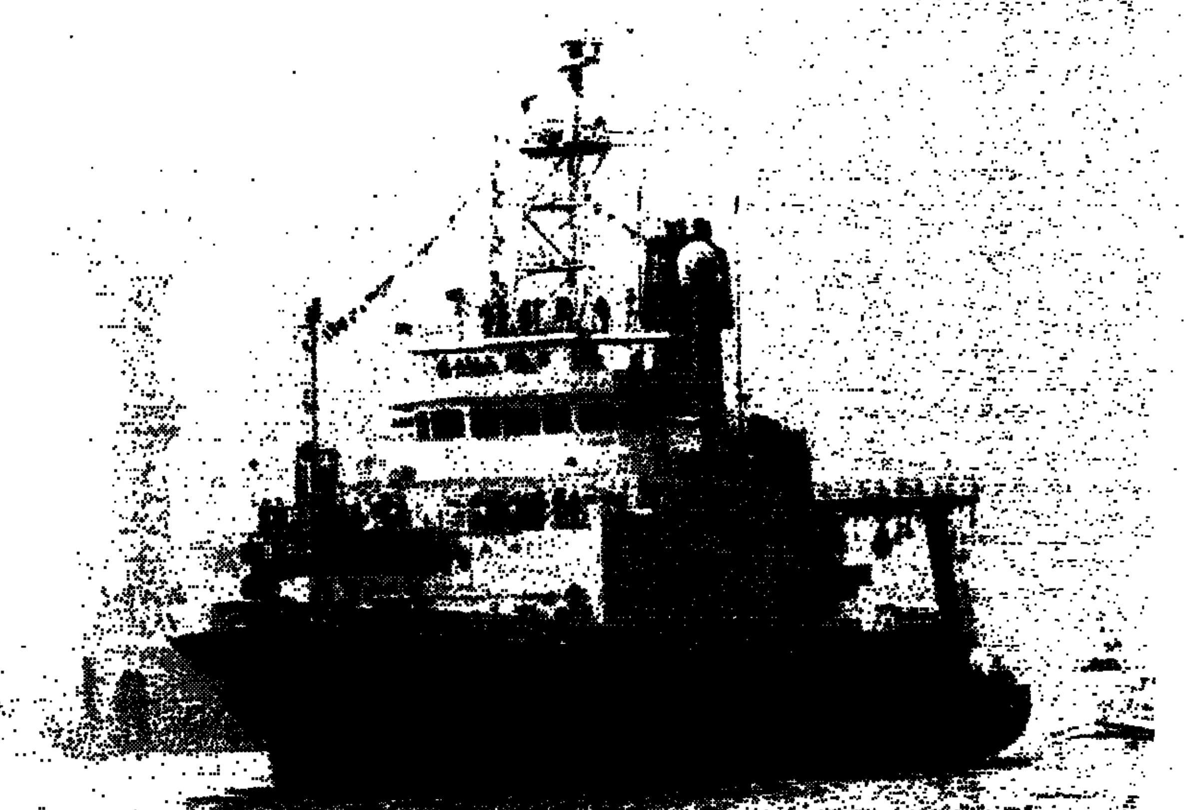
Der Ausfall aller westlichen Trägersysteme kann für diese Unternehmen erhebliche finanzielle Auswirkungen haben, wenn vertragliche Verpflichtungen nicht erfüllt werden können. Gerade jetzt während der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko kann der plötzliche Ausfall eines Nachrichten-Satelliten im Erdorbit fatale Folgen für die aktuelle Berichterstattung in Übersee, also auch für Europa haben.

Werden alle Programme einem Test unterzogen?

Weder mit einer amerikanischen noch mit einer europäischen Trägerrakete läßt sich bei Bedarf schnell ein Ersatzgerät starten. Zunächst einmal ist der für Ende Juli geplante nächste Ariane-Start um vier Wochen verschoben worden. Je nach Ausgang des Untersuchungs-Ergebnisses können daraus auch mehrere Monate werden. Es ist anzunehmen, daß sich die Arianespace-Gesellschaft zu einer grundlegenden Überprüfung des gesamten Raketenprogramms gezwungen sieht, so wie das momentan in den USA geschieht.

Experten aus der Industrie geben zu bedenken, daß sowohl beim Space Shuttle als auch bei Ariane offensichtlich zu schnell versucht worden ist, die überaus komplexen Raketen und ihre Startkampagnen als Serienprodukte zu behandeln und die angestrebte hohe Startfolge zu erreichen. In beiden Fällen hat sich die hochentwickelte Technologie der routinemäßigen Behandlung widersetzt. Ihrer Meinung nach führten Zeitdruck und vielleicht auch eine unbewußte Lässigkeit bei der Produktion und Handhabung der Projektile zu fatalen Folgen.

Start der europäischen Trägerrakete Ariane-2 vom Weltraumbahnhof Kourou (Französisch-Guayana) FOTO: ERNO



Die „Meteor" läuft heute zu ihrer ersten Forschungsfahrt aus FOTO: CHRISTA KUJATH

Ein Schiff geht dem Nordmeer auf den Grund

Nach Abschluß der technischen Erprobung läuft die „Meteor II", neben der „Polarstern" Deutschlands modernstes Forschungsschiff, heute zur ihrer ersten wissenschaftlichen Reise aus. Ziel ist das Nordmeer zwischen der Insel Jan Mayen und dem norwegischen Kontinentalrand, eines der rauhesten Seegebiet der Erde. Hier wollen die 26 Wissenschaftler an Bord – Deutsche, Schweden und Amerikaner – die Lebewesen im ozeanischen Wasser und auf dem Meeresgrund, sowie Ablagerungs- und Zirkulationsvorgänge untersuchen. Die Reise dient weiterhin dazu, die technische Zuverlässigkeit des Schiffes zu erproben.

Das Schiff war im März in Dienst gestellt und zunächst während einer Fahrt in den Nordatlantik technisch überprüft worden. Von jetzt ab geht es auch wissenschaftlich zur Sache. In zwei Fahrtabschnitten soll das Schiff seine Leistungsfähigkeit für ozeanologische Forschungen nachweisen. Der erste Abschnitt ist vor allem meeresbiologischen Untersuchungen an den Organismen des Planktons als auch an Lebewesen auf dem Meeresboden gewidmet. Am 2. Juli wird dieser Abschnitt abgeschlossen; im Hafen von Trondheim wird die wissenschaftliche Mannschaft ausgetauscht.

Der Schwerpunkt des zweiten Abschnitts liegt auf geologischen Untersuchungen. Ziel der Arbeit ist es, die Wasserzirkulation im Nordmeer besser zu verstehen. Darüber hinaus will man aber auch feststellen, wie sich solche Vorgänge in den Bodenablagerungen (Sedimenten) dokumentieren. Dazu muß man die Prozesse kennen, die in der Wassersäule zur Bildung von Sedimenten führen und die die Verteilung der Ablagerungen am Boden beeinflussen. Das Wunschziel der Forscher ist es, aus den Sedimenten die Geschichte dieses Meeres „ablesen" zu können.

Das Nordmeer gehört zu den „Wetterküchen", von denen das europäische Klima wesentlich beeinflußt wird. Es ist von besonderem Interesse, die Ablagerungsprozesse und ihre Veränderungen während langer geologischer Zeiträume nachzuvollziehen. In der jüngsten geologischen Vergangenheit war gerade dieses Meeresgebiet den raschesten und extremsten Klimaveränderungen unterworfen. Am 16. Juli soll die „Meteor" die Forschungsreise in Bremerhaven beenden. Kü.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Weniger Waldschäden?

Düsseldorf (lnw) – Im vergangenen Jahr ist der Anteil der geschädigten Waldfläche in Nordrhein-Westfalen gegenüber 1984 von 42 Prozent auf 37 Prozent zurückgegangen. Dies sei allerdings kein „Grund zur Entwarnung", betonte NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) gestern. Der Gesundheitszustand der bereits erkrankten Bäume habe sich deutlich verschlechtert, und das „Schadenstempo" bei Laubwäldern habe sich „überdurchschnittlich vergrößert".

Cäsiumgehalt bei Fischen

Stockholm (DW.) – Eine dramatische Zunahme des Cäsiumgehalts ist bei Fischen aus ostschwedischen Binnenseen und Teichen festgestellt worden. Dies berichtete das schwedische Fernsehen am Dienstag unter Berufung auf Angaben des Strahlenschutzinstitutes in Stockholm. Danach sind in den vergangenen Tagen Werte von radioaktiver Cäsiumstrahlung gemessen worden, die mehr als einhundert mal über den zulässigen Höchstwerten liegen. Nach Meinung von Fischexperten ist nach diesen Messungen ein baldiges und völliges Speiseverbot für Süßwasserfische aus 20 000 schwedischen Seen und Teichen unausweichlich.

Sehtest für Autofahrer

Bonn (AP) – Die Autofahrer in der Bundesrepublik sollten nach Ansicht der Deutschen Verkehrswacht regelmäßig zum Sehtest gebeten werden. Es sei erschreckend, daß fast jeder zehnte deutsche Autofahrer „halb blind" am Steuer sitze, erklärte der Geschäftsführer der Verkehrswacht, Rainer Hessel, in einem Interview mit „Auto-Bild". Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen läßt die Sehfähigkeit mit zunehmendem Alter nach. Dieser Prozeß könne schon ab 40 Jahren beginnen.

Shuttle-Startanlage

Washington (dpa) – Die neue Startanlage für US-Raumfähren auf dem Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien ist nach einem Kongreßbericht nicht sicher genug. Raumfähren sollten deshalb dort erst nach einer umfassenden Überholung der Anlage, die bis 1989 dauern könnte, abheben. In dem am Dienstag bekannt gewordenen Bericht eines Senatsunterausschusses wird unter anderem auf Konstruktionsfehler in der eigentlichen Startanlage sowie auf die klimatischen Verhältnisse in der Region mit Nebel, Kälte und starken Winden verwiesen.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Über die neuen Schwerpunktprogramme der deutschen Großforschungseinrichtungen – Von Arno Nöldechen.

*

Können Himmelskörper als Rohstoff-Quellen genutzt werden? – Von W. Engelhard.

*

Von Computer-Viren, die Rechner-Anlagen lahmlegen, berichtet Harald Watermann.

Was Katzen und Elektronik verbindet

Ein Millionenaufwand sorgt bei den Hamburger „Cats" für unverfälschte Übertragung

Von DIETER THIERBACH

Wodurch zeichnen sich die Cats vor allen anderen Musicals aus? Es ist vor allem der für ein Bühnenstück enorme technische Aufwand, der in akustischer und optischer Qualität neue Maßstäbe setzt.

Eines der schwierigsten Probleme stellt sich gleich am Anfang der Tonübertragungskette. Richtmikrofone, wie man sie von anderen Bühnenveranstaltungen her kennt, sind hier fehl am Platze. Ton-Ingenieure sind auf den Einsatz von drahtlosen Mikrofonanlagen angewiesen, die bei den männlichen und weiblichen Katzendarsteller in den hautengen Kostümen geschickt versteckt werden müssen.

Da der szenische Ablauf den Einsatz von bis zu 14 Mikrofonkanälen gleichzeitig erfordert, sind höchste Anforderungen an die Elektronik gestellt: Mikrofone und tragbare Sender müssen extrem klein und trotzdem mechanisch außerordentlich stabil sein. Dazu kommt, daß selbstverständlich alle 14 drahtlosen Mikrofonkanäle gleichzeitig arbeiten können, ohne sich gegenseitig zu stören. Ferner muß absolut sichergestellt sein, daß auf der Bühne keinerlei „Feldstärkelöcher" auftreten, die sich entweder durch einen Tonausfall oder aber durch ein kräftiges Rauschkonzert unangenehm in Szene setzen würden.

Aus den Langzeit-Erfahrungen mit professionellen portablen Mikrofon-Systemen bei Rundfunk- und Fernsehanstalten klug geworden, hat man die Ergebnisse jetzt in Hamburg umgesetzt: Die verwendeten Cats-Frequenzen liegen alle im UHF-Bereich (= ultra high frequency) zwischen 574 und 789 MHz, der recht kleine Antennen zuläßt und gute Eigenschaften für die Wellenausbreitung bietet.

Jeder der verwendeten Sender hat etwa die halbe Größe einer Zigarettenpackung. Das angeschlossene Kondensatormikrofon hat sogar nur einen Durchmesser von etwa sechs Millimeter, was eine unauffällige und für die Bewegung kaum hinderliche Anbringung zuläßt.



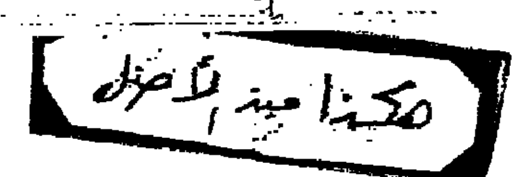
Auch Kater Run Tun Tugger profitiert vom Funk FOTO: AP

Damit das abgestrahlte Hochfrequenzsignal nun auch wirklich störungsfrei empfangen werden kann, bedient man sich des sog. Raum-Diversity-Prinzips: Zwei Antennen wurden an verschiedenen Stellen des Hamburger Operettenhauses angebracht. Da der Sender bei den agierenden Katzen ständigen und oft sehr schnellen Ortsänderungen unterworfen ist, schaltet eine Auswerte-Elektronik bei sich wechselnden Empfangsbedingungen stets auf die Antenne mit der besten Empfangslage. Dieser Vorgang, der vollkommen unhörbar ist, kann durchaus mehrere Male pro Sekunde stattfinden.

Die Qualität einer zuverlässigen Gesamt-Übertragung hängt jedoch nicht nur vom Funktionieren der drahtlosen Mikrofone ab. Erst in Verbindung mit einer Vielzahl anderer elektronischer Komponenten ergibt sich ein funktionierendes Ganzes. So wurde speziell für das Cats-Spektakel von einer Londoner Firma ein Spezial-Bühnenpult mit 42 Eingangs- und 20 Ausgangskanälen konstruiert.

Damit der große Mikrofon- und Sender-Aufwand am Anfang der Tonübertragungskette dann auch entsprechend zu Gehör gebracht werden kann, wurden insgesamt 40 Lautsprecher im Bühnenraum verteilt montiert, die mit insgesamt 9000 Watt Verstärkerleistung versorgt werden können. Der lichttechnische Aufwand steht dem tontechnischen in nichts nach. Es kommen insgesamt weit über 500 Scheinwerfer zum Einsatz.

Da so viele Lichtquellen vom szenischen Ablauf her nicht mehr einwandfrei zu übersehen sind, kommt hier ein Microprozessor-gesteuertes Schaltpult einer schwedischen Firma zum Einsatz, das mit Hilfe von zwei Daten-Terminals den richtigen Ablauf sichert. Damit die komplizierte Abstimmung zwischen Bühnengeschehen, Dirigent und Ton-Ingenieur gewährleistet ist, wurde eine Kontroll-Anlage mit fünf Videokameras und 20 Monitoren installiert.



WELTMEISTERSCHAFT / Geisterstunde: Deutsche Elf verärgerte 13 Millionen an den Fernsehgeräten

Spott

„Wenn sich diese Spielweise in der Bundesliga einbürgert, ist das so, als wenn man die Zuschauer mit der Peitsche aus dem Stadion treiben will. Aber der Zweck heiligt wohl die Mittel."
Lorenz Funk, Eishockey-Rekordnationalspieler.

„Das war das schlechteste der 42 Spiele, die bisher während der WM stattfanden. Die Deutschen zeigten sich völlig machtlos. Nicht eine einzige Torchance, nichts Sehenswertes, nichts Unterhaltsames, reine Ohnmacht. Zu traurig, um lachen zu können."
El Pais, Spanien.

„Ätzend"
Joschka Fischer

Realismus

„Ich habe schon nach unserem Sieg über Schottland das Thema angesprochen, daß wir im Mittelfeld stärker besetzt sein müssen. Man muß das Mittelfeld beherrschen, um ein Spiel zu bestimmen. Die Zahl der Stürmer sagt nichts über die Offensivkraft einer Mannschaft. Die Franzosen spielen auch nur mit einer Spitze."
Felix Magath

„Keine Frage, das war mein schlechtestes Länderspiel. Ich hatte keine Zerrung. Ich war schlecht. Wenn drei Spitzen in 45 Minuten kein Tor erzielen, muß einer raus. Daß ich es sein mußte, war richtig."
Rudi Völler



Beckenbauer: Die nächste Taktik



„Wir spielen nicht mehr mit drei Spitzen. Man kann solch eine taktische Variante durchziehen, aber da muß mehr Bewegung im Spiel sein. Hinzu kam, daß sich Rudi Völler schon nach zwanzig Minuten eine Zerrung zugezogen hat. Ich weiß auch nicht, warum er sich nicht früher gemeldet hat. In der Pause mußten wir ihn dann austauschen, und deswegen mußte Karl-Heinz Rummenigge, dem man natürlich die lange Pause anmerkte, 90 Minuten durchspielen. In der Verlängerung hätte ich Dieter Hoeneß eingewechselt. Wir müssen abwarten, was bis Samstag wird, auch mit den vielen kleinen Verletzungen."

Hoffnung

„Daß wir nun auf die Gastgeber treffen, ist bedauerlich. Doch auch diese Aufgabe ist lösbar. Es wird ein völlig anderes Spiel sein als am Dienstag. Unser Traumziel, das Halbfinale zu erreichen, steht nach wie vor."
Franz Beckenbauer

„Der Stolz der Deutschen wurde zwei Minuten vor dem Schluß durch Matthäus gerettet."
The Times, Großbritannien

„Der Sieg war zwar äußerst mühsam, aber vielleicht gibt er der Mannschaft dennoch neue Moral. Die Deutschen erreichen das Halbfinale."
Mike Kluge, Exweltmeister im Querfeldeinfahren.

Stolz

„Ich bin stolz auf Euch. Diese knappe 0:1-Niederlage gegen das große Fußball-Deutschland ist keine Schande. Ihr habt in Mexiko ruhmreich für Marokko gespielt."
Hassan II., König von Marokko, in einem Telefongespräch mit der Mannschaft.

„Wir haben uns gut aus der Affäre gezogen. Es war Pech für uns, daß wir kurz vor Schluß das entscheidende Tor hinnehmen mußten. Wir wollten die Verlängerung erreichen und dann unsere größere Frische gegen die müden und von der Hitze ausgelaugten Deutschen nutzen."
Jose Faria, Marokkos Trainer



Sprechchöre: „Abuelos". Das heißt Großväter

■ Über die Runden gequält, aber stolz über den 1:0-Sieg
■ Muß Völler weichen? Gegen Mexiko nur mit zwei Spitzen

ULRICH DOST, **Monterrey**

Bei aller Begeisterung für die eigene Mannschaft ist den mexikanischen Fans immer noch das Gespür für Fußball geblieben. Ihre Reaktionen können als zuverlässiger Gradmesser für die Beurteilung eines Spiels herangezogen werden. Als sich die Deutschen 90 Minuten gegen Marokko über die Runden quälten, um am Ende stolz über ein 1:0 zu sein, sahen die mexikanischen Zuschauer nicht mehr zu. Sie drehten dem langweiligen Geschehen den Rücken zu und bejubelten ihren jugoslawischen Trainer Velibor Milutinovic.

Als sich beide Teams dann immer noch nicht aufgefordert fühlten, etwas besser zu spielen, stand das Urteil der mexikanischen Fans endgültig fest. Sie brüllten: „Abuelos, Abuelos". Minutenlang riefen sie dieses Wort. Es heißt schlicht und einfach: „Großväter". So also schlichen sich die Deutschen ins Viertelfinale dieser Weltmeisterschaft. Am Samstag spielen sie in Monterrey gegen Mexiko.

Man hat sich ja schon daran gewöhnt, daß der Teamchef und die deutschen Spieler nach solchen Spielen schnell zur Tagesordnung übergehen. Hauptsache, mal wieder gewonnen, egal, wie. Was schert sie es, wenn sie mal wieder mit minimalen Mitteln einen Schritt nach vorne getan haben.

Sicherlich, die Marokkaner haben, von den ersten 15 Minuten abgesehen, „destruktiven Fußball geboten", wie es Torwart Harald Schumacher formulierte. Ganz bestimmt ist zudem der tiefe Rasen im Stadion von Monterrey nicht mit dem im Wembley-Stadion zu vergleichen. Auch ist der Klimawechsel von Queretaro in ein Stadion mit 35 Grad Hitze und einer Luftfeuchtigkeit von rund 60 Prozent nicht gerade angenehm. Doch dürfen solche Umstände nicht herangezogen werden, um mal wieder als Erklärung, Entschuldigung oder Ausrede für eine schaurige Vorstellung der deutschen Mannschaft zu dienen.

Franz Beckenbauer hat gesagt, daß zu einem guten Spiel „mindestens zwei" gehören. Doch warum eigentlich? Wenn eine Mannschaft nicht mitspielen will oder kann, warum zieht dann nicht die andere Mannschaft ihr Spiel auf? Oder liegt es bei den Deutschen nur daran, daß sie eigentlich gar kein eigenes Spiel besitzen, daß sie nur reagieren können?

Spätestens nach 15 Minuten hätte es doch bis zum letzten Reservespieler klar sein müssen, daß diese so hochgelobte marokkanische Mannschaft Angst vor der eigenen Courage hatte. Es ist deshalb unverständlich, wie Franz Beckenbauer in diesem Spiel gesehen haben will, daß Marokko seine Stärke aus der Vorrunde als Gruppen-Erster bewiesen hat. Wie kann jemand stark sein und überzeugend spielen, der in 90 Minuten nur einmal auf das gegnerische Tor schießt. Diese lahme Partie in Monterrey war die bislang schwächste Vorstellung zweier Mannschaften in den Achtelfinalspielen dieser WM.

Von Spiel zu Spiel verdeutlicht sich immer mehr, daß die deutsche Mannschaft keine Perspektiven besitzt. Gegen den kaum vorhandenen Angriff der Marokkaner blieb lediglich die Abwehr über jegliche vernichtende Kritik erhaben. Doch dann geht es schon los im Mittelfeld und setzt sich bis zum Angriff fort, wo Beckenbauer eigentlich glaubte, die geringsten Probleme zu besitzen.

Das hat bisher auch noch keine Mannschaft geschafft, im Mittelfeld mit zwei Leuten auszukommen. Felix Magath, der Hamburger Spielmacher, drückte sich noch vornehm aus, als er sagte: „Ich habe wenig Mittelfeldspieler gesehen. Matthäus und mich selbst." Bei so wenig Unterstützung, so Magath, werde es auch für jemanden problematisch, der sehr viel Laufarbeit vollbringt.

Und wenn sich Magath einmal nach vorne orientieren konnte, boten sich ihm kaum Gelegenheiten, die Mitspieler in Position zu bringen und sie anzuspielen. Magath: „Unsere drei Spitzen haben sich streng an ihre Positionen gehalten. Da bieten sich keine Gelegenheiten, in die Räume zu stoßen." Der Hamburger plädierte deshalb dafür, gegen Mexiko wieder mit zwei Angreifern anzutreten.

Aus dem Trio Klaus Allofs, Karl-Heinz Rummenigge und Rudi Völler wird wahrscheinlich der Bremer Rudi Völler rausfallen. Weil dem Mittelstürmer 45 Minuten überhaupt nichts gelang, nahm ihn Beckenbauer zur Pause mit der Begründung heraus: „Der Rudi hat eine Oberschenkelzerrung." Völler selbst korrigierte den Teamchef: „Ich habe nur ein leichtes Ziehen im Oberschenkel."

Franz Beckenbauer wird diesen Ball wohl dankbar auffangen. Dieses Experiment sei jederzeit wiederholbar, meinte der Teamchef, jedoch nicht bei dieser WM. Gegen die Mexikaner am Samstag will Beckenbauer wieder das Mittelfeld verstärken. Er sagt: „Wir können in Ruhe von hinten herausspielen. Das wird ein vollkommen anderes Spiel werden." Gegen die Marokkaner, so der Teamchef, spielte die Angst vor einer Blamage mit: „Man kann gegen jeden ausscheiden, aber nicht gegen Marokko. Dafür hätte die Öffentlichkeit kein Verständnis gezeigt."

Noch weniger Verständnis aber kann der Teamchef nun erwarten, weil es sein Team nicht verstand, gegen einen ängstlichen Gegner aufzutrumpfen, ihn auszuspielen, ihn zu beherrschen und ihn souverän auszuschalten, anstatt auf einen Sonntagsschuß zwei Minuten vor dem Ende angewiesen zu sein.

Was nutzt es da, daß Beckenbauer von „der ersten Minute an überzeugt war, daß wir gewinnen, auch für den Fall einer Verlängerung". Überzeugend muß seine Mannschaft spielen. Daß sie die spielerischen Ansprüche nicht so hoch stellen, haben die deutschen Spieler schon oft bewiesen. Doch sollten sie einmal darüber nachdenken, ob sie sich so einfach als „Großväter" präsentieren können, die gemächlichen Schrittes daherkommen und wenig Initiative zeigen.



Karl-Heinz Rummenigge in seiner besten Szene. Unmittelbar nach dem Spiel fühlte sich der Kapitän schon wieder elend: Darmgrippe mit Schüttelfrost. Noch im Flugzeug mußte er behandelt werden. FOTO: AP

Rebell

Seinen sofortigen Rücktritt aus der Nationalmannschaft hat der Hamburger Torwart Uli Stein angekündigt. Der Grund: Für das Spiel gegen Marokko war nicht Stein, sondern der Dortmunder Eike Immel als Ersatztorwart nominiert worden. Das brachte den Hamburger Keeper auf die Palme: „Ich komme mir vor wie der Kasper. Aber ich spiele hier doch nicht den Kasper für die Mannschaft. Das Kapitel Nationalmannschaft ist für mich abgeschlossen. Ich kümmere mich jetzt um meine Familie und um den HSV. Das ist viel wichtiger", sagte Stein auf dem Flughafen von Monterrey. Lässig an einen Pfeiler gelehnt, demonstrierte Stein seine durch den Rücktritt vermeintlich gewonnene Freiheit. „Ich stehe, wo ich will, und rede, mit wem ich will. Merk dir das", herrschte er den DFB-Pressesprecher Holzschuh an. Mit seinem Auftreten und entsprechenden Äußerungen hatte er die Teamleitung schon seit Tagen provoziert. „Wenn mir jemand ein Tikket schenkt, fliege ich nach Hause", hatte Stein gesagt, und Beckenbauer deutete an, daß das schon bald geschehen könnte. „Er wußte, daß er nur die Nummer zwei ist. Wenn er sich aber mit seiner Rolle nicht abfindet, dann kann er nach Hause fahren", sagte Beckenbauer.

? ? ?

„Die Azzuri wurden in Mexikos Mittagshitze tatsächlich weichgekocht. Die ‚Spaghettis' waren kein bißchen ‚al dente', zeigten überhaupt keinen Biß, ließen sich ohne Gegenwehr vom Fußball-Thron stürzen."

Der Sport-Informations-Dienst (sid) zum Spiel Italien – Frankreich.

Das Porträt

Die ganze Welt hat sich per Satellitenbild davon überzeugen können, welch ausgezeichneter Torwart der Marokkaner Badou Zaki (27) ist. Atletico Madrid will den Klasse-Mann in der kommenden Saison verpflichten. Als Nachfolger für Ubaldo Fillol, der 1978 das Tor der argentinischen Nationalmannschaft hütete, als diese Weltmeister wurde. Badou Zaki könnte der Nachfolger eines Weltmeisters werden – wäre da nicht die Nachricht aus seinem Land, daß König Hassan II. Auslandstransfers ab sofort verhindern will. Badou Zaki ist trotzdem zuversichtlich hinsichtlich seiner internationalen Karriere: „Denn ich bin so etwas wie der Vize-König von Marokko, mit unserem Monarch auf du und du", sagt der fangsichere und reaktionsschnelle Torwart. Als Beweis führt er eine Episode aus der WM-Vorbereitung an. Als Trainer José Faria ihn zur Teilnahme am letzten Trainingslager zwingen wollte, griff Badou Zaki zum Telefon: „Ich habe Hassan gesagt, daß ich demnächst Vater werde und nicht allzu lange von zu Hause wegbleiben kann. Da hat er meinen Urlaub sofort durchgesetzt." Seine blonde Frau hatte Zaki vor sechs Jahren in einem Eisenbahnabteil kennengelernt. Sie ist Finnin, stammt aus einem kleinen Ort nahe dem Polarkreis „und ist zumindest genauso schön wie die Miss Universum von 1952, die auch aus diesem Dorf stammte", sagt Zaki.

Mexikaner sind froh

ULFERT SCHRÖDER, **Monterrey**

Bis gestern wurde in Monterrey kaum eine Karte verkauft für das Spiel am Samstag. Das Vertrauen der Mexikaner in die eigene Mannschaft schien nicht sehr groß. Doch nach dem Sieg über Bulgarien und dem 1:0 der Deutschen über Marokko setzte der Run auf die Tickets ein. Kaum war die Sonne aufgegangen, reihten sich die Menschen in endlosen Schlangen vor den Kassenhäuschen.

In den ersten Stunden wurden schon 10 000 Käufer gezählt. Danach erhielten die Wartenden eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute: „Nicht drängeln, es sind genug Karten da." Die schlechte: „Billige Karten gibt es leider nicht mehr."

Teure Karten sind in Mexiko jene Tickets, für die ein Arbeiter den Lohn einer Woche oder eines Monats auf den Tisch legen muß. Also Karten zwischen 5000 und 30 000 Peso. Dennoch wird die Arena in Monterrey am Samstag bis auf den letzten Platz gefüllt sein.

„Wir können nichts versprechen", sagt Rafael Amador, „aber wenn wir am Samstag hinausgehen auf den Rasen, sind wir bereit zu sterben." Und Miguel Espana erklärt: „Wir respektieren die spielerische Stärke der Deutschen, ihre kämpferische Kraft und ihre große Vergangenheit. Aber wir fürchten keinen, wer immer das sei und welch große Tradition er hat. Uns kann niemand Angst einjagen."

Die blamable Leistung der deutschen Mannschaft war auch nicht dazu angetan, Angst einzuflößen. Statt dessen hat sie das Selbstbewußtsein der Mexikaner aufgebaut. „Die Deutschen können wir schlagen", sagt deshalb Manuel Negrete. „Sie spielen einen Stil, der uns liegt, weil er nicht irritiert. Weil er offen ist. Und ehrlich. Die Deutschen kann man ausrechnen."

So sieht es ANNEMARIE RENGER

Kein Team. Jeder spielt nur für sich



Annemarie Renger
ZEICHNUNG: BÖHLE

Bevor ich auf das eigentliche Spiel eingehe, will ich doch vorab einige positive Momente erwähnen. Das Spiel, in dem es um sehr viel ging, war erstaunlich fair. Und auch bei kleineren Fouls herrschte doch eine freundschaftliche Atmosphäre auf dem Spielfeld. So halfen sich die Spieler immer wieder gegenseitig auf die Füße, und ein freundlicher Klaps war immer dabei.

Das Spiel selbst war enttäuschend. Man hatte aus Mexiko viel über Querelen im Team gehört. Doch vor dem Spiel gegen Marokko schien alles bewältigt zu sein. Rummenigge spielte endlich, und auch die anderen Probleme schienen geklärt. Die Spieler versprachen, daß sich ein wirkliches Team präsentieren wollte. Doch dies war eigentlich das Enttäuschende: Bisher hatte ich immer die Vorstellung, daß Fußball ein Mannschaftssport sei, in dem man mit Kombinationsspiel versucht, gemeinsam zum Erfolg zu kommen. Gegen die Marokkaner spielte aber jeder für sich. Ein echtes Zusammenspiel war nicht zu sehen. Die deutsche Mannschaft wirkte wie eine Gruppe aus elf Einzelspielern, aber eben nicht wie ein echtes Team.

Die Hitze in Monterrey wirkte mit Sicherheit lähmend auf die deutschen Spieler. Doch oft hatte ich den Eindruck, daß auch der richtige Einsatzwille fehlte.

Die zahlreichen Zuschauer vor den Fernsehschirmen zeigten in dieser Hinsicht bestimmt mehr Einsatz, denn es war für viele sicherlich nicht einfach, sich bei diesem einschläfernden Spiel wachzuhalten. Kurz vor Ende der regulären Spielzeit erlöste dann der Münchener Matthäus, dem ich diesen Treffer nach seinem Mißgeschick im Spiel gegen Uruguay besonders gegönnt habe, die deutschen Spieler und Zuschauer durch sein 1:0. Eine Verlängerung blieb uns also erspart.

Deutschland hat sich nun für das Viertelfinale gegen Mexiko qualifiziert. Für dieses Spiel kann man nur hoffen, daß sich die Mannschaft dann als echtes Team zeigt und den begeisterungsfähigen Mexikanern und uns in Deutschland wieder ein wirklich schönes Spiel präsentiert.

Annemarie Renger ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. – Die WELT gibt Prominenten aus Politik, Wirtschaft, Kultur die Gelegenheit, ihren ganz persönlichen WM-Kommentar zu schreiben.

Eine „5" für Völler

● **Harald Schumacher** – Note 3: Schwer zu beurteilen, da kaum geprüft. Mußte nur einmal eingreifen.
● **Thomas Berthold** – Note 3: Bringt als einer von wenigen gleichmäßig gute Leistungen. Verbreitet sogar so etwas wie Spiellaune.
● **Karl-Heinz Förster** – Note 2: Der konstanteste deutsche Spieler. Diesmal auch in der Offensive einige gelungene Aktionen.
● **Ditmar Jakobs** – Note 4: Nur ein Ausputzer, kein technisch guter Libero. Machte wenig Fehler, weil er ohne Risiko und schnörkellos spielte.
● **Norbert Eder** – Note 4: Hat seine Rolle als Manndecker endgültig akzeptiert. Machte kaum Fehler, war jedoch ein Ausfall im Angriff.
● **Hans-Peter Briegel** – Note 4: Läuft seiner Form hinterher. Bot wenig Unterstützung für das Mittelfeld.
● **Lothar Matthäus** – Note 3: Großes Laufpensum, aber ohne Überraschungsmomente. Ließ Spielmacher Timoumi nicht zur Entfaltung kommen. Trotz seines Tores: Schwächen im Abschluß.
● **Felix Magath** – Note 3: Litt darunter, daß er im Mittelfeld allein mit Matthäus die Arbeit verrichten mußte. Fand nur selten Anspielstationen. Überraschend gut seine Kondition.
● **Karl-Heinz Rummenigge** – Note 4: Spielte nicht so, als sei sein Einsatz dringend erforderlich. Mangelnde Spielpraxis wurde deutlich.
● **Rudi Völler** – Note 5: Verliert zunehmend an Selbstvertrauen. Ist offensichtlich körperlich noch nicht fit. Keine Torschüsse, keine Dribblings, nur Niederlagen im Zweikampf.
● **Klaus Allofs** – Note 3: Der beste der drei Angreifer. Fleißig, holte sich die Bälle aus dem Mittelfeld. Einige gelungene Aktionen. War aber meistens auf Einzelaktionen angewiesen.
● **Pierre Littbarski** – Note 4: Blieb unter den Erwartungen. War eifrig bemüht, aber ohne Selbstvertrauen.

Das Tor – der Schütze weiß nicht, wie es kam

Den Kuß von seiner Frau Sylvia hatte sich Lothar Matthäus verdient. Wer weiß, was passiert wäre, wenn der Müchner Mittelfeldspieler den Ball nicht in der vorletzten Minute vorbei an der Abwehrmauer ins Tor der Marrokaner bugsiert hätte. Er hat ausgelassen gejubelt, und später in der Kabine haben ihm die Kollegen aus Dankbarkeit, daß er ihnen die Blamage erspart hatte, immer wieder auf die Schulter geklopft. Schon ziemlich schnell war sich der Münchner der Bedeutung seines Erfolges bewußt: „Dieses Tor ist enorm wichtig für die weitere Entwicklung des deutschen Fußballs."

Als er zwei Minuten vor dem Ende der Achtelfinal-Begegnung in Monterrey gegen Marokko zu diesem Freistoß antrat, hat er jedoch daran ganz bestimmt nicht gedacht. Ganz im Gegenteil, er hatte eine gehörige Portion Wut im Bauch. Er war innerlich geladen, weil er nur eine Minute zuvor die große Chance zur deutschen Führung ausgelassen hatte.

Wie bisher noch in jedem Spiel bei dieser WM war er alleine vor dem gegnerischen Tor aufgetaucht und hatte wieder einmal abendfüllend versagt. Hatte er bislang immer versucht, den Ball hart aufs Tor zu schießen, so wollte er diesmal den marokkanischen Torwart Badou Ezaki austricksen. Lothar Matthäus: „Als ich ihn auf mich zustürzen sah, wollte ich den Ball über ihm hinweglupfen. Doch das ist mir nicht gelungen."

Auch wenn es schwerfällt, es ist ihm zunächst zu glauben, wenn er sagt, daß er sich über sein Mißgeschick nicht geärgert habe. Im nachhinein konnte er so etwas leicht sagen, weil es für ihn noch ein glückliches Ende gab. Nur eine Minute später wird Karl-Heinz Rummenigge zehn Meter vor dem Strafraum der Afrikaner zu Fall gebracht. Sofort angelt sich Lothar Matthäus („Ich habe mir nichts dabei gedacht") den Ball, um den Freistoß auszuführen. Ausgerechnet er, der kurz zuvor keine Nerven bewiesen hatte.

Wie er den Ball dann letztlich ins Tor gebracht hat, weiß er wohl auch nicht mehr so genau. Zunächst erzählte er, daß er sich ziemlich sicher war, weil er eine Lücke in der marokkanischen Abwehr sah. Dann schildert er den Freistoß so: „Der rechte Spieler in der Mauer und der rechte Torpfosten bildeten eine Linie. Ich habe den Ball dann aus 25 Metern um den Spieler herum ins Tor gezirkelt." Ein Kunstschuß also. Einer der raffinierten Art, wie er sie auch im Training übte. So sagt er.

Aber er war sich zunächst gar nicht so sicher, daß der Ball den Weg ins Netz finden würde. Matthäus: „Ich habe noch gedacht: Hoffentlich kommt der Torwart nicht noch dran. Erst als ich das Netz zappeln sah, war ich mir sicher." Eigentlich hatte zu diesem Zeitpunkt keiner aus dem deutschen Team mehr an einen Sieg in der regulären Spielzeit gedacht.

Um so größer war dann sein Glücksgefühl, als es doch noch geklappt hatte. Matthäus: „Ich war besonders froh, daß gerade mir das entscheidende Tor gelungen ist." Diese Aussage zeigt doch eine etwas verletzte Seele. Der Münchner glaubt nämlich noch, daß in der Öffentlichkeit nach seinem Fehlpaß im ersten Spiel gegen Uruguay „etwas hängengeblieben ist". Er sagt selbstbewußt: „Bei mir selbstverständlich nicht." Dürfen Sieger so reden, können Sieger so reden?

„Hinterher", sagt Lothar Matthäus, der wohl das wichtigste Tor seiner Karriere geschossen hat, „hinterher war alles richtig, wenn man 1:0 gewonnen hat."

Zumindest dann, wenn man es sich lange genug feste einredet.

ULRICH DOST

TV-Rekord

Sie hätten ein besseres Spiel verdient gehabt, die 13 Millionen deutschen Fernsehzuschauer, die sich das Spiel gegen Marokko ansahen. Es war schon kurios: Ausgerechnet das schlechteste WM-Spiel der deutschen Mannschaft sorgte in der Heimat für einen Zuschauer-Rekord. Beim Anpfiff um Mitternacht saßen 13 Millionen Menschen (das entspricht 39 Prozent aller Haushalte) vor den Bildschirmen, bis zum Schlußpfiff harrten noch 11,4 Millionen aus. Die bisherige Bestmarke bei einem Mitternachtsspiel stammt aus dem Jahr 1970. Es war ebenfalls bei der WM in Mexiko, im Spiel gegen Marokko. Damals sahen 500 000 Menschen weniger zu. Das entsprach einer Quote von 53 Prozent.

Fernsehen heute

● **ARD: 6.00–9.00 Uhr:** Frühstücksfernsehen. – **13.15–13.45 Uhr:** Mexiko gestern und heute. **17.15–17.45 Uhr:** Mexiko-Magazin.

WELTMEISTERSCHAFT / So zitterten Marokkaner in Bonn – Frankreichs Lehrstunde für die Italiener

Schrei der Sorge: Die Mauer, die Mauer

Von M. SCHLINGMANN

König Hassan II. ist dabei. Unter seinem Porträt dreht einer an der Zimmerantenne, doch das Bild flimmert immer noch. „Das muß ein deutscher Fernseher sein. Er ist nervös. Hoffentlich bekommt er nicht Montezumas Rache." Kurz vor Mitternacht kommen immer mehr Männer in das Restaurant Marrakesch im Bonner Stadtteil Friesdorf. „3:1", „1:0", „2:0" lauten ihre Tips – für wen, ist hier keine Frage. Sie sind Marokkaner, glauben an ihre Elf da in Mexiko, sind siegessicher. „Wir haben doch nichts zu verlieren, sind schon so weit gekommen." Und prophylaktisch fügt einer hinzu: „Wenn wir jetzt ausscheiden, dann gegen eine gute Mannschaft, gegen einen Weltmeister." Doch daran glaubt eigentlich keiner. Während sie sich mit Schlägen auf die flache Hand begrüßen, ist von Niederlage keine Rede. Eher vom Titelgewinn. „Wenn wir Deutschland schlagen, sind wir nicht mehr zu bremsen. Dann werden wir Weltmeister", sagt Mohamed Friouchin, der seit acht Jahren als Installateur in Deutschland arbeitet. Wetten will mit ihm keiner.

Der erste Jubelsturm schwillt an. Auf dem Bildschirm schwingt eine Gruppe Fans die rote Fahne mit dem gelben Stern. Dreißig Männer stehen wie auf Kommando auf. Die Nationalhymne – keiner singt mit, alle schauen gebannt auf die Aufstellung. „Mustafa El Biyaz spielt nicht, das ist nicht gut." Dann erklingt die deutsche Hymne, und schmunzelnd wird ein Seitenhieb ausgeteilt: „Das ist wohl das letzte Mal." Rummenigge, Briegel, Magath, alle dabei, da könne man wieder einmal deutsche Taktik erkennen. „Erst tiefstapeln, dann überraschen und notfalls hinterher sagen, wir haben nur verloren, weil alle krank waren."

„Olé", jeder Ballwechsel der Marokkaner wird lautstark begleitet. Schon nach wenigen Sekunden ein Foul an Bouderbala. Buhrufe, das habe man nicht erwartet. Ob das so weitergehen solle? Jakobs schießt, Torwart Badou hält, bekommt Szenenapplaus, auch als er einen Freistoß von Matthäus abwehrt. Dann, beim ersten Freistoß für Marokko, hält es viele nicht mehr auf ihren Stühlen. Sie laufen an das Gerät, heben beschwörend die Hände, rufen „Timoumi, Timoumi" und sacken dann enttäuscht zusammen.

Kritik an Fernsehkommentator Wilfried Luchtenberg wird laut: „Warum redet der immer von Nordafrikanern. Wir sind Marokkaner. Oder Araber." Überhaupt: Warum berichten viele Journalisten über marokkanischen Fußball nicht ebenso wie über englischen, italienischen oder brasilianischen? „Warum reden die oft von Wüstensöhnen und Dunkelhäutigen? Warum tauchen plötzlich in Fußballberichten Kamele auf? Warum heißt es immer Entwicklungsland? Sind wir es im Fußball, wo wir vor England und Polen Gruppensieger geworden sind?"

● Rund 40 000 Marokkaner leben in der Bundesrepublik. Sie bangten um ihre Mannschaft. Und sie ärgerten sich, wenn wieder der Begriff „Wüstensöhne" auftauchte.

● In Bonn spielt der Marokkanische Sport-Verein. 30 Mitglieder sahen das Spiel gemeinsam. Mit dabei WELT-Mitarbeiterin Martina Schlingmann – als einzige Frau.

Die Marokkaner in Mexiko stürmen, die Marokkaner in Bonn feuern sie in ihrem arabischen Dialekt an, aus dem nur das französische „domage" und das altbekannte „Scheiße" für den Gast verständlich herausklingen – übrigens den einzig weiblichen an diesem Abend.

Wo ihre Frauen seien? „Wenn wir Fußball gucken, schauen sie gemeinsam Videos oder erzählen. Heute wollten sie aber auch das Spiel ansehen." Warum nicht mit ihnen? „Das wollen sie gar nicht", lautet die maskuline Erklärung. Und im nächsten Moment springt einer auf, küßt nach einer Glanzparade des marokkanischen Schlußmanns den Bildschirm. „Das ist kein Torwart, das ist eine Wand. Atletico Madrid hat einen Torwart mit Garantie gekauft."

Halbzeit – Luchtenberg spricht von einem Zitterspiel und sammelt seine einzigen Pluspunkte bei diesem Publikum. Mit der Leistung der marokkanischen Elf ist man zwar nicht zufrieden – „gegen Portugal haben wir besser gespielt" –, aber die Deutschen hätten ihren Gegner doch wohl unterschätzt. Oder aber es laufe sich schlecht mit prall gefüllten Taschen. Bei ihnen, ja, da spielten Amateure.

Zu dem Einwand, diese seien aber doch klar bevorzugt, hieß es: Sicher brauchten sie nicht zu arbeiten wie sonst ein Maurer. Aber alles, was von den hohen Prämien des Königs gesagt werde, sei doch dessen Privatangelegenheit. Er sei nun einmal ein großer Fußballfan und könne aus seiner Tasche doch austeilen, was er wolle. Für einen Sieg gegen Deutschland solle jeder Spieler umgerechnet 35 000 Mark bekommen, berichtet Mohamed Chouka. Das zahle jedoch der Fußballverband, wie er von seinem Schwager in Casablanca wisse, der dort zur Vereinsleitung eines Fußballklubs gehöre.

Zu einem Fußballklub gehören auch die meisten der dreißig im Marrakesch. Fast 1400 Mitglieder hat der MSV Bonn, ihr marokkanischer Sportverein, zu dem auch viele Spanier und Deutsche gehören. Die Seniorenmannschaft kämpft derzeit um den Aufstieg in die Verbandsliga. Das Hauptinteresse gilt jedoch den Jugendmannschaften. Geplant ist ein Ferienaustausch junger marokkanischer und deutscher Fußballspieler. Arbeitsminister Ben Abbadi habe bei seinem Besuch in der letzten Woche die Unterstützung der Regierung zugesagt, berichtet Jugendwart Ali Bouhamed.

Torschützenkönig in der B-Jugend mit 68 Treffern ist Mohamed Bahlaouane. Fachmännisch urteilt er gegen Ende des Spiels: „Jetzt müsse El Biyaz kommen." Immer wieder heißt es: „Warum schon wieder eine gelbe Karte?" Und: „Jetzt bei den Deutschen zeigt er keine."

Dann kommt der Freistoß – für die Gäste im Marrakesch völlig zu Unrecht. „Warum kein Schiedsrichter aus Südamerika? Jugoslawien liegt viel näher an Deutschland als an Marokko. Außerdem ist der Schiedsrichter ein Kommunist. Er mag kein Königreich." Empörung, Sorge: „Die Mauer, die Mauer."

Schuß, Stille, Fassungslosigkeit. Viele schlagen die Hände vors Gesicht, andere gehen sofort raus. So als könnten sie nicht begreifen, daß nun alle Hoffnungen dahin sind, verfolgen die übrigen die letzten Sekunden. Erst beim Schlußpfiff löst sich die Apathie, entlädt sich die ganze Wut – auf den Schiedsrichter. Die Stimmung ist auf dem Nullpunkt.

Die Fußballnacht, die noch lang werden sollte, ist zu Ende. Nun werde er kein Spiel mehr anschauen, sagt Habib Wajib, der seit 15 Jahren hier lebt. Und läßt sich auch nicht umstimmen, als MSV-Präsident Chouka vorschlägt: „Dann halten wir jetzt eben mit Deutschland."

● Europameister Frankreich hat Italien gestürzt, ja, fast gedemütigt. In der Heimat werden die Spieler jetzt verhöhnt. Und Trainer Enzo Bearzot, der alles als gar nicht so schlimm empfindet, muß um seinen Posten bangen. Obwohl er noch einen Drei-Jahres-Vertrag besitzt.



● Einer hat schon die Konsequenzen aus der Niederlage gezogen: Alessandro Altobelli (30), der alle Tore seiner Mannschaft erzielte, hat seinen Rücktritt erklärt. Er sagt: „Ich bin in einem Alter, wo man Platz für Talente machen sollte." Aber besitzt Italien noch genügend Talente?

Kollektiver Ausfall der Gedanken. Was die Weltmeister spielten, grenzte schon fast an Arbeitsverweigerung

U. SCHRÖDER, **Mexico City**

Heiß und giftig stand die Luft über dem Olympia-Stadion. Einem Schmetterling wären die Flügel abgefallen, hätte er sich in diesen brütenden Smog getraut. Aber Italiener sind keine Schmetterlinge. Sie haben keine Entschuldigung. Noch nie ist ein Weltmeister so erbärmlich, so armselig gestorben.

Richtig, sie sind nicht gestürzt. Sie sind gestorben. Und sie werden so schnell nicht wiederauferstehen. Nicht diese Mannschaft. Und keine andere Mannschaft mit diesem Trainer. Enzo Bearzot wird deshalb gehen müssen. Denn nun werden sie über ihn herfallen, die italienischen Medien, mit ihrem ganzen zynischen Zorn, den sie in solchen Fällen über ihre Opfer ausschütten (siehe untenstehende Pressestimmen).

„Wenn Fehler gemacht worden sind", sagte Bearzot nach der Niederlage, „dann ist das meine Schuld." Solche lobenswerte Sprüche haben ihm den Ruf des tadellosen Sportsmannes eingetragen. Ganz sicher, Bearzot war stets ein vorbildlicher Gentleman. Aber seine Tadellosigkeit kann ihn nun auch nicht mehr retten.

Freilich, wie weit er für den kollektiven Blackout seines Teams verantwortlich ist, weiß er wohl selber nicht genau. Es hat dergleichen noch nicht gegeben in einem Fußballstadion. Da steht eine Mannschaft auf dem Rasen, eine gute Mannschaft, eine weltmeisterliche Mannschaft – und sie bewegt sich nicht.

Sie erweckt den Eindruck, als sei sie gelähmt, betäubt, betrunken, vergiftet. Als schliefe sie, oder als sei sie krank. Oder als wolle sie Arbeitsverweigerung üben. Aber eine Mannschaft, die runde zehn Millionen Mark verdienen kann (450 000 Mark für jeden einzelnen, wenn sie Weltmeister werden), eine solche Mannschaft verkneift sich ja wohl das Sabotieren.

Die Italiener hatten eine Fehlschaltung. Und die saß im Kopf. Seit 1982, seit dem WM-Finale gegen die Deutschen in Madrid, hat Italiens Nationalelf kein Spiel mehr gemacht, das sie unbedingt gewinnen mußte. Kein einziges. Denn die Qualifikation für die Europameisterschaft haben sie vom ersten Augenblick an nicht ernst genommen. Deshalb scheiterten sie.

Vier Jahre lang durfte Bearzot mit seinen Leuten Schattenspielchen treiben. Als Weltmeister kamen sie ungeprüft und gleichsam auf einem roten Teppich nach Mexiko. Und dort haben sie ihre Gruppenspiele mit zwei Unentschieden gegen Argentinien (1:1) und Bulgarien (1:1) und einem Sieg gegen Südkorea (3:2) hingedeichselt.

Als sie nun den Franzosen gegenüberstanden, empfanden sie zum ersten Male in vier Jahren wieder dieses unbedingte Muß. „Jetzt oder nie", auf solche Gefühle, auf solche Situationen waren sie nicht vorbereitet. Als sie jetzt drinsteckten, konnten sie nicht damit umgehen.

Darauf hätte sie der Trainer vorbereiten müssen. Und wenn er nicht dazu in der Lage war, mußte er sich den richtigen Mann engagieren. Bearzot hat ausrechnen lassen, um wieviel Zentimeter pro Sekunde der Ball durch den geringeren Luftwiderstand in der Höhe von Mexiko schneller beschleunigt. Aber in die Köpfe seiner Spieler hat er nicht hineingeschaut.

Das war der Fehler des Psychologen Bearzot. Der Fehler des Taktikers Bearzot zieht die Waage endgültig tief auf die negative Seite.

Mit lauter Zerstörern im Mittelfeld hat Bearzot ein Team nominiert, das nur reagieren konnte. Reagieren auf den großen Franzosen Platini. Diese Überlegenheit anzuerkennen, mußte die Fehlschaltung im Kopf der Italiener noch vertiefen. Und selbst das Zerstören gelang nicht, denn Baresi ließ Platini unbehelligt im Mittelfeld grasen. Und als Bearzot versuchte, die Schlagseite seines Schiffes zu beseitigen, da sank der Dampfer schon.

Ob er nun von Fernando de Napoli richtig bewacht wurde, konnte Platini nicht mehr kümmern. Antonio di Gennaro und Gianluca Vialli konnten nur noch ein bißchen Sturm im Wasserglas machen. Und hinterher redete Bearzot, als wolle er schon Abschied nehmen.

„Ich bin Sportsmann. Ich freue mich über Siege. Ich nehme Niederlagen hin. 40 Jahre bin ich im Sport. Ich glaube, ich kann mit meiner Bilanz zufrieden sein."

Keiner habe die Erwartungen erfüllt, sagte Bearzot, aber kritisieren wolle er seine Spieler nicht. Durch und durch Gentleman, bescheinigte er seinen Leuten das Versagen und das Bemühen in einem Atemzug. Und den Franzosen teilte er einigermaßen rücksichtslos mit, was sie mit diesem ersten Sieg über Italien seit 66 Jahren anfangen können: nichts.

Für die Partie mit Brasilien, sagte Bearzot, sei die Leistung der Franzosen keine Empfehlung. Und das stimmt gewiß. Platini durfte mit dem Ball am Fuß das Mittelfeld durchschreiten (im wirklichen Sinne des Wortes), und allein mit traumhaftem Stellungsspiel und als ein Schmidtchen Schleicher im Strafraum wird Platini Brasiliens Socrates nicht ausstechen.

Frankreichs Trainer Henri Michel scheint ähnlich zu empfinden. „Für uns", sagte er, „ist es schon eine Ehre, gegen die großen Brasilianer spielen zu dürfen." Aber das wiederum ist ein wenig zu bescheiden.

STATISTIK

Italien – Frankreich 0:2 (0:1)

Italien: Galli – Scirea – Bergomi, Vierchowod – de Napoli, Baresi (46. di Gennaro), Bagni, Conti, Cabrini – Galderisi (58. Vialli), Altobelli. – **Frankreich:** Bats – Battiston – Ayache, Bossis – Tigana, Giresse, Platini (86. Ferrei), Fernandez (74. Tusseau), Amoros – Rocheteau, Stopyra. – **Schiedsrichter:** Esposito (Argentinien). – **Tore:** 0:1 Platini (15.), 0:2 Stopyra (58.). – **Zuschauer:** 60 000. – **Gelbe Karten:** de Napoli, di Gennaro, Ayache (2).

Marokko – Deutschland 0:1 (0:0)

Marokko: Badou (27 Jahre/98. Länderspiel) – Bouyahiaoui (30/53), Labid (30/33), Quadani (26/13), Lamris (26/34) – el Hadaoui (24/31), Dolmy (33/131 nach eigenen Angaben), Timoumi (26/71), Bouberbala (25/61) – Abdelkarim Merry (30/41), Khairi (24/26). – **Deutschland:** Schumacher (32/71) – Jakobs (32/17) – Förster (27/78), Eder (30/6) – Berthold (21/16), Matthäus (25/45), Magath (32/40), Briegel (29/69) – Rummenigge (30/92), Völler (26/35) ab 46. Littbarski (26/44), Allofs (29/44). – **Schiedsrichter:** Petrovic (Jugoslawien). – **Tor:** 0:1 Matthäus (88.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karten:** Lamris, Labid.

DER SPIELPLAN

Die Spiele des Viertelfinales:

Samstag (20.00 Uhr) Guadalajara:
Brasilien – Frankreich

Samstag (24.00 Uhr) Monterrey:
Deutschland – Mexiko

Sonntag (20.00 Uhr) Mexico City:
Argentinien – Paraguay/England

Sonntag (24.00 Uhr) Puebla:
Belgien – Dänemark/Spanien

Mexiko am Rande

● **Prämien:** Bevor die Mannschaft aus Urugay die Heimriese antrat, ging es noch mal zur Kasse: Trainer Borras und seine 22. WM-Kandidaten erhielten von ihrem Sportartikel-Ausrüster pro Mann 2000 Dollar, 500n Dollar für jedes Spiel in Mexiko. Zudem hat der Verband den Spielern pro WM-Spiel zunächst je 1000 Dollar zugesichert. Zusätzlich wurde den akteuren ein Drittel der Verbandseinnahmen aus der Mexiko-Beteiligung versprochen. Obwohl man beim Fußball-Weltverband einen Kredit von 200 000 Schweizer Franken aufnehmen mußte, beläuft sich der Gewinn auf mindestens 2,2 Millionen Mark.

● **Weltrekord:** Der brasilianische Torwart Carlos peilt einen neuen Weltrekord an. Im Viertelfinale gegen Frankreich am Samstag will der eine vom ehemaligen englischen Torwart Gordon Banks gehaltenen Rekord brechen. Banks war bei der WM 1966 insgeamt 439 Minuten ohne Gegentor geblieben; Carlos kommt bisher auf 360 Minuten.

● **Zurückhaltung:** Sepp Piontek, Trainer der dänischen Nationalmannschaft wollte keinen ausführlichen Kommentar zum 1:0-Sieg der deutschen Elf abgeben. Seine Wertung: „Es war für Deutschland das schwere Spiel, das ich erwartet hatte. Im Fernsehen hieß es aber, für eine Fußball-Großmacht sei die Leistung nicht ausreichend gewesen."

König Hassan II. greift ein

sid/dpa, **Monterrey**

Nach dem K. o. gegen Deutschland droht dem marokkanischen Fußball nun der Ausverkauf. Europäische Spitzenklubs locken Stars wie Weltklassetorhüter Baddou Ezaki oder den Regisseur Mohammed Timoumi. Die Überraschungsmannschaft von Mexiko droht wieder in der Mittelmäßigkeit zu versinken, so wie es anderen afrikanischen Ländern schon vorher passiert ist. Um das zu verhindern, erteilte König Hassan II. an Sportminister Semlali Abdelatif die Anweisung, im marokkanischen Fußball das Halbprofitum einzuführen.

Bestes Beispiel für die Situation im Land ist Mohammed Timoumi (26): „Ich lebe in Marokko wie ein Profi, aber bezahlt werde ich wie ein Amateur." In Afrika zum „Fußballer des Jahres" gewählt, steht Timoumi nicht nur in seinem Heimatland im Blickpunkt. Er hat Angebote vom AC Mailand sowie von den französischen Klubs Lavall und Brest. Selbst einen Wechsel in die Bundesliga schließt er nicht aus. Torhüter Baddou Ezaki wird von Atletico Madrid umworben, wo er Ubaldo Fillol, den Torwart der argentinischen Weltmeister-Mannschaft von 1978, in der neuen Saison ablösen soll. Und Abderrazak Khairi wird mit mehreren spanischen und französischen Klubs in Verbindung gebracht.

Fünf weitere Spieler verdienen ihren Lebensunterhalt bereits im Ausland. Über einen Pool soll in Zukunft das Geld auch im eigenen Lande fließen. Im Zuge der Professionalisierung will sich Marokko auch um die Ausrichtung der WM 1994 bewerben. Sportminister Abelatis hat bereits Kontakt zu FIFA-Präsident Dr. Joao Havelange (Brasilien) geknüpft.

Den Einzug ins Achtelfinale will sich der König etwas kosten lassen. Die WM-Prämie, über deren Höhe noch geschwiegen wird, zahlt Hassan II. aus seiner Privatschatulle. Die Bevölkerung wird die Sensationsmannschaft dieser WM nach ihrer Rückkehr mit einem Triumphzug feiern.

Denn trotz der 0:1-Niederlage gegen Deutschland können die Marokkaner hocherhobenen Hauptes zurückkehren. Fast wäre die Prophezeiung von Trainer José Faria („Wir zerstören Deutschland in der Verlängerung") aufgegangen. Exakt 2:19 Minuten fehlten zur Verlängerung.

Torhüter Ezaki nahm die Schuld an diesem Treffer auf sich. „Ich habe die Mauer falsch gestellt. Am liebsten möchte ich im Boden versinken", übte der Weltklassemann Selbstkritik, obwohl er bis dahin mit glänzenden Reflexen überzeugt hatte. Stürmer Krimau mutmaßte: „In der Verlängerung wären die Deutschen in der Hitze von Monterrey verbrannt."

Eine Attacke gegen Trainer José Zaria ritt Ben Barek, legendärer marokkanischer Nationalspieler: „Die Defensivtaktik war falsch. Ich hätte sie verfluchen können. Denn gegen diese schwache und müde deutsche Elf war ein Sieg möglich."



Auf dem Weg nach unten? Italiens Trainer Enzo Bearzot nach dem Spiel. Er sagt: „Das war keine Beerdigung für meine Spieler." FOTO: AFP

Reaktionen: „Nun sind wir Gespenster"

Das ist die Stimmung in Italien, so wie sie von den Zeitungen des Landes umschrieben wird: „Heulen und Zähneklappern". „Beschämend", „Unwürdig", „Versagen auf der ganzen Linie", „Ohne Mumm und ernsthaften Widerstand" sind die gängigsten Redewendungen, mit denen das enttäuschende Verhalten des Titelverteidigers gekennzeichnet wird.

Roms auflagenstärkste Zeitung, „Il Messaggero", verkündet auf der Titelseite mit vierspaltiger Schlagzeile: „Von Platini gedemütigt und nach Hause geschickt." In einer nächtlichen Fernsehdiskussion im dritten RAI-Programm kamen maßgebliche Sportjournalisten und einstige Fußballgrößen wie die legendären Silvio Piola und Gigi Riva zu Wort.

Alle waren einhellig der Ansicht, daß die Italiener eine jämmerliche Leistung gezeigt hätten. Italien erhalte jetzt die Quittung für eine verfehlte Vorbereitung und Aufstellung seiner Mannschaft und für eine falsche Fußball-Politik.

Man ist vor allem wütend auf Nationaltrainer Enzo Bearzot, der noch vor Beginn der WM einen Dreijahresvertrag bekam. Die Abrechnung mit ihm und seiner Mannschaft hat begonnen und dürfte in den nächsten Tagen hohe Wellen schlagen.

Die allgemeine Trauerstimmung drückt sich darin aus, daß die erwarteten und sonst üblichen öffentlichen Siegesfeiern auf Straßen und Plätzen ausblieben. Die grünweißroten Fahnen, mit denen fliegende Händler in den letzten Tagen gute Geschäfte gemacht hatten, blieben eingerollt.

In Rom war die Empörung so groß, daß ein paar junge Leute nachts mit der französischen Trikolore durch die Stadt fuhren und Platini hochleben ließen: Das Prunkstück von Juventus und der Held der siegreichen Begegnung, der am Ende des Spiels gegen die Italiener in einer improvisierten RAI-Sendung aus Mexiko lachend vor der Fernsehkamera erschien und erklärte: „Ich habe auf die Dusche verzichten können, weil der Spielrhythmus der Italiener mich nicht zum Schwitzen gebracht hat . . ."

Die Presse in Italien reagierte überwiegend hämisch:

„Ende des Bluffs der Azzuri." (Corriere delle Sera)

„Wir waren Weltmeister, nun sind wir Gespenster. Welche elende Übergabe ohne Waffenehre. Wir können Euch nur Tomatenwürfe ersparen." (Gazzetta dello Sport)

„Welche Zertrümmerung! Frankreich schickt ein Italien nach Haus, das nicht einmal ein entfernter Verwandter der Weltmeister ist." (Corriere dello Sport)

„Italien: Welt-Fiasko. Italien liegt vor Platini auf den Knien." (Tuttosport)

Überschwenglich wurde Frankreich in den Tageszeitungen der Heimat gefeiert:

„Die Zauberer von Mexiko. Noch nie hat eine Mannschaft Frankreichs so klar eine italienische Elf beherrscht." (L'Équipe)

„Bellissimo!" (L'Humanité)

„Bravissimo!" (Le Figaro)

„Italien hat den Stiefel verloren. Welche französische Mücke hat die Squadra Azzura gestochen, daß sie nicht ein einziges Mal den französischen Torhüter beunruhigte." (Liberation).

Sogar in den neutralen Beobachter-Ländern wurden die Italiener ohne Bedauern verabschiedet:

„Für Italien war es ein grauenvoller Abschied ohne Charakter. Aber sie haben in den vergangenen vier Jahren ihre Krone nie mit besonders viel Stil getragen." (The Times/Großbritannien)

„Die Franzosen machten Schluß mit den Italienern, die unfähig waren zum Angriff." (ABC/Spanien)

Bearzot: Ich fliehe nie – Michel: Genugtuung

■ Das sagt der Chef des gestürzten Weltmeisters Italien

Frage: Vor vier Jahren explodierte Italien ab der zweiten Finalrunde. Nun ging Ihr Team schon im Achtelfinale sang- und klanglos gegen Frankreich unter. Wie ist diese schwache Leistung zu erklären?

Bearzot: Ich hatte nur eine Viertelstunde lang die Illusion, daß sich die Mannschaft noch entscheidend steigern könnte. Doch dann zerstörte Platinis Tor diesen Traum. Mein Team war in allen Teilen und in jeder Hinsicht schwächer als Frankreich. Wir hätten noch drei Stunden spielen können und nie eine Chance gehabt.

Frage: Im Vergleich zu 1982, als Italien den Favoriten Brasilien stürzte, fehlte diesmal jeder Schwung.

Bearzot: Ich will diese Weltmeisterschaft, die für uns alle mit einer Enttäuschung geendet hat, nicht zu einer Beerdigung für meine Spieler machen. Ich habe sie ausgewählt und die Mannschaft zusammengestellt. Die Spieler haben gegeben, was sie konnten.

Frage: Aber man vermißte doch Einsatz, Kampfgeist?

Bearzot: Wir waren als Weltmeister automatisch qualifiziert. Die Mannschaft bestritt nur Freundschaftsspiele. Es fehlte der Wettbewerb in der Qualifikation. So konnten sich keine echten Persönlichkeiten herausbilden. Es fehlte der richtige Charakter, den man nur erwirbt, wenn man leidet.

Frage: Die nächste WM findet 1990 in Italien statt. Werden Sie dann noch der verantwortliche Mann sein?

Bearzot: Ich habe einen Vertrag bis 1990, und die WM in Italien reizt mich als Herausforderung sehr. Man kann zwar Verträge auch modifizieren oder vorzeitig auflösen, aber ich fliehe nie im Leben vor einer Verantwortung, die ich übernommen habe. An eine Demission verschwende ich keinen Gedanken. Aber es gibt die Möglichkeit, daß ich als Supervisor die Verantwortung für alle Nationalteams übernehme.

Frage: Haben Sie Talente für einen Neuaufbau?

Bearzot: Ich werde keinen radikalen Schnitt machen. Eine neue Mannschaft benötigt, um zur Klasse heranzuwachsen, erfahrene Spieler. Aber wir haben Talente. Hier in Mexiko sind de Napoli und Vialli zu Stammspielern geworden. Weitere Talente bringt unsere Liga hervor, wenn ihnen die Möglichkeiten zur Entfaltung nicht durch noch mehr Ausländer versperrt werden.

■ Das sagt der Trainer des Europameisters Frankreich

Frage: Was bedeutet Ihnen der Sieg über den entthronten Weltmeister Italien?

Michel: Ich verspüre eine große Genugtuung, daß wir mit einem Sieg ausgerechnet über den Titelverteidiger ins Viertelfinale vorgestoßen sind. Der 17. Juni 1986 ist ein ganz wichtiges Datum für den französischen Fußball.

Frage: Haben Sie sich die Aufgabe gegen Italien so leicht vorgestellt?

Michel: Ehrlich gesagt, nein. Wir sind mit großem Respekt gestartet. Dann haben es meine Spieler glänzend verstanden, ihre Positionen auf dem Spielfeld zu suchen und zu finden. Meine größte Aufgabe bestand darin, ihnen zu sagen, daß sie an ihre Fähigkeiten glauben müssen. Ich mußte ihnen den Italien-Komplex regelrecht ausreden.

Frage: Trainer Bearzot sagte, Frankreich als neue Weltmacht des Fußballs habe sehr stark gespielt. Was sagen Sie zu Italien?

Michel: Ich habe genug Probleme mit meiner Mannschaft, als daß ich mich ausführlich mit dem italienischen Team befassen könnte. Heute war eine Mannschaft extrem stark, die andere weniger gut.

Frage: Jetzt geht's gegen Brasilien. Wie sind die Aussichten?

Michel: Zunächst muß ich einmal sagen, daß wir stolz sind, mit Brasilien auf eine ganz große Fußball-Nation mit Tradition zu treffen. Die Brasilianer sind einer der Top-Favoriten für den WM-Titel. Die Qualität ihres Spiels ist sehr groß. Wer stärker ist, wird sich zeigen.

Frage: Sie sind 38, Italiens Coach Bearzot ist 58. Tritt da eine neue Trainergeneration ins Rampenlicht?

Michel: Das kann man so nicht sagen. Der Beginn von Frankreichs Verdiensten lag in der Ära Michel Hidalgo, der jungen Trainern wie beispielsweise mir sein Vertrauen schenkte. Über Bearzot möchte ich kein Urteil abgeben. Dazu schätze ich ihn zu sehr.

Frage: Wie erklären Sie sich den Aufstieg des französischen Fußballs in den letzten Jahren?

Michel: Wir hatten das Glück, eine gute Spielergeneration zu haben. Profis mit Energie, Phantasie und Kreativität. Also Spieler, die auf dem Feld denken. Zum Beispiel Platini, Giresse, Tigana, Fernandez, Battiston, Bossis, Bats . . . ach, was sage ich, die ganze Mannschaft. dpa/sid

NACHRICHTEN

Aschaffenburger Zugänge

Aschaffenburg (sid) – Mit sechs Zugängen hat sich Viktoria Aschaffenburg für die neue Saison in der Zweiten Fußball-Bundesliga verstärkt. Die Aschaffenburgr verpflichteten von Hannover 96 Jürgen Baier für eine Ablösesumme von 250 000 Mark und vom Karlsruher SC für 100 000 Mark Uwe Dittus, ebenfalls ein Mittelfeldspieler. Für 25 000 Mark wurde Stürmer Rudi Gores von Fortuna Köln ausgeliehen.

Wieder in Deutschland

Paris (dpa) – Der European Cup 1987 wird in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Die Mannschafts-Europameisterschaft war in diesem Jahr in London ausgetragen worden. Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) war bereits 1984 und 1985 Ausrichter gewesen.

Jusufi in München

München (sid) – Der frühere Fußball-Bundesligaklub 1860 München hat für die nächste Saison den Jugoslawen Fahrudin Jusufi als Trainer verpflichtet. Jusufi trainierte zuletzt den SC Charlottenburg Berlin, der derzeit noch aussichtsreich um den Aufstieg in die Zweite Bundesliga spielt.

Harte Qualifikation

London (UPI) – Die Qualifikation zur Offenen Golf-Meisterschaft von Großbritannien wird immer härter: Nur 57 von 1250 Bewerbern werden schn qualifizieren und vom 17. Juli an im schottischen Turnberry beim 115. Wettbewerb um den prestigeträchtigsten Pokal des Welt-Golfs dabei sein dürfen: 97 Plätze im Hauptfeld nämlich sind bereits vorher vergeben – einer auch an den Anhausener Bernhard Langer.

Hohe Gage

London (dpa) – Zwei englische Speerwerferinnen wurden vom Verband je 35 000 Mark pro Einsatz an sechs Veranstaltungen garantiert. Die Olympiasiegerin Tessa Sanderson und die Bronzemedaille-Gewinnerin Fatima Whitbread werden somit allein aus der Teilnahme an den vom britischen Leichtathletikverband organisierten Wettbewerben mehr als jemals zuvor verdienen. Mit den Beiträgen von Sponsoren werden für jede Athletin somit 210 000 Mark in den vom Verband geführten Fonds einbezahlt.

Fechter Schmidt wechselt

Hamburg (dpa) – Mannschafts-Weltmeister Arnd Schmitt wird ab 1. Juni für Bayer 04 Leverkusen fechten. Der 20jährige Degen-Spezialist verläßt damit den FC Tauberbischofsheim. Differenzen mit Bundestrainer Emil Beck sind der Grund für seinen Wechsel. In Leverkusen wird Schmitt mit Achim Bellmann in einer Mannschaft fechten.

Niebaum für Rauball

Dortmund (dpa) – Gerd Niebaum, 39jähriger Rechtsanwalt und bislang Vizepräsident im Vorstand des Fußball-Bundesligaklubs Borussia Dortmund, wird am 29. Juni auf der außerordentlichen Jahreshauptversammlung des Klubs für die Nachfolge des aus Arbeitsüberlastung vorzeitig zurückgetretenen derzeitigen Präsidenten Reinhard Rauball kandidieren.

Surer ansprechbar

Frankfurt dpa) – Der Gesundheitszustand des Schweizer Formel-1-Fahrers Marc Surer ist auch 18 Tage nach seinem schweren Unfall bei der ADAC-Hessen-Rallye unverändert kritisch. Wie aus dem Umfeld der behandelnden Ärzte in Gießen verlautete, ist der 35jährige aus dem künstlichen Schlaf erwacht, in den er zur Ruhigstellung versetzt worden war. Surer bleibe zwar noch an das Atemgerät angeschlossen, sei aber ansprechbar. Allerdings habe sich hohes Fieber eingestellt, daß von einer Gelbsucht verursacht würde.

LEICHTATHLETIK / Viel Mittelmaß, aber ein Pole macht Furore im deutschen Trikot

Wladyslaw Kozakiewicz: Ein Mann, ein Wort, ein Sprung – über die Rekordhöhe von 5,68 m

KLAUS BLUME, Bonn

Norbert Czingon ist Bundestrainer der Stabhochspringer. Das ist keine Position, die schnellen Ruhm verspricht. Czingons Springer nähern sich seit Jahr und Tag redlich in Rekorden um Zentimeter – zu den Sportstars in diesem Lande zählen sie nicht.

Doch wenn in diesem Frühsommer die Bundestrainer des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) zusammenkommen, wenn dann über Erfolge und Mißerfolge der einzelnen Sparten gesprochen wird, schneidet Czingon stets am besten ab. Er meldet nämlich ständig deutsche Rekorde. Den letzten am Dienstag abend im Münchner Olympiastadion. Die neue Bestmarke von 5,68 Metern überwandt allerdings ein Athlet, der einst Olympiasieger für Polen war und der längst ein Markenzeichen seiner Zunft ist: Wladyslaw Kozakiewicz.

„Ganz schön hoch für jemanden, der nun bald 33 Jahre alt wird", sagte Kozakiewicz schon vor einigen Tagen, als er in Hannover den deutschen Rekord auf 5,67 Meter erhöht hatte. Der vor einem Jahr aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelte Kozakiewicz leistet in einem Alter, in dem andere Athleten diese Art von Hochleistungssport längst aufgegeben haben, Hervorragendes. Angefangen hat er damit im Winter auf dem „Ball des Sports", mitten in der Mainzer Rheingold-Halle. Da hat man ihm eine Schneise zwischen den gedeckten Tischen als verkürzten Anlauf gelassen und Kozakiewicz ist dann über 5,57 Meter gesprungen. Warum das kein deutscher Rekord war? Weil Kozakiewicz zu jenem Zeitpunkt noch nicht deutscher Staatsbürger war und weil Stabhochsprünge im Ballsaal als inoffiziell gelten.

Vor sechs Jahren, bei den Olympischen Spielen in Moskau, hat er für Polen mit der respektablen Höhe von 5,78 Metern die Goldmedaille gewonnen. Jetzt sagt er: „Ich traue mir durchaus 5,90 Meter zu. Ich bin noch kräftiger als bei meinem Olympiasieg." 5,90 Meter – das wäre dann ein deutscher Rekord von wahrhaft internationalem Format.

Aber auch, wenn es so weit kommen würde, Wladyslaw Kozakiewicz könnte Ende August bei den Europameisterschaften in Stuttgart nicht an den Start gehen. Nicht mehr für Polen aber auch noch nicht für Deutschland. Nach den internationalen Regeln muß er beim Wechsel von einem zum anderen Verband eine internationale Sperre von drei Jahren in Kauf nehmen, die allerdings nur für internationale Meisterschaften gilt.

Als er sich vor gut zwölf Monaten in Polen absetzte, mit Kind und Kegel, hatte der polnische Verband im Gespräch mit der WELT signalisiert, man werde Kozakiewicz in seiner neuen Heimat keine Steine in den Weg legen. Erstens sei man das einem solch erfolgreichen Sportler schuldig, zweitens sei seine Frau schließlich in Duisburg geboren und drittens, so eine Verbandssprecherin, „hat er seine sportliche Laufbahn doch so gut wie beendet".

Das war vor einem Jahr. Inzwischen haben ihm die polnischen Behörden nachgewiesen, daß er von langer Hand geplant habe, sich nach Westeuropa abzusetzen. Schließlich habe er vor seiner Reise nach Deutschland bereits alles verkauft, was er nicht mitnehmen konnte. Und die Sache mit dem Ende seiner Laufbahn? Wie man mittlerweile auch in Warschau weiß: Alter schützt nicht vor Rekorden. Die Sache mit der Sperre wird sich also wohl weder umgehen noch verkürzen lassen.

Wie dem auch sei: Kozakiewicz versucht jetzt erst einmal, sich als Deutscher einzuleben. So besucht er fleißig eine Schule, damit er der Sprache bald so kundig wird, daß er beim Rundfunk als Sportkommentator auftreten kann. Seine Interviews gibt er bereits fleißig in deutscher Sprache, nicht mehr, wie vor einem Vierteljahr, in Englisch.

Am 11. und 12. Juli sind in Berlin die deutschen Meisterschaften. An diesen Wettkämpfen kann sich der deutsche Staatsbürger Wladyslaw Kozakiewicz freilich beteiligen. Denn bei seiner umfangreichen Titelsammlung – einen deutschen Meistertitel hat der Olympiasieger von Moskau noch nie gewonnen.

Dann kann er freilich nicht mehr mit jenem Spruch hausieren gehen, mit dem er bis vor kurzem die Freunde in Polen und außerhalb Polens verdutzt hatte: „Kennt Ihr die drei prominentesten Polen? Der Papst, Lech Walesa – und ich."



Wieder Rekord: Wladyslaw Kozakiewicz. FOTO: AP

Bundestrainer: „Starts, die kaum etwas bringen"

sid, München

Die Erfolgsquote des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) nach der ersten Hälfte der Europameisterschafts-Qualifikationen ist äußerst kärglich. Nach sieben kleinen und zwei großen Sportfesten steht der Verband mit ziemlich leeren Händen da. Denn er plante mit den frühen Qualifikationen an den Athleten vorbei, die heute und morgen auch noch zu zwei wenig nutzbringenden Länderkämpfen nach Italien reisen müssen.

„Es sind Starts, die kaum jemandem etwas bringen", ordnete Bundestrainer Lothar Pöhlitz (Frauen-Mittelstrecke) die Wettkämpfe mit den Italienern und den Ungarn ein. Die Athleten reagierten nicht viel anders: Mit Ausnahme von Europameister Harald Schmid (400 m Hürden) bleiben fast alle Medaillen-Kandidaten für Stuttgart daheim. „Mehr Absagen als Zusagen", mußte Leistungssport-Referent Horst Blattgerste denn auch zugeben.

Nach dem dritten Münchner Sportfest, das auch das letzte sein könnte, weil Werner Göhner von der Olympia-Park-GmbH angesichts der geringen Zuschauer-Resonanz (6000) kaum Ermunterung zum Weitermachen sieht, hatten nach strengen Kriterien nur Erwim Skamrahl (Wolfsburg) in 45,46 Sekunden über 400 m und Stabhochspringer Jürgen Winkler (Wattenscheid) mit 5,60 m Leistungen erzielt, die hoffen lassen.

Denn der mit 5,68 m siegreiche Wladyslaw Kozakiewicz, ist ein Jahr nach seinem Weggang aus Polen bei den Europameisterschaften in Stuttgart noch nicht für Deutschland startberechtigt. (Siehe auch den nebenstehenden Bericht der WELT über Wladyslaw Kozakiewicz, den Stabhochsprung-Olympiasieger von 1980.)

Sicher: Der deutsche Verband würde, wenn heute nominiert werden müßte, auch den Leverkusener 200-m-Sprinter Ralf Lübke (20,71 bei Gegenwind) und 800-m-Weltmeister Willi Wülbeck (3:38,68 über 1500 m) berufen, obwohl beide die internen Normen bei extra dafür angesetzten Qualifikations-Wettkämpfen noch nicht erreicht haben. Und er würde seine Kriterien durch die Nominierung weiterer Athleten, die fernab der Ausscheidungen glänzten, erneut in Frage stellen: mit den Mainzer Zehnkämpfern Siggi Wentz (8590 Punkte), Guido Kratschmer (8519), dem Uerdinger Jürgen Hingsen (8485) sowie Hammerwerfer Klaus Ploghaus aus Leverkusen (81,32 m) an der Spitze empfahlen sich nämlich rund zwölf Athleten andernorts für die europäischen Titelkämpfe in Stuttgart.

GOLF / Langer

Pausenlos. Die Jagd von Land zu Land

dpa, Dublin

Der Weltranglisten-Zweite Bernhard Langer gehört nicht nur auf dem Golfplatz zu denen, die im Streß stehen: Vor zehn Tagen Dritter beim britischen Masters-Turnier in Woburn bei London, am Sonntag hervorragender Achter bei der US-Open in Shinnecock bei New York, seit Dienstag in Dublin, wo heute die irischen Open beginnt. Ein Star zollt seinem sportlichen Ehrgeiz Tribut.

Doch der 28jährige Anhausener, der von Jahresbeginn bis Mitte Mai bereits eine fast beispiellose Turnierjagd quer durch Amerika mit einem Australien-Abstecher absolvierte, ehe er vor dem nationalen Open-Triumph in Straßlach eine kurze Verschnaufpause einlegte, verkraftet diesen Streß. „Der Heimatbesuch hat ihm gut getan. Nach Irland wird er etwas kürzer treten", schildert sein Bruder und Deutschland-Manager Erwin.

Etwas kürzer treten, heißt: Von Dublin kehrt Bernhard am nächsten Montag nach Anhausen zurück, um letzte Entscheidungen zur Einrichtung des Hauses zu treffen, das Mitte Juli bis zur dann erwarteten Geburt des ersten Kindes fertiggestellt sein soll. Deshalb auch wird er voraussichtlich nur ein Zwischenspiel bei der französischen Open geben und erst am 12. Juli zur „Open Championship" nach Turnberry (17. bis 21. Juli) reisen.

Dann aber geht die Hetzjagd weiter – erstmals seit der Hochzeit vor knapp zweieinhalb Jahren ohne Ehefrau Vikki: Am 1. August fliegt der Golf-Star wieder über den Atlantik, gastiert bei der PGA-Meisterschaft, der „International" sowie der „World Series" in Ohio und Colorado, um von dort direkt zur deutschen Offenen Meisterschaft nach Düsseldorf einzufliegen.

Wohin dann? Großbritannien natürlich. Japan wartet wie in jedem Jahr auf den immer freundlichen blonden Deutschen. Und dann geht es nach Hawaii wahrscheinlich, vielleicht dann wieder nach Australien und schließlich in das südafrikanische Urlaubsparadies Sun City.

Das Streben nach Erfolg, nach Geld und Ruhm fordert eben seinen Preis...

GALOPP / El Salto

Trockene Bahn und vorher in die Kirche

KLAUS GÖNTZSCHE, Bremen

Ist der Hengst El Salto aus dem Gestüt Fährhof nach seinem überlegenen Sieg am Dienstag im Bremer Consul-Bayeff-Rennen (60 000 Mark, 35 000 Mark dem Sieger, 2200 m, Europa-Gruppe III) nun ein ernsthafter Kandidat für den Gewinn des 117. Deutschen Galopp-Derby am 6. Juli in Hamburg-Horn – oder doch nicht?

Seinen letzten Derby-Test absolvierte der Sohn des Derbysiegers Surumu (1977) in der neuen Bayeff-Rekordzeit von 2:18,4 Minuten. Bislang hielt in Lepanto aus dem Gestüt Schlenderhan, der die 2200 Meter lange Distanz 1976 in 2:20,2 Minuten galoppierte.

Aufgrund des eigentlich langsam erscheinenden Rennens gab es zunächst erhebliche Zweifel an der Zeitmessung, aber Championtrainer Heinz Jentzsch (66) hatte keine Bedenken: „Selten waren die Bedingungen beim Bayeff-Rennen so ideal wie diesmal. Der Boden war trocken, da kommen dann solche Zeiten heraus. Im übrigen hat Georg Bocskai sein Derby-Pferd doch schonend geritten. Das ist aber bestimmt zu verstehen."

El Salto gewann unangefochten, er nahm nach dem Start sofort die Spitze und gab sie bis ins Ziel nicht mehr ab. Mit Alamitos aus dem Gestüt Schlenderhan (im Sattel Andrzej Tylicki) wurde ein weiteres Jentzsch-Pferd Zweiter, um eine Nase zurück kam mit Pardo (Peter Schiergen) der zweite Fährhofer Starter auf den dritten Platz.

Lacondo, Helikon und Draco spielten im Sechser-Feld keine Rolle.

Fährhof gelang damit der siebte Sieg im Bayeff-Rennen, daß alljährlich durch einen 20 000-Dollar-Scheck von Nadja Bayeff, der Witwe des 1971 verstorbenen Consuls Waldimir Bayeff aus Meddelin in Kolumbien gesponsert wird. Bayeff war ein Geschäftspartner von Jacobs. Jacobs: „Für Hamburg wünsche ich mir für El Salto festen Boden."

Den Journalisten empfahl er zu diesem Zweck einen Kirchenbesuch. Warum dieses? Im Vorjahr genoß Jacobs vor dem Derby eine Audienz beim Papst, sein Hengst Acatenango gewann anschließend das Derby überlegen.

HANDBALL / Simon Schobels Sorgen

Verletzungen und Absagen vor dem Turnier in Ungarn

dpa/sid, Frankfurt

Kaum hat Handball-Bundestrainer Simon Schobel die langfristige Vorbereitung auf die B-Weltmeisterschaft im Februar in Italien begonnen, stellen sich ernsthafte Probleme ein. Drei Tage vor dem Start beim Turnier in Debrecen in Ungarn, mußten Rückraumspieler Walter Schubert (Düsseldorf), Martin Schwalb (Großwallstadt) und der Schwabinger Uli Roth wegen Verletzungen absagen. Schwalb leidet an entzündeten Patellasehnen in beiden Knien, Roth hat eine Zerrung und eine Kapselverletzung im Wurfarm und Schubert kuriert einen Jochbeinbruch aus.

Außerdem fehlt der Gummersbacher Rüdiger Neitzel, der seit letztem Dienstag automatisch über einen Zeitraum von drei Monaten für alle nationalen und internationalen Spiele gesperrt worden ist, weil er sich im DHB-Pokalrückspiel beim MTSV Schwabing vor vier Tagen eine Tätlichkeit gegen den Münchner Robert Kofler erlaubt hatte. Kofler erhielt die gleiche Strafe.

„Ich bin über den Vorfall sehr unglücklich, weil es mir unverständlich ist, daß ein Nationalspieler so die Nerven verliert", sagte Schobel beim Lehrgang der Nationalmannschaft in Steinbach. Neitzel hatte sich nach vorausgegangenem Foul bei Kofler mit einem Schlag ins Gesicht revanchiert und die Mindeststrafe von drei Monaten Sperre erhalten. Damit fällt der komplette Nationalmannschafts-Rückraum in Ungarn aus.

In erster Linie wirft der Jochbeinbruch des Düsseldorfers Walter Schubert das Konzept des Bundestrainers nun erheblich durcheinander. „Ich wollte Schubert einem intensiven Test auf der mittleren Rückraumposition unterziehen, wo wir zuletzt einige Probleme hatten. Da kann ich jetzt wieder komplett umdenken", sagte Schobel, der nun sogar mit dem Gedanken spielt, „einen oder zwei Junioren nachzunominieren".

Gegen Vizeweltmeister Ungarn, Frankreich und Österreich will Schobel vor allem Leuten wie dem Düsseldorfer Stephan Schoene, Rainer Bauert vom TuS Hofweier oder dem künftigen Essener Peter Quarti eine Chance geben. Der Bundestrainer sagt: „Ihnen gehört im Hinblick auf die B-Weltmeisterschaft die Zukunft. Die personelle Situation erfordert es außerdem, daß sie mehr Spielanteile als gewöhnlich erhalten."

STAND ● PUNKT / *Immer nur Weltrekord?*

Es muß wohl immer Weltrekord sein.

Der Countdown läuft mal wieder. Michael Groß arbeitet voll nach Plan. Das Ziel: die Weltmeisterschaft. Also, Volldampf. Ein Mann, ein Wort: Tritt Michael Groß an, wird von ihm zwangsläufig eine neue Bestleistung erwartet, am besten gleich ein Weltrekord.

Groß, größer, Michael Groß: Als am 21. Juni 1983 im Stadionbad von Hannover der damals 19 Jahre alte Frankfurter mit 1:48,28 Minuten über 200 m Freistil eine beispiellose Serie von mittlerweile zehn Weltbestmarken startete, steigerten sich auch die Erwartungen an diesen Ausnahmeathleten.

In Los Angeles mußte es dann, ganz neben der Goldmedaille, eine neue Weltrekordzeit sein; bei den Europameisterschaften in Rom galten auch immer nur neue Spitzenleistungen.

Aber schließlich ist Groß ja auch ein Spitzenathlet. Wetten? Ein dritter Platz und Groß wird in aller Öffentlichkeit umgehend eine Formkrise attestiert.

Weil Michael Groß aber tatsächlich ein richtiger Spitzenathlet ist, lebt, trainiert und startet er jenseits überzogener Erwartungen. Für ihn zählt die persönliche Bestleistung und die steht für ihn immer an der Spitze aller Rekordlisten. Wird aus der angestrebten persönlichen Bestleistung ein Rekord – nun gut. Das kann ihn dann ebensowenig aus der Ruhe bringen wie Formkrisen.

Wäre da nicht immer der Leistungsdruck von außen: Als erfolgreichster Schwimmer aller Zeiten wird er bei seinen Starts angekündigt. Der Druck scheint programmiert. Auch bei den deutschen Meisterschaften vom 23. Juni wird das (leider) nicht anders sein.

Im Prinzip müßte Groß ständig Weltrekord schwimmen, um einen Status zu wahren, den ihm alle Welt zubilligt – nur nicht er selbst. Doch immer Weltrekord – das geht gar nicht. Mit vier Weltrekorden steht Groß in den Listen. Mehr ist kaum möglich. „Besser geht es nicht", ist der Kurzkommentar von Michael Groß zu dem, was er geschafft hat.

Muß es denn ständig Rekord sein? Wer setzt hier die Grenzen? Man bedenke: Groß bewegt sich ohnehin in Grenzbereichen, also dort, wo normalerweise mit üblichem Training ohnehin nichts mehr zu holen ist. Was im Grunde aber vollauf genügt, weil das bereits absolute Weltspitze bedeutet. Warum zählt eigentlich nur der Rekord? Jene abstrakte Zahl, mit der sich doch im Grunde recht wenig ausdrücken läßt.

Michael Groß setzt sich selbst neue Maßstäbe, strebt und trainiert darauf hin, unabhängig von dem, was man davon hält. „Groß"-Taten sind dann immer möglich. Die Funktionäre, die Fans, alle hoffen ständig auf diese Marken. Also auf Weltrekorde.

Doch es muß nicht immer Weltrekord sein. G. No.

Pjotr Demitschew wird Gromykos Stellvertreter

Innerparteilicher Widerstand gegen Gorbatschow wächst

RMB/DW. Moskau

Die Regie Michail Gorbatschows im Kreml scheint nicht mehr so reibungslos abzulaufen wie noch vor der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Darauf läßt das Ausbleiben spektakulärer Personalentscheidungen schließen, die für die gestern in Moskau begonnene mehrtägige Sitzung des Obersten Sowjets erwartet worden waren. Die zu Beginn der Tagung verkündeten Umbesetzungen wirkten auf westliche Korrespondenten eher enttäuschend.

Der bisherige Kulturminister Pjotr Demitschew wurde von diesem Posten entbunden und zum ersten stellvertretenden Staatsoberhaupt gewählt. Er löst den 85jährigen Wassilij Kusnezow ab.

Demitschew machte sich vor allem als Parteisekretär für Kultur Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre einen Namen, als er gegen oppositionelle Schriftsteller vorging. Höhepunkt dieser Kampagne war die Ausbürgerung und Abschiebung Alexander Solschenizyns im November 1974. Daß er die führende Rolle bei der Abschiebung des Schriftstellers in die Bundesrepublik Deutschland spielte, war vielen politischen Beobachtern zunächst nicht klar, weil Demitschew sich im Fall Solschenizyn in der Öffentlichkeit sehr zurückhielt.

In Moskau hatte man jetzt vor allem mit der Ablösung des ukrainischen Parteisekretärs und Mitglied des Polibüros, Wladimir Schtscherbitzkij, gerechnet. Doch sie blieb auch diesmal aus. Schon im Februar hatte der ehemalige Breschnew-Protegé den 27. Parteitag der KPdSU trotz eines verheerenden Scherbengerichts überlebt.

Nach dem Unglück in Tschernobyl versuchte die Moskauer Führung, ihre wochenlange Kopflosigkeit und ihr Schweigen zu dem Reaktorunglück indirekt auch diesem Provinzfürsten anzulasten. Sie begründete dies damit, von den ukrainischen Behörden nicht ausreichend informiert worden zu sein.

Auch der bisherige Kulturminister Demitschew wurde nicht mit einem lauten „Knall" aus seinem Amt entlassen, sondern protokollarisch sanft in die neue Funktion als Stellvertreter Gromykos geschoben.

Daß der Kreml-Führer auch mit dem hochverdienten Kusnezow protokollarisch stilvoll umging – offiziell hieß es, er höre aus gesundheitlichen Gründen auf –, zeigt, daß Gorbatschow stärker als noch vor einem Jahr mit internen Widerständen zu kämpfen hat. Im Juli 1985 konnte er auf der Tagung des Obersten Sowjet noch mit dem spektakulären Austausch Schewardnadses gegen Gromyko im Außenministerium aufwarten.



Der bisherige Kulturminister Demitschew wird Nachfolger des 87jährigen Kusnezow FOTO: DIE WELT

Der tiefe Fall des ehemaligen Politbüromitglieds Viktor Grischin setzte sich gestern in der sowjetischen Hauptstadt fort. Er wurde auch als Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjet abgelöst. Der enge Vertraute des ehemaligen Parteichefs Breschnew war bereits vor dem Parteitag im Februar aus dem Politbüro ausgeschlossen und als Chef des Moskauer Parteibezirks durch Boris Jelzin ersetzt worden. Ebenfalls von seinem Posten im Präsidium entbunden wurde Politbüromitglied Lew Sajkow.

Stuttgart stellt im Sommer 700 Pädagogen ein

P. F. R. Stuttgart

Baden-Württemberg stellt in diesem Sommer 700 Lehrer neu ein, davon die größte Gruppe (260) an den Berufsschulen. Wie Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder mitteilte, nimmt damit sein Bundesland den Spitzenplatz unter allen Flächenstaaten ein. „Würde beispielsweise Nordrhein-Westfalen eine ähnlich gute Versorgung anstreben, so müßte es 15 300 zusätzliche Lehrer einstellen, um den Stand Baden-Württembergs zu erreichen."

In den vergangenen zehn Jahren hatte das allgemeinbildende Schulwesen im Südwesten einen Schülerrückgang um 33 Prozent auf jetzt knapp eine Million zu verzeichnen, bei gleichbleibenden Lehrerzahlen. Das Land beabsichtigte zunächst, 1200 freigewordene Stellen nicht mehr zu besetzen. Das Kabinett Späth hat sich nun dazu entschlossen, den Abbau zeitlich zu strecken, um „einen Einstellungs-Korridor für junge Bewerber" offenzuhalten. Da der Schülerrückgang noch nicht abgeschlossen ist, warnte Mayer-Vorfelder erneut vor dem Lehrerstudium.

Dies gelte auch für die Berufsschulen. Wer jetzt eingestellt werde, bleibe im Regelfall bis zum Jahr 2016 im Dienst. Bis dahin, so der Minister, werden die Schülerzahlen in Baden-Württemberg nochmals um etwa 400 000 sinken.

Wallmann: Dornenreicher Weg zur Mehrwegflasche. TA Abfall kommt

Bundestag verabschiedet neues Müllbeseitigungs-Gesetz / Regierung erhält mehr Kompetenzen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Umweltminister erhält Walter Wallmann (CDU) mehr Kompetenzen, die jährlich anrollende Müll-Lawine in der Bundesrepublik Deutschland zu verringern. Der Bundestag verabschiedete gestern mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen das neue Abfallbeseitigungsgesetz, das der Bundesregierung entsprechende Eingriffsmöglichkeiten einräumt.

In seiner ersten Rede vor dem Plenum als Umweltminister erklärte der frühere Frankfurter Oberbürgermeister, wenn ihm beim Zurückdrängen von jährlich rund acht Milliarden Einwegdosen und -flaschen „seitens der beteiligten Wirtschaftskreise die Gefolgschaft verweigert" werde, wolle er „die Zügel anziehen". Die Bundesrepublik sei beim Abfall „an einem Punkt angekommen, der zu klaren Einschnitten und Vorgaben zwingt", wenn die nachfolgenden Generationen die Probleme im Griff behalten wollten. Aus diesem Grunde wolle er auch eine „Technische Anleitung (TA) Abfall" erarbeiten. Durch sie soll das Entstehen neuer „Altlasten" beim Müll vermieden werden.

Wallmann räumte ein, daß beim Thema „Einwegverpackung" schon angestrebte Einzelmaßnahmen „heftige Reaktionen" ausgelöst hätten. Deshalb stünden alle vor einem „dornenreichen Weg", der im Interesse der Umwelt eingeschlagen werden müsse. Die Bevölkerung müsse dafür Opfer bringen. Allein durch die Verwertung von Abfällen im Rahmen getrennter Sammlung zwecks Recycling, heißt es im Gesetzentwurf vom Februar 1985 der Bundesregierung, könnten die Aufwendungen für die Müllabfuhr je Jahr und Haushalt bis zu 30 Mark steigen. Mögliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau ließen sich „noch nicht absehen", ebensowenig wie die Kosten der Industrie durch den verstärkten Einsatz neuer Technologien zur Vermeidung von Abfällen.

Neben Wallmann lobte auch sein Fraktionskollege, der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernd Schmidbauer, das neue Gesetz und vor allem die im umstrittenen Paragraphen 14 enthaltenen Eingriffsmöglichkeiten des Staates als wichtiges Instrumentarium im Kampf um die Umwelt.

Für die SPD verwies die Abgeordnete Liesel Hartenstein auf den Entschließungsantrag der Sozialdemokraten, der wesentlich härtere Paragraphen vorsah. Angesichts wachsender Schwierigkeiten der Kommunen, überhaupt noch Deponieraum zu finden, habe die Bundesregierung entgegen früheren Bekundungen von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ihre Waffen gegen die Verpackungsflut „in Watte gewickelt". Zu den vom Parlament abgelehnten Vorschlägen der SPD, die in manchen Punkten mit einem Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen identisch sind, gehört eine Abgabe auf Einwegverpackungen, „die so bemessen sein muß, daß sie die Entsorgungskosten deckt".

Ursprünglich war im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehen gewesen, daß Discount-Unternehmen für Getränke eine bestimmte Sortimentsgestaltung einzuhalten hätten. Gegen eine Vorschrift, neben Einweg- auch immer Mehrwegverpackungen für Getränke anzubieten, hatte sich die Aldi-Gruppe erfolgreich gewehrt, weshalb dieser Paragraph als „Lex Aldi" diskutiert wurde.

Ein Text von Bundesinnenminister Zimmermann, nach dem der Innenminister vorschreiben könne, welche Mengen bestimmter Erzeugnise in bestimmten Verpackungen in Ladengeschäften zu bevorraten und anzubieten seien, traf schon 1984 auf Bedenken des Wirtschaftsministeriums. Mit einer solchen Maßnahme würde, so hieß es damals, tief in die Sortimentspolitik und in die Vertriebsstrukturen eingegriffen.

Kohl will bei Subventionen differenzieren

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat im Zusammenhang mit der für die nächste Legislaturperiode geplanten Steuerentlastung betont, daß die Bundesregierung mehr als eine bloße Senkung bestimmter Steuern anstrebe. „Wir wollen eine echte Reform auch der Steuerstruktur", sagte Kohl gestern vor Parlamentariern, die der Wirtschaftsrat der CDU eingeladen hatte.

Der Kanzler nannte als Ziel, Klarheit über die notwendigen Voraussetzungen für den Erfolg dieses Vorhabens zu gewinnen. Wichtigste Voraussetzung „ist in meinen Augen, daß wir die Diskussion über den Subventionsabbau endlich auf eine seriöse und ehrlichere Grundlage stellen". Es nütze im politischen Alltag sehr wenig, so Kohl, wenn hierzu allgemeine Bekenntnisse abgelegt würden oder wenn – mangels eigener Entscheidungsfreude – allgemeine lineare Kürzungen empfohlen würden.

Nach Auffassung des Bundeskanzlers muß darüber nachgedacht werden, an welchen Subventionen man aus politischen Gründen festhalten müsse und auf welche Zuwendungen man andererseits ganz oder teilweise verzichten könne.

Den Parlamentariern stellte er die Fragen: „Wer ist denn bereit, etwa die Berlin-Hilfe in Frage zu stellen?" Oder: „Wer will angesichts des anhaltenden Strukturwandels die Unterstützung für die strukturschwachen Gebiete in der Bundesrepublik streichen?" Und dann bat der Kanzler um Wortmeldungen, die Streichungen nicht zu Lasten anderer, sondern auf eigene Kosten empfehlen würden.

Neue Bonner Haltung zu Namibia?

Co. Bonn

In Bonn mehren sich die Anzeichen, daß die Regierungskoalition künftig eine flexiblere Haltung zu Namibia und seiner Übergangsregierung einnehmen wird. Zum ersten Jahrestag des Amtsantritts der Interimsregierung haben führende Abgeordnete der CDU/CSU und der FDP die Abschaffung der Restbestände von Apartheid in Südwestafrika begrüßt und eine großzügige und schnelle Hilfe für die frühere deutsche Kolonie auf Nicht-Regierungsebene gefordert.

Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans Klein, wandte sich scharf gegen die Guerrilla-Organisation Swapo, die eine Einladung der Übergangsregierung zur Teilnahme an der nationalen Versöhnung mit Mordanschlägen beantwortet habe.

Sein Fraktionskollege Hedrich bezeichnete es als „unverständlich, daß die deutsche Hilfe für Namibia auf Nicht-Regierungsebene immer noch von deutscher Seite durch einseitige Auslegung des Begriffes der politischen Neutralität privater Träger behindert wird".

Der entwicklungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Rumpf, erklärte, Bundesaußenminister Genscher habe vor Außenpolitikern der Koalition kürzlich in Übereinstimmung mit Bundeskanzler Helmut Kohl festgestellt, daß er Entwicklungshilfe für Namibia auf Nicht-Regierungsebene für notwendig und richtig halte.

Zuvor hatte schon der Vorsitzende des Kabinetts in Windhuk, Jariretundu Kozonguizi, die Antwort der Bundesregierung als „wichtigen Schritt in die richtige Richtung" bewertet.

Reagans Richterwahl findet Beifall der Partei

Rücktritt des Amtsvorgängers Burger kam überraschend

FRITZ WIRTH, Washington

Warren Burger, seit 17 Jahren „Chief Justice" des Obersten Amerikanischen Gerichtshofs, hat gestern überraschend seinen Rücktritt erklärt. Er wurde von Präsident Reagan durch den 61jährigen William Rehnquist ersetzt. Die Besetzung dieses Amtes ist für die amerikanische Innen- und Sozialpolitik von größter Bedeutung.

Die Grundsatzurteile dieses Gerichtshofs haben in der Vergangenheit die Bürgerrechtsauseinandersetzungen in den USA, die seit Jahren andauernde erbitterte Debatte über den Schwangerschaftsabbruch, die Frage der Rassendiskriminierung, der Gleichberechtigung der Frauen und die Rolle der Medien in der Gesellschaft entscheidend geprägt.

Die neun Mitglieder dieses Gremiums werden vom Präsidenten und mit Zustimmung des Senats auf Lebenszeit gewählt. Der Rücktritt des 78jährigen Warren Burger, der im Jahre 1969 von Richard Nixon in das Amt des Chefrichters berufen wurde, kam selbst für seine eigenen Freunde und für die übrigen acht Mitglieder des Obersten Gerichtshofs überraschend.

Burger begründete seinen Rücktritt damit, daß er sich voll den Vorbereitungen für die 200-Jahrfeier der amerikanischen Verfassung im nächsten Jahr widmen will. Er klagte außerdem über Überarbeitung. Es habe für ihn in den letzten Monaten Wochen mit über 100 Arbeitsstunden gegeben. Für den Nachfolger von Burger, William Rehnquist, der schon seit Jahren dem Obersten Gerichtshof angehört, wurde der 50jährige Antonin Scalia in das Gremium berufen. Er ist der erste Italio-Amerikaner in diesem Gerichtshof.

Rehnquist und Scalia genießen als Juristen unter ihren Kollegen den höchsten Respekt. Beide sind stark konservativ orientiert und haben politisch das volle Vertrauen von Präsident Reagan. Die ideologische Zusammensetzung und Spannweite des obersten Gerichtshofes wird durch die Umbesetzung zunächst nicht wesentlich geändert. Den fünf mehr liberal orientierten Richtern stehen weiterhin vier als konservativ eingestuften Richter gegenüber. Man glaubt dennoch, daß die Beredsamkeit und Überzeugungskraft des neuen „Chief Justice" bald bei einigen wichtigen Entscheidungen Wirkung zeigen wird.

Man nimmt in Washington allgemein an, daß der Bestätigung der beiden Richter in ihren neuen Ämtern durch den Senat, in dem die Republikaner eine Mehrheit von 53 zu 47 Stimmen haben, nichts im Wege steht, obwohl der demokratische Senator Alan Cranston wegen der angeblich „extrem rechtsorientierten Ansichten" Rehnquists „starke Zweifel" an dessen Ernennung äußerte.

Innerhalb seiner eigenen Partei jedoch ist Ronald Reagan mit seiner Richterwahl auf großes Wohlwollen gestoßen. Man nannte sie „weise und weitsichtig". Rehnquist und Scalia haben alle Aussichten, ihre Ämter und Funktionen bis zum nächsten Jahrhundert ausüben zu können.

WELT DER  WIRTSCHAFT

Salto rückwärts

nl. – Der Wunschtraum des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth von der Schaffung einer großen Landesbank im Südwesten ist geplatzt. Das klare Votum des Verwaltungsrats der Stuttgarter Landesgirokasse (LG), die das kräftigste Standbein bei dieser ins Auge gefaßten Viererfusion hätte sein sollen, macht ihm diesen Strich durch die Rechnung. Späths Verärgerung über die „egoistische Entscheidung aus Stuttgarter Sicht" fällt denn auch entsprechend groß aus. Im Visier hat er dabei neben LG-Chef Walther Zügel vor allem Manfred Rommel, den OB der Stadt Stuttgart. Letzterer, ein Parteifreund Späths, ist Verwaltungsratsvorsitzender der LG, deren Gewährträger das Land und die Stadt Stuttgart sind.

Noch vor wenigen Wochen hatte Rommel die geplante Viererfusion, also die Verschmelzung von Bakola, Wükola, LKB und LG zu einer großen Landesbank mit insgesamt fast 100 Mrd. DM Bilanzsumme, als einen „guten Schritt in die Zukunft" gepriesen. Und am vergangenen Wochenende hatte man sich noch auf die Formel einschwören lassen, die Beteiligten seien sich über die Notwendigkeit einer Viererlösung einig. Der Salto rückwärts läßt sich wohl nur so deuten, daß ein LG-Opfer in Form einer Schließung von 80 Filialen in Anbetracht der Kalamitäten bei der Bakola weniger denn je angebracht erschien. Für Späth ist jetzt guter Rat teuer. Zwar ist sein Lieblingsprojekt „gestorben", doch wird er nach neuen Wegen Ausschau halten.

Wunschzettel

Ha (Brüssel) – Die europäische Industrie hat sich oft zum Anwalt für Fortschritte in der EG gemacht. Wer sonst auch könnte soviel Interesse an einem einheitlichen kontinentalen Markt und an einer kraftvollen Vertretung der gemeinschaftlichen Position nach außen haben? Manche Forderungen des Brüsseler Dachverbandes Unice sind jedoch geeignet, die europäischen Institutionen zu überfordern. Sie sollten eher gegenüber den nationalen Mitgliedsverbänden als gegenüber der Kommission oder dem Ratsvorsitz geltend gemacht werden. Wer würde nicht zustimmen, wenn die Unice die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen fordert, zum Beispiel durch eine wirtschaftsfreundlichere Steuer- oder Sozialpolitik oder durch den Abbau überflüssiger Reglementierungen. Die Frage ist nur, was ein Ratspräsident mit solchen Wunschzetteln anfangen soll. Um den größeren Markt zu schaffen, müssen die Unternehmer vor allem die Zögernden in den eigenen Reihen überzeugen. Die Regierungen scheuen oft nur vor Kompromissen zurück, weil sie die Lobby im eigenen Land fürchten.

EUROPÄISCHES PATENTAMT / Keine Gefahr durch japanische Technologie

Das Eureka-Programm löst eine „neue industrielle Revolution" aus

DW./AP, München

Eine „neue industrielle Revolution" infolge der intensiven europäischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Hochtechnologie erwarten die Wissenschaftler des Europäischen Patentamtes in München. Dem Raumfahrtprogramm „Eureka" komme dabei eine herausragende Funktion als Motor der Forschung in diesem Bereich zu. Gleichzeitig vertreten die Wissenschaftler die Ansicht, daß weder Europa noch der Bundesrepublik Deutschland Gefahr drohe, von der japanischen Technologie überrollt zu werden. Dies wird auch eindrucksvoll von den Zahlen des Jahresberichts unterstrichen, den das Patentamt gestern vorlegte.

Für das Europäische Patentamt hat unter diesen Voraussetzungen das 21. Jahrhundert der Technik bereits begonnen. Bei der Vorstellung des Jahresberichts 1985 in München erklärte der Präsident des Amtes, Paul Braendli, eines der herausragendsten Ereignisse des vergangenen Jahres sei der Start des europäischen Raumfahrtprogrammes Eureka gewesen. Damit sei „eine Ära intensiver europäischer Zusammenarbeit auf den innovativsten Gebieten der Technik" eingeleitet worden. Aber auch in anderen Bereichen wie der Diagnose der Immunschwächekrankheit Aids oder der Bekämpfung des saueren Regens habe es zahlreiche Entwicklungen gegeben.

Verschiedene der in den vergangenen fünf Jahren eingereichten rund 150 000 Patentanmeldungen haben dem Bericht des Europäischen Patentamtes zufolge bis über die Jahrtausendwende hinaus Bestand. Im vorigen Jahr seien bereits zehn Projekte des Eureka-Programms in Angriff genommen worden, mindestens 14 weitere sollten folgen. „Zweifellos wird sich der Einfluß dieses Programms auf die Erfindertätigkeit schon bald bemerkbar machen", sagte Braendli. Der massive Einsatz von Robotern und die allgemeine Anwendung flexibler Fertigungsanlagen werde nach Ansicht von Fachleuten zu einer „neuen industriellen Revolution" führen.

Nach Auffassung der Organisation verläuft die Entwicklung des europäischen Patentsystems weiterhin günstig. So wurden im Berichtsjahr 37 500 Patentanmeldungen eingereicht, davon 8000 aus der Bundesrepublik Deutschland. Bei den europäischen Anmeldungen war mit rund 33 700 eine Zuwachsrate von vier Prozent zu verzeichnen. Darüber hinaus wurden dem Bericht zufolge im vergangenen Jahr 14 Prozent mehr europäische Patente erteilt als im Vorjahr, insgesamt über 15 000. Der Haushalt des Amtes war mit Einnahmen und Ausgaben von je 350,4 Mill. Mark erneut ausgeglichen.

Die Vereinigten Staaten meldeten nach Angaben in dem Jahresbericht mit einem Anteil von mehr als 25 Prozent die meisten Patente in Europa an, gefolgt von der Bundesrepublik mit rund 22 Prozent und Japan mit 17 Prozent. Die Patentanmeldungen fielen etwa je zu einem Drittel in den Bereich der Elektrotechnik/Physik, der Mechanik und in den Bereich Chemie/Hüttenwesen.

Braendli vertrat die Ansicht, es sei nicht zu befürchten, daß Europa oder die Bundesrepublik von der japanischen Technologie „überrollt" werden könnten. Länder wie Japan hätten nur „auf gewissen technischen Gebieten" wie der Hochtechnologie einen Vorsprung, die Innovation insgesamt sei aber nicht größer.

Als vorrangiges Ziel bezeichnete es Braendli, die Zusammenarbeit mit dem Patent- und Markenamt der USA und dem japanischen Patentamt zu verstärken. Zu diesem Zweck werde derzeit ein Projekt erarbeitet, bei dem der Altbestand der Patente in den drei Ämtern auf Magnetbänder übertragen werde. Später sollten die Unterlagen, die rund 100 Millionen Seiten umfaßten, dann auf Compact Discs aufgenommen werden. Die Übertragung auf Magnetbänder, die Erfindern und Industrie einen besseren Zugriff ermöglichen soll, wird nach Angaben von Braendli in den nächsten drei Jahren rund 30 Mill. Mark kosten.

LANDESBANK BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Landesgirokasse läßt die geplante Viererfusion platzen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Landesgirokasse Stuttgart (LG), einer der vier Kandidaten für die Fusion öffentlich-rechtlicher Bankinstitute zu einer neuen großen Landesbank in Baden-Württemberg, wird hierfür nicht zur Verfügung stehen. Dies ist jedenfalls der am Dienstag abend nach rund achtstündiger Sitzung des Verwaltungsrats der LG gefaßte Beschluß, in dem es wörtlich heißt: „Die Landesgirokasse bleibt allein."

In dem mit großer Mehrheit (gegen nur drei Stimmen) zustandegekommenen Votum heißt es weiter, die inneren Widersprüche des Vierermodells, die geforderte Schließung von 80 Zweigstellen und nicht ausreichende betriebswirtschaftliche Vorteile und Verstärkungswirkungen (Synergieeffekte) aus der Sicht der Landesgirokasse seien die wesentlichen Gründe.

Mit diesem Beschluß erhält insbesondere das Bemühen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth eine Abfuhr. Er war es in erster Linie, der im Rahmen einer für notwendig erachteten Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankenbereichs in Baden-Württemberg die Viererlösung betrieb, nämlich die Verschmelzung der beiden Kommunalen Landesbanken in Stuttgart (Wükola) und Mannheim (Bakola) mit der Landeskreditbank (LKB) in Karlsruhe und der Landesgirokasse (LG) betrieb.

Späth gab denn auch in einem Rundfunk-Interview (er weilt derzeit zu Wirtschaftsgesprächen in Südfrankreich) seiner Enttäuschung über die Verwaltungsrats-Entscheidung unverhohlen Ausdruck und sprach davon, daß eine „Chance leichtfertig vertan" worden sei. Er werde sich jetzt neue Lösungen überlegen. Der Stuttgarter OB und LG-Verwaltungsratsvorsitzende Manfred Rommel sagte gegenüber der WELT, es habe sich in der letzten Zeit im Verwaltungsratsgremium ein zunehmender Widerstand herausgebildet, der schließlich zur Ablehnung führte.

Noch am vergangenen Wochenende hatten sich die Repräsentanten der von diesem Fusionsplan betroffenen Institute im Stuttgarter Staatsministerium unter Späths Leitung zu der Kompromißformel bereitgefunden, man sei sich über die Notwendigkeit der Viererlösung einig. Die Kehrtwendung bei der LG basiert, wie verlautet, vor allem auf der Einsicht, daß sich entgegen vorheriger Annahmen nur geringe Synergieeffekte bei dieser Fusion ergeben würden. Diese Erkenntnis habe sich erst nach einer über 100 Seiten starken Datensammlung und der Analyse der sich aus einer Fusion ergebenden Vor- und Nachteile herauskristallisiert.

Opposition war schon vor einigen Tagen von seiten der Personalvertreter im Verwaltungsrat laut geworden, denen vor allem die vorgesehene Schließung von 80 LG-Filialen mit dem damit verbundenen Personalabbau ein Dorn im Auge war.

Wolken über Südafrika

Von CLAUS DERTINGER

Nicht nur der politische Horizont ist düster in Südafrika. Auch über der Wirtschaft ziehen sich dunkle Wolken zusammen. Das gegen Ende des Rezessionsjahres 1985 in Gang gekommene Wachstum ist im ersten Quartal dieses Jahres einer neuerlichen Schrumpfung gewichen. Ein vorgestern von Pretorias Finanzminister Du Plessis verkündetes Maßnahmenpaket soll diesen Trend umkehren, es soll Wirtschaft und Konsumenten wieder Vertrauen einflößen. Ob es gelingt, das von Du Plessis anvisierte Wachstumsziel von drei Prozent zu erreichen, wird jedoch von südafrikanischen Experten bezweifelt.

Immerhin zielt das 1,2-Milliarden-Rand-Programm (rund eine Mrd. Mark) in die richtige Richtung. Der größte Teil, nämlich 750 Mill. Rand, werden in den Bau von Billigwohnungen für Angehörige aller Rassen gesteckt. Das schafft Arbeitsplätze und kann gleichzeitig, wenn es dafür nicht schon zu spät ist, dazu beitragen, die sozialen Spannungen etwas abzubauen. Weitere 50 Mill. Rand will Pretoria für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Ausbildung ausgeben. Ferner wird eine 1980 eingeführte Zusatzsteuer beseitigt, die vor allem die kaufmüde gewordenen Konsumenten wieder munter machen soll.

Positiv ist sicherlich zu werten, daß dieses Stimulierungsprogramm nicht sofort eine wirtschaftliche Schwachstelle weiter aufreißt. Die Konzentration auf den Wohnungsbau läßt erwarten, daß eine Belastung der Leistungsbilanz ausbleibt. Zwar hatte Südafrika dank einer Vervierfachung des Handelsbilanzüberschusses 1985 einen Überschuß von gut 7 Mrd. Rand in der Leistungsbilanz erzielt. Aber für dieses Jahr werden die inoffiziellen Schätzungen auf 5 Mrd. Rand oder weniger reduziert, ein Betrag, von dem wohl kaum noch etwas übrig bliebe, wenn das Land seine Auslandsschulden wieder voll bedienen wollte, für deren langfristige Regelung noch keine Lösung in Sicht ist, die die Bezeichnung Umschuldung verdiene.

Abzuwarten bleibt noch, ob das Maßnahmenpaket zu einem zusätzlichen Motor der Inflation wird, deren vom Ölpreissturz unterstützter Rückgang auf eine Jahresrate von etwas über 18 Prozent nach Expertenmeinung schon bald zum Stillstand kommen dürfte. Für nächstes Jahr sieht man in Johannesburger Wirtschaftskreisen die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung, die von einem aufgestauten Nachholbedarf bei den Löhnen für vor allem als Folge der Auswanderung knapp gewordener Facharbeiter auszugehen droht.

Die Meinungen darüber, ob die durch den Wegfall der Zusatzsteuer geschaffene Kaufkraft auch in den südafrikanischen Ladenkassen klingeln und somit dem lahmenden privaten Verbrauch neue Impulse geben wird, sind freilich geteilt. Denn wegen der politischen Unsicherheit und der steigenden Arbeitslosigkeit, die bei den Schwarzen nach offiziellen Angaben bei neun Prozent liegt, nach anderen Schätzungen aber wohl an 25 Prozent heranreicht, muß damit gerechnet werden, daß mehr Geld in den Sparstrumpf gesteckt wird als in den Konsum. Und das um so mehr, als Preissteigerungen laufend die Einkommensverbesserungen auffraßen, so daß sich die Sparquote der privaten Haushalte in den letzten fünf Jahren gegenüber den 70er Jahren auf etwas über 5,5 Prozent fast halbiert hat.

Kurzfristig mag Finanzminister Du Plessis mit seinem Konjunkturbelebungsprogramm vielleicht einen gewissen Erfolg erzielen. Auf längere Sicht ist ein freundlicheres Wirtschaftsklima aber wohl kaum zu erwarten, solange sich nicht der politische Horizont aufhellt. Und besonders hier liegt schon seit einiger Zeit der Hase im Pfeffer. Gerade der Konjunkturrückschlag in den ersten Monaten dieses Jahres hat demonstriert, wie sehr die politische Instabilität das Vertrauen auch in die wirtschaftliche Zukunft des Landes erschüttert. Wenn das Vertrauen fehlt, nützt alle staatliche Wirtschaftskurbelei nichts, was sich übrigens zuletzt auch darin zeigte, daß die von der Geldpolitik herbeigeführten negativen Realzinsen (Nominalzins minus Inflationsrate) Unternehmen nicht daran gehindert haben, Schulden zurückzuzahlen statt mit neuen Krediten zu investieren. Zu hoffnungsvollem Aufatmen besteht also noch nicht der geringste Anlaß.

AUF EIN WORT



„Eine Kommunalisierung der Elektrizitätsversorgung im Sinne eines Übergangs zu lokalen Gemeindeversorgungen wäre für viele Bereiche gleichbedeutend mit der Rückkehr zu einer Versorgungsstruktur, die in der Vergangenheit als nicht leistungsfähig überwunden worden ist."

Dr. Otto Hausner, Vorsitzender des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft regionaler Energie-Versorgungs-Unternehmen, Hannover. FOTO: DIE WELT

Anschluß noch nicht gefunden

A. G. Bonn

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hat auch im April noch nicht wieder Anschluß an das letzte Quartal 1985 gefunden. Darauf weist der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in seinem jüngsten Konjunkturbericht hin. Die Produktion habe gegenüber dem Vorjahr nur wenig zugenommen, während sich die Auftragseingänge in etwa auf Vorjahresniveau bewegten. Die Preisentwicklung biete dagegen weiterhin ein sehr erfreuliches Bild. Auch die Leistungsbilanz entwickele sich weiter positiv. Im übrigen hätten auch die anderen europäischen Länder mit Wachstumsproblemen zu kämpfen.

AGRARSTRUKTURBERICHT

Die Einkommenssicherung steht im Vordergrund

Mk. Bonn

Der Strukturpolitik in der Landwirtschaft mißt die Bundesregierung auch weiterhin eine große Bedeutung bei. Bei der Vorlage des sechsten Agrarstrukturberichts wies der Parlamentarische Staatssekretär, Wolfgang von Geldern, besonders auf die Akzentverschiebungen der letzten Jahre hin. So habe nicht mehr die Förderung der Produktionsausweitung im Vordergrund gestanden, sondern Maßnahmen zur Arbeitserleichterung und Rationalisierung sowie zur Stabilisierung der Einkommen.

Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" sei die Ausdehnung der Gebiete, in denen Zulagen gezahlt werden dürfen, von 1,4 auf sechs Millionen Hektar besonders wichtig. Die Erweiterung von vier auf sechs Millionen muß noch von der EG gebilligt werden. Der Höchstbetrag je Kuh und Hektar Futterfläche sei von 180 auf 240 Mark heraufgesetzt worden. Damit würden künftig Bund und Länder jährlich 500 Millionen Mark dafür ausgeben, 200 Millionen mehr als 1985.

Eine Rolle habe für die kleineren Betriebe auch die Abschaffung der Förderschwelle und die Einführung eines Agrarkreditprogramms gespielt. Junge Landwirte erhielten jetzt eine Starthilfe von 10 000 Mark und eine Zinsverbilligung von fünf Prozent für Investitionen.

Für die Gemeinschaftsaufgabe haben Bund und Länder im Berichtszeitraum 1983 und 1984 rund 3,8 Milliarden Mark aufgebracht. 27 Prozent wurden für die einzelbetriebliche Förderung und 64 Prozent für die Flurbereinigung und wasserwirtschaftliche Maßnahmen ausgegeben.

ERDÖL- UND ERDGASGEWINNUNG

Die Förderabgaben sollten deutlich reduziert werden

dos, Hannover

Eine sofortige Senkung der Förderabgabe auf das im Inland gewonnene Erdöl fordert der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG). Wie der Vorsitzende des Verbandes, Professor Heino Lübben, in Hannover erklärte, hat der Preiskollaps auf dem Ölmarkt und die damit verbundene Verschlechterung der Ertragslage zu Konsequenzen geführt, die das schlimmste befürchten lassen. Um eine weitere Schrumpfung der deutschen Erdölproduktion zu verhindern, sollten die Bundesländer auch über eine zeitweilige Aussetzung der Förderabgabe nachdenken.

Nach den Worten Lübbens ist die Kostendeckung der Erdölförderung nicht mehr gegeben. Die Branche habe deshalb in den ersten fünf Monaten 1986 rund zehn Prozent der 3000 inländischen Erdölförderbohrungen zunächst stillgelegt. Allein deshalb müsse mit einem Rückgang der deutschen Erdölförderung auf unter vier Mill. t (1985: 4,1 Mill. t) gerechnet werden. Geradezu katastrophal sei die Lage bei der kostenträchtigen Förderung durch Tertiärverfahren.

Auch auf anderen Gebieten habe die Branche mittlerweile reagiert. So seien die Aufwendungen für die Exploration und Produktion stark gekürzt worden. Lübben schätzt den Rückgang gegenüber den ursprünglichen Planungen auf gut 30 Prozent. Die Zahl der aktiven Bohranlagen in der Bundesrepublik verringerte sich von 30 im Jahre 1985 auf inzwischen 25.

Eine ähnliche Entwicklung wie beim Erdöl sei auch bei der Erdgasförderung zu befürchten, wenn die Preise am 1. Oktober angepaßt werden. Vor diesem Hintergrund bedürfe es auch für Erdgas einer „beträchtlichen Senkung der Förderabgabe".

WIRTSCHAFTS ● JOURNAL

Eigenkapitalbeschaffung wird bald erleichtert

Bonn (dpa/VWD) – Die drei Gesetzentwürfe über die verbesserten Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung für Unternehmen sollen als Gesetzespaket „unverzüglich" nach der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden. Wie der CDU-Abgeordnete Ludolf von Wartenberg mitteilte, schloß der federführende Finanzausschuß gestern die Beratungen über das Börsenzulassungsgesetz und den Bundesratsentwurf zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kapitalanlage-Fonds ab. Beim Gesetzentwurf über Unternehmensbeteiligungs-Gesellschaften (UBGG) seien noch steuerrechtliche Fragen zu klären.

Börse wieder schwächer

Frankfurt (cd.) – Gewinnmitnahmen vor allem ausländischer Profis, die schon in der vorigen Woche deutsche Aktien gekauft hatten, haben gestern den größten Teil des „Albrecht-Bonus" der Montagsbörse wieder ausradiert. Darin sah man auf dem Parkett eine gesunde Bereinigung des Marktes: Flaggschiffe der Börse wie Siemens, die Farbennachfolger, Deutsche Bank und Daimler verloren ein bis 2,5 Prozent. Einbußen von mehr als drei Prozent erlitten RWE, VEW, Thyssen, Dresdner Bank und Commerzbank.

Gegen Schnellschüsse

Bonn (A. G.) – Vor unüberlegten Schnellschüssen bei der politischen Umsetzung der vom Bundesrechnungshof geforderten Besteuerung von Rabatten bei Jahreswagen warnt die Deutsche Steuer-Gewerkschaft. So sehr in diesem Bereich eine Vereinfachung wünschenswert wäre, so unmöglich sei es, den Gesamtkomplex im Schnellverfahren zu lösen, ohne die gebotenen sozialpolitischen Aspekte einzubeziehen.

Entwurf gebilligt

Bonn (AP) – Der Verkehrsausschuß des Bundestages hat sich gestern für eine Novellierung des Güterkraftverkehrsgesetzes ausgesprochen, mit der die Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Seehäfen abgebaut werden sollen. Wie die Unionsabgeordneten Günter Straßmeier und Dirk Fischer erklärten, haben sich die freiwilligen Maßnahmen der Binnenschiffahrt und des Güterkraftverkehrs zum Abbau der Benachteiligung deutscher Häfen gegenüber den Rheinmündungshäfen als nicht flexibel genug erwiesen. Mit der Novelle sollen Sonderabmachungen möglich werden.

Geringeres US-Wachstum

Washington (dpa/VWD) – Die Leistung der US-Wirtschaft ist im ersten Quartal 1986 saisonbereinigt nur mit einer Jahresrate von 2,9 gewachsen. Das US-Handelsministerium korrigierte gestern eine frühere Schätzung von 3,7 Prozent Wachstum des Bruttosozialprodukts. Als Grund für den geringeren Zuwachs nennt das Ministerium das Zurückbleiben der Netto-Exporte hinter den ursprünglichen Erwartungen. Im vergangenen Jahr war die US-Wirtschaft um 2,2 Prozent gewachsen, nach 6,5 Prozent 1984.

Grauzonen

Genf (dpa/VWD) – Das Sekretariat des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) in Genf hat in einem vertraulichen Bericht über Aktivitäten der GATT-Mitglieder vom 1. Oktober 1985 bis 31. März 1986 auf eine „Grauzone" protektionistischer Maßnahmen aufmerksam gemacht, die in bilateralen und sektorellen Abmachungen von GATT-Mitgliedern enthalten sind. Dem Sekretariat seien rund 120 derartige Vereinbarungen bekannt, mit denen mehr oder weniger gegen die GATT-Bestimmungen verstoßen werde.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 169,59 (172,45); Elektrowerte: 313,68 (314,39); Autowerte: 806,66 (818,09); Maschinenbau: 161,05 (163,52), Versorgungsaktien: 167,64 (172,50); Banken: 416,40 (423,62); Warenhäuser: 147,15 (147,38); Bauwirtschaft: 483,66 (479,40); Konsumgüterindustrie: 175,63 (175,87); Versicherung: 1515,84 (1530,45); Stahlpapiere: 166,76 (169,83); Gesamt 285,29 (289,14).

US-LEISTUNGSBILANZDEFIZIT

Trotz billigen Öls läßt die Wende auf sich warten

Sbt. Washington

Das weiterhin hohe Leistungsbilanzdefizit unterstreicht die kritische Lage, in die Amerikas Außenwirtschaft geraten ist. Mit 33,7 Mrd. Dollar oder umgerechnet 74,5 Mrd. Mark verharrte es im ersten Quartal 1986 auf dem gleichen Niveau wie in der vorausgegangenen Oktober-Dezember-Periode. Hält dieser Trend an, würden der Passivsaldo und damit die US-Kapitalimporte im Gesamtjahr 134,5 Mrd. Dollar übersteigen, verglichen mit 117,7 Mrd. Dollar 1985, dem bisherigen Rekordergebnis. Entsprechend verschlechtert sich die Position der Vereinigten Staaten als Netto-Schuldnerland.

Dies ist um so wahrscheinlicher, als die Kosten der Öleinfuhren kaum noch sinken werden. In den ersten drei Monaten dieses Jahres drückte die wert- und mengenmäßig niedrigere Ölrechnung das US-Handelsdefizit auf Zahlungsbilanzbasis um 0,8 auf 36,6 Mrd. Dollar. Gleichzeitig sanken jedoch die Einnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr um zwei auf 5,9 Mrd. Dollar. Andererseits erhöhten sich die Importe ohne Öl um 10 auf 80,1 Mrd. Dollar, während die US-Ausfuhren nur um 0,8 auf 53,5 Mrd. Dollar anzogen.

Gestiegen ist das Interesse der Amerikaner an ausländischen Wertpapieren. Gegenüber dem vierten Quartal 1985 stiegen ihre Nettokäufe von 1,4 auf 6,1 Mrd. Dollar. Davon entfielen 2,1 Mrd. Dollar auf Aktien – zur Hälfte japanische. Schwach blieb die internationale Nachfrage nach US-Bankkrediten. Ausländer erwarben für 8,3 (5,7) Mrd. Dollar Treasury-Titel und für 18,8 (22,4) Mrd. Dollar andere US-Wertpapiere.

MEXIKO / Unstimmigkeiten in der Regierungspartei erschweren IWF-Verhandlungen

Herzogs Rücktritt löst Unruhe aus

WERNER THOMAS, Mexico City

Schockgefühle, Nervosität und Rätselraten haben der plötzliche Rücktritt des mexikanischen Finanzministers Jesus Silva Herzog ausgelöst. Da die Regierung Präsident de la Madrids keine Gründe für den Abschied des prominenten Kabinettsmitglieds nannte, wurde er vielfach als Verschärfung der Krisenatmosphäre gewertet.

Dabei hatte sich die Situation in den letzten Tagen scheinbar beruhigt. Die Regierung konnte durch Stützungsmaßnahmen den schwachen Peso stabilisieren. Die Presse meldete aus New York und Washington, daß die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vor einem erfolgreichen Abschluß stehen und daß Kredite in Höhe von 5 bis 6 Mrd. Dollar winken. Doch die kalte Dusche blieb nicht aus.

Die Meinung ist weit verbreitet, daß Silva Herzog ein Opfer der Richtungskämpfe innerhalb der regierenden „Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI) wurde. Denn die Auffassung über die Bedingungen des IWF gingen stark auseinander. „Silva Herzog wollte dem Währungsfonds in entscheidenden Punkten entgegenkommen, seine Rivalen dagegen nicht", sagen europäische Bankenvertreter. Die strittigste Frage sei die Reduzierung des gewaltigen Haushaltsdefizits gewesen, das gegenwärtig 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beträgt. Silva Herzog habe einer eventuellen Halbierung auf sechs Prozent zugestimmt; andere Regierungsvertreter bestanden dagegen auf ein Zwölf-Prozent-Limit.

Die Auswirkungen des Ministerwechsels auf die IWF-Verhandlungen und die Schuldenmisere sind bisher noch unklar. Gustavo Petrochelli, Herzogs Nachfolger, gilt zwar auch als konservativ. Er war einst Präsident der privaten Bankenvereinigung und zuletzt Leiter der staatlichen Entwicklungsbank „Nacional Financiera" (Nafinza). Er gehört zum engeren Freundeskreis des Präsidenten Miguel de la Madrid. Jedoch: Petrochelli genießt in internationalen Bankenkreisen nicht das gleiche Ansehen und Vertrauen wie sein Vorgänger.

In der mexikanischen Hauptstadt wird die Möglichkeit eines Schuldenmoratoriums nicht ausgeschlossen, wenn Petrochelli unter dem Druck des linksnationalen Flügels der Regierungspartei die Verhandlungsposition gegenüber dem Währungsfonds verhärtet. Nach Angaben der Zentralbank „Banco de Mexico" befanden sich Anfang Juni nur noch knapp 2 Mrd. Dollar in der Devisenkasse. Das reichte für die Importfinanzierung von zwei Monaten. Allerdings: Westliche Banker glauben dennoch, daß ein Weg – vorbei an einer Zahlungsunfähigkeit – gefunden werden kann.

EG-LUFTVERKEHR / Kommission geht härter vor

Druck zur Liberalisierung

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die EG-Kommission will notfalls eine Auflockerung der Kapazitäts- und Tarifbestimmungen in der europäischen Luftfahrt erzwingen. Sie ermächtigte gestern ihren Präsidenten und die beiden zuständigen Kommissare Clinton Davis (Verkehr) und Sutherland (Wettbewerb) zur Einleitung vertragsrechtlicher Schritte gegen die Mitgliedsregierungen, falls der Ministerrat bei seinen heutigen Beratungen wiederum keine nennenswerten Fortschritte bei der Formulierung einer gemeinsamen Luftverkehrspolitik macht.

Artikel 89 des Römischen Vertrages verpflichtet die EG-Behörde, auf die Verwirklichung der Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft (Kartellverbot und Verbot des Mißbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung) zu achten. Für den Fall von Zuwiderhandlungen kann sie von Amts wegen die erforderlichen Abhilfemaßnahmen festlegen. Der Europäische Gerichtshof hatte kürzlich entschieden, daß die Wettbewerbsbestimmungen auch für die Luftfahrt gelten und daß die Mitgliedstaaten keine Maßnahmen anwenden dürfen, die die Wirksamkeit des europäischen Wettbewerbsrechtes ausschalten.

Die EG-Behörde will angesichts der Widerstände aus einigen Ländern nur auf eine stufenweise Liberalisierung dringen. Ein gestern verabschiedeter Vorschlag soll sichern, daß bei den bilateral ausgehandelten Verkehrsgenehmigungen und Flugtarifen eine „hinreichende Flexibilität" besteht und andererseits den Interessen der Benutzer und Fluggesellschaften Rechnung getragen wird.

Gewisse Vereinbarungen zwischen den Luftfahrtgesellschaften sollen deshalb vom Kartellverbot ausgenommen werden. Dafür wird der Rat aufgefordert, vor allem die Möglichkeit von reduzierten Tarifen zu schaffen und die Regeln über die Aufteilung der Kapazitäten für eine bestimmte Route aufzulockern. Grundsätzlich sollen die Regierungen erst dann intervenieren können, wenn der Marktanteil ihrer nationalen Fluggesellschaft unter 25 Prozent fällt.

Der europäische Verbraucherverband (DEUC) hat die Kommission in seiner harten Haltung gegenüber dem Ministerrat bestärkt.

EUREKA / Ministerkonferenz in London – 60 neue Projekte werden bekanntgegeben

Fortschritte auf dem Weg zur Einheit

WILHELM FURLER, **London**

40 Minister aus 18 europäischen Ländern sowie Vertreter der EG-Kommission werden am 30. Juni zur dritten Eureka-Konferenz in London zusammentreffen. Das Datum markiert das Ende des halbjährigen britischen Vorsitzes von Eureka, einer Initiative zur Förderung einer wettbewerbsfähigen europäischen Industrie auf dem Gebiet fortschrittlicher Technologien. Seit der Gründungskonferenz im Juli letzten Jahres in Paris und der zweiten Konferenz im November in Hannover sind sowohl auf dem Gebiet der Projektfindung als auch bei den Bemühungen, Eureka zu einer wirksamen europäischen Organisation zu machen, erhebliche Fortschritte erzielt worden.

Während der Konferenz werden etwa 60 neue Eureka-Projekte bekanntgegeben. Die wichtigsten Projekte mit deutscher Beteiligung oder mit einem von deutschen Firmen angemeldeten Beteiligungs-Interesse umfassen neue Werkstoffe für den Automobilbau, die Entwicklung eines Dieselmotors weitgehend aus Keramik, verbesserte Sicherheitskontrollen und Systeme zur Verhütung von großen Unfällen in Kraftwerks- und Chemieanlagen, Neutronenstrahlen zur Qualitätskontrolle neuer Materialien, Hochleistungs-Laser zur Entdeckung und Beseitigung von Unreinheiten in Chemieprodukten, sowie etliche weitere Laser-Projekte.

Darüber hinaus gilt das deutsche Interesse unter anderem neuen Methoden zur genaueren und automatischen Identifizierung von Geräusch-Quellen bei Fahrzeugen, Vorstudien für einen Multipipeline-Supercomputer, Konzepten und Lösungen in Richtung auf ein Straßenverkehrssystem mit größerer Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitig verringerten Auswirkungen auf die Umwelt und einem höheren Grad an Verkehrssicherheit, sowie einem neuen Super-Kühlsystem.

Die Festlegung und Bekanntgabe der neuen Projekte stellt nur einen Programmpunkt der Londoner Eureka-Konferenz dar. Von ebenso großer Bedeutung wird die Einigung der Teilnehmer auf ein eigenständiges Eureka-Sekretariat sein. Bislang wurde die Eureka betreffende Verwaltung und Organisation vom jeweiligen Konferenzland übernommen. Dies ist mit der wachsenden Bedeutung von Eureka nicht mehr machbar. Der Standort des Sekretariats muß noch entschieden werden, wobei die französische Regierung auf Straßburg besteht, Brüssel allerdings wohl das Rennen machen wird.

Zwar plädiert auch die deutsche Delegation für Straßburg, doch die deutliche Mehrheit der Industrie gibt Brüssel den Vorrang, weil da ohnehin ihre Lobby sitzt. Auch die kleineren Teilnehmer-Staaten ziehen Brüssel vor, weil dort die EG-Kommission ihre Interessen wahrnehmen könnte.

Weitere Programmpunkte befassen sich mit der Organisation von sogenannten Industrie-Foren, sowie der Festlegung von einheitlichen Richtlinien bei Patenten und intellektuellem Eigentum. Bei den Industrie-Foren sollen Unternehmen aus Teilnehmerländern zusammengeführt werden, damit ihnen, wie sich ein Mitglied der deutschen Delegation ausdrückte, „der Mund wässrig gemacht wird", sich an Einzelprojekten zu beteiligen. Bei den Patenten sollen die Schwierigkeiten, die sich aus den unterschiedlichen Rechtsstrukturen in den einzelnen Ländern ergeben, so weit wie möglich beseitigt werden.

Als rein britische Initiativen werden die Verbesserung der Management-Fähigkeiten sowie die Bereitstellung von Risiko-Kapital zur Projekt-Finanzierung behandelt. Über die Frage der Projekt-Finanzierung hat die britische Delegation mit Bankiers und Industriellen der Teilnehmerstaaten etliche Gespräche geführt und empfiehlt als Ergebnis den verstärkten Einsatz von Risikokapital.

Die deutsche Delegation wird von Außenminister Genscher und Forschungsminister Riesenhuber angeführt. Die Konferenz wird vom britischen Minister für Handel und Technologie, Channon, geleitet. Führer der britischen Delegation ist Technologie-Staatsminister Pattie. Auch Außenminister Sir Geoffrey Howe wird teilnehmen.

AUTOINDUSTRIE / Tokio plant Selbstbeschränkung

Japaner überfluten EG-Markt

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Das Industrie- und Handelsministerium (MITI) in Tokio will der japanischen Autoindustrie empfehlen, die Zunahme ihrer Exporte in die Europäische Gemeinschaft in diesem Jahr im Rahmen von zehn Prozent zu halten. Damit will das Ministerium der wachsenden europäischen Kritik gegen die Überflutung des Markts mit Kraftfahrzeugen aus Japan die Spitze abbrechen. Die japanischen Produzenten haben sich in den letzten Monaten wegen des Höhenflugs des Yen gegenüber dem Dollar und des Fortbestands ihrer Exportquote in den USA stärker auf den Markt der EG konzentriert.

Die japanischen Autoausfuhren in die EG beliefen sich im Fiskaljahr 1985/86 (April bis März) auf 1,1 Mill. Fahrzeuge, 15 Prozent mehr als im Vorjahr. In den ersten vier Monaten dieses Jahres schnellten die Lieferungen gegenüber der Vorjahresperiode um 32,4 Prozent auf 460 000 empor, und im April allein lagen sie um 69 Prozent höher als im gleichen Monat 1985. Bei den Konsultationen zwischen Japan und der EG Ende Mai in Brüssel warnte die EG-Kommission die Japaner vor übermäßigen Autolieferungen, die den schon hohen Exportüberschuß Nippons noch weiter auszudehnen drohen.

Das MITI befürchtet einen ernsten Konflikt mit der Europäischen Gemeinschaft, wenn bis zu den nächsten Konsultationen mit der EG im September nicht durch freiwillige japanische Lieferungsbegrenzungen die Zuwachsraten auf etwa zehn Prozent herabgeschraubt werden. In Industriekreisen Tokios herrscht die Ansicht vor, daß bei einer längeren Dauer freiwilliger Exporteinschränkungen die japanischen Autounternehmen immer mehr lokale Produktionen in der EG eröffnen werden.

Unter den Mitgliedern der EG begrenzen England, Frankreich, Italien, Spanien und Portugal schon Japans Autolieferungen direkt oder durch gegenseitige Absprachen. So ist der Marktanteil für japanische Wagen in England auf elf Prozent und in Frankreich auf drei Prozent begrenzt. Italien läßt jährlich nur 2300 Autos aus Nippon ins Land. So hat die Zunahme der Exporte aus Nippon während der letzten Monate vor allem die Bundesrepublik, Belgien und die Niederlande betroffen.

Im Fiskaljahr 1985/86 produzierte Japan 12,4 Mill. Autos oder sieben Prozent mehr. Davon waren 7,8 Mill. Pkws (plus 8,6 Prozent). Im Inland wurden 5,6 Mill. (plus zwei Prozent) abgesetzt, exportiert wurden 6,8 Mill. (plus zwölf Prozent).

Weltweit erwarten die Japaner keine große Zunahme ihrer Autoausfuhren von diesem Jahr an. Im Inland rechnen die Produzenten mit verstärkter Konkurrenz und daraus folgenden Preissenkungen. Das dürfte zu einem weiteren Sinken der Reingewinne und damit zu einer allgemein schlechteren Geschäftslage führen. (SAD)

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Aktien-Ausgabe geplant

London (dpa/VWD) – Das anglo-französische Kanaltunnel-Konsortium will in Kürze Aktien im Werte von 200 Mill. Pfund (670 Mill. DM) ausgeben. Gleichzeitig fordert das Konsortium 38 Banken auf, Kreditzusagen über 3,65 Mrd. Pfund und Standby-Kredite über 1 Milliarde Pfund zu bestätigen. 70 Prozent sollen britischen und französischen institutionellen Anlegern angeboten werden.

Volvo zahlt

Stockholm (VWD) – Die schwedische Kfz-, Energie- und Nahrungsmittelgruppe AB Volvo werde weiterhin eine kritische Haltung gegenüber dem Vorstand der Stockholmer Börse einnehmen, werde jedoch die ihr auferlegte Strafe bezahlen, die dem Unternehmen wegen ungenügender Bereitstellung von Informationen über eine Transaktion mit der AB Fermenta auferlegt worden war. Gegen Volvo war eine Strafe von 1,9 Mill. skr verhängt worden.

Neue Flugtarife

Tokio (VWD) – Anfang Juli wollen die japanischen Fluggesellschaften ihre Tarife für Auslandsflüge senken. Die Verhandlungen mit der Iata seien weitgehend abgeschlossen. Die Tikkets nach Japan werden hingegen teurer. Die Preisverschiebungen entstehen durch den höheren Yen-Kurs.

VAG steigert Gewinn

London (fu.) – Die Volkswagen-Vertriebsgesellschaft VAG (United Kingdom), die dem britischen Mischkonzern Lonrho gehört, hat 1985 ihren Gewinn nach Abzug von Steuern um 53 Prozent auf 25,1 Mill. Pfund (knapp 85 Mill. DM) erhöht. VAG verkaufte 103 877 Neuwagen der Marken Volkswagen und Audi, 7274 mehr als 1984. Damit konnte deren Anteil am britischen Neuwagenmarkt auf 5,67 (5,52) Prozent ausgeweitet werden. Der VAG-Umsatz stieg auf 657,64 (544,5) Mill. Pfund.

Gespräche mit dem Iran

Ankara (dpa/VWD) – Iran und die Türkei wollen den bilateralen Handel beleben. Der iranische Minister für die Schwerindustrie, Behzad Nahavi, hat Gespräche mit der türkischen Regierung aufgenommen. Im Januar hatten beide Staaten ein Handelsvolumen für 1986 von drei Mrd. Dollar vereinbart, daß nach dem Verfall der Rohölpreise aber nicht erreicht werden dürfte. Die Türkei bezieht ein Drittel ihres Rohölimports aus Iran.

Schuh-Probleme

Mailand (dpa/VWD) – Italienische Schuhhersteller erhalten immer weniger Aufträge aus dem Ausland. Wie der Mailänder Branchenverband mitteilte, lag der Auftragsbestand Ende Mai 15 Prozent niedriger als im Mai 1985. Aus der Bundesrepublik, dem größten Kunden der italienischen Schuhindustrie, kamen 30 Prozent weniger Bestellungen.

Mehr finanziert

Luxemburg (dpa/VWD) – Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat ihre Finanzierungen weiter erhöht. Laut Jahresbericht hat sie 1985 für die Investitionsfinanzierung in den Ländern der EG Mittel in Höhe von 7,18 Mrd. Ecu (15,4 Mrd. DM) zur Verfügung gestellt. Die Finanzierungen aus eigenen Mitteln lagen um 11,2 Prozent höher als im Vorjahr.

ITALIEN / Arbeitgeber und -nehmer setzen sich für Einführung von Pensionsfonds ein

Diskussion um künftige Altersvorsorge

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die drohende Krise der staatlichen Sozialversicherung hat jetzt auch in Italien die Diskussion um einen organischen Aufbau von Pensionsfonds in Gang gebracht. Einen ersten konkreten Vorschlag zur Einrichtung eines betrieblichen Pensionsfonds hat vor kurzem der private Chemiekonzern Montedison gemacht. Die Gewerkschaften haben nachgezogen, indem sie in einige der neuen Tarifplattformen erstmals auch die Forderung nach Betriebsfonds eingebaut haben.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind sich mit der Regierung inzwischen einig darüber, daß die Altersvorsorge neben der staatlichen Sozialversicherung und der privaten Lebensversicherung einer dritten Säule bedarf, um auch in Zukunft angemessene Leistungen erbringen zu können. Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, daß die Sozialversicherung auf Beitragsbasis schon in Kürze an ihre Grenzen stoßen und die individuelle Lebensversicherung trotz hoher Wachstumsraten (1985 über 30 Prozent) bis auf weiteres nur von einem verhältnismäßig beschränkten Teil der Bevölkerung in Anspruch genommen werden wird.

Neue Sozialversicherung?

Was die Sozialversicherung anbelangt, so hat die italienische Zentralbank in einer mit dem staatlichen Finanzierungsinstitut IMI im vergangenen Jahr erstellten Untersuchung nachgewiesen, daß schon im Jahre 2015 ein Rentner auf einen Erwerbstätigen entfallen wird. Das heißt, daß das bisherige System, das nach 40 Beitragsjahren eine Rente von 80 Prozent des in den fünf Jahren vor der Pensionierung erzielten Einkommens vorsieht, schon sehr bald nicht mehr zu finanzieren sein wird.

Aus diesem Grunde plant die Regierung eine Reform der staatlichen Sozialversicherung, die unter anderem eine Anhebung des bisherigen Rentenalters von 55 (der Frauen) und von 60 (der Männer) auf generell 65 und die Einführung einer Höchstrente vorsieht. Außerdem hat sich die Regierung vorgenommen, zusammen mit der geplanten Reform der Sozialversicherung und der staatlichen Sozialversicherungsanstalt (INPS), allgemein verbindliche Regeln für die Bildung der „dritten Säule" zu erlassen.

Über die Form dieser dritten Säule, das heißt der betrieblichen Pensionsfonds oder -kassen, die in den Vorstellungen aller Beteiligten in den kommenden Jahren gleichgewichtig neben die beiden anderen Träger der Altersvorsorge treten soll, gehen die Auffassungen noch auseinander. Während die Arbeitgeber, wie das Mitte April von dem Chemiekonzern Montedison vorgelegte Modell gezeigt hat, die Betriebsversicherungen in eigener Regie verwalten wollen beziehungsweise dafür die Bildung eigener Pensionsfonds vorsehen, bestehen die Gewerkschaften auf Mitentscheidung und Mitverwaltung.

Die größte italienische Gewerkschaft, die kommunistische CGIL, besteht beispielsweise darauf, die Verwaltung der künftigen Betriebsfonds neben privaten Fondsgesellschaften und Kooperativen in Alternative dazu auch der – reformierten – staatlichen Sozialversicherungsanstalt INPS zu überlassen. Die Verwaltung dieser Anstalt ist in Italien in den Händen eines Gremiums, in dem die Repräsentanten der Gewerkschaften die Mehrheit besitzen.

Nicht nur die Form der künftigen Pensionsfonds ist Gegenstand der Diskussion. Offen ist die Debatte auch darüber, mit welchen Mitteln die Fonds gebildet werden sollen.

Fonds-Finanzierung unklar

Während das Montedison-Modell von paritätischen Beitragszahlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeht, zielen die gewerkschaftlichen Vorschläge darauf, anstelle der Arbeitnehmerbeiträge die Rücklagen zu mobilisieren, die die Unternehmen für die gesetzlichen Abgangsentschädigungen bilden müssen. Laut Gesetz erhalten die Arbeitnehmer in Italien bei Ausscheiden aus einer Firma für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit ein Monatsgehalt als „Liquidation" ausgezahlt. Führungskräfte erhalten anderthalb Monatsgehälter pro Jahr. Diese Mittel machen heute etwa sieben bis acht Prozent der gesamten Lohnsumme aus.

Darüber, daß Pensionsfonds in Italien eine große Zukunft am Kapitalmarkt bevorsteht, sind sich Finanzexperten einig. Wenn jährlich nur ein Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für Pensionsfonds abgezweigt würde, stünden bis zum Ende dieses Jahrhunderts rund 140 000 Mrd. Lire zusätzlich an Kapitalmitteln bereit. Das ist ungefähr das Vierfache dessen, was die Investmentfonds gegenwärtig an Vermögen besitzen.

FRANKREICH

Weiter schlechte Wirtschaftszahlen

J. Sch. **Paris**

Der französische Außenhandel und die Arbeitslosenzahlen erschienen auch im April in trübem Licht, auch wenn die Ergebnisse besser als im Vormonat ausfielen. Die Regierung erwartet erst für den Herbst eine Besserung. Die französischen Exporte waren trotz Franc-Abwertung und trotz der günstigen Weltkonjunktur im April saisonbereinigt weiter um 3,7 Prozent auf 68,7 Mrd. Franc (FOB) zurückgegangen, während sich die Importe um sieben Prozent auf 70,8 Mrd. Franc (FOB) abschwächten, was vor allem an der verminderten und verbilligten Öleinfuhr lag. Nachdem noch zu Jahresbeginn Überschüsse erzielt wurden, verblieb ein Defizit von 2,07 gegenüber 4,8 Mrd. Franc im April. Der Aktivsaldo im Industriegüterbereich erhöhte sich von 1,3 auf 2,4 Mrd. Franc.

Die Arbeitslosigkeit (ebenfalls saisonbereinigt), die im April um 1,7 Prozent zugenommen hatte, stieg im Mai um 0,8 Prozent auf 2,45 Mill. Stellengesuche, womit ein neuer Rekord aufgestellt wurde. Zwar erhöhten sich erstmals seit längerer Zeit die Stellenangebote – um 20 Prozent. Dennoch überstieg die Nachfrage bei weitem das Angebot.

Für die nächsten Monate erwartet man eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes, weil die Unternehmen die bevorstehende Aufhebung des behördlichen Genehmigungszwangs für Entlassungen zunächst zur Freisetzung unrentabler Arbeitskräfte nutzen dürften. Die Renault-Werke haben entsprechendes schon angekündigt.

TANSANIA

Einigung mit dem IWF

rem. **Bonn**

Tansania wird das Austeritätsprogramm des IWF (Internationaler Währungsfonds) akzeptieren und seine Währung schrittweise im Laufe der nächsten beiden Jahre auf das Niveau des Schwarzmarktkurses abwerten. Dieser beträgt gegenwärtig etwa 160 tansanische Schilling pro US-Dollar im Gegensatz zum offiziellen Kurs, der auf 23 Schilling pro Dollar festgesetzt ist.

Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise haben nach dem Treffen der Konsultativgruppe der Weltbank am 10. Juni in Paris erklärt, daß entsprechende Maßnahmen bei der Einbringung des Haushalts heute von der tansanischen Regierung verkündet werden. Die Konsultativgruppe hatte zum ersten Mal seit 1977 wieder ein Treffen mit Vertretern der tansanischen Regierung abgehalten, nachdem diese einen dreijährigen Wirtschaftssanierungsplan vorgelegt hat, der Abwertung der Währung und Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise vorsieht; beides hatte die tansanische Regierung in der Vergangenheit abgelehnt.

Der frühere Präsident Nyerere, der als Vorsitzender der Einheitspartei noch viel bestimmt, ist bis jetzt als einer der vehementesten Kritiker der IWF-Politik aufgetreten, die er als unsozial verurteilte. Die wirtschaftliche Krise zwang ihn offenbar, die IWF-Bedingungen zu akzeptieren. Außerdem: Bedeutende Geberländer – wie die USA und die Bundesrepublik – hatten zunehmend weitere Entwicklungshilfe von einer Einigung mit dem IWF abhängig gemacht.

VW / Zunächst 51 Prozent des spanischen Unternehmens

Seat-Spitze ist installiert

dos, **Wolfsburg**

Nach der Vertragsunterzeichnung zwischen der Volkswagen AG und der spanischen Staatsholding INI am 9. Juni, mit der die mehrheitliche Übernahme des spanischen Automobilherstellers Seat durch VW geregelt wurde, sind jetzt auch die rechtlichen Folgeschritte vollzogen worden. Dazu gehört nach Angaben von VW die Installierung des nach spanischem Recht notwendigen Verwaltungsrats, dem VW-Vertriebsvorstand Werner P. Schmidt als Präsident und fünf weitere VW-Vorstände als Mitglieder angehören. INI entsendet fünf Repräsentanten in dieses Gremium.

In der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrats gestern in Madrid wurden acht Generaldirektoren, die für die Seat-Geschäftsführung verantwortlich sind, berufen. Zum Vorstandssprecher wurde der Spanier Juan Antonio Diaz Alvarez ernannt. Von seiten VWs gehören dem Seat-Vorstand vier Manager an, die für die Ressorts Produktion, technische Entwicklung, Qualitätssicherung und Finanzen verantwortlich zeichnen.

Mit dem Vollzug der Mehrheitsübernahme wird nach Angaben von VW die volle Nutzung der strategischen und marktpolitischen Vorteile möglich, die von der Kontrolle über Seat und der Integration des spanischen Unternehmens in den Fertigungs- und Lieferverbund des VW-Konzerns ausgehen. Die Vorteile der Seat-Mehrheitsübernahme, so heißt es, liegen in dem Erwerb einer dritten Marke mit der Möglichkeit, eine in Anfängen vorhandene zweite Vertriebsorganisation in Europa aufzubauen. Für Anfang der neunziger Jahre werde ein zusätzliches Absatzvolumen von etwa 260 000 Fahrzeugen pro Jahr erwartet. Hinzu kommen als weitere Vorteile die Übernahme vorhandener Fertigungskapazitäten mit rund 1200 Wagen pro Arbeitstag und die damit verbundenen Kostenvorteile der Fertigung in Spanien.

Das Vertragswerk sieht vor, daß die Volkswagen AG zunächst 51 Prozent des Seat-Grundkapitals von umgerechnet rund 1,3 Mrd DM übernimmt; weitere 24 Prozent folgen noch in diesem Jahr, der Rest spätestens Ende 1990.

SEL / Personalabbau in der Fertigung

High-Tech-Zentrum in Berlin

tb. **Berlin**

Das Berliner Werk der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, wird zum High-Tech-Zentrum umstrukturiert. Wie Vorstandsmitglied Roland Mecklinger gestern vor Journalisten in Berlin erklärte, bleibt die Stadt bevorzugter Standort für zukunftsträchtige Kommunikationstechnologien. Vor allem der Ingenieurbereich soll ausgebaut werden.

So werden 50 Entwicklungsingenieure eingestellt, um verstärkt auf dem Sektor Breitband-ISDN tätig zu werden. Außerdem will man das Industrial Engineering um 20 Ingenieure verstärken. Diese Funktion soll sich mit dem Aufbau von Know-how auf dem Gebiet neuer Fertigungstechnologien und Produktionstechniken befassen. Damit trägt das Unternehmen, so Mecklinger, nach den Investitionen im Sachbereich jetzt auch in der Belegschaft dem technologischen Wandel Rechnung, indem höher qualifizierte Tätigkeiten ausgebaut werden. Für die Modernisierung und den Ausbau des Werkes in Berlin-Tempelhof wurden 33 Mill. DM investiert.

Der Umstrukturierung fallen allerdings auch rund 300 Arbeitsplätze in der elektromechanischen Fertigung zum Opfer. Außerdem gibt SEL die Kabel-Aktivitäten in Berlin auf; das bedeutet noch einmal einen Verlust von 92 Arbeitsplätzen bis zum Jahresende. Allerdings werden auch künftig, betonte Mecklinger, zehn Prozent der gesamten SEL-Belegschaft in Berlin arbeiten. Gegenwärtig beschäftigt das Unternehmen an der Spree 3283 Mitarbeiter.

Zum Beschäftigungsausgleich hat SEL bereits die Fertigung von Fernschreibern aus Pforzheim und von Bildschirm-Terminals aus den USA und Taiwan nach Berlin verlagert. Aus anderen SEL-Werken sind Produkte der modernen Übertragungstechnik, sowie Geräte der Bürokommunikation und Vermittlungstechnik nach Berlin transferiert worden. Dennoch ist vorsorglich von August bis zum Jahresende für rund 400 Mitarbeiter Kurzarbeit angesagt worden.

STEAG / Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln – Im laufenden Jahr Investitionen von 300 Millionen Mark

Die Kraftwerke werden schon bald sauberer

HANS BAUMANN, Essen

Schon drei Jahre vor der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit werden die Gemeinschaftskraftwerke RWE/VEW/Steag in Voerde und in Bergkamen so umgerüstet sein, daß sie die geforderten 400 Milligramm Schwefeldioxid je Kubikmeter Rauchgas deutlich unterschreiten. Im laufenden Jahr werden auch die Kraftwerke Herne, Voerde-West und Lünen entschwefelt. Mitte 1988 wird die gesamte Entschwefelungsaktion beendet sein.

Wie die Verwaltung der Steag AG, Essen, Tochter der Ruhrkohle AG, vor der Presse bei Vorlage des Jahresabschlusses 1985 berichtete, schreitet auch die Verminderung der Stickoxide bei der Stromerzeugung voran. Die Heizkraftwerke Herne und Walsum, die in Bau sind, erhalten stickoxidarme Feuerungen und Katalysatoren, die schon bei der Inbetriebnahme der neuen Anlagen 1988/89 die Emissionen unter die vorgeschriebenen Grenzwerte senken werden.

Steag, gewohnt erfolgreich unter seinem Vorstandsvorsitzenden Hans Krämer, legt auch für 1985 wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis vor. Der konsolidierte Jahresüberschuß erhöhte sich um 17 Prozent auf 67,6 Mill. Mark. Der konsolidierte Umsatz kam um zwei Prozent auf 2,86 Mrd. Mark voran. Der Personalaufwand verminderte sich demgegenüber um zwei Prozent auf 322 Mill. Mark.

Die Hauptversammlung beschloß gestern, das Grundkapital um 20 Mill. auf 220 Mill. Mark aus Gesellschaftsmitteln heraufzusetzen. Auf dieses erhöhte Kapital wird für das ganze Berichtsjahr eine Dividende von wieder 14 Prozent verteilt. Der Aufwand dafür beträgt 30,8 (28,0) Mill. Mark. Die Rücklagen erreichen 367 (333) Mill. Mark.

Investiert wurden 230 Mill. Mark, davon in den Hauptgeschäftszweig Kraftwirtschaft, auf den 86 Prozent des Gesamtumsatzes entfallen, 182 Mill. Mark. Das Ergebnis nach DVFA ist um 26 Prozent auf 143 Mill. Mark gestiegen. Der Brutto-Cash-flow erhöhte sich um acht Prozent auf 234 Mill. Mark. Er deckt die Investitionsvorhaben in hohem Maße. Die Eigenmittel an der Netto-Bilanzsumme erreichen gute 39 Prozent.

Die Steag-eigene Kraftwerkskapazität erhöhte sich um 422 auf 4104 Megawatt (MW). Für andere betreibt die Steag 961 Megawatt. Der Energieabsatz lag im Berichtsjahr mit 15 654 Mrd. Kilowatt-Stunden (kWh) auf Vorjahreshöhe. Der Kohleeinsatz ermäßigte sich von 6,7 auf 5,3 Mill. Tonnen.

Zügig ausgebaut werden soll bei der Steag der Bereich Energietechnik, der bisher vornehmlich für eigene Objekte zuständig war, jetzt aber auch Dienstleistung für andere Kraftwerksbetreiber anbieten soll.

Die Fernwärme GmbH wächst weiter. Ihr Umsatz stieg um elf Prozent auf 168 Mill. Mark. Die abgegebene Wärme stammt heute bereits zu 80 Prozent aus Heizkraftwerken.

Die Kernenergie GmbH erzielte aus Lieferung von Kernbrennstoffen und Ingenieurleistung einen Umsatz von 102 (98) Mill. Mark. Der von Steag vertriebene Castor-Behälter (das Stück kostet eine Million Mark) für den Transport und die Lagerung von abgebrannten Kernbrennstäben ist nunmehr auch in den USA zugelassen. Zum Zwischenlager Ahaus sagte das zuständige Vorstandsmitglied Helmut Völcker, daß der Bau weitergehe. Es werde aber auch damit gerechnet, daß alle weiteren Genehmigungen wahrscheinlich beklagt würden. Die Kapazität von Ahaus würde ausreichen, um das Hochtemperatur-Kernkraftwerk in Hamm-Uentrop 40 Jahre lang zu entsorgen.

Die Tochter Kessler + Luch, internationaler Anbieter von Klima-, Lüftungs- und Wärmetechnik, erhöhte ihren Umsatz um 18 Prozent auf 118 Mill. Mark. Mit einem Auftragsbestand von 242 Mill. Mark ging die GmbH ins neue Jahr.

Weiter voran kommt die Steag auch im laufenden Jahr. Die Kraftwerke waren Ende Mai um zehn Prozent besser beschäftigt als in den ersten fünf Monaten 1985. Bei einem Umsatz von rund 3 Mrd. Mark erwartet Hans Krämer einen etwa gleich hohen Jahresüberschuß wie 1985. Investiert wird mit rund 300 Mill. Mark deutlich mehr als im Vorjahr. Schwerpunkte: Neubauten in Herne und Walsum, Umrüstung alter Kraftwerke und Ausbau der Fernwärme.

AIRBUS

McDonnell macht wieder Avancen

J. Sch. Paris

Die Kooperationsvorschläge, die die amerikanische McDonnell-Douglas dem europäischen Flugzeugbaukonsortium Airbus Industrie gemacht hat, hält der französische Verkehrsminister Jacques Douffiagues in ihrer derzeitigen Form für ein Scheingeschäft (marché de dupes). Jedesmal, wenn Europa ein gutes Flugzeug herausbringe, habe McDonnell Avancen gemacht, die aber ohne Erfolg geblieben sind.

Wie der Minister nach seiner Rückkehr von der ILA vor Journalisten in Paris erklärte, könnten die beiden Flugzeugbauer auf einer „anderen Basis" aber durchaus noch ins Geschäft kommen. Nach Angaben seines Ministeriums handelt es sich hier nicht um eine offizielle Stellungnahme der französischen Regierung, sondern um eine eher persönliche Meinungsäußerung.

Bei Airbus Industrie Toulouse weist man darauf hin, daß das Projekt mit McDonnell durchaus ernst zu nehmen sei. Allerdings würden auch mit anderen Gesellschaften, darunter den Italienern und den Japanern über Kooperationsabsprachen verhandelt. Alle diese Verhandlungen befinden sich aber noch in einem sehr frühen Vorstadium. Zu welchem Ergebnis sie führen, sei überhaupt noch nicht vorauszusehen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag aus China

Peking (dpa/VWD) – Nach jahrelangem Tauziehen soll die Duisburger Mannesmann Demag AG ein Stahl- und Röhren-Werk in Tianjin (Tientsin) in Ostchina bauen. Der Vorvertrag sieht den Bau eines Elektro-Stahlwerks mit einer Rund-Stranggießanlage sowie eines Rohrwerks für nahtlose Rohre vor. Die Jahreskapazität des Röhrenwerks soll 500 000 Tonnen betragen. Der Auftragswert beträgt gut 800 Mill. DM.

Vorstand erweitert

Hamburg (dpa/VWD) – Das Pharma-Großhandelsunternehmen, F. Reichelt AG, Hamburg, hat den Vorstand erweitert. Mit Wirkung zum 1. Juli wurde der Apotheker Christian Wehle zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt. Das Unternehmen begründet diesen Schritt mit dem wachsenden Geschäftsumfang aufgrund der im letzten Jahr neu erworbenen pharmazeutischen Großhandlungen EFEKA, Hannover und Berlin, und der Chemische Fabrik Tempelhof, Berlin.

Neuer Ford-Lastwagenchef

New York (dpa/VWD) – Die Ford Motor Co., Detroit, hat Edward E. Hagenlocker zum neuen Chef ihrer Lastwagenaktivitäten eingesetzt. Hagenlocker (46), zur Zeit noch Präsident der Ford of Brazil, löst Robert A. Lutz ab, der Anfang Juni zur Chrysler Corporation übergewechselt ist, wo er für den Lkw-Bereich und Chryslers internationales Geschäft verantwortlich ist.

Neuorganisation bei Quelle

München (sz.) – Alle Handelsaktivitäten der Schickedanz-Gruppe, Fürth, sind jetzt unter einer einheitlichen Führung zusammengefaßt sowie nach Sparten und Leistungszentren gegliedert worden. Damit soll, wie es heißt, die Schlagkraft der Unternehmensgruppe im Markt verstärkt werden. Mit dieser Neuorganisation setzt sich ab 1. Oktober der Vorstand wie folgt zusammen: Vorsitzende ist Grete Schickedanz und ihr designierter Nachfolger (ab 1. Februar), Klaus Zumwinkel, stellvertretender Vorstandsvorsitzender; Herbert Bittlinger (Katalog-Versand, Marketing, Einkauf, Vertrieb); Harald Schriff (Schöpflin, Versand Ausland); Wilhelm Ammon (Technik, Elektronik); Benno Janssen (Fachfilialen, Reise, Optik, Möbel Hess); Ulrich Kiel (Logistik, EDV) sowie Norbert Lorenz (Personal, Finanzen). Willi Laschet übernimmt künftig Aufgaben und Mandate in der Schickedanz-Stiftung sowie anderen Gremien.

Ausstieg bei Boussac

Paris (J.Sch.) – Für 400 Mill. Franc verkaufen die vier Brüder Willot ihre restliche Beteiligung von 16 Prozent am Kapital der Societé Foncière et Financière Agache-Willot (SFFAW), Holding des französischen Textilkonzerns Boussac-Saint-Frères, Christian Dior und verschiedener Warenhausgesellschaften, an die Gruppe Ferret-Savinel (Ferinel), deren Anteil sich dadurch von 11,52 auf 28 Prozent erhöht. Nachdem sie sich das Textilimperium des in Konkurs geratenen Firmengründers Marcel Boussac einverleibt hatten, gerieten die Willots selbst in Konkurs.

Bereinigung abgeschlossen

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Halbergerhütte GmbH, Saarbrücken, ein Gießereiunternehmen der französischen Saint-Gobain-Gruppe, hat ihren Umsatz 1985 um ein Prozent auf 496,3 Mill. DM gesteigert. Anfang 1986 wurde mit dem Verkauf der Wanit-Gesellschaften an Eternit die Strukturbereinigung der vergangenen Jahre abgeschlossen. Für 1986 wird bei einem Gruppenumsatz von 900 Mill. DM ein positives Bilanzergebnis erwartet.

Gewinnrückgang

Tokio (VWD) – Der Gewinn vor Steuern der Yamaha Motor verringerte sich im Geschäftsjahr zum 30. April 1986 gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent auf 5,855 Mrd. Yen. Der Gewinn nach Steuern ermäßigte sich auf 4,517 (7,002) Mrd. Yen. Verantwortlich für den Ertragsrückgang waren die geringeren Gewinnspannen im Exportgeschäft. Der Umsatz nahm um 3,6 Prozent auf 403,253 Mrd. Yen zu.

FUCHS-GRUPPE / Schmierstoff-Konzern wird neu geordnet

Weiter auf Beteiligungssuche

dpa/VWD, **Mannheim**

Die Fuchs-Gruppe will in diesem Jahr im In- und Ausland durch Beteiligungserwerbe wachsen. Nach der Übernahme der Montgommery Co., Detroit/USA, seien zwei weitere Vorhaben in der EG vorangekommen, sagte Vorstandsvorvorsitzender Manfred Fuchs in Mannheim. Fuchs hatte 1985 durch Gründung der Union Fuchs Schmierstoff GmbH, Wesseling, mit 50prozentiger Beteiligung der Union Kraftstoff AG (RWE-Bereich) Zugang zu einem neuen „strategischen Rohstoff" erhalten. Das neue Gasöl wird in Europa bisher nur von zwei französischen Ölkonzernen produziert.

Mit einem Brückenschlag zwischen der Fuchs Petrolub AG Oel + Chemie, Mannheim, und der schweizerischen Auslandsholding Fuchs Petrolub AG werde sich das Unternehmen 1987 weiter dem Ziel eines einheitlichen unabhängigen Schmierstoff- und Chemiekonzerns nähern. Die Fuchs Petrolub AG Oel + Chemie, Obergesellschaft des deutschen Konzerns, hat ihren Umsatz 1985 um 8,7 Prozent auf 334,4 Millionen DM gesteigert. Die Schmierstoffsparte, die auf 83 Prozent Umsatzanteil kommt, habe in einem stagnierenden Markt um 9,1 Prozent auf 301 Millionen DM zugelegt. Der Weltumsatz einschließlich Minderheitsbeteiligungen erreichte 659 Millionen DM nach 572 Millionen DM im Vorjahr.

Trotz verstärkten Preisdrucks hat sich nach den Angaben die Ertragslage gebessert. Der Jahresüberschuß kletterte auf 3,15 Millionen DM gegenüber 2,11 Millionen DM im Vorjahr. Daraus sollen nach 0,5 (0,6) Millionen Rücklagendotierung die etwa 5000 Vorzugsaktionäre fünf DM Dividende je 50-DM-Aktie und die Stammaktionäre wieder vier DM je Aktie auf insgesamt 30 Millionen DM Grundkapital erhalten.

Von den 15 Millionen DM genehmigtem Kapital, das auf der Hauptversammlung der deutschen Holding am 1. Juli beantragt wird, sollen zunächst zehn Millionen DM für den Zusammenschluß der Fuchs-Auslandsgruppe mit der Mannheimer AG (durch Kauf der Schweizer Fuchs Petrolub AG) in Anspruch genommen werden.

Zu einem noch nicht feststehenden Preis sollen jeweils fünf Millionen DM Stamm- und Vorzugsaktien ausgegeben werden. Zugleich ist die Börseneinführung aller Fuchs-Stammaktien in Stuttgart und Frankfurt vorgesehen. Im künftigen einheitlichen Fuchs-Konzern unter dem Dach der Fuchs Petrolub AG Oel + Chemie (ab 1988) werden, wie Konzernchef Fuchs betonte, unternehmerisches Engagement und (Stimmen)-Mehrheit weiterhin bei der Familie Fuchs liegen.

Im laufenden Jahr ziehe das durch Ölpreisverfall, Lagerabbau und Kaufzurückhaltung gekennzeichnete Geschäft inzwischen wieder an. In den ersten vier Monaten 1986 war der Umsatz im Inlandskonzern auf 145 (163) Millionen DM gesunken. Die Fuchs-Gruppe rechnet für das ganze Jahr 1986 weltweit mit einem leichten Umsatzzuwachs.

AUTOMOBILINDUSTRIE / Konzerne suchen neue Wege zur Kostenbegrenzung

Die Zauberformel heißt Kooperation

HEINZ HORRMANN, **Bonn**

Fasziniert läßt Lee Iacocca, Chrysler-Chef mit US-Präsidentschaftsambitionen, ein silbernes Mini-Modell des Maserati 3500 GT über die polierte Schreibtischplatte rollen. Das kleine Spielmobil ist mit großer Sorgfalt dem 1961 gebauten Spezial-Coupé aus Modena nachempfunden. „Dieses göttliche Auto einmal zu besitzen" – so Iacocca, Sohn eines italienischen Pizzabäckers – „war mein größter Kindertraum".

Wunschdenken wird manchmal Wirklichkeit. Schrittweise erwirbt Iacoccas Autokonzern jetzt die Aktienmehrheit des drittgrößten italienischen *Autoherstellers, der in den 20er* und 30er Jahren ausschließlich Rennfahrzeuge baute und erst 1949 mit der Serienfertigung für die Straße begann.

Bei Chrysler verspricht man sich viel von dem neuen Schulterschluß. Die biedere Motorenpalette für die Großserie wird in den nächsten Jahren mit 21 000 kunstvollen Maserati-Edeltriebwerken ergänzt. Die Millionen, die Iacocca dafür benötigt, finanziert er aus den Einnahmen von 1,8 Millionen Peugeot-Aktien, die seit 1983 vom US-Konzern gehalten und nun veräußert werden. Diese PSA-Beteiligung war in der Chrysler-Bilanz nur noch mit 100 Mill. Dollar ausgewiesen worden. Allerdings wird jetzt ein Erlös von mehr als 1 Mrd. Dollar erwartet. Von den Anteilen sollen rund ein Drittel an französische Interessenten und der Rest an ausländische Investoren gehen.

Maroder Staatsbetrieb

Mit der Kooperation Chrysler-Maserati will der Chairman des drittgrößten US-Autokonzerns auch dem Rivalen Ford zuvorkommen. Ford hatte nach den gescheiterten Verhandlungen über ein Zusammengehen mit Fiat die Produktionsgemeinschaft mit der einst ebenso berühmten Nobelmarke Alfa Romeo angestrebt, vor allem, um das Image der Massenprodukte aufzuwerten. Eine erste Bestandaufnahme machte allerdings Ford die ganze Problematik des maroden, total verschuldeten italienischen Staatsbetriebs deutlich.

Letzte Versuche, das Projekt zu retten, unternimmt in diesen Wochen eine Ford-Ingenieurgruppe, die sorgfältig untersucht, ob neben dem Alfa Sechszylinder-Sportmotor und einigen Spider-Entwürfen zumindest weitere brauchbare Entwicklungen einzubringen sind, die Fords Millionen-Investition rechtfertigen. Unabhängig von diesen Möglichkeiten erwartet Ford vor allem eine Belebung des Geschäfts im Sportwagenbereich mit Alfas Kreuz und Schlange im stilisierten Herz des Kühlergrills.

Kooperation ist weltweit zum Branchenschlagwort geworden. Zugleich Zauberformel, um aufwendige technische Programme zu verkleinern, Schutzwall um die alles erschlagende Kostenlawine zu bremsen und Rettungsanker für todkranke Firmen im Kampf ums Überleben. Alfa ist so ein Betrieb, der seit fünf Jahren auf *Staatskosten künstlich* beatmet wird und in Frankreich gilt das gleiche für Renault.

Kooperation, mit diesem Begriff wird technisch die gesamte Spannbreite möglicher Zusammenarbeit erfaßt. Entwicklungs- und Forschungsgemeinschaften, Austausch von wertvollem Know-how, Produktions-Zusammenlegung, gegenseitige Lieferung von Automobil-Einzelelementen.

Damit soll die Modellvielfalt auf dem internationalen Markt aber nicht abgebaut, wie es auf den ersten Blick den Anschein haben könnte, sondern garantiert werden. Einigen sich beispielsweise zwei Unternehmen partnerschaftlich darauf, für ihre unterschiedlichen Typen einen gemeinsamen Motor zu entwickeln, werden Millionen Kosten gespart. Ein gutes Beispiel dafür ist der Euro-Motor, eine Gemeinschaftsentwicklung von Volvo, Peugeot und Renault, die dann auch noch von Lancia übernommen wurde. Der Kunde hat keine Nachteile, weil die verschiedenen Fahrzeugtypen erhalten bleiben. Dasselbe gilt für den Austausch von Getrieben, Achsen, oder Sicherheitselementen (wie ABS oder die Anti-Schlupfregelung).

Der weltgrößte Autohersteller (GM) stellt zusammen mit Japans Nummer eins, Toyota, in Fremont, Kalifornien, einen Personenwagen her. Der amerikanische Konzern arbeitet darüber hinaus mit den japanischen Firmen Isuzu (38,6 Prozent Beteiligung) und Suzuki zusammen. Zwischen der GM-Division Cadillac und der italienischen Karosseriefirma Pininfarina wurde eine Zusammenarbeit perfekt gemacht und durch eine Jumbo-Luftbrücke ermöglicht.

Ford, die Nummer zwei in der Welt, hat mit Toyo Kogyo (Mazda) feste Absprachen getroffen. Die Japaner liefern Dieselmotoren und mit Getriebe verblockte Hinterachsen nach Detroit. Demnächst bekommt Mazda in Flat Rock (Michigan) eine eigene Produktionsstätte aus der Ford dann jährlich 100 000 Fahrzeuge bezieht.

Chrysler mit dem „Wunderheiler" Iacocca an der Spitze bezieht Motoren von VW und produziert ab 1988 180 000 Diamond-Star-Autos aus der gemeinsamen Produktionsstätte mit Mitsubishi.

VW besonders emsig

Volkswagen, Deutschlands Massenhersteller, schloß im Herbst 1983 ein vielbeachtetes Abkommen über die Montage des VW-Modells Santana in Japan. Das Seat-Unternehmen, mit dem ein Kooperationsvertrag bestand, wurde inzwischen ganz übernommen. Im vergangenen Jahr entstanden im spanischen Werk nahezu 100 000 Volkswagen. Wenn es um die Kooperation geht, sind die Wolfsburger besonders emsig. Nach dem Austauschvertrag mit der „DDR" (in Mitteldeutschland gefertigte Rumpfmotoren gegen fertige VW-Transporter) und dem Abkommen mit der Volksrepublik China, wo in Shanghai eine Gemeinschaftsproduktion verwirklicht wird, steht als nächstes der gemeinsame Bau von Automatikgetrieben mit Renault an. Die Arbeitsteilung sieht so aus, daß von beiden Partnern nur ganz bestimmte Baugruppen hergestellt werden.

Porsche ist nicht nur der Sportwagenhersteller Nummer eins in der Welt, sondern wird oft als das Automobilgehirn Europas bezeichnet. Es sind keine echten Verflechtungen und Kooperationen, die hier gepflegt werden, Porsche-Ingenieure entwickeln im Auftrag und gegen saftige Rechnungen alles technisch Machbare für jeden Kunden.

Ganz für sich leuchten eigentlich nur der schwäbische Stern und das bayerische Weiß-Blau am Autohimmel. Daimler-Benz und BMW sind bisher keine nennenswerten Kooperationen eingegangen, sieht man einmal von vorübergehender Zusammenarbeit im Geländewagenbereich mit Steyr-Puch ab. Obwohl wegen des technischen Glanzes ihrer Produkte in aller Welt umworben, wollen die beiden Unternehmen das auch in Zukunft so halten.

INFORMATIONSTECHNIK / Neue Leitlinien der GMD

Für „menschliche" Computer

A. G. **Bonn**

Auch nach dem Qualitätssprung in der Entwicklung und Anwendung der Informationstechnik, der in den 90er Jahren voll zum Tragen kommen dürfte, soll die Welt der Computer „menschlich" bleiben. Das betonte Vorstandsmitglied Friedrich Winkelhage von der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) gestern in Bonn. Dieser Sprung habe es unabdingbar gemacht, vier Prinzipien, denen informationstechnische Systeme langfristig gerecht zu werden haben, zur verbindlichen Arbeitsgrundlage zu erheben.

Dies sei nach mehrmonatigen intensiven Diskussionen geschehen und vom *Aufsichtsrat der Gesellschaft* gebilligt worden: Für die nächsten zehn Jahre seien diese Prinzipien – Anpaßbarkeit, Offenheit, Intelligenz und Gewährleistung – die Leitlinien für die Arbeit der rund 900 GMD-Mitarbeiter. Die Wissenschaftler arbeiteten daran, daß auch die weiterentwickelte Computerwelt menschengerecht bleibe, daß die informations- und kommunikationstechnischen Systeme vom Menschen beherrschbar bleiben und daß sie sich den Bedürfnissen ihrer Benutzer anpassen und unterordnen und nicht umgekehrt.

Anpaßbarkeit bedeute, daß sich die Systeme am Bedarf und den Gewohnheiten der Menschen ausrichten müssen, die mit ihnen umgehen sollen. Der nur gelegentliche Benutzer müsse den Computer ebenso schnell und erfolgreich einsetzen können wie der erfahrene Anwender. Offenheit heiße, daß Rechner und ihre Programme übertragbar und koppelbar sein müssen. Wer einen Computer der Firma X benutzt, muß also einen Drucker der Firma Y anschließen und ein Programm der Fima Z einsetzen können.

Intelligenz heißt, daß die Systeme den Weg zur Lösung der Aufgabe selbst finden. In Zusammenarbeit mit Ford Europa beispielsweise hat die GMD ein solches Expertensystem zur Fehlerdiagnose in automatischen Kfz-Getrieben entwickelt. Gewährleistung schließlich sei ein vorläufiger Sammelbegriff, der Korrektheit, Sicherheit, Kontrollierbarkeit, Immunität und Beherrschbarkeit einschließt.

ERICSSON / Stuttgarter Tochter EVP erfolgreich

Technologischer Volltreffer

nl. **Stuttgart**

Für den schwedischen Telekommunikations- und Informatik-Konzern Ericsson (rund 10 Milliarden DM Umsatz, über 70 000 Beschäftigte) hat sich die vor drei Jahren durchgezogene Übernahme der seinerzeit in Konkurs gegangenen Stuttgarter EDV-Firma David Computer, aus der die Ericsson Vertriebs-Partner GmbH (EVP), Stuttgart, entstand, offenbar als technologischer Volltreffer erwiesen.

Jedenfalls hat diese Stuttgarter Tochter der Düsseldorfer Ericsson Information Systems GmbH durch die nunmehr erfolgte Entscheidung der Stockholmer Konzernzentrale, das bei der EVP entwickelte „Eritron"-Computersystem künftig europaweit zu vermarkten, ein zusätzliches Gewicht im Konzernverbund erhalten.

Wesentlicher Bestandteil des Kommunikationskonzepts von Ericsson ist der „Eritron-Server", der von jedem Datenterminal aus die volle Integration von Text- und Datenverarbeitung sowie den Anschluß an öffentliche Datendienste und -netze bewerkstelligt.

Gerade auf diesem Gebiet böten sich nach Darstellung von Jens-Marten Lohse, Generalbevollmächtigter der EVP, große Wachstumschancen. Die inzwischen erreichte Marktstellung werde dadurch unterstrichen, daß von den hundert größten deutschen Unternehmen derzeit bereits 19 mit „Eritron"-Abteilungsrechnern arbeiteten.

Der Umsatz der Stuttgarter EVP (110 Beschäftigte), die mit etwa 25 als Systemhäuser auf die Bürokommunikation spezialisierte Vertriebspartnern (etwa 350 Mill. DM repräsentierter Gesamtumsatz) zusammenarbeitet, hat sich im vergangenen Jahr zu Werksabgabepreisen um 48 Prozent auf 38 (1984: 26) Mill. DM erhöht. Im laufenden Jahr wird eine Umsatzsteigerung von etwa 40 Prozent angestrebt. Die Düsseldorfer Ericsson Information Systems GmbH, in welcher der EVP-Umsatz aufgeht, setzte im vergangenen Jahr 211 (199) Mill. DM um.

NAMEN

Dr. Hans Günther Schönmann, Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank AG, München, vollendet am 20. Juni sein 65. Lebensjahr.

Dr. **Hans ten Cate** (40), Vorstandsmitglied der Amro Handelsbank AG, Köln, ist an die Stelle des in den Ruhestand getretenen Vorstandsvorsitzenden **Albrecht Müller** (63) getreten. Zum stellvertretenden Vorstandsmitglied wurde der Syndikus der Bank, Dr. **Harald Grossmann** (57), bestellt. Dr. **Johannes L. A. Weijts** (40) wurde Generalbevollmächtigter.

Helmut Ulke wurde zum 1. Juli als neues Vorstandsmitglied der Dornier GmbH, München/Friedrichshafen, bestellt und bleibt Geschäftsführer der Dornier System GmbH. Zum gleichen Termin wurden die Dornier-Vorstandsmitglieder **Fritz Mader** und **Klaus Neuhaus** in die Geschäftsführung der Dornier Reparaturwerft, Oberpfaffenhofen, berufen.

Prof. Dr. **Heinz Harnisch** (59), seit September 1985 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Hoechst AG, übernimmt im Juni 1986 die Verantwortung für die Forschung im Vorstand. Er ist Nachfolger von Prof. Dr. Dr. **Klaus Weissermel** (64), der dann in den Ruhestand geht.

Manfred Nussbaumer wurde zum 1. Juli und Rechtsanwalt **Paul A. van Aaken** zum 1. August zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Ed. Züblin AG, Stuttgart, bestellt. Das bisherige Vorstandsmitglied **Erhard Lenz** scheidet nach Erreichen der Altersgrenze am 31. Juli aus dem Vorstand aus.

Herbert Karrenberg, bisher Geschäftsführer der Horten Reisebüro GmbH, tritt im Frühjahr 1987 in die Geschäftsleitung von Seetours International ein.

Erhard Leibing, Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, wurde zum neuen Staatskommissar bei der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart bestellt. Sein Stellvertreter ist Ministerialrat **Eugen Binder**, Leiter des Referats Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsprüfungswesen im Ministerium.

Luc Vandevelde, zuvor als Vice-President Business Development in der Europa-Zentrale von Kraft in Lausanne tätig, wurde zum Geschäftsführer Administration und Finanzen der Kraft GmbH, Lindenberg/Allgäu, bestellt.

Horst Peter Heldt (49), Direktor für den Gesamtverkauf der Veba Öl AG, Gelsenkirchen, und Generalbevollmächtigter der Raab Karcher AG, Essen, übernimmt zum 1. Juli 1986 den Vorsitz der Geschäftsführung der Saba GmbH, Villingen.

Rafi nimmt Schwung für Btx

nl. **Stuttgart**

Nur über viele Anschlüsse und eine breite Verwendung wird hierzulande Bildschirmtext (Btx) hoffähig. Entsprechend dieser allgemeinen Erkenntnis bringt die Rafi GmbH & Co., Ravensburg, sowohl Btx-Adapter für Personalcomputer als auch Decodertastaturen zu einem Preis von knapp unter 1000 DM auf den Markt, womit das bisher in der Branche übliche Preisniveau deutlich unterboten wird. Das Unternehmen, das sich als voll beschäftigt bezeichnet, visiert im laufenden Geschäftsjahr 1986 eine Steigerung des Umsatzes auf 125 Mill. DM an.

Im vergangenen Jahr war der Umsatz um etwa zehn Prozent auf 117 Mill. DM angewachsen. Mit seinem breitbandigen Erzeugnisspektrum auf dem Gebiet elektrotechnischer und elektronischer Komponenten *kommt das Familienunternehmen* nach Angaben von Geschäftsführer Josef Pfeffer auf einen Exportanteil von knapp 30 Prozent. Das Betriebsergebnis habe sich „ordentlich" entwickelt, insgesamt schreibe man schwarze Zahlen. Rafi beschäftigt rund 1100 Mitarbeiter. Die Unternehmensgruppe, zu der noch drei Beteiligungsgesellschaften gehören, setzt rund 150 Mill. DM um.

FABER-CASTELL / Der technische Zeichenbedarf gewinnt weiter an Bedeutung

Der Bleistift behauptet seinen Platz

DANKWARD SEITZ, **München**

Bei aller fortschreitenden Automatisierung im Büro: Es wird immer geschrieben werden müssen. Und auch der Bildschirm wird die Schreibstifte, unter denen der „alte" Bleistift nach wie vor einen festen Platz innehat, nicht ablösen können. Diese Gewißheit und noch vielfältige Möglichkeiten, durch weitere Spezialisierungen unter Ausnutzung des vorhandenen Know-hows neue Märkte zu erschließen, geben dem Familienunternehmen A. W. Faber-Castell GmbH & Co., Stein bei Nürnberg, das international zu den führenden Schreib- und Zeichengeräte-Herstellern zählt und das in diesen Wochen 225 Jahre alt wird, die Zuversicht auf weiterhin überdurchschnittliche Wachstumschancen.

Und es sind weniger die Entwicklungsländer, auf die der Vorsitzende der Geschäftsführung Anton Wolfgang Graf von Faber-Castell setzt, als vielmehr Europa, die USA und Japan. Denn zum einen steigt hier durch die zunehmende Freizeit der Bedarf an Farbstiften im Hobby- und Künstlerbereich. Immer stärkeres Gewicht gewinnen da auch der technische Zeichenbedarf bis hin zu Plotterstiften, Flüssigschreibgeräten und Zeichenstiften für professionelle Designer und Techniker. Und noch einiges verspricht sich Faber-Castell von der 1978 gestarteten Produktion von Kosmetikstiften (Augenbrauen, Lidschatten) für international bedeutende Konzerne.

Als „sehr erfreulich" bezeichnete Graf von Faber-Castell das Geschäftsjahr 1985 der Gruppe. Einschließlich der beiden Beteiligungsgesellschaften in den USA (26 Prozent) und Argentinien (36 Prozent) stieg der Weltumsatz um über 16 Prozent auf 640 (550) Mill. DM. In etwa der gleichen Größenordnung nahm der konsolidierte Gruppenumsatz auf 325 (281) Mill. DM zu. Auf das Stammhaus mit seinen beiden Werken in Stein und Geroldsgrün entfielen davon etwa 140 Mill. DM, die zu rund zwei Dritteln im Exportgeschäft erzielt werden. Eine beachtliche Größenordnung hat inzwischen auch das Werk Brasilien, das 1985 seinen Umsatz um 20 Prozent auf 130 Mill. DM steigern konnte und damit die größte der zwölf Auslandstöchter ist. Weltweit werden 3500 Mitarbeiter beschäftigt: in der Bundesrepublik etwa 1000.

Insgesamt vertreibt Faber-Castell über den Fachhandel in der Bundesrepublik den Angaben zufolge rund 1500 Produkte. Mit der Zweitmarke „Spektrum" (etwa 100 Produkte) wird der SB-Handel bedient, der inzwischen fast 14 Prozent zum Stammhaus-Umsatz beiträgt. Alles in allem steuerten 1985 der technische Zeichenbedarf etwa 30 Prozent und Holzstifte 25 Prozent zum Umsatz des Stammhauses bei. Der Anteil des Kosmetikbereichs beträgt 15 Prozent.

Das Ergebnis des abgelaufenen Jahres bezeichnete Graf von Faber-Castell als „sehr erfreulich". Man habe „solide schwarze Zahlen" geschrieben und hoffe, dies trotz eines schwächeren US-Dollars 1986 halten zu können. Die Dividendenausschüttung sei aber wie in den vergangenen Jahren „äußerst bescheiden" gewesen. Am Kommanditkapital von 24 Mill. DM ist Graf von Faber-Castell mit 66 Prozent beteiligt, den Rest halten seine neun Geschwister, die vertraglich gebunden seien, ihre Anteile bis 1992 nicht an Außenstehende zu veräußern. Nicht zur Diskussion stehe derzeit der Gang an die Börse, was aber „für eine ferne Zukunft" nicht auszuschließen sei.

BANKHAUS KARL SCHMIDT / Ertragslage stabil

Anstieg der Kundeneinlagen

sz. München

Keine gravierenden Veränderungen in der Geschäftsentwicklung 1986 erwartet das Privatbankhaus Karl Schmidt, Hof, nachdem sich schon für die ersten vier Monate eine „kontinuierliche Fortsetzung" des Vorjahres ergeben hat. Sowohl die Spareinlagen als auch das um zwei Prozent gestiegene Kreditvolumen sind weiter verhalten gewachsen. Und da die Zinsspanne sich nicht weiter zurückgebildet hat, ist auch der Ertrag nach Angaben von Mitinhaber Karl Gerhard Schmidt stabil geblieben.

Auf ein weiterhin recht beachtliches Wachstum kann dabei die Schmidt-Bank, mit ihren 95 Filialen zweitgrößte Privatbank in Bayern, im Geschäftsjahr 1985 zurückblicken. Mit einer Steigerung um 12,8 (neun) Prozent auf 2,502 Mrd. DM überstieg die Bilanzsumme erstmals die 2,5-Mrd.-DM-Marke. In Anbetracht der hohen regionalen Arbeitslosigkeit trug erstaunlicherweise der Zuwachs der Kundeneinlagen, die um 12,3 Prozent auf 2,02 Mrd. DM stiegen, maßgeblich zum Wachstum bei. Daß die Spareinlagen dabei „nur" um 4,4 Prozent auf 1,24 Mrd. DM zunahmen, die Termingelder aber um 47,8 Prozent auf 481 Mill. DM, deutet nach Ansicht von Schmidt darauf hin, daß diese Mittel lediglich „geparkt" sind.

Auf der anderen Seite führte die allgemeine Stimmungsbesserung in der mittelständischen Wirtschaft zu einem Anstieg des Kreditvolumens um 7,5 Prozent auf 1,45 Mrd. DM. Die langfristigen Forderungen erhöhten sich dabei mit plus elf Prozent auf 380 Mill. DM wesentlich stärker als die kurzfristigen mit plus 6,9 Prozent auf 1,06 Mrd. DM. Die Bestände an festverzinslichen Wertpapieren wurden nochmals um 17,8 Prozent auf 472 Mill. DM aufgestockt.

Obwohl die Zinsspanne (über drei Prozent) leicht gesunken ist, bezeichnete Schmidt die Ertragslage „etwas besser als im Jahr zuvor". Auch das Betriebsergebnis sei leicht gestiegen. Den Anteil der Provisionserträge am Gesamtgewinn bezifferte er auf 15 bis 20 Prozent. Das Kapitalkonto der Bank konnte erneut um 6,4 (6) Mill. DM auf 100,2 Mill. DM erhöht werden.

HAMBURGER GUMMI-WAAREN / Kleinerer Gewinn

Mitarbeiter stundeten Lohn

JB. Hamburg

Die New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG (NYH) ist auch 1985 in den schwarzen Zahlen geblieben. Die Gesellschaft, die eine Phase erheblicher Umstrukturierungsprobleme hinter sich hat, weist im Geschäftsbericht einen Jahresüberschuß von 0,75 Mill. DM aus. Der Verlustvortrag reduziert sich dadurch auf 0,9 Mill. DM. Gegenüber 1984 ist der Gewinn um fast 30 Prozent zurückgegangen und außerdem durch eine Änderung der Abschreibungsmethode um 0,67 Mill. DM überhöht.

Gespeist wurde der Gewinn vor allem von der Tochtergesellschaft Otto Littmann Maschinenfabrik-Präzisionsmechanik GmbH, die 0,67 Mill. DM an die Muttergesellschaft abführte. Auch die 570 Mitarbeiter haben nochmals dazu beigetragen, das Ergebnis positiv zu gestalten. Ihre freiwillige Lohn- und Gehaltsstundung in Höhe von 4,5 Prozent des steuerlichen Bruttoverdienstes zugunsten der Gesellschaft ist am 31. Dezember 1985 beendet worden. Einschließlich Zinsen beträgt der aufgelaufene Stundungsbetrag 2,8 Mill. DM, dessen Rückzahlung im März 1986 begonnen hat.

Der Umsatz der NYH blieb mit 64,8 Mill. DM unverändert. Rückgänge gab es bei Kämmen, leichte Zuwächse in den Bereichen Elastomere und Thermoplaste. In die Sparte Elastomere ist der größte Teil der Investitionen von 4,2 Mill. DM geflossen mit dem Ziel, Qualität und Produktivität zu erhöhen. Bei der Finanzierung hat der Stadtstaat Hamburg geholfen.

Zur Entwicklung in diesem Jahr heißt es, daß der Umsatz nur leicht über dem des Vorjahres liege. Es werde erheblicher Anstrengungen bedürfen, um eine angemessene Zuwachsrate über das ganze Jahr zu erreichen. Die in den letzten zwei Jahren durchgeführten Investitionen hätten aber die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens verbessert. Auf Dividende werden die Aktionäre allerdings noch länger warten müssen. An 6 Mill. DM Grundkapital sind die Elektrische Licht- und Kraftwerke AG, Frankfurt, mit Mehrheit und eine Schweizer Treuhandgesellschaft beteiligt.

IM BLICKPUNKT / Kommunikation ist für MG-Chef Dietrich Natus wichtiges Instrument

Von der Pike auf im Unternehmen

Annähernd 15 Milliarden Mark Weltumsatz, die Verantwortung für gut 21 000 Mitarbeiter und ein überaus breit gefächertes Betätigungsfeld – für den Mann an der Spitze der Frankfurter Metallgesellschaft AG (MG), den Diplom-Physiker Dr. Dietrich Natus, bereitet die Verknüpfung keine Schwierigkeiten: Brücke bleibt die Beschäftigung mit Rohstoffen auf allen Ebenen und Stufen. Die damit zu erreichende Sicherung der Rohstoffversorgung der deutschen Industrie (und natürlich der Metallgesellschaft) stand schon für Gründervater Wilhelm Merton im Vordergrund. Bereits er verknüpfte aber auch schon den Metallhandel mit der Metallurgischen Gesellschaft (heute Lurgi) als Sammelbecken für Metall-Know-how.

Die Vielfalt ist historisch gewachsen und hat heute noch Bestand, auch wenn Dietrich Natus betont, daß in den letzten Jahren laufend Bereinigungen in der Konzernstruktur durch Ver- und Zukauf stattgefunden haben. Verbindende Elemente im Konzern sind und bleiben die industrielle, technologische und handelsmäßige Bearbeitung aller Weltmärkte mit eigenständigem Know-how, mit Anwendungstechnik und mit intensiver Kundenberatung.

Die breite Basis mit den Geschäftsbereichen Handel, Verarbeitung, Anlagenbau, Chemie und Transport, dazu eine Zentrale mit eigener Bank – das macht in Natus' Augen Sinn: „Die Metallgesellschaft ist heute ein Konzern mit vielfältigen Tätigkeitsgebieten, die sehr unterschiedlichen Konjunkturzyklen unterliegen und gemeinsam eine starke Ausgleichskraft entwickeln."

Natus, 1926 im oberschlesischen Beuthen geboren, kennt diesen Konzern von der Pike auf. Nach Schule und Wehrdienst sowie einem Jahr als Arbeiter in einem thüringischen Kunstfaserwerk folgten Studium der Physik in Jena und Promotion zum Dr. rer. nat. an der Technischen Hochschule Dresden. Schon damals verknüpfte Natus Theorie und Arbeitspraxis im Kunstfaserwerk Schwarza. Diese Fähigkeit blieb auch bei der Lurgi Mineralöltechnik GmbH, seit 1963 zweite berufliche Station im Westen, seine Stärke und führte ihn 1974 als Sprecher der Hauptgeschäftsführung der Lurgi Gesellschaften in den Vorstand der Muttergesellschaft. Den Vorstandsvorsitz der Metallgesellschaft AG übernahm er 1984 als Nachfolger von Karl Gustaf Ratjen.

Die nach außen völlig gradlinige Karriere hat sich Natus nach Einschätzung von Mitarbeitern hart erarbeitet. Daß er dabei immer fair blieb, verrät seine Beliebtheit im Hause der MG. Dies und die ausgeprägte Bereitschaft zur Kommunikation prägen auch den Umgang im achtköpfigen MG-Vorstand, der sich alle 14 Tage „offiziell" zur Sitzung trifft, aber, so Natus – „wir rennen zwischendurch von Tür zu Tür und reden miteinander". Kommunikation ist für Natus ein entscheidend wichtiger Faktor bei der Unternehmensführung: die Arbeit mit Menschen, die Fähigkeit, zu Qualität zu motivieren und zu führen, ohne in die unmittelbare Tages-



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

arbeit der Unternehmensbereiche direkt einzugreifen. Kommunikation steht für ihn auch in der Präsenz für Kunden ganz vorn in der Rangliste der Prioritäten.

Als „hilfreich" wertet Natus seine innere Verbindung zum Unternehmen: Er will nicht Fachmann für alles sein, ist aber überzeugt, daß es notwendig ist, Atmosphäre und Struktur eines Unternehmens zu kennen, will man erfolgreich führen. Und diese Strukturen lernt man eben am besten kennen (und begreifen), wenn man im Hause selbst gearbeitet hat. Damit knüpft Natus übrigens an eine lange Tradition der Metallgesellschaft an, die sich ihre Vorstandsvorsitzenden immer mit einer „internen" Lösung geholt hat.

Am grundsätzlichen „Unternehmensklima" dürfte sich mit dem jetzigen Vorstandsvorsitzenden nichts geändert haben, der Stil aber wird doch ein wenig anders geworden sein. Der kühle Pragmatiker Natus hört sehr genau zu, geht den Dingen auf den Grund und tut dann das Nötige, was er kurz nach seinem Amtsantritt bereits mit schnellen Schnitten bei dem damaligen negativen Dauerbrenner VDM unter Beweis stellte. Natus kennzeichnet sich selbst als sehr systematisch in der Vorbereitung und Abwicklung der Arbeit – „gute Vorbereitung ist schon die halbe Erledigung". Daß er – außer zum Lesen – auch zum „konzeptionellen Denken" das Wochenende bevorzugt, dürfte bei seiner Frau nicht immer auf Gegenliebe, aber jederzeit auf Verständnis stoßen. Für Natus ist eingestandenermaßen die Familie die „absolute Basis", der Ruhepol, ohne den seine Entwicklung bis an die Spitze der Metallgesellschaft nicht möglich gewesen wäre.

Natus versteht es freilich als Systematiker, seine Zeit einzuteilen und sich auch nicht von gesellschaftlichen Verpflichtungen „auffressen" zu lassen, obwohl er auch da Flagge zeigt. Das sollten seiner Einschätzung nach übrigens Unternehmen grundsätzlich auch im politischen Raum tun. „Die MG fördert politische Aktivitäten ihrer Mitarbeiter," betont Natus und nennt als Beispiel Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, einst bei einer MG-Tochter tätig. Eine Doppelfunktion für den Mann an der Spitze schließt der MG-Chef aber aus: Für ihn hat die Priorität ganz eindeutig das Unternehmen.

Und das will Natus erklärtermaßen wieder nachhaltig in ertragreichere Zeiten führen. Nachdem für das Geschäftsjahr 1984/85 nach dreijähriger Pause die Dividendenzahlung wieder aufgenommen wurde, wird für dieses Jahr ein höherer Satz angepeilt. Weiter auf Wachstumskurs getrimmt werden soll die MG mit einem ehrgeizigen rund 500 Mill.-DM-Investitionsprogramm. Daß Natus dabei auch gezielt die internationalen Organisationen speziell im Handel und bei anderen Dienstleistungen ausbauen will, zeugt von der Fähigkeit des Naturwissenschaftlers zum integralen Denken. Sorge um tüchtige Mitarbeiter macht sich Natus dabei nicht. „Wir bekommen die Qualität beim Nachwuchs, die wir brauchen", lobt er die „heutige kritische Jugend".

INGE ADHAM

KRUPP-HV / Cromme neuer Vorstandsvorsitzender

Debatte um Gödde-Rücktritt

ERWIN SCHNEIDER, Bochum

Nicht mehr ganz so einvernehmlich, wie es noch in gemeinsamen Erklärungen im März und auch im Bericht des Aufsichtsrats vom April hieß, scheint die Trennung zwischen der Krupp Stahl AG, Bochum, und ihrem gestern nach Ablauf der Hauptversammlung ausgeschiedenen Vorstandsvorsitzenden Alfons Gödde und des Aufsichtsratsmitglieds Werner Resch, der sein Mandat im März niedergelegt hatte, über die Bühne zu gehen. Der Vorschlag von Aufsichtsrat und Verwaltung, beiden die Entlastung bis zur HV im nächsten Jahr zu verweigern, wurde von den Aktionären (Präsenz 96,81 Prozent des Grundkapitals von 573 Mill. DM) zu 100 Prozent angenommen.

In seiner Erklärung betonte der Aufsichtsratsvorsitzende Wilhelm Scheider, zugleich Vorstandsvorsitzender des Krupp Stahl Großaktionärs (70,4 Prozent), der Friedrich Krupp GmbH, Essen, zwar, daß der „gegenwärtige Wissensstand es nicht erlaube, eine abschließende verantwortungsbewußte Beurteilung vorzunehmen". Doch welche Dimension die laufenden „umfassenden Untersuchungen" annehmen könnten, zeigt sich darin, daß in der vergangenen Woche der Vertrag des Krupp Stahl Direktors für den Rohstoffeinkauf „mit sofortiger Wirkung in beiderseitigem Vernehmen" aufgelöst wurde. Für diesen Bereich zeichnete im Vorstand Gödde verantwortlich.

Die Trennung von Gödde wurde durch dessen Geschäftsverflechtungen mit dem Stahlfachmann Resch, der – wie es in Branchenkreisen heißt – mit mehreren Unternehmen einen Umsatz in dreistelliger Millionenhöhe erzielt, ausgelöst. Dabei ging es um eine Essener Firma, die Armaturen produziert. Die Anteile von Resch und Gödde sollen dem Vernehmen nach bei 75 und 25 Prozent liegen. „Obgleich diese Gesellschaft in keinerlei Geschäftsbeziehungen zur Krupp Stahl AG gestanden hat, war der Aufsichtsrat der Krupp Stahl AG der Ansicht, daß gemeinsame geschäftliche Interessen eines Vorstandsmitgliedes und eines Aufsichtsratsmitgliedes im privaten Bereich sich nicht mit den Aufgaben und Pflichten als Organ unserer Gesellschaft vertragen", erklärte Scheider vor der Hauptversammlung.

Dies sei der Anlaß zur Trennung gewesen. Doch nach der letzten Aufsichtsratssitzung seien dann neue Vorwürfe aufgekommen. Scheider und die Aktionäre waren sich darüber einig, daß man über diese nicht diskutieren wolle, weil sie ein schwebendes Verfahren beträfen. Geprüft werden derzeit „geschäftliche Kontakte von Krupp Stahl insbesondere zu der Entsorgungsfirma Rheinform", erklärte Scheider noch.

Das Unternehmen befaßt sich mit der Entsorgung und dem Recycling von Stahlwerksstäuben. Dabei soll die Rheinform, die sich in wirtschaftlich kritischer Situation befindet, auf Veranlassung von Gödde und Resch durch Krupp Stahl finanziell gestützt worden sein.

Scheider konnte den Aktionären in der Hauptversammlung zwar noch nicht den Gödde-Nachfolger benennen, aber der anschließend tagende Aufsichtsrat bestellte dann den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Saint-Gobain-Tochter Vegla Vereinigte Glaswerke GmbH, Aachen, Gerhard Cromme, zum Vorstandsvorsitzenden. Cromme war 15 Jahre in der Saint-Gobain-Gruppe tätig.

In der ansonsten kurzen und ruhigen Versammlung mit nur drei Wortmeldungen konzentrierte sich die Kritik der Kleinaktionärsvertreter darauf, daß das Ergebnis völlig unzureichend gewesen sei und daß nach elf dividendenlosen Jahren eine Ausschüttung bald fällig sein müßte.

Für den Vorstand betonte Günter Fleckenstein, der für Finanzen zuständig ist, daß man in zwei Jahren den Verlustvortrag von noch 215 (266) Mill. DM tilgen wolle. Die Dividendenfähigkeit hänge von entsprechenden Erträgen ab. Im Rechenschaftsbericht hatte Fleckenstein das letzte Geschäftsjahr als erfreulich bezeichnet. Die Aufwärtstendenz halte auch 1986 an.

Aktienmarkt wartet auf neue Impulse

Verkaufswelle ließ Gewinne deutlich zusammenschmelzen

DW. – Ohne Durchhaltevermögen zeigte sich der Aktienmarkt am Mittwoch. Die Kurse begannen überwiegend leichter, teilweise sogar schwächer. Eine zwischenzeitliche Erholungstendenz litt jedoch unter Abgaben von Seiten der Börsenkulisse und konnte sich letztlich nicht durchsetzen. Nachdem die niedersächsische Landtagswahl verarbeitet ist, wartet der Markt zunächst einmal auf neue positive Impulse. Unter der zum Schluß hin insgesamt klar schwächeren Tendenz litten vor allem Bankaktien.

Das Ausbleiben entscheidender Anregungen hinsichtlich einer neuerlichen Zinssenkung in absehbarer Zeit führte zu verstärkten Verkäufen, wobei es unter Führung von Deutsche Bank zu durchschnittlich dreiprozentigen Abschlägen kam. Erhebliche Verluste waren auch bei Daimler zu beobachten, die über den Gewinn am Montag hinaus noch deutlich verloren und so lediglich in der Nähe der 1400-DM-Marke schlossen. Hier scheinen weiterhin Abgaben aus den Reihen nahöstlicher Aktionäre eine Rolle zu spielen. Ansonsten lagen Automobilwerte recht gut im Markt, BMW konnten sogar zulegen. Großchemiewerte und Elektropapiere zogen nach eher stabilerer Eröffnung der allgemeinen Tendenz nach und schwächten im Verlaufe deutlich ab. Stromversorger und Maschinenbauer paßten sich ebenfalls dem Gesamttrend an.

Frankfurt: Kali Chemie befestigten sich um 21 DM, DLW gewannen 6 DM und Hutschenreuther 15 DM. Pfaff verloren 28 DM, Rosenthal und Rheinmetall verloren jeweils 20 DM. Degussa verminderten sich um 15 DM.

Düsseldorf: Concordia sanken um 5 DM, DAB verminderten sich um 4,80 DM und Hagen gaben um 7 DM nach. Dyckerhoff St. erhöhten sich um 7 DM, Leffers verbesserten sich um 15 DM und Nino um 2 DM.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 2 DM nach. HEW wurden mit plus 1 DM und Haller Meurer mit plus 3 DM gehandelt. Schwächer verkehrten Phoenix Gummi mit minus 9 DM. Bavaria wurden um 5 DM zurückgenommen.

Berlin: Kempinski verbesserten sich um 24 DM und DUB-Schultheiss um 10 DM. Herlitz St. zogen um 4 DM an. Berliner Bank büßten 10 DM ein, Berliner Elektro fielen um 9 DM und Bergmann um 1 DM.

München: Aigner gaben 3 DM ab. Agrob Vz. sanken um 5 DM und Audi verloren ebenfalls 5 DM. Electro 2000 konnten sich um 4 DM verbessern, Escada befestigten sich um 5 DM und Gehe um 3 DM.

Stuttgart: DLW waren um 7 DM anziehend, Gehe machten 3 DM gut und Württemberg. Feuerversicherung waren um 15 DM befestigt. Hohner gaben um 7,50 DM nach und Daimler verloren sogar 54 DM.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 285,29 (289,14)
WELT-Umsatzindex: 4377 (7519)
Advance-Decline-Zahl: 74 (140)
38-Tage-Linie: 284,63 (285,42)
200-Tage-Linie: 264,81 (264,37)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze



Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Sydney

Oslo

Tokio

Wien

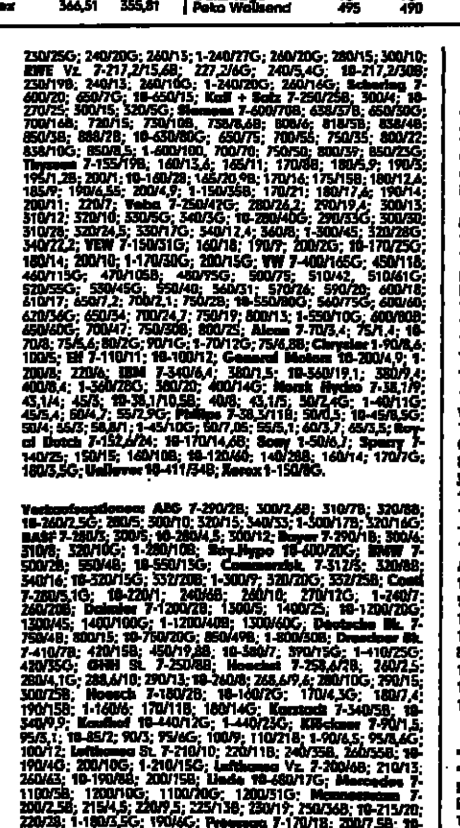
Toronto

Zürich

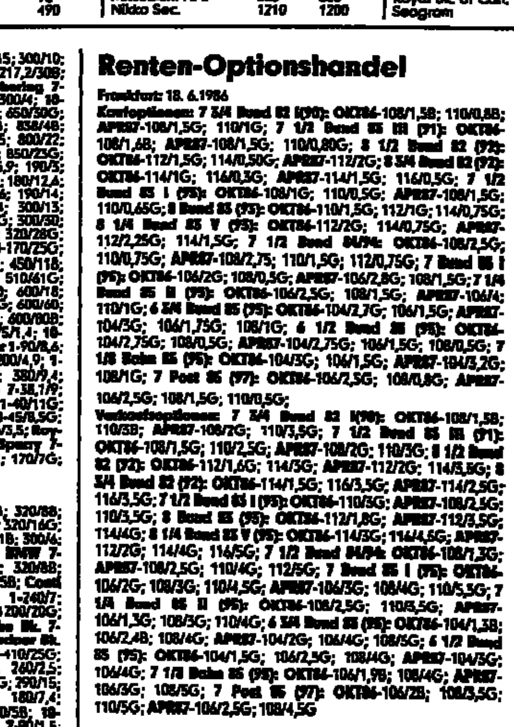
Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel



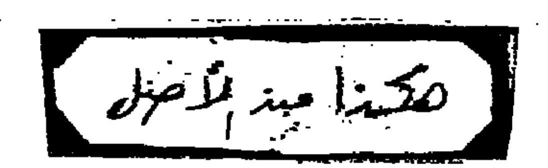
Renten-Optionshandel



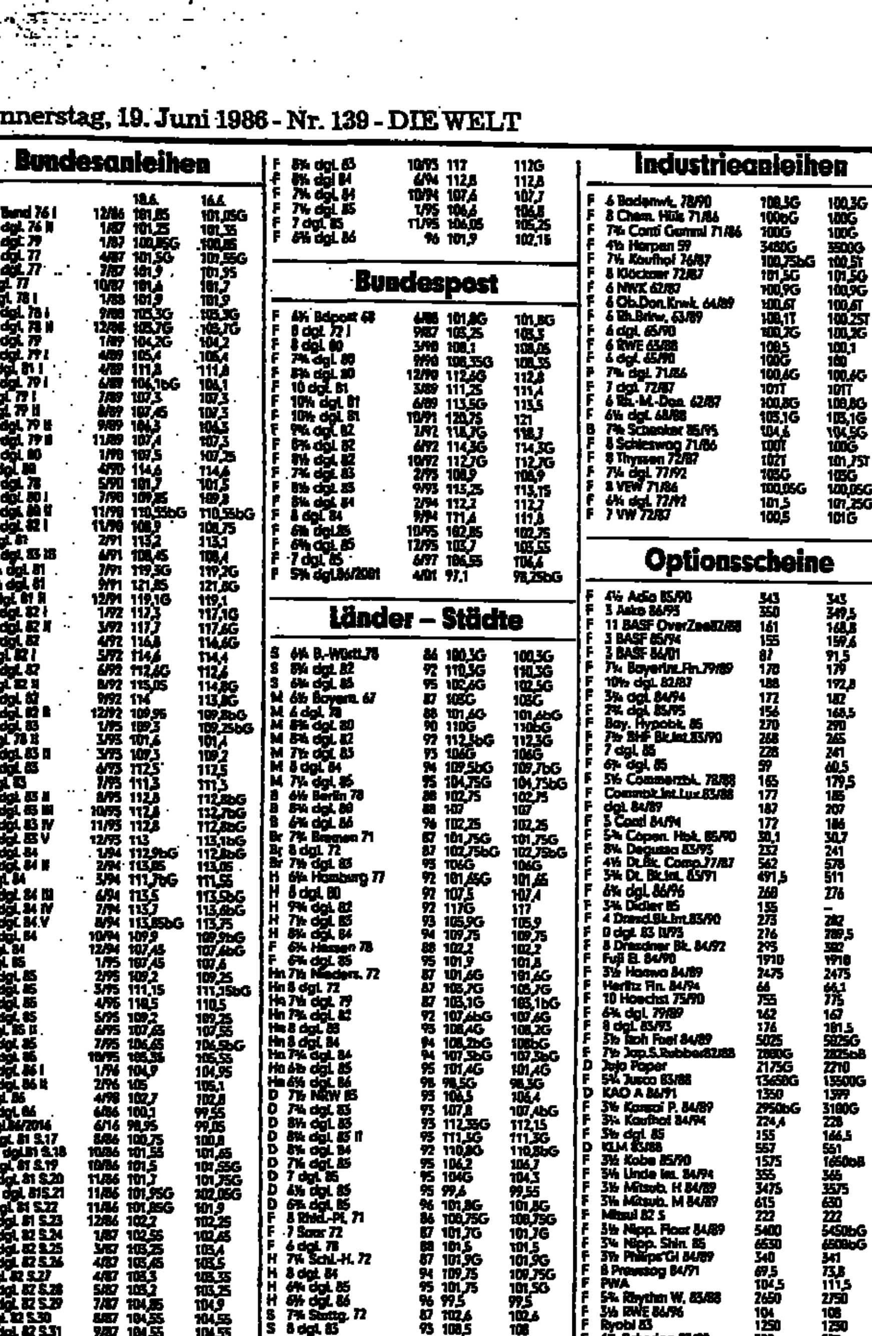
Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Junge Aktien



Bundesanleihen



Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Rentenmarkt uneinheitlich

Bei ruhigem Geschäft präsentierten sich die bundesdeutschen Rentenmärkte zur Wochenmitte uneinheitlich. Die privaten Anleger warten ebenso wie institutionelle Investoren auf durchschlagende Impulse, die eine neue internationale Zinssenkungsrunde einleiten könnten. Weder die freundliche Tendenz der US-Anleihemärkte noch die über die französischen Landesgrenzen hinaus kaum Bedeutsamkeit gewinnende Senkung des Interventionssatzes der französischen Notenbank, vergleichbar dem bundesdeutschen Diskontsatz, konnten in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen.

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	18.6.	16.6.
8 Afr. Entwlcbk. 79/87	107T	102
10 dgl. 82/89	109,75G	109,75G
8 dgl. 84/91	105,25	105,25T
9 Air Canada 82/92	109,75	110,75
7¼ dgl. 83/93	105,4T	105,4
9½ Akzo 82/89	104,5	106
7½ Allied Chem. 84/94	103	102,6
8¼ AMCA Ltd. 85/91	103G	103,5
8¼ A.N.A.S. 83/88	105,25T	105,25T
8½ dgl. 84/91	106,25	106,5
5½ Am. Express 79/87	100bG	100,2G

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1986/87

Pharmazie
1. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Freiburg
2 Braunschweig	Münster
3 Braunschweig	München
4 Braunschweig	Tübingen
5 Braunschweig	Würzburg
6 FU Berlin	Bonn
7 FU Berlin	Düsseldorf
8 FU Berlin	Frankfurt
9 FU Berlin	Freiburg
10 FU Berlin	Heidelberg
11 FU Berlin	Münster
12 FU Berlin	München
13 FU Berlin	Mainz
14 FU Berlin	Saarbrücken
15 FU Berlin	Tübingen
16 Frankfurt	Heidelberg
17 Frankfurt	Tübingen
18 Freiburg	Heidelberg
19 Kiel	Bonn
20 Kiel	Düsseldorf
21 Kiel	Frankfurt
22 Kiel	Marburg
23 Kiel	Mainz
24 Marburg	Bonn
25 Marburg	Düsseldorf
26 Marburg	Freiburg
27 Marburg	Heidelberg
28 Marburg	Hamburg
29 Marburg	Münster
30 Marburg	München
31 Marburg	Tübingen

Pharmazie
2. Semester

von	nach
1 Braunschweig	FU Berlin
2 Braunschweig	Hamburg
3 Braunschwei	Münster
4 FU Berlin	Bonn
5 FU Berlin	Düsseldorf
6 FU Berlin	Freiburg
7 FU Berlin	Heidelberg
8 FU Berlin	Hamburg
9 FU Berin	Münster
10 FU Berlin	Mainz
11 FU Berlin	Würzburg
12 Frankfurt	Heidelberg
13 Marburg	Bonn
14 Marburg	Düsseldorf
15 Marburg	Münster
16 Regensburg	Freiburg
17 Regensburg	Heidelberg
18 Regensburg	Münster
19 Tübingen	Heidelberg

Pharmazie
3. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Hamburg
2 Düsseldorf	Frankfurt
3 Frankfurt	Heidelberg
4 Frankfurt	Mainz
5 Mainz	München

Pharmazie
4. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Frankfurt
1 Braunschweig	Heidelberg
3 Braunschweig	Mainz
4 FU Berlin	Bonn
5 FU Berlin	Hamburg
6 FU Berlin	Münster
7 Düsseldorf	Münster
8 Freiburg	Bonn
9 Freiburg	FU Berlin
10 Freiburg	Frankfurt
11 Freiburg	Heidelberg
12 Freiburg	Mainz
13 Freiburg	Tübingen

Biologie
2. Semester

von	nach
1 Bochum	Bonn
2 Bochum	Hannover
3 Bochum	Hamburg
4 Bochum	Köln
5 Bochum	Kiel
6 Bochum	Münster
7 Bayreuth	Würzburg
8 Gießen	FU Berlin
9 Marburg	FU Berlin
10 Münster	FU Berlin
11 Münster	Hamburg
12 München	Hamburg
13 Mainz	Frankfurt
14 GHS Oldenburg	Marburg
15 Regensburg	München
16 Stuttgart	Hannover
17 Tübingen	Berlin
18 Würzburg	Freiburg
19 Würzburg	Freiburg
20 Würzburg	Tübingen

Biologie
4. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Freiburg
2 Erlangen	Heidelberg
3 Erlangen	Köln
4 Göttingen	Kiel
5 Göttingen	Konstanz
6 GHS Oldenburg	FU Berlin
7 GHS Oldenburg	Freiburg
8 GHS Oldenburg	Göttingen
9 GHS Oldenburg	Heidelberg
10 GHS Oldenburg	Uni Hamb.
11 GHS Oldenburg	Kiel
12 Ulm	Stuttg.-Hohenheim

Zahnmedizin
1. Semester

von	nach
1 FU Berlin	RWTH Aachen
2 FU Berlin	Bonn
3 FU Berlin	Göttingen
4 FU Berlin	Hamburg
5 FU Berlin	Marburg
6 FU Berlin	Münster
7 FU Berlin	München
8 Erlangen	Düsseldorf
9 Erlangen	Freiburg
10 Erlangen	Göttingen
11 Erlangen	Heidelberg
12 Erlangen	Münster
13 Erlangen	Ulm
14 Heidelberg	Bonn
15 Köln	Bonn
16 Kiel	RWTH Aachen
17 Mainz	Bonn
18 Mainz	Marburg
19 Regensburg	Ulm
20 Ulm	RWTH Aachen
21 Ulm	Bonn
22 Ulm	Düsseldorf
23 Ulm	Frankfurt
24 Ulm	Gießen
25 Ulm	Marburg
26 Würzburg	München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1986

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Bruchteilige Gewinne bei Silber. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Durchweg höher wurde Kaffee bewertet; etwas fester notierte Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	17.6.	16.6.
Juli	243,00	243,25
Sept.	243,50	243,00
Dez.	251,75	251,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	240,98	243,53
Am. Durum	238,76	241,31

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Juli	102,20	105,10
Okt.	108,00	108,00
Dez.	109,00	109,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Juli	83,80	84,00
Okt.	78,70	79,00
Dez.	78,20	78,40

HAFER Chicago (c/bush)		
Juli	104,00	101,00
Sept.	105,00	102,00
Dez.	113,00	110,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Juli	231,50	229,75
Sept.	197,25	196,00
Dez.	191,00	189,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Juli	100,00	102,20
Okt.	87,80	87,80
Dez.	87,70	87,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	17.6.	16.6.
Juli	180,00	177,00
Sept.	183,00	179,75
Dez.	186,50	185,31

KAKAO New York ($/t)	17.6.	16.6.
Juli	1707	1700
Sept.	1771	1755
Dez.	1838	1850
Umsatz	4121	7011

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Juli	6,31	6,34
Sept.	6,50	6,50
Okt.	6,79	6,81
Jan.	6,94	6,90
März	7,35	7,32
Umsatz	11111	13815

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,15	6,29

KAFFEE London (£/t) Robusta	17.6.	16.6.
Juli	1777-1779	1770-1775
Sept.	1818-1820	1809-1810
Nov.	1854-1856	1845-1849
Umsatz	3575	3300

KAKAO London (£/t)		
Juli	1279-1280	1298–
Sept.	1294-1295	1317-1318
Dez.	1332-1333	1353-1354
Umsatz	4645	1866

ZUCKER London ($/t) Nr.6	17.6.	16.6.
Aug.	145,80-146,00	145,60-146,00
Okt.	153,60-154,00	153,60-153,80
Dez.	157,60-159,80	–159,00
Umsatz	2056	2596

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	18.6.	17.6.
schw.		
Saraw.spez.	850,00	845,00
weiß.Saraw.	1150,00	1125,00
weiß.Munt.	1165,00	1140,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	17.6.	16.6.
Juli	101,50	99,60
Sept.	100,70	100,60
Nov.	102,50	102,00
Jan.	104,00	102,60
März	104,75	103,80
Umsatz...300	500	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	17.6.	16.6.
	26,00	26,25

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	17,75	17,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Juli	16,78	16,50
Aug.	16,93	16,66
Sept.	17,08	16,80
Okt.	17,15	16,85
Dez.	17,53	17,25
Jan.	17,60	17,40
März	17,90	17,67

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	16,50	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	10,50	10,50
Choice white hog 4 % fr. F.	8,25	8,25

TALG New York (c/lb)		
top white	9,50	9,50
fancy	9,00	9,00
bleichf.	8,75	8,75
yellow max. 10% fr.F	7,50	7,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Juni	55,30	54,75
Juli	51,25	51,40
Aug.	48,55	48,20

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Juli	68,60	68,10
Aug.	67,20	66,80
Febr.	59,80	59,10

HÄUTE Chicago (c/lb)	17.6.	16.6.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,50	68,50
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Juli	527,00	526,50
Aug.	520,50	519,00
Sept.	508,00	503,50
Nov.	505,50	498,50
Jan.	513,50	508,00
März	523,50	516,50
Mai	529,00	522,25

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Juli	149,40	149,40
Aug.	147,40	147,60
Sept.	146,50	145,50
Okt.	144,50	142,70
Dez.	146,20	144,70
Jan.	148,00	146,00
März	150,00	149,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	17.6.	16.6.
Juli	261,00	262,20
Okt.	269,70	271,20
Dez.	274,50	275,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	17.6.	16.6.
	11,50	11,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	18.6.	17.6.
cif	560,00	560,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	415,00	420,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif	247,50	240,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	89,00	86,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif	270,00	270,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif	204,50	204,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	17.6.	16.6.
Juli	67,20	67,70
Okt.	33,09	33,20
Dez.	33,27	33,50
März	33,80	34,24
Mai	34,42	34,80
Juli	35,15	35,59

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1	40,125	40,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	18.6.	17.6.
Aug.	510-524	510-525
Okt.	522-525	–
Dez.	522-524	–
Umsatz	1763	1745

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	18.6.	17.6.
Juli	41,50	41,50
Okt.	41,50	41,50
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	18.6.	17.6.
Juli	625,00-630,00	623,00-630,00
Okt.	–	–
Dez.	–	–
Umsatz	3	3

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18.6.	17.6.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	18.6.	17.6.
Juni	12474	12460
Juli	12449	12440

KAUTSCHUK London (p/kg)	17.6.	16.6.
RSS 1 Juli	55,75-56,75	55,25-56,25
RSS 1 Aug.	56,00-57,00	55,50-56,50
RSS 2 Juli	54,75-55,75	54,25-55,25
RSS 3 Juli	53,50-54,50	53,00-54,00
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	18.6.	17.6.
Juli	205,00-207,00	204,00-206,00
Aug.	204,00-206,00	203,00-205,00
Nr. 2 Juli	201,50-202,50	201,00-202,00
Nr. 3 Juli	199,50-200,50	199,00-200,00
Nr. 4 Juli	196,00-197,00	195,50-196,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	18.6.	17.6.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	18.6.	17.6.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	261,72-261,89	261,02-261,19
dritt. M.	260,88-261,05	260,68-260,85
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	94,36-94,53	97,46-97,63
dritt. M.	94,36-94,53	96,46-96,79
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	915,01-916,69	917,59-919,27
dritt. M.	915,01-915,34	913,23-914,24
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	161,47-164,84	162,72-166,07
Prod.-Pr.	187,57	184,71
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	18.6.	17.6.
	14,05	14,05

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18.6.	17.6.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	374,13-376,48	geschl.
BLEI in Kabeln	102,00-103,00	geschl.
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	geschl.
Verz.dr	464,00-464,50	

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	18.6.	17.6.
MS 58, 1.VS	295-301	
MS 58, 2.VS	351–	geschl.
MS 63	328-333	

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	18.6.	17.6.
Leg. 225	295-305	
Leg. 226	297-307	geschl.
Leg. 231	332-342	
Leg. 233	345-352	

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	18.6.	17.6.
PLATIN (DM/g)	32,85	geschl.
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	24770	geschl.
Rückn.-Pr.	24020	
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24800	
Rückn.-Pr.	24140	geschl.
verarbeitet	26010	
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24380	geschl.
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	374,60	
Rückn.-Pr.	363,50	geschl.
verarbeitet	391,10	

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	18.6.	17.6.
10.30	338,50	337,30
15.00	339,15	336,75
Zürich mit.	339,20-339,60	337,25-337,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	77900	77250
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	337,70	336,20
3 Mon.	345,60	344,10
6 Mon.	353,60	352,00
12 Mon.	367,95	366,40
PLATIN (£/Feinunze) London	17.6.	16.6.
fr. Markt	285,25	285,75
PALLADIUM (£/Feinunze) London	17.6.	16.6.
f. Händl.-Pr.	72,80	72,75

New Yorker Metallbörse

	17.6.	16.6.
GOLD H & H Ankauf	337,00	339,30
SILBER H & H Ankauf	507,00	510,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	448,00-451,00	448,00-451,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	112,00-113,00	112,00-113,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Juni	336,70	334,70
Juli	337,90	336,10
Aug.	339,00	336,60
Okt.	341,50	339,60
Dez.	345,00	342,00
Umsatz	28000	60000
SILBER (c/Feinunze)		
Juni	506,20	505,60
Juli	507,00	506,10
Sept.	510,60	510,10
Dez.	513,00	512,00
Jan.	522,00	522,00
März	526,00	525,50
Mai	532,00	533,60
Umsatz	16000	32000

KUPFER (c/lb)	17.6.	16.6.
Juni	63,30	63,75
Juli	63,45	63,85
Sept.	63,70	64,10
Dez.	64,00	64,45
Jan.	64,15	64,60
März	64,40	64,85
Mai	64,60	65,05
Umsatz	5400	7500

Londoner Metallbörse

	18.6.	17.6.
ALUMINIUM (£/t)		
mitt. Kasse	778,00-778,50	786,50-787,50
3 Mon.	775,50-776,00	780,00-780,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	280,50-281,00	288,50-289,00
3 Mon.	280,50-281,00	287,50-288,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	944,50-945,50	944,00-945,00
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	–	944,50-945,50
3 Monate	–	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	935,00-940,00	950,00-935,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	537,00-538,00	543,00-545,50
3 Monate	541,00-542,00	547,00-548,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl)	–	205-215
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	48-52

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	17.6.	16.6.
Juli	37,55-37,70	37,70-37,90
Aug.	38,50-38,60	38,65-38,85
Sept.	39,40-39,50	39,70-39,90
Okt.	40,30-40,40	40,55

GASÖL – London ($/t)	17.6.	16.6.
Juli	118,50-118,75	119,00-119,25
Aug.	119,75-120,00	120,50-120,75
Sept.	121,50-121,75	123,00-123,25
Okt.	123,50-124,00	125,50
Nov.	125,00-126,25	127,00-127,50
Dez.	127,00-128,50	127,00-129,00
Jan.	128,00-130,00	129,50-134,00
–	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)	17.6.	16.6.
Juli	42,60-42,75	42,70-42,80
Aug.	41,70-41,80	42,00-42,10
Sept.	40,70-40,80	40,90-41,20
Okt.	39,40	39,45
Nov.	37,90	38,15

ROHÖL – New York ($/Barrel)	17.6.	16.6.
Juli	13,70-13,75	13,62-13,70
Aug.	13,19-13,28	13,20-13,25
Sept.	13,15-13,18	13,16-13,20
Okt.	13,10-13,15	13,20-13,25
Nov.	13,14-13,20	13,25

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	17.6.	16.6.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	11,00N	11,00N
Forties	12,15	12,15
N. Sea Brent	12,25	12,25
Bonny Light	12,55	12,55

Kartoffeln

London (£/t)	17.6.	16.6.
Nov.	92,30	85,50
Febr.	101,50	94,00
April	124,70	115,10
Mai	157,50	126,00

New York (c/lb)	17.6.	16.6.
Nov.	3,50-3,52	3,46
März	3,74-3,75	3,73
Mai	4,15-4,15	4,12
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	17.6.	16.6.
Juli	169,60	172,00
Sept.	167,20	172,20
Nov.	165,00-165,50	169,10
Jan.	167,50	172,30

Devisenterminmarkt

Die Terminabschläge notierten am 18.6. aufgrund unveränderter Zinsgegebenheiten wie zu Wochenbeginn.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,51-0,41	1,40-1,30	2,58-2,38
Pfund/Dollar	0,38-0,36	1,05-1,02	1,90-1,85
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	8,50-7,10
FF/DM	16-p	30-14	51-35

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18.6.: Tagesgeld 4,25-4,35 Prozent; Monatsgeld 4,40-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18.6.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,908 Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,908 Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 18.6.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18.6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 18.6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,50; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00, Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18.6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	995,00	1328,10
5 US-Dollar (Indian)**	620,00	770,40
5 US-Dollar (Liberty)	365,00	497,55
1 £ Sovereign alt	184,00	232,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	171,75	218,60
20 belgische Franken	135,00	180,12
10 Rubel Tscherwonez	181,00	233,70
2 südafrikanische Rand	166,75	211,76
Krüger Rand, neu	742,00	885,78
Maple Leaf	763,25	910,01
Platin Noble Man	989,50	1167,93
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,50	271,89
20 schweiz. Franken „Vreneli"	152,00	201,78
20 franz. Franken „Napoléon"	153,00	202,92
100 österr. Kronen (Neuprägung)	711,75	867,26
20 österr. Kronen (Neuprägung)	141,75	184,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,75	100,04
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	329,50	409,55
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	75,50	108,87

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 18.6.	Rendite in %
BW-Bank E.69	400,00	1.7.95	56,354	6,60
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	107,872	6,60
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	57,10	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	40,78	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,10	6,27
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,57	6,78
Deutsche Bk. S	287,00	25.1.95	133,00	9,38
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,75	5,65
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,10	5,65
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,59	6,65
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	108,26	6,90
Hbg. Ldbk. A.7	100,00	15.8.96	52,50	6,55
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,87	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,18	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,39	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,18	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,05	6,83
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,69	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	56,85	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,45	6,45
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,70	6,56
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,25	6,68
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,05	4,79
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,00	5,16
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,60	4,54
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,45	5,40
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,78
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,52
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	61,75	8,89
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,25	10,68
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,625	9,22
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	59,375	9,52
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	56,75	8,83
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49	9,74
Penney (A+)	100,00	17.2.94	49,625	9,54
Sears (AA)	100,00	27.5.94	49,5	9,22
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	48,75	9,39
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	47,625	8,86

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,3	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,03 (5,03)	99,95	101,6	103,5	105,4	107,2	109,1
3	5,35 (5,35)	99,05	101,5	104,2	106,9	109,6	112,3
4	5,65 (5,65)	97,40	100,9	104,4	107,9	111,4	114,8
5	5,75 (5,75)	96,40	100,7	104,9	109,1	113,3	117,6
6	6,00 (6,00)	94,60	100,0	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,35 (6,35)	92,05	98,05	103,0	108,5	114,0	119,5
8	6,61 (6,63)	89,65	95,70	101,8	107,8	113,9	119,9
9	6,72 (6,73)	88,08	94,60	101,9	107,8	114,3	120,9
10	6,75 (6,76)	86,90	94,05	101,8	108,2	115,2	122,3
15	7,00 (7,00)	81,00	90,05	100,0	109,2	117,2	126,5

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank-Rentenindex: 112,492 (112,480)
Performance-Rentenindex: 243,066 (242,975)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	17. Juni	6,75-6,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,775
	60-270 Tage	6,45
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,80
	60 Tage	6,75
	90 Tage	6,70
Certificates of Deposit	1 Monat	6,50
	2 Monate	6,50
	3 Monate	6,50
	6 Monate	6,50
	12 Monate	6,60
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,09
	26 Wochen	6,15
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,38
	30 Jahre	7,41
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	2. Juni	663,7 Mrd. $ (+ 2,7 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York) Juni	140,25	141,90
Sept.	141,50	143,15

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	17.6.	16.6.
9¼ EEC 90	104,75	104,5
11½ dgl. 90	109,75	108,625
10¾ EIB 93	108,75	107,875
11 dgl. 91	111,5	110,625
11½ dgl. 90	112	110,875
11¾ dgl. 93	117,5	116,125
12 dgl. 95	120,375	118,5
12½ dgl. 90	114,125	113,25
12¾ dgl. 95	124	122,5
13 dgl. 96	119,125	118
10¾ Wld Bk 95	110,875	109,125
10¾ dgl. 88	104,75	104,625
10¾ dgl. 90	109	108
10¾ dgl. 93	113,125	111,625
11 dgl. 92	112	110,75
11¼ dgl. 88	107	106,625
11¼ dgl. 90	110,875	110
11¼ dgl. 89	107,875	107,5
11½ dgl. 90	112	110,75
12 dgl. 93	118,75	117,125
12½ dgl. 94	122	120,25
12¾ dgl. 94	124,75	123,125
6¾ Sears 91	102,75	102,875
6¾ Swed.Ex.91	101,5	101,375
7 TRW 94	101,625	101,625
6¾ Un.Tech.97	101,625	101,625
6¾ W.Disn.96	100,75	100,75
6¾ World Bk96	104,875	105
6¾ dgl. 90	103,75	104
6¾ dgl. 94	105,75	105,75
7 dgl. 94	107,75	107,75

Euro-Yen

	17.6.	16.6.
6¾ Al.Corp 91	100,625	100,625
6¾ All.Sign93	100,625	100,625
7¾ ADB 94	107,625	107,5
7 Austria 95	106,375	106,5
7 BP 92	102,875	102,875
6¾ Denmark 92	105,5	105,5
7 Denm.Bk. 92	104,125	104
7 Dow Chem.94	101,75	101,625
6¾ EDF 95	106	106
6¾ Eurofima95	101,25	101
6¾ dgl. 92	101,75	101,75
6¾ dgl. 93	101,75	101,75
7¾ dgl. 94	103,5	103,75
6¾ Fannie 97	103,625	103,625
6¾ Finl.Rep90	103,875	103,875
6¾ GMAC 90	101,5	101,625
7¾ Goodyear95	101,75	101,75
6¾ dgl. 94	100,25	100,25
8¾ ITT 92	101,75	101,75
6¾ McDonal.92	102	102,125
6¾ Montreal95	101	101,125
7¾ N.Bruns.95	103,75	103,75
7¾ N.Zeald.90	106,125	105,625
7¾ dgl. 89	105,625	105,625
7 Pac.Gas 94	102,125	102,25
6¾ Penney 92	101,875	102
6¾ Procter 97	103,875	102,375
6¾ Sallie 92	102,75	102,75

Lux. Franc Bonds

	17.6.	16.6.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	100	100
6¾ Asian Dv87	98	98
10¾ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	104	104
10¾ Ceca 94	104	104
11 dgl. 92	102,5	102,5
13 dgl. 91	101,25	101,25
8¾ Coməll 95	105	105
12½ dgl. 92	102	102
8 Copiel 88	99,5	99,5
8¾ dgl. 89	99,5	99,5
11 Cr.Lyon.88	102,25	102,25
13 dgl. 89	107	107
7¾ Den.Mrg 88	99	99
8¾ EEC 95	105	105
9¾ Euratom 83	100,5	100,5
10¾ dgl. 96	108,5	108,5
11 dgl. 93	101,5	101,5
9 Eurofima 95	106,75	106,75
10 dgl. 91	106	106
10 dgl. 94	104	104
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	104	104
9¾ dgl. 95	106	106
9¾ dgl. 88	102	102
9¾ dgl. 93	108,5	108,5
10¾ dgl. 94	105,5	105,5
11¾ dgl. 88	101,5	101,5
12¾ dgl. 90	100,5	100,5
8¾ Goodyear73	103,5	103,5
9¾ Ind.B.F.95	104	104
9¾ Hypo Bk.88	101,25	101,25
11 Kredlet.93	106,5	106,5
7¾ dgl. 87	99,25	99,25
10 dgl. 90	103,5	103,5
11¾ dgl. 89	104	104
8 Luxair 87	99,75	99,75
8¾ dgl. 87	100,25	100,25
8¾ Met.Chin92	103,25	103,25
9 dgl. 95	106,5	106,5
10¾ N.Lx.A92	100	100
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8¾ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	102,25	102,25
10¾ Paribas89	103	103
8 Philips 89	100,5	100,5
7¾ Renault 88	99,5	99,5
7¾ Sogenal 91	100,5	100,5
9¾ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,75	103,75
9¾ dgl. 90	104	104
10¾ dgl. 89	104,75	104,75

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	17.6.	16.6.
8¾ Cop City91	98,5	98,5
12¾ dgl. 92	102	102
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¾ Ned. G.88	101	101
9¾ Oreb. P.94	97	97
8¾ SDR 94	99	99

ECU

	17.6.	16.6.
9½ ABN 92	106,25	106,375
All Nippon 95	108,875	108,5
9¾ ANZ 92	107,75	107,75
10¾ Austria93	113,375	113,5
10 BNDA 92	107,125	107,25
8½ B.d.Roma95	102	102,125
9 M.+Hope 92	106,5	106,5
9 Bk.Hels.96	103,25	103,375
7¾ BNP 95	99,875	100
8¾ dgl. 95	105,125	105,25
8¾ Bay.Vbk.88	103,75	104,125
8¾ BFCE 95	105,625	103,75
9¾ dgl. 92	110,375	110,375
9¾ dgl. 95	110,375	110,625
9¼ Bell 92	106,375	106,375
9¾ CNT 92	110	110
9¾ dgl. 95	110,125	110,375
8¾ Cargill 95	105,625	105,5
10¾ Ceca 89	108,25	108,625
9 Chrysl. 92	102,25	102,125
9¼ dgl. 94	103,25	103,25
9 ClubMed 88	103,25	103,5
9 Colgate 91	105,125	105
9 Cop City 95	105,625	106
9¾ CCF 95	107,125	106,875
9¾ CrdNord 91	107	107,125
11¾ CrdFonc90	107,75	108,125
11¾ dgl. 90	110	110,25
6¾ CrdLyon 92	93,625	93,5
8¾ CrdNat 96	108,875	109,25
10¾ dgl. 94	116,125	116,625
8¾ Crdanst.94	107,125	107,25
9¾ Credito 92	107,75	107,875
7¾ Denmark 96	100,75	100,75
9 EDF 97	106,75	106,875
8¾ EEC 95	106,25	106,125
8¾ ELFAqu. 88	102,75	102,375
9 Esso Gut 91	105,375	105,5
9¾ dgl. 93	105,125	105,625
10 Euratom 97	112,75	113,25
9¾ Eurofima93	105,75	106
8¾ EIB 90	106,25	106,5
8¾ dgl. 93	106,25	106,125
8¾ dgl. 92	106,375	106,375
9¾ dgl. 95	112,625	112,5
10¾ dgl. 94	112,5	112,375
10¾ dgl. 94	112,375	112,375
10¾ dgl. 98	112,75	112,875
11¾ dgl. 92	111,25	111,125
9 Eutelsat 95	105,75	106,25
6¾ EDC 96	92,625	92,5
8¾ Fiat 90	103,5	103,375
9 IBKFinnl 95	104,5	104,5
8¾ Ford C.95	106,875	106,875
7 Giroz. 93	97	97,5
10¾ dgl. 93	112,75	113,375
10 IADB 93	112,625	112,625
8¾ IBM 90	105,875	105,875
6¾ Iceland 96	93	93,25
8¾ IDB 95	102,5	102,25
9 Imatran 96	105,75	106
9¾ Italie 89	104,25	104
10¾ dgl. 92	113,25	113,375
9¾ Kansall 92	108,125	108,25
9¾ Kblfinn 92	108,25	108,25
6¾ KB/Ibl 95	92,875	92,875
10¾ Megal 95	109,125	109
8¾ Mits.Tr.95	106,125	106,25
9 MostHen.91	106,75	106,875
9¾ Mol 90	102,75	103
8¾ Morgan 90	104,375	104,375
8¾ Motorola92	105,375	105,625
9 Neste 95	105,5	105,5
8¾ N.S.Wal.93	107,375	107,375
9¾ N.Zeal. 90	105,625	105,625
9¾ N.Zeal.92	107,75	107,75
9 Ostlbk. 89	104,25	104,375
8¾ Olivetti95	107	107
8¾ Parbel 89	102	101,625
10 Pechin.90	107,5	107,625
9 Petroc.95	102,5	102,625
9¾ dgl. 90	106,125	106,25
8¾ Philbro 96	103	102,875
9 Philips 93	107,25	107,25
9¾ Pitbo 92	107,875	107,75
10 Prvbk. 92	106	105,875
10¾ RAIP 92	106,5	106,5
7¾ Rabobk. 96	100,625	100,75
9¾ dgl. 95	111,625	111,75
8¾ Reynolds91	104,5	104,5
9 SAS 95	106,625	107,125
9 Sanwa 95	105,375	105,25
8¾ Secpac 90	103,125	103,125
9 SNCF 95	105,5	105,5
8¾ Sumitomo92	106,625	105,625
9¾ dgl. 93	107,5	107,5
9 dgl. 95	107,75	107,5
6¾ Schweden96	93,5	93
9 Uabk.Nor.95	105,875	106
8¾ Vict. 90	105,375	105,375
8¾ WorldD. 94	107	106,75
9¾ dgl. 95	109,375	109,25
8¾ Washgt.96	107,625	107,625
9¾ Westpac92	107,375	107,5
8¾ Worldbk.95	106,625	106,25
8¾ dgl. 92	105,875	105,625
9¾ dgl. 92	110,375	110,375
10¾ dgl. 89	107,75	107,75
10¾ dgl. 94	112,5	112,75
11 dgl. 93	110,125	110,125
8¾ Xerox 90	105	105,25

ECU-Tageswerte

	17.6.	16.6.
Dollar	0,966091	0,977215
bfr	43,8825	43,8768
DM	2,14762	2,14694
hfl	2,41909	2,41938
£	0,640431	0,640669
dkr	7,94500	7,95207
FF	6,84462	6,84928
Lira	1473,77	1475,10
I-£	0,708818	0,708125
sfr	1,77884	1,77851
öS	15,0903	15,0882
Peseta	137,426	137,347
skr	6,95054	6,96508
nkr	7,33973	7,34468
Kan-$	1,34016	1,35197
Esc	145,397	145,605
Fmk	5,00049	5,00235
Yen	161,337	161,382
Drachme	135,644	135,417

SZR-Wert

	17.6.	16.6.
Dollar	1,16803	1,17626
DM	geschl.	2,58137

FINANZANZEIGEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 583, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 566

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 51, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 6, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Falsche Schlußfolgerungen

„Qualität unserer Ausbildung hat sich verschlechtert"; WELT vom 11. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

die in dem Beitrag zitierten Soziologen verstehen offenbar von der Berufsausbildung so wenig, daß sie aus



Anton Pfeifer, MdB, CDU FOTO: JUPP DARCHINGER

falschen Zahlen falsche Schlußfolgerungen ziehen.

– Nichts hat sich „zu Lasten der üblichen dreijährigen Berufsqualifikation etabliert", sondern diese hat deutlich zugenommen. Zweifellos gibt es heute mehr Kurse als früher, in denen Jugendliche auf eine Berufsausbildung vorbereitet werden. Aber diese Kurse treten eben nicht an die Stelle einer Ausbildung; insofern sind die Teilnehmer auch nicht „in einer Berufsausbildung", sondern davor. Insgesamt hat der Anteil der Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsausbildung am Altersjahrgang in den letzten Jahren ganz erheblich zugenommen.

Solche und andere Grundtatbestände scheinen den Soziologen nicht bekannt zu sein. Entgegen ihren Vermutungen hat der Anteil der Lehrlinge in zweijährigen Ausbildungsberufen an der Gesamtzahl aller Auszubildenden auch nicht zu-, sondern abgenommen. Diese Tendenz wird sich als Ergebnis der Neuordnung von Ausbildungsberufen in den nächsten Jahren fortsetzen.

Ganz abgesehen von der Frage, ob Ausbildungsdauer und Ausbildungsqualität gleichzusetzen sind: Die Behauptung, die Ausbildungsqualität habe sich verschlechtert, ist falsch. Das Gegenteil ist richtig. An weiteren Verbesserungen arbeiten wir gemeinsam mit den anderen an der Berufsbildung Beteiligten.

Mit freundlichen Grüßen
Anton Pfeifer, MdB
Parlamentarischer Staatsekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Anderes Bild von Ost-Timor

„Mit großem Einsatz hilft Jakarta den Insulanern": WELT-Report Indonesien vom 29. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herrn Seiferts Darstellung der derzeitigen Lage in Osttimor widerspricht auch dem amerikanischen Außenministerium, das in einem Brief an den Kongreßabgeordneten Levin vom 9. Mai 1986 seiner Sorge um Osttimor Ausdruck gegeben hat:

„Die US-Regierung hat in der Vergangenheit mehrfach Berichte über die Menschenrechtsproblematik in Osttimor mit der indonesischen Regierung erörtert und sie wird dies auch in Zukunft tun.

Außenminister Shultz hat die Frage von Menschenrechtsverletzungen in Osttimor während seines letzten Treffens mit Außenminister Mochtar in Bali erörtert und die Botschaft wird weiterhin im Dialog mit der indonesischen Regierung über diese wichtige Frage bleiben." Woher die Besorgnis von Außenminister Shultz? Warum darf nur höchst selten jemand Osttimor besuchen, wenn sich die Situation so darstellt wie in dem Bericht von Herrn Seifert? Wir haben dem Autor diese Frage schon häufig gestellt, er konnte sie uns leider noch nie beantworten.

Mit freundlichen Grüßen
Klemens Ludwig
Vorstandsmitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe Ihren Artikel über Osttimor erhalten und kann dazu nicht schweigen, da ich selbst auf der Insel von 1972 bis Dezember 1974 und dann noch einmal im Januar 1975 gelebt habe. Bis Dezember 1975 war es mir auch möglich, mit meinen Freunden dort in Kontakt zu bleiben.

Mit der indonesischen Invasion kam dann der große Schock für mich und viele andere: Von einen auf den anderen Tag waren alle Verbindungen unterbrochen; allein wenige Flüchtlinge, die Osttimor verlassen und nach Portugal gelangen konnten, malten ein Bild des Schreckens von der indonesischen Präsenz. Ich habe bis Juli 1985 in Lissabon gelebt und dort die osttimoresischen Flüchtlinge betreut. Deshalb konnte ich mir trotz der Informationsblockade um die Insel ein Bild von der Lage machen.

Diees Bild stellt die Aussagen von Rüdiger Seifert auf den Kopf. Übrigens widerspricht der Bericht auch dem letzten Brief, der aus Osttimor bei den portugiesischen Flüchtlingsgemeinden über geheime Kanäle gekommen ist. Der Brief ist vom 20. Februar, also nach der Abreise von Herrn Seifert und beklagt weitere schwere Übergriffe der Armee gegen Zivilisten sowie Hungersnöte in den Dörfern des Landesinneren, in die niemand kommt.

Mit herzlichen Grüßen
Korinna Horta-Schmidt, Washington D. C./USA

Wort des Tages

„Freiheit ist ein Gut, dessen Dasein weniger Vergnügen bereitet als seine Abwesenheit Schmerzen."

Jean Paul, deutscher Autor (1763–1825)

Demo-Kinder

„Wenn Heike (5) über die Radioaktivität sinniert"; WELT vom 9. Juni

Über den eigenartigen Versuch einer „kinderadäquaten Form der Demonstration" kann man nur den Kopf schütteln. Jeder weiß, daß die Teilnahme an einer chaotischen Demo unglaublich viel riskanter ist, als die ruhige Beschäftigung in einem Kernkraftwerk. Für die Gesundheit der demonstrierenden Kinder und Jugendlichen wäre ein Aufenthalt bei Kaffee und Kuchen im geheizten Infozentrum des KKW Brokdorf nützlicher gewesen, als die von angeblich „besorgten" Eltern organisierte Zwangsteilnahme am ideologisch gefärbten „Kulturprogramm" im ungeheizten Bürgerfesthaus mit anschließendem Sprechchor-Großeinsatz auf regennassen, kalten Straßen und Plätzen.

Wo steckte da die vielgepriesene Fürsorgepflicht der Eltern?

Mit freundlichem Gruß
Dr.-Ing. Dietrich Budnick, Erlangen

Krieg der Worte

„Bürgerkrieg der Worte"; WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

Joachim Neanders vorzüglicher Beitrag „Bürgerkrieg der Worte" erinnert mich an eine ökologische Debatte im Bundestag. Ein ganz kluger Grüner leitete dort das Wort „Wende" aus dem altgriechischen „Katastrophe" ab, richtig mit Kappa und Alpha am Anfang, wie man im Bundestagsprotokoll nachlesen kann. Das linke Wörterbuch erlaubt es. Aber man kann, humanistisch motiviert, auch den „Ausstieg" ins Lateinische übertragen. Dann heißt es „Exitus".

Mit freundlichen Grüßen
Josef Wille, St. Augustin 2

Burg im Elsaß

„Die Burgruinen der Vogesen": Reise-WELT vom 6. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihrem Verfasser ist bei der Nennung einer Burg ein Irrtum unterlaufen. Sie heißt nicht Hochkönigsburg, sondern „Hohkönigsburg". Aus meiner Kindheit erinnere ich mich, daß sie in den Jahren 1901 bis 1908 auf Veranlassung Kaiser Wilhelms des Zweiten von Grund auf renoviert wurde.

Hochachtungsvoll
Edward Schweder, Hamburg 60

„Die Manege ist meine stille Liebe geblieben"

Freddy, der Artist

Wenn Freddy Quinn etwas nicht will, kann er bockig sein. So möchte er momentan nicht auf den Seemann angesprochen werden. Das sei Vergangenheit, sagt er. Nicht, daß er etwas gegen Seeleute habe. Im Gegenteil, er empfinde das weite Meer auch heute noch als letzte Bastion der wirklichen Freiheit. Aber seine Karriere sei schließlich weitergegangen.

Ganz anders ist es mit Freddy Quinn, dem Artisten. „Die Manege ist meine stille Liebe geblieben", sagt er. „Weil es nirgends so ehrlich zugeht wie dort. Da wird harte Knochenarbeit geleistet. Ohne billige Effekte. Im Zirkus muß man Farbe bekennen."

Circus – ZDF, 19.30 Uhr

Freddy Quinn, inzwischen auf die Mitte 50 zusteuernd und immer noch bis in die Zehenspitzen durchtrainiert, scheut kein Risiko. Sein Leben soll ein Abenteuer bleiben. Und weil mit einem Handstand auf dem Klodeckel niemand hinter dem Ofen hervorzulocken sei, klettere er eben von Zeit zu Zeit aufs 18 Meter hohe Seil. „Natürlich ohne Netz", sagt er.

Für ihn sind solche verrückten Sachen keine Heldentaten. Selbstbestätigungen vielleicht, mehr nicht. „Und die braucht jeder. Der eine holt sie sich bei Frauen, der andere an der Theke und ein Dritter womöglich hinter dem Steuer seines rassigen Sportwagens. Ich gehe lieber aufs Hochseil. Früher habe ich meine schwierigen Filmszenen immer selbst gespielt – ohne Stuntman. Daß ich mir dabei ein paar Knochen gebrochen habe, war mir die Sache wert."

Trotz allem hat die Zeit auch an Freddy Quinn genagt. Der Schallplattenumsatz ging zurück. Bänder und Muskeln lassen es nicht mehr zu, daß er „mal eben bei den fliegenden Trapezkünstlern aushilft". Also, was bleibt? „Zum Beispiel das Theater. Im Herbst gehe ich auf Tournee mit ‚Man ist so alt, wie man sich fühlt'. Und da ist ja auch noch das Fernsehen. Ich denke, daß ich mich als Entertainer sehen lassen kann."



Freddy Quinn als Entertainer, „einer von der Sorte, die nie aufgibt". FOTO: TELEBUNK

Der Einstieg ins flimmernde Medium war für ihn nicht leicht. Er hat viele Jahre warten müssen, bis auch das Fernsehen merkte, daß er eine große schweigende Mehrheit hinter sich hat. Inzwischen sagt sein Spezi, ZDF-Redakteur Harald Müller: „Ist das ein Kerl. Einer von der Sorte, die nie aufgibt. Mit solchen Künstlern macht es Spaß zu arbeiten."

HORST LIETZBERG

KRITIK

Zurechtbiegen statt strafen

Helga Märthesheimer ordnet sich als „links" ein. Um so gespannter durfte man auf ihren Bericht über zwei Jugendrichterinnen hüben und drüben sein: **Erziehen, nicht strafen** (WDF III). Ein reizvoller Vergleich – der gelang, weil die Autorin die Kamera laufen ließ, das Mikrophon offenhielt; mit Kommentar geizte.

Denn was die Richterin in Stendal (Bezirk Magdeburg) an wie auswendig gelernten Formeln herunterleierte, führte sich selbst ad absurdum. Was nicht sein darf, das nicht sein kann: so ist die Jugendkriminalität hinter der Mauer offiziell verschwindend gering – wenn auch inzwischen immerhin ein zugestandenes Problem. Umschreibungen weisen auf den Tatbestand, etwa so: „Bürgern, bei denen das Bewußtsein noch nicht so ausgeprägt ist." Die Gesellschaft biegt den jungen Menschen zurecht – im Arbeitskollektiv, in der FDJ. Von Elternhaus war wenig die Rede.

Wie erfrischend natürlich dagegen die Jugendrichterin aus Witten, gleichaltrig wie die Kollegin aus Stendal, beide mit Familie, beide mit dem Ziel, nicht verurteilen zu wollen, sondern mit der Strafe zu erziehen. Das war ein Stück realer deutscher Wirklichkeit und gleichzeitig ein Wegweiser dafür, wie Fernsehen diese Wirklichkeit schildern kann.

GABRIELE HERLYN

Wer die Gewalt sät

Ein Lehrstück über die Provokation von Gewalt – so nannte **Panorama**-Autor Stefan Aust den jüngsten Polizei-Einsatz in Brokdorf. Dazu zeigte er Bilder von prügelnden Ordnungshütern, die einen bereits Festgenommenen weiter traktierten, was – milde gesagt – nicht in Ordnung ist. Aber bei diesen bekannt kritischen Anmerkungen über die Staatsgewalt blieb das Magazin diesmal nicht stehen – es wies auch daraufhin, wie gewalttätige Demonstranten ohne Schwierigkeiten bei den friedlichen untertauchen konnten – diese „unternehmen gar nichts, bieten Deckung".

Sollte das Grundrecht auf friedliche Versammlung unter freiem Himmel gefährdet sein, wie Panorama sagte, dann nicht nur vom Staat, sondern auch von denjenigen, die sich bewaffnet dazwischenmischen und deswegen keinesfalls vom Grundgesetz legitimiert sind. Die Sendung am Dienstag versuchte, Aspekte dieser ungeheuer schwierig abzuwägenden Frage zu beleuchten, was zum Nachdenken anregte; auch darüber, was den Rahmen dieser Sendung gesprengt hätte: Welche Polizeitaktik, die einerseits das Grundrecht voll gewährleistet, andererseits aber Straftätern das Handwerk legt, schlägt Panorama vor? Und: Gibt es überhaupt eine?

DETLEV AHLERS

Video-Spielautomaten: Alles nicht so schlimm?

Jugend nicht gefährdet

Seit gut einem Jahr sind sie kaum mehr zu sehen: Der Gesetzgeber hat die Videospiel-Automaten seit dem 1. April 1985 aus den für Jugendliche frei zugänglichen Orten, den Foyers der Kinos, den Passagen und Einkaufszentren verbannt. Sie wurden als mitschuldig an Jugendkriminalität, Aggression und Vereinsamung eingestuft. Haben diese elektronischen Spiele tatsächlich diesen Einfluß? „Nein", sagt Professor Joachim Knoll. Er ist Leiter des Instituts für Pädagogik an der Universität Bochum und hat soeben die Ergebnisse einer zweijährigen Studie vorgelegt: „Jugendliche, die an Video-Automaten spielen, sind weder einsam noch isoliert."

Das Ergebnis zeige vielmehr, daß viele der Jugendlichen, die gern an solchen Geräten spielen, Geselligkeit schätzen und in Cliquen eingebunden seien. Im übrigen, so meint Knoll, habe die Studie gezeigt, daß das Spielen an den Video-Automaten nur ein beiläufiges Vergnügen sei. Andere Beschäftigungen hätten deutlich Vorrang.

Das Ergebnis der Studie bestätigt eine Untersuchung, die Knoll 1982 anstellte. Die Prüfstelle für jugendgefährdende Schriften hatte um ein Gutachten gebeten, ob die pädagogische Wissenschaft dem Bildschirmspiel eine Jugendgefährdung zuschreiben könne. Im einzelnen wurde gefragt, ob das Spielen an diesen Geräten zur Vereinsamung führe und ob es die Aggressivität steigere.

Die neue Studie basiert auf einer Befragung von 1058 Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren im Bundesgebiet. Sie nutzen über den Videorecorder zu Hause diese Spiele; einige der Befragten, die noch nicht 18 Jahre sind, haben wohl auch Zugang zu Spielen in Automaten-Lokalen, der ihnen von Gesetzes wegen nicht zusteht. Diese Umfrage förderte keine Ergebnisse zutage, die auf eine Jugendgefährdung hindeuten. Die Jugendlichen spielten zum Beispiel nicht mehr, als ihr Taschengeld zuließ. Der Durchschnittsbetrag pro Spieltag (nicht pro Tag!) lag bei sechs Mark, nicht mehr, als Jugendliche auch für andere Freizeitbeschäftigungen wie Sport oder für den Plattenkauf ausgeben. Ein Typ des Videospielers, der Anlaß zur Besorgnis geben könnte, wurde nicht entdeckt.

Nicht das Spielgerät an sich, allenfalls dessen Inhalt könnte Gegenstand des Jugendmedienschutzes sein, folgert Knoll. Im übrigen weist er darauf hin, daß andere Länder, etwa Israel, Dänemark oder Kanada, den Umgang mit Videoautomaten lockerer handhabten, diese Spiele quasi als Teil des modernen Lebens betrachteten. Die Studie wurde vom Verband der Automaten-Industrie finanziert. Das Ergebnis wäre in jedem Fall veröffentlicht worden, sagt Knoll.

EDELGARD SIMON (dpa)

Personen

GEBURTSTAGE

Paul Pietsch, Mitbegründer der Verlagsgruppe Motor Presse Stuttgart und heute Vorsitzender des Beirats und der Gesellschafterversammlung, wird am Freitag 75 Jahre alt. Vor 40 Jahren rief Pietsch in Freiburg zusammen mit **Ernst Dietrich-Troeltsch** die erste deutsche Automobilzeitschrift nach dem Krieg, „Das Auto", ins Leben. Heute erscheinen in der multinationalen Zeitschriftengruppe regelmäßig 17 Titel in deutscher Sprache sowie 21 Titel in der Schweiz, Frankreich und Spanien. 1985 setzte das Unternehmen 245 Millionen Mark um. Der Sohn eines Brauereidirektors aus dem Hochschwarzwald-Ort Friedenweiler war 1950 deutscher Sport- und ein Jahr später deutscher Rennwagenmeister. Als Verleger erfand Pietsch vor 24 Jahren für die Do-it-yourself-Generation die Buchreihe „Jetzt helfe ich mir selbst". Dies war auch der Startschuß für den Motorbuchverlag, der sich den Themen Auto, Motorrad und Luftfahrt widmet.

*

Die Tänzerin, Pädagogin und Choreographin **Hertha Feist**, die in den 20er Jahren in Berlin die Laban-Schule leitete, beging ihren 90. Geburtstag. Die heute in Hannover lebende Tänzerin kam aus der ehemaligen Wandervogel- und Jugendbewegung über Gymnastik zu **Rudolf von Laban**, dem Tanzreformer, dessen Methodik in einer Abkehr vom starren Formalismus des Balletts hin zu einem Ausdruckstanz führte. Die Leibeshochschule Berlin berief Hertha Feist als Dozentin. Die Tänzerin engagierte sich für eine Integration des Tanzes in das Studium der Sportstudenten. Hertha Feist und ihre Gruppe traten auch bei den Bayreuther Festspielen auf.

EHRUNGEN

Papst **Johannes Paul II.** hat den Vorsitzenden des Diözesenrates der Katholiken im Bistum Hildesheim, Kapitän Professor Dr.-Ing. **Karl Terheyden**, Bremerhaven, zum Komtur des Ritterordens des heiligen Papstes Sylvester ernannt. Die von Kardinalstaatssekretär **Agostino Casaroli** unterzeichnete Ehrenurkunde wurde ihm in Hildesheim von Bischof **Josef Homeyer** überreicht.

*

Kurienkardinal **Joseph Ratzinger** ist vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet



Joseph Kardinal Ratzinger

worden. Bundeskanzler **Helmut Kohl** wird bei seinem Rom-Besuch am 24. Juni dem aus Bayern stammenden Präfekten der römischen Glaubenskongregation die Auszeichnung überreichen. Kohl wird während seines zweitägigen Besuchs in Italien auch von Papst **Johannes Paul II.** in Privataudienz empfangen werden.

*

Der Dr.-Leopold-Lucas-Preis 1986, dotiert mit 50 000 Mark, ist zu gleichen Teilen an den Kirchenmusikdirektor **Christoph Albrecht** (56) und an den Historiker **Ernst Gottfried Lowenthal** (82) verliehen worden. Der Preis wird seit 1972 alljährlich von der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen an Persönlichkeiten vergeben, die sich um die Verbreitung des Toleranzgedankens durch hervorragende Leistungen in Theologie, Geistesgeschichte und Philosophie verdient gemacht haben. Albrecht, der in Ost-Berlin lebt, ist seit 1960 Direktor der Kirchenmusikschule in Dresden. Seither gastiert er mit einem Orgelrepertoire von sechs Jahrhunderten in aller Welt und hat zahlreiche musikwissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht. Lowenthal, gebürtiger Kölner, war nach der Emigration 1939 in England im Jewish Refugees Committee und nach 1945 leitend in jüdischen Organisationen tätig. Er hat bedeutende Schriften zum Judentum publiziert.

KULTUR

Gustav Kuhn, der frühere Generalmusikdirektor in Bonn, wird neuer Chefdirigent der Oper von Rom. Die Ernennung des gebürtigen Salzburgers gab der Intendant des römischen Theaters, **Alberto Antignani**, am Dienstag in der italienischen Hauptstadt bekannt.

STIFTUNG

In der alten Heimat der Lufthansa ist jetzt die „Deutsche-Lufthansa-Berlin-Stiftung" ins Leben gerufen worden. Ihr gehört die restaurierte und in Frankfurt am Main stationierte „Ju 52" mit dem Namen „Berlin-Tempelhof". Die Stiftung will sich vor allem bemühen, „funktionsfähiges historisches Fluggerät" zu erwerben und zu nutzen. Vorstandsmitglieder der Stiftung sind der Leiter der Lufthansa-Hauptabteilung Technische Projekte, **Ernst Simon**, sowie der Leiter der Berliner Lufthansa-Niederlassung, **Helmut Schumacher**.

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Hitparade
10.50 Rosen-Resli
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

6.00 Fußball-WM
Berichte aus Mexiko mit Nachrichten bis 9.00 Uhr
13.15 Fußball-WM
Mexiko gestern und heute
14.20 Klamottenkiste
14.35 Unsere kleine Farm
15.20 Tagesschau
15.30 Die unbegrenzten Möglichkeiten
16.15 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
16.40 Fußballschule
17.15 Mexiko-Magazin
17.45 Tagesschau
Dazwischen: Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ich hatte verdammte Angst
Düsseldorfer Geiselnahme 1984
Dokumentation von Gerd Berger
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner
Buch: Peter Bradatsch
Mit Boy Gobert und Ralf Wolter
Erstmals in der Geschichte der „Krimistunde" stammen die drei Episoden von einem Deutschen. Bisher basierten sie auf Übersetzungen des bekannten amerikanischen Autors Henry Slesar.
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Themen: Wiener Festwochen. Stratford on Avon – Gute Geschäfte mit Shakespeare. Hans Neuenfels inszeniert Verdis Rigoletto. „Wiener Blut" am Berliner Theater des Westens
22.30 Tagesthemen
23.00 Kennedy (2)
Serie über den US-Präsidenten
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Feste feiern mit ausländischen Mitbürgern
Zu Gast bei Portugiesen
16.35 Der Stein des Marco Polo
Abenteuer in Venedig
Die Kündigung
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gast vorgesehen: Das Alt-Wiener Strauß-Ensemble
17.45 Der rosarote Panther
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Wanderjahre
Die Königskrabbe
19.00 heute
19.30 Circus
Freddy Quinn präsentiert Magier, Tiere und Artisten
Das Programm steht unter dem Motto „Auf der Reise nach Indien"
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Gott will keine Knechte
Freiheit und Religion
21.45 heute-journal
22.05 Was nun, Herr Genscher?
Klaus Bresser und Wolfgang Herles stellen Fragen an den Bundesaußenminister
23.05 Wassa Schelesnowa
Schauspiel von Maxim Gorki
Mit Inge Meysel, Robert Dietl und Karin Dorsch
Bildregie: Otto Meyer
Inszenierung: Karl Paryla
Aufzeichnung einer Aufführung des Tournee-Theaters Euro-Studio Landgraf in Zusammenarbeit mit dem Theater der Stadt Gütersloh
0.45 heute

Ein Wiedersehen mit dem kürzlich gestorbenen Boy Gobert (auf dem Foto mit Ralf Wolter) ist möglich in der „Krimistunde" (ARD, 21.05 Uhr) FOTO: DEFD

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Eine abenteuerliche Frau
Amerikanischer Spielfilm (1952)
21.35 Filmtip
Die Zeit nach Mitternacht
Von Martin Scorsese
21.45 Die Rheinischen Progressiven 1918 bis 1933
Teil 1: Das Gesetz der Welt ist die Änderung der Welt
22.15 Mein Ziel war die Ziellosigkeit
Wolfgang Koeppen – Versuch eines Porträts
23.00 Der infame Fély
23.55 Tips für Leser
Marguerite Duras: „Der Schmerz"

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Apartheid ist Gotteslästerung
Christliche Südafrika-Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland
19.00 Musik für uns – Musik für Euch
19.15 Die Erde lebt (10)
Inselwelten
20.00 Tagesschau
20.15 Der Schmalspurschnüffler
Amerikanischer Spielfilm (1977/78)
21.45 Bücherjournal
22.35 Politisch' Lied, ein garstig' Lied?
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Märchen der Welt
18.33 Natur und Freizeit
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Ali Baba und die vierzig Räuber
Amerikanischer Spielfilm (1944)
21.15 L wie Lastkraftwagen
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 J. Robert Oppenheimer

SÜDWEST
19.00 Abendschau
19.30 Zoff für Zwei
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
21.15 Politik Südwest
Rheinland-Pfalz und Saarland:
21.00 Neues um Neun
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Ausgefragt
Gemeinschaftsprogramm:
21.45 Gossliwil (4)
22.30 Musikladen – „Eurotops" Extra
23.15 Nachrichten
23.25 Ansichten des Jorge Luis Borges
Auf einer Deutschlandreise
0.10 Nachrichten

BAYERN
19.00 Louis, laß die Leiche liegen
Französischer Spielfilm (1960)
Mit Louis de Funès
20.20 Die Palucca
Porträt einer Tänzerin
20.45 Liturgie: Der offene Himmel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Bücherei – Partner für alle
23.20 Rundschau
23.25 Vendetta
Italienischer Spielfilm (1940)

SAT 1

15.00 APF blick
15.05 Marco
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche musicbox
17.00 APF blick-Telegramm
17.02 Kobra, übernehmen Sie
Anschließend: Rund um die Welt
18.00 Boomer, der Streuner
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Berichte von der Fußball-WM
19.05 Das Hotel
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Rod Taylor, Catherine Spaak, Karl Malden und Melvyn Douglas
21.15 APF blick
22.00 FBI
Zweimal Lösegeld
22.50 APF blick
23.00 Der Mann mit dem Glasauge
Deutscher Spielfilm (1968)
Mit Horst Tappert und Hubert von Meyerinck
Tänzerin Leila liebt Mr. Jefferson. Als sie ihn in seinem Hotel besucht, bricht er – erstochen – in ihren Armen zusammen. In seiner Jacke findet man ein Glasauge.
0.25 APF blick



19.00 Frühstück
19.45 Europa – deine Weine
Heute: Sizilien
20.00 Tagesschau
20.15 Heinrich, der gute König (6)
Die Verschwörung
12.05 Hans Werner Henze dirigiert
22.20 Coma
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Mit M. Douglas und R. Widmark
0.10 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.30 Die 12. Runde
Als Schmeling Joe Louis schlug
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Der letzte Zeuge
Deutscher Spielfilm (1960)
23.35 Kennwort: Kino
23.55 Nachrichten



18.00 RTL-Spiel
18.05 Stars, Tips und Spiele
18.15 Starmix
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.15 Viva Mexiko
20.05 Knight Rider
Die Box-Weltmeisterschaft
20.50 RTL-Spiel
20.55 Filmvorschau
21.05 Wyatt Earp
Amerikanischer Spielfilm (1983)
22.45 Popeye
22.50 Neu im Kino
23.10 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Ulrich Michels' dtv-Atlas zur Musikgeschichte

Hemmungslose Opéra

Der Begriff „Atlas" erfaßt gemeinhin die kartographisch verplante Erdkugel samt Himmelszelt. Der Deutsche Taschenbuch-Verlag hat eine Reihe von Atlanten herausgegeben, die den Begriff auf andere Wissensbereiche projizieren, so zum Beispiel auf die Anatomie, Astronomie, Baukunst, Physiologie, Mathematik, die deutsche Sprache und Literatur.

Dazu einen über Musik, dessen zweiter und abschließender Band jetzt erschienen ist. Faßte der erste Band unser Wissen über das Thema in einem systematischen Teil und einen historischen Abschnitt bis zum 17. Jahrhundert zusammen, resümiert der zweite die Geschichte der Musik vom Barock bis heute.

Ein Lexikon registriert Wissen, indem es Stichworte in alphabetischer Reihenfolge kurz und ohne einen thematischen Zusammenhang erklärt. Der dtv-Atlas dagegen fächert die bekannten musikalischen Fakten chronologisch auf, ordnet ein und wertet



durch quantitative Gewichtung der Beiträge. Die Statistik ist up to date: Sie verzeichnet Namen wie Ruzicka, Trojahn, Rihm, von Bose und erklärt das Schlagwort von der „Neuen Einfachheit", der jüngst erreichten Station musikalischer Entwicklung („vertraut mit alten Techniken, voll Geschichtsbewußtsein und sehr komplex, oft mit körperhafter Melodik und Rhythmik, viel Farben und Harmonie – auch Dur / Moll").

Damit ist der dtv-Atlas tatsächlich auf dem letzten Stand, erfaßt die jüngste Komponistengeneration und den Trend ihres Komponierens. Rückhaltlos ist der immense Fleiß anzuerkennen, der das ungeheure Quantum an Wissen zusammengetragen, koordiniert und komprimiert hat. Ulrich Michels hat in der Zusammenfassung der thematischen Vielfalt eine phänomenale, bewundernswerte Arbeit geleistet.

Allein wem nützt die Tour d'horizon querbeet durch die Musikgeschichte? Für ein Lexikon ist das Material zu ungeordnet, für eine eingehende Beschäftigung mit ihm zu pauschal. Der dtv-Atlas setzt sich zwischen alle Stühle. Sein Versuch zu komprimieren erweist sich als allzu ehrgeiziges Unternehmen, Musikgeschichte und ihre verästelten, auseinanderdriftenden Richtungen in überschaubares Maß einzugrenzen. Denn die Resultate einer üppig wuchernden, Jahrhunderte währenden Entwicklung lassen sich nicht ins Taschenbuchformat pressen.

Zum Text fügen sich die 130 Farbtafeln, die in ihrer raffinierten, verschlüsselten Struktur zum Lernen zu kompliziert, als Nachschlagewerk für den Kundigen aber in ihrer komplexen, in den krausen Themen-Kürzeln, Klang- und Formvergleichen, Notationstabellen und Einordnung von Zeitabläufen eher verwirrend denn klärend sind.

Was die Freude an dieser Fleißarbeit weiterhin trübt, ist der zuweilen ärgerliche 68er Jargon: So heißt es etwa zum Stichwort Grand Opéra: „Die Grand Opéra, repräsentative Operngattung der Julimonarchie 1830-48, spiegelt das erstarkende bürgerliche Bewußtsein technischer und wirtschaftlicher Erfolge mit ihrer neuartigen Monumentalität und Mannigfaltigkeit auf der Bühne. Mit einer für den bürgerlichen Geschmack typischen Hemmungslosigkeit häuft sie unterschiedliche Stile und Mittel der Wirkung wegen ..."

Fazit: Ein teilweise glänzend danebengelungenes Buch, mit dem keiner so recht etwas anfangen kann; ein Respekt heischendes wie unbrauchbares Kompendium; ein Geschwindmarsch durch die Epochen weder für den ersten Blick noch für die intensive Diskussion im richtigen Tempo; ein häppchenweise verabreichter Extrakt von Informationen, dem es in der Abstrahierung nicht gelingt, die Stichworte mit genügend erläuterndem Material zu füllen. Ans Ziel der Wünsche und Suche gelangt man stets nur über das – allerdings sehr zuverlässige – Personen- und Sachregister.

Die Anstrengung ist nicht gelungen, weil sie nicht gelingen konnte. So ist das eben, wenn man der Wirkung wegen unterschiedliche Stile und Mittel häuft, mit jener typischen Hemmungslosigkeit – oder?

HANS OTTO SPINGEL

Ulrich Michels: dtv-Atlas zur Musik; *Tafeln und Texte*; Band 2: *Historischer Teil*, Vom Barock bis zur Gegenwart; Deutscher Taschenbuch-Verlag München; 16,80 Mark



Dem Liebsten ein Kranz aus Vergißmeinnicht: „Minneszene" in Woll- und Seidenwirkerei, Nordostschweiz, Ende 15. Jahrhundert, aus der Ausstellung der Abegg-Stiftung FOTO: KATALOG

Blumenmotive auf Textilkunst – Die Sommerausstellung der Abegg-Stiftung

Blütenkaskaden für Marie-Antoinette

Die Gärten des Bauerndorfes Riggisberg, zehn Kilometer südlich von Bern in einer grünen Hügelmulde gelegen, prangen im sommerlichen Blumenschmuck. Noch üppiger blüht es auf den kostbaren alten Stikkereien und Webarbeiten in der Abegg-Stiftung. Das international bekannte Zentrum für historische Textilkunst widmet seine Sommerausstellung dem Thema „Naturalistische Blumenmotive vom späten Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert".

Blumen waren im Europa früherer Zeiten viel rarer und kostbarer als heute; deshalb wollte man ihrer kurzlebigen Schönheit Dauer verleihen. Neu aus Asien importierte Arten führten zu regelrechten Moden (etwa der „Tulpensucht" des 16. Jahrhunderts), die sich in der Dekorationskunst niederschlugen. Blumenmotive auf Textilien spiegeln auch die unterschiedliche Naturbeziehung nördlich und südlich der Alpen: Aus England und den Niederlanden kommen botanisch getreue Darstellungen, aus Kleinasien streng stilisierte Ornamente, aus Italien üppig wuchernde Phantasieblumen.

Reiche Information zu dieser Stilgeschichte findet sich mitsamt der wissenschaftlichen Bestimmung der dargestellten Pflanzenart und einer Erläuterung ihrer Symbolik sowie einem Glossarium textiler Fachbegriffe im farbig illustrierten Katalog von Alain Gruber und Karel Otavsky.

Das älteste Stück der sorgfältig präsentierten Sonderschau ist ein spätmittelalterlicher kleiner Wirkteppich aus der Nordostschweiz, auf dem eine Dame zwischen Maiglöckchen sitzt und ihrem Liebsten einen Vergißmeinnichtkranz windet. Einheimische Blumen und Tiere in großer Zahl und erstaunlicher Naturtreue finden sich ebenfalls auf einem zum Wandteppich umgearbeiteten Bettvorhang aus dem 17. Jahrhundert, bestehend aus 126 vollständig mit Nadelmalerei in farbiger Wolle ausgefüllten Quadraten. Ein Prunkstück unter den Stickereien ist auch der zweite Bettvorhang aus derselben Epoche mit unterschiedlichen Gartenblumensträußen in feinsten Farbschattierungen.

Das Hauptinteresse der Stiftung gilt aber den Webereien. Besonders reich vertreten sind die französischen Seidenstoffe. Da leuchten silberne Sonnenblumen auf einem blauen Altarmantel und pastellfarbene Streublümchen auf dem Fragment eines Reifrocks, eine Marienstatue im Blumenkranz wird zum Wandbild, und ganze Kaskaden von Blüten bedekken die seidenen Tapeten der Königin Marie-Antoinette. Aus Frankreich und Italien kommen plastisch wirkende Seidensamte, aus Deutschland und Holland ebenso reich ornamentierte Damasttücher. Harte Klöppel- und Nadelspitzen schmücken Fächer und Abendtäschchen.

Alle Textilien stammen aus der Stiftungssammlung und wurden für die Ausstellung im hauseigenen Atelier mustergültig restauriert. Nun leuchten die tausend Blumen wieder in unverwelkter Pracht und künden vom Schönheitssinn, der Kunstfertigkeit und dem Arbeitsfleiß vergangener Zeiten. Die Textilausstellung wird ergänzt durch Möbel, Kupferstiche, Ölgemälde, Porzellan und Fayencen zum selben Thema (bis 26. Oktober; Katalog 20 sfr)).

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN

Wie steinerne Vögel Kulturgeschichte erzählen

Klagelied vor Korotangi

Der Paläoanthropologe Gustav Heinrich Ralph von Koenigswald, der die fossilen Menschen Südostasiens erforschte, hat an alten Tempeln und Kultgegenständen Darstellungen von Vögeln entdeckt, die weitab von diesen Fundgebieten lebten. Er schloß daraus auf schon früh bestehende kulturelle Verbindungen zwischen geographisch weit entfernt liegenden Lebensräumen.

Koenigswalds Bericht über „Fremde Vögel an fernem Ort" erschien jetzt mehr als dreieinhalb Jahre nach seinem Tode in der Zeitschrift „Natur und Museum" der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft in Frankfurt am Main. Der Ornithologe Joachim Steinbacher vom Frankfurter Forschungsinstitut hatte das Manuskript vollendet.

Zu den interessantesten Forschungsobjekten der beiden Autoren zählte ein Vogelrelief aus dem 13. Jahrhundert im Haupttempel von Angkor in Kambodscha: Zwischen einem Nashorn und einem wilden Büffel steht ein großer Vogel, der nie auf Java bodenständig war.

Ein Relief, das aus dem Jahre 1369 n. Chr. stammt, zeigt deutlich erkennbar einen Helmkasuar der Art *Casuarius casuarius*, die mit mehreren Unterarten von Ceram, der größten Insel der Molukken, über die Aru-Inseln und Neuguinea bis Nordaustralien verbreitet ist. Diese Straußenvögel dürften von Ceram sehr früh nach Java gelangt sein. Von hier aus wurden sie bis nach China gebracht.

Bemerkenswert ist auch das Vorkommen von Hühnern auf der Osterinsel Rapa Nui. Als dieses Eiland im April 1722 zu Ostern von dem holländischen Admiral Roggeveen entdeckt wurde, tauschte er von den Bewohnern neben 30 Bündeln Bananen auch 60 Hühner ein. Bananen und Hühner sind asiatischer Herkunft. Dies gibt einen Hinweis darauf, daß die Bewohner der Osterinsel aus dem Westen von Asien kamen.

Ein fremdes Tier von fernem Ort könnte auch der sogenannte „Steinerne Rätselvogel Korotangi" darstellen, der bei den Ureinwohnern Neuseelands, den Maoris, höchste Verehrung genoß. Er soll früher bei Orakeln eine wichtige Rolle gespielt haben und angeblich von einem Tainui-Boot aus dem Ursprungsland der Maoris, dem sagenumwobenen Hawaiki, mitgebracht worden sein. Während eines Krieges wurde der Vogel versteckt, er kam erst 1878 beim Fällen eines Baumes wieder zum Vorschein. Der Häuptling der Ngatimaniapoto soll, als er den Korotangi sah, diesen vor sein Lager gestellt und jeden Morgen vor ihm ein langes Klagelied angestimmt haben.

Selbst die Maoris nehmen nicht an, daß der hochverehrte Vogel aus dem eigenen Land stammt. Die 26,5 Zentimeter lange, elf Zentimeter breite und hohe Figur aus Stein zeigt einen sitzenden Vogel mit taubenartigem Gefieder und flachem Schnabel mit seitlich versetzten Nasenlöchern. Die Nasenlöcher, die großen Augen und die steile Stirn deuten auf einen Sturmvogel hin. Die meisten Experten vermuten, daß es sich um keinen bestimmten Vogel handelt, sondern um eine Symbolgestalt.

Woher dieses Kunstwerk stammt, das in der Maori-Sprache „Weinende Taube" heißt, ist ungeklärt. Bearbeitungsspuren von Metallwerkzeugen erleichtern zumindest die Altersbestimmung, weil die Maoris vor dem Kontakt mit den Europäern keine solchen Werkzeuge besaßen.

DORIS BAUMBAUER

KULTURNOTIZEN

Der nächste James-Bond-Film, „The Living Daylights", wird zum Teil im Prater, vor der Wiener Oper und in der Erdölraffinerie in Schwechat bei Wien gedreht werden.

Rund 100 Photos des Filmpioniers Georges Méliès (1861-1938), aufgenommen bei Dreharbeiten, zeigt die französische Cinémathèque vom 26. Juni bis 26. September im Palais de Tokyo in Paris.

Den *„Literaturpreis Ruhrgebiet"*, dotiert mit 20 000 Mark, hat der Kommunalverband Ruhrgebiet erstmals ausgeschrieben.

Max Liebermanns „Münchner Biergarten" konnte die Münchner Neue Pinakothek mit Unterstützung des Ernst von Siemens Kunstfonds erwerben.

Kate Smith, die während des Zweiten Weltkriegs mit dem Lied „God bless America" zu einer nationalen Symbolfigur wurde, ist im Alter von 79 Jahren in Raleigh (North Carolina) gestorben.

Unsere liebe Mutter, Großmutter und Schwester

Carla Kohrs

geb. Behrens

ist heute im 84. Lebensjahr von uns gegangen.

Jürgen Kohrs und Frau Anne geb. Vogt
Friedrich, Susanne, Henning, Ulrike, Christine

Prof. Dr. Theodor Waubke und Frau Maria geb. Kohrs
Andreas, Dorothea, Bettina

Rainer Landwehr und Frau Dr. Anne-Kathrin geb. Waubke

Dr. Balázs Kapossy und Frau Annegret geb. Kohrs
Márika, Béla, Katrin

Dr. Peter Dahns und Frau Brigitte geb. Kohrs
Christian und Caroline

Ilse Redlich geb. Behrens

2110 Buchholz-Holm 1, den 16. Juni 1986

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 20. Juni 1986, um 12 Uhr in der Gutskapelle in Holm.

Mieses Stück à la Orwell

P. Je. – „Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als andere.“ Der Satz aus George Orwells „Farm der Tiere“ gehört längst zum Schatz geflügelter Worte. Selbst bei denen, die die Geschichte von den Tieren, die mit den Losungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Bauern vertreiben und die Herrschaft über die Farm übernehmen, nicht kennen oder nicht kennen mögen, weil – wie nach jeder erfolgreichen Revolution – die Schweine getreu dem Motto, das alle Tiere zwar gleich, einige aber „gleicher“ seien, ein Machtmonopol beanspruchen.

Die siegreichen Revolutionäre des Sozialismus mögen solche Fabeln nicht. Deshalb verhinderte jetzt der Leiter des Internationalen Theater-Instituts (ITI), der nigerianische Dramatiker Wole Soyinka, bei dem ITI-Festival im amerikanischen Baltimore die Aufführung des Musicals nach Orwells „Farm der Tiere“. Es sei entwürdigend, meinte er, weil eine sowjetische Fahne darin gezeigt würde. Zugleich gab er zu, diese Information erst durch die sowjetische Delegation erhalten zu haben.

Peter Hall, der Direktor des britischen Nationaltheaters, von dem die Musical-Produktion stammt, bezeichnete die Affäre als ein „mieses Stück à la Orwell“ und nannte die ITI-Funktionäre feige. Und das unabhängige amerikanische Informationsbüro, das den Veranstaltern einen Zuschuß von 125 000 Dollar gewährt hatte, will nun 45 000 Dollar zurückfordern, weil die Freiheit der Meinungsäußerung, der offenen Aussprache und die Duldung anderer Meinungen, Voraussetzungen jedes internationalen Austausches, nicht respektiert worden seien.

Wie wird die Sache weitergehen? Es wird Proteste geben, vom PEN-Kongreß in Hamburg, vom VS, von einigen anderen progressiven Schriftsteller-Vereinigungen. Allerdings wird sich dieser Protest nicht gegen die Entscheidung der ITI richten, sondern gegen das Informationsbüro, das „kommerziellen Druck“ gegen die „freie Entscheidung einer demokratischen Institution“ auszuüben versucht. Denn auch in Sachen Satire sind alle Tiere gleich, einige aber gleicher als die anderen.

Das Märchen von der Schwanenkönigin unter der Silbermondsichel: Musik, Theater und Tanz beim diesjährigen Israel-Festival

Daniel in der Löwengrube, Jazz im Sultansbad

Ein künstlicher Mond ist nicht vonnöten, während Prinz Siegfried auf die Verwandlung des weißen Schwans in die Prinzessin Odette wartet. Die Sichel des wirklichen Mondes steht tief über dem Theater. Die Wellen, die mächtig ans Ufer schlagen, der Wind, der die sparsamen, kargen Kulissen kräftig aufbläht, passen jedoch nicht zu dem idyllischen See, den Tschaikowsky im Sinn hatte: „Schwanensee“ in Caesarea.

Die einfachen Laute, die die Sängerin moduliert, die schlichten Bewegungen eines Tanzes, die Leere und Weite um eine „Frau in der Wüste“ beschwören sollen, verhallen angesichts der judäischen Wüste im Hintergrund, über die ein Beduine seine Herde treibt, ehe die Dunkelheit erst die fernen, dann die nahen Hügel verschluckt. Und die Lichter, die nach und nach aufscheinen, sprechen vom Leben in einer Landschaft, die zuvor urtümlich und wenig wohnlich schien: Meredith Monk auf dem Mount Scopus.

Sie beten mit Liedern und Instrumenten, vermischen alte Überlieferungen mit dem Glauben, dem sie nun schon Jahrhunderte anhängen, der ihnen aber noch immer neu ist. Sie singen von der Geburt Christi und von Bethlehem, einem Ort, der ihnen sonst so unwirklich und so fern ist, und dem sie nun auf einmal ganz nah sind: argentinische Liturgie auf dem Zionsberg.

Medea lebt in Ryukyu, sie flieht mit Jason nach Kyushu, vollendet dort ihr grausiges Werk mit griechischem Pathos, aber im synkopischen Gestus und der kehligen Intonation des japanischen Dramas: „Kabuki Medea“ in Jerusalem.

Das ungewöhnliche Spiel, der stimmungsvolle Ort sind ein Charakteristikum des Israel-Festivals, das jetzt in Jerusalem zu Ende ging. Es holt die Kunstwelt in ein Land, das stets über seine Grenzen hinaussah, und das, obwohl zwischen Asien und Afrika gelegen, dem abendländischen – auch dem christlichen – Kulturkreis verbunden bleibt. Die eigenen Wurzeln, das, was man jüdisches Erbe und Kultur nennen könnte, kommen darüber allerdings zu kurz.

Es ist ein polyglottes Festival. Da sind „Yerma“ und die „Bluthochzeit“ von Lorca in Spanisch, „Das Ende von Europa“, eine Revue des Neuen Theaters aus Posen, in Polnisch oder drei Stücke von Franz Xaver Kroetz teils in Englisch („Through the leaves“), teils in Hebräisch („Stallerhof“, „Mensch Meier“) zu sehen. Und da inszeniert der Japaner Shozo Sato mit dem Wisdom Bridge Theatre der Universität von Illinois das griechische Drama der Medea mit amerikanischen Schauspielern konsequent im Stile des Kabuki.



Griechisches Pathos im japanischen Kabuki: Szene aus dem Gastspiel des Wisdom Bridge Theatre beim Israel-Festival mit Barbara E. Robertson (im Vordergrund) als Medea. FOTO: ISRAEL-FESTIVAL

Die Akteure tragen farbenprächtige japanische Kostüme, kultivieren jene ritualisierte gebundene Bewegungsform, die von kurzen ekstatischen Ausbrüchen unterbrochen wird, sprechen den englischen Text mit jener künstlichen Sprachmelodie des Zerdehnens und plötzlichen Stakkatos, die den Vortrag im Kabuki oder Bunraku bestimmt. Nur die Mie-Pose, jenes kurze, demonstrative Erstarren in den Höhepunkten der Szenen, mochte ihnen nicht recht gelingen. Aber ein ungewöhnlicher Theaterabend war es trotzdem, weil er in doppelter Brechung die abendländische Spieltradition mit fernöstlichen Mitteln aus den Angeln hob, zugleich aber einen scheinbar ganz in unserem Kulturraum verwurzelten Stoff ins Japanische transponierte.

Es ist ein Festival, das auf das Esperanto der Musik setzt, wobei der Bogen gut achthundert Jahre Klassisches und Populäres umspannt. Denn neben dem gewohnten Konzertrepertoire des 18. und 19. Jahrhunderts war hier auch die Rekonstruktion eines Daniel-Spiels aus dem 12. Jahrhundert zu hören oder taten sich die gegenwärtigen Stars der Popmusik in Israel für eine öffentliche Fernsehaufzeichnung zusammen, die der vor zwanzig Jahren ungewöhnlich geschätzten Gruppe „Hatarnegolim“ Kränze flocht. Und da in diesem Jahr die Jerusalem Foundation, die auch wesentlich bei der Finanzierung des Festivals hilft, zwanzig Jahre besteht, wurde in das Programm ein Festkonzert in der Dormition Abbey eingeschoben, das israelische und deutsche Sänger und Instrumentalisten bei christlichen Chorwerken vom Barock bis zu Mendelssohn vereinte. Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek ließ es sich nicht nehmen, das Konzert zu besuchen, und im Vorraum der Kirche malte Ernst Fuchs derweil an seinem großen Abendmahl-Bild, das er 1953 begonnen hat und das wohl noch eine ganze Weile der Vollendung entgegenwarten muß.

Es ist auch ein Festival, das sich ausgiebig der „nonverbalen Kommunikation“ des Balletts bedient, mit klassischen Truppen wie Spoerlis „Giselle“ aus Basel oder Sadler's Wells „Schwanensee“, mit Folklore – zum Beispiel dem Mazowsze-Ensemble aus Warschau – und mit allerhand Modernem und Modernistischem aus dem eigenen Land.

Vor allem ist es ein Festival, das sich nicht in die Kulturbunker zurückzieht – obwohl im Festival-Zentrum, dem Sherover Theatre in Jerusalem, fünf Spielstätten unterschiedlicher Größe zur Verfügung stehen –, sondern das dem Genius loci der Stadt (und auch anderwärts) reichhaltigen Tribut zollt.

So wurde das mittelalterliche Spiel von Daniel und den Löwen in der Zitadelle, dem Davidsturm, zelebriert. Im sogenannten „Sultans's Pool“, dem tiefeingeschnittenen Hinnon-Tal unterhalb der alten Wälle und einst unüberwindlichem Grenzgraben der geteilten Stadt, waren ein Jazzfestival zu hören und „Schwanensee“ zu sehen. Das Ballett trat allerdings vorwiegend im römischen Amphitheater von Caesarea an der Mittelmeerküste auf. Hier begann auch Meredith Monk mit ihrem Programm, das sie außerdem noch im neuen Amphitheater auf dem Mount Scopus zeigte, hinter dessen offenen, von vier Säulenpaaren begrenztem Halbrund der Blick weit in die Wüste (und an klaren Tagen sogar bis zum Toten Meer) schweifen kann.

Und schließlich ist die Dormition-Kirche der Benediktiner auf dem Zionsberg vielfältig ins Programm einbezogen. Das begann mit der Johannes-Passion, umfaßte Madrigale und Kantaten des italienischen und französischen Barocks, liturgische Kompositionen des 13. Jahrhunderts, wie die volkstümliche religiöse Musik aus Nordwest-Argentinien. Der Rundbau der Kirche mit der großen Apsis und den kleinen Kapellen hat allerdings seine akustischen Tücken. Während die Einstimmigkeit und die getragenen Instrumentalmelodien, die die Argentinier bevorzugten, bei dem langen Nachhall wirkungsvoll zur Geltung kamen, gibt es bei komplizierter Mehrstimmigkeit gelegentlich unschöne Klangüberschneidungen.

Nicht zuletzt aber ist es ein Festival, das mit seinen fünfzig verschiedenen Programmen und mehr als hundert Vorstellungen in drei Wochen den Besucher zur Auswahl zwingt. Und wenn er, weil er sich zu viel vorgenommen hat, einmal zu spät kommt, so muß er nicht den Unmut der anderen Besucher fürchten. Solche Sachen nimmt man hier lockerer, fast familiär, was wesentlich zur sympathischen, offenen Atmosphäre des Festivals beiträgt.

PETER DITTMAR

In Kirchen und Palästen: Zum 2. Mal „Tage Alter Musik“ in Regensburg

Den Pommer zum Klingen gebracht

Glanzvoll sind sie zu Ende gegangen, die zweiten Regensburger Tage der Alten Musik. Erneut hat sich das Konzept des jungen Veranstalterteams bewährt, die zahlreichen historischen Gemäuer der alten Donaureichsstadt nicht nur für das Auge, sondern auch für das Ohr zu nutzen. Die ehrwürdigen Kirchen, Paläste und Hallen verlangen ja geradezu danach, von Musik erfüllt zu werden. Gibt es ein passenderes Ambiente als einen mittelalterlichen Kirchenraum für Perotins frühe Mehrstimmigkeit?

International renommierte Ensembles gaben sich in Regensburg die Klinke in die Hand. Einige von ihnen veranstalteten Meisterkurse, so der Lautenist Paul O'Dette, derzeit Leiter für Alte Musik an der Eastman School in Rochester. Und auch die Cembalisten kamen auf ihre Kosten, dozierte doch der Amsterdamer Hilbrand Borkent darüber, wie man Mozart auf dem Hammerflügel zu spielen hat. Das London Fortepiano Trio setzte gleich am ersten Abend diese Theorien in die Praxis um und führte außerdem noch kammermusikalische Juwelen von Haydn und Clementi vor. Dabei war insbesondere die Musikalität und Einfühlsamkeit der Pianistin Linda Nicholson zu bewundern.

Ein Festival bequemen Genusses waren die Tage Alter Musik gewiß nicht. Wer wollte, konnte hier mit Dufay aufstehen und Josquin des Prez zu Bette gehen. Denn es gab neben dem abendlichen Hauptkonzert auch noch Matineen und Nachmittagskonzerte. Und wer dann immer noch nicht genug hatte, traf sich ab halb ein Uhr nachts mit den Künstlern des Tages zu einem „Nachtgespräch“.

Und damit zwischen Matinee, Vier-Uhr-Konzert, Soiree und Nachtschwärmerprogramm auch keine Langeweile aufkam, gab es noch einen musikwissenschaftlichen Workshop. Dieser war in erster Linie dem historischen Instrumentenbau gewidmet; aus Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark und Holland präsentierten zahlreiche Spezialisten ihre wertvollen Werke, vom Pommer bis zur Pauke.

Zum Abschluß fand man sich bei Jean Claude Malgoire ein. Der gewichtige Musikwissenschaftler ist Chef eines der bekanntesten Barockorchester: die Grande Ecurie et la Chambre du Roy Paris. Lully und Rameau, Charpentier und Couperin sind die „Hausgötter“ dieses kultivierten Ensembles, das in diesem Jahr sein zwanzigjähriges Bestehen feiern kann, also zu den Pionieren unter den Spezialensembles für Alte Musik zählt. Mit der Suite aus André Campras „Tancrede“ lieferte Malgoire in Regensburg einen kleinen Vorgeschmack auf das diesjährige Festival von Aix-en-Provence, wo er mit seinem Ensemble diese Oper des provençalischen Komponisten wieder zum Leben erwecken will.

Zwar hatte Malgoire seine „Ecurie“, nämlich die Trompeten und Pauken, diesmal zu Hause gelassen, aber mit der „Chambre“, jenem auf Franz I. zurückgehenden Ensemble aus Flöten, Oboen, Streichern und Cembalo ließ sich auch gepflegt musizieren. Vor allem mit Rameaus kapriziös gestalteter „Suite de Platée“ verzauberte der Dirigent seine Hörer in die Gärten von Versailles. So findet die Alte Musik auch ein breiteres Publikum.

JÖRG RIEDLBAUER

Zürcher Juni-Festwochen: Mit Verdis Oper „Nabucco“ ins Hallenstadion

Aufbruch aus der Gefangenschaft

Aus der Not geborene Ideen leben manchmal lange. So die Idee der Zürcher Oper, einmal im Jahr mit einer Produktion ins Hallenstadion umzuziehen. Die kam auf, als das Opernhaus am Bellevue zwecks Renovierung auf zwei Jahre geschlossen werden mußte. Unter den diversen, im Platzangebot meist beschränkten Ausweichquartieren sollte doch wenigstens eins sein, das Oper in großem Stil erlaubte. Wenn schon Großformat, dann auch gleich ein Massenspektakel von Veroneser Format, sagte man sich, und brachte vor drei Jahren die „Aida“ heraus. Der Test lief gut, im Jahr darauf folgte der „Boris Godunow“, und als man im letzten Sommer wieder auf den eigenen Brettern Oper spielte, da merkte man, daß etwas fehlte.

In diesem Sommer gab es zu den Zürcher Juni-Festwochen also wieder eine Premiere im Hallenstadion: Verdis „Nabucco“. Die Besonderheit dieser Sportarena mit ihren fast 20 000 Plätzen ist, daß man hier Oper ohne elektronische Verstärkung spielen kann – so gut funktioniert die Akustik. Natürlich ist das Orchester doppelt bis dreifach besetzt, die Chöre rollen mit Verstärkungen an, um die nötigen Lautstärkegrade zu erzielen. Aber die Solisten müssen allein ihren Mann stehen, und auch sie sind noch recht vernehmlich.

Die Versuchung ist wohl groß, unter solchen Umständen in einem Einheits-Forte loszusingen, ohne Rücksicht auf Singkunst eben ein möglichst üppiges Tonvolumen zu produzieren. Der erliegen die Sänger nicht – nicht Cristina Deutekom in der halsbrecherichen und dramatischen Partie der Abigail, nicht Juan Pons als Nabucco, Stefan Elenkov als Zaccaria, Dino di Domenico als Ismael oder Stevka Mineva, die eigentliche Entdeckung der Aufführung, als Fenena. Keiner opfert den Umständen etwas von seinem Belcantisten-Stolz. Die andere Besetzung der en suite gespielten Aufführungen schließt übrigens Mara Zampieri als Abigail und Renato Bruson als Nabucco ein.

Mit einem Wort: Überraschend viel ernstzunehmende Oper in diesem Ambiente. Und das ist wohl zuallererst das Verdienst des Dirigenten Gianfranco Masini, der den riesigen Apparat straff zusammenhält, auf Tempo und Dynamik achtet, Verdis Noten stets hart auf den Fersen bleibt. Gerade solche Massenspektakel, bei denen hundert Meter zwischen einem Sänger hier und einem Orchestermusiker dort keine Seltenheit sind, tendieren ja leicht dazu, in eine amorphe Breite auszufließen, da einer auf den anderen wartet. Solche Lässigkeit hat bei Masini keine Chance.

Die Inszenierung von John Dexter in einem Bühnenraum von Josef Svoboda, der vor allem durch Projektionen babylonischer Reliefkunst Atmosphäre und Lokalkolorit bekommt, steuert die Massen, regelt den Verkehr, postiert die Sänger. Mehr gibt es beim „Nabucco“ meist auch sonst nicht an Regiekunst zu bewundern. Das Bild des Gefangenenchors wird sogar ausgesprochen eindrucksvoll, wenn die Hebräer am Schluß aufbrechen, eine schier endlose Treppe hinaufstürzen, Menschenmassen sich in die Freiheit zwängen.

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 20., 21. und 22. Juni; Karten: 00411 / 25 16 922

Fatale Obsessionen: Der Film „Eine demanzipierte Frau“ mit Meryl Streep

Wenn der Samen des Wahnsinns treibt

Das Fieber um „Jenseits von Afrika“, Sidney Pollacks dunkles, lockendes Epos eines ungewöhnlichen Frauenschicksals auf dem Schwarzen Kontinent mit Meryl Streep als Tania Blixen, ist noch längst nicht abgeklungen, da kommt bereits eine neue bewegte Frauen-Story mit dem Hollywood-Star in unsere Kinos: „Eine demanzipierte Frau“.

Das ist die Geschichte einer blutjungen Britin im Dienste der französischen Resistance, die sich in der öden Normalität und Perspektivenlosigkeit des Nachkriegs-London der fünfziger und sechziger Jahre nicht mehr zurechtfinden kann, ihre schwärmerisch kriegsromantischen Ideale zerbröckeln sieht und mit Zornes-Eruptionen darauf reagiert.

„Eine demanzipierte Frau“? Was dieser Titel soll, unter dem man hierzulande den amerikanischen Film des Australiers Fred Schepisi glaubt verkaufen zu müssen, fragt man sich allerdings vergebens, lockt er doch, in modischer Gespreiztheit (mit unüberhörbaren Anklängen an die „Flambierte Frau“), den Betrachter auf die falsche Fährte eines billigen Abgesangs. Dabei ist der Film, der auf des englischen Erfolgsdramatikers David Hares Schauspiel „Plenty“ basiert, das man mit „Jede Menge“, aber kühn vielleicht auch mit „Es reicht“ übersetzen kann, alles andere als einsträngig-resignativ. Er gewinnt vielmehr seine spannungstreibenden Impulse in erster Linie aus dem explosiven Aufbegehren der weiblichen Heldin Susan Traherne, einem Aufbegehren, das freilich den Samen der Zerstörung und des bedrohlichen Wahnsinns in sich trägt.

Doch wenn der Titel auch verärgert, der Film selbst zählt unstreitig zu den attraktiveren Premieren dieses Sommers. Er hat einnehmende erzählerische und optische Qualitäten, die sich allerdings nie marktschreierisch darbieten, sondern eher einem dezenten Realismus verpflichtet sind, dem jedoch auch Biß und Bitterkeit eigen sind. Und erfreulicherweise auch eine scharfzüngige Ironie: ein Vorzug, den man angesichts gewisser melodramatischer Fallstricke der Story nicht hoch genug veranschlagen kann.

So wird etwa – auf dem Hintergrund der Suez-Krise – mit frechem Spott über die britische Diplomatie und das Foreign Office hergezogen. Und mit solch quasi-parodistischen Einlagen wird zugleich der Kontrapunkt geschaffen für Susans fatale Kriegs-Obsessionen, deren soghafter Charakter mehr als einmal an die existenzbedrohenden Kriegserlebnisse der Heldin von Duras/Resnais' „Hiroshima mon amour“ denken läßt.

Doch der Vergleich zu Resnais läßt sich eher motivisch und atmosphärisch festmachen, als daß er auch für die Faktur des Films gälte. Was nicht heißt, daß „Eine demanzipierte Frau“ ohne ästhetische Raffinesse gedreht ist. So fand Schepisi für die Zeit-Sprünge eine sehr sensible Übergangstechnik, die uns immer wieder in einem seltsamen Schwebezustand zwischen Gegenwart und Vergangenheit beläßt.

Besonders gelungen die Volte vor dem Schluß: Noch einmal nimmt der Regisseur hier die entscheidende Liebesszene des Beginns wieder auf, so daß der Kreis sich glücklich zu schließen scheint. Doch unmerklich geht die alte in eine neue Szene über, die verstörend signalisiert: Das romantische Liebespaar von einst hat sich noch einmal getroffen, doch diesmal zu einem Rendezvous der tristesten Desillusion. Dieser Kunstgriff gemahnt an David Hares eigenen Film, den Psycho-Krimi „Wetherby“, bei dem der Brite den Zeitbegriff immer wieder ins Schwanken gebracht hat, um Schrecken und Beklemmung zu evozieren.

Daß Schepisi für die Rolle der sanft-rebellischen Susan Meryl Streep gewann, ist der eigentliche Glücksfall dieses Films. Sie bringt eine Stärke, eine Wandlungskraft, eine aufregende Sensibilität und Verletzlichkeit für diese rücksichtslose und gefährdete Figur mit, die dem Geschehen fortwährend neue dramatische Brennkraft gibt. Ausgezeichnet auch ihre Partner: Charles Dance als ihr Mann Raymond Brock, die intelligente Tracey Ullman als Freundin Alice, der englische Rock-Musikus Sting und der betagte Sir John Gielgud, der aus dem britischen Botschafter eine fabelhafte Charakterstudie macht.

KLÄRE WARNECKE



Sanfte Rebellin: Meryl Streep in „Eine demanzipierte Frau“ FOTO: TWENTIETH CENTURY-FOX

Lugano: Gold und Silber aus Leningrads Eremitage

Eine Uhr in der Tulpe

Es funkelt und glitzert am Luganer See. Bis zum Herbst können in den Privaträumen der Villa Favorita Gold- und Silberschätze aus der Leningrader Eremitage bewundert werden. Baron Hans Heinrich von Thyssen-Bornemisza, dem renommierten Sammler und Eigner der Villa, gelang es, im Rahmen seiner nun schon bekannten Austauschpolitik mit den großen sowjetischen Museen, denen er gleichzeitig Gemälde aus seiner eigenen Sammlung ausleiht, rund 150 Stücke aus dem einstigen Besitz der russischen Zaren zum ersten Mal im Westen zu zeigen.

In Leningrad bleiben allerdings keine leeren Vitrinen zurück. Wie der Hausherr erklärte, befand sich ein Teil dieser wertvollen Gold- und Silberschmiedearbeiten völlig verwahrlost im Keller der Eremitage. Nun erstrahlen sie in Lugano, effektvoll präsentiert und sorgfältig beleuchtet, in ihrem vollen Glanz. Es handelt sich dabei um Objekte, die zwischen dem späten 15. und dem frühen 20. Jahrhundert entstanden.

Das Schwergewicht bilden Golddosen sowie europäisches und russisches Silber aus dem 18. Jahrhundert. Über Jahrhunderte hinweg erwarb der russische Adel eine beträchtliche Anzahl europäischer Kunstwerke höchster Qualität und wirkte als ein wichtiger Förderer und Patron der russischen Künstler und Handwerker jener Zeit.

Am spektakulärsten ist wohl die um 1740 in Augsburg angefertigte, einen Meter hohe, silberne und teilvergoldete Konstruktion, die die Auferstehung Christi, umringt von Soldaten und den drei Marien, darstellt. Bemerkenswert sind auch eine Schnupftabakdose mit Edelsteinen und großen Diamanten, die um 1760 für Friedrich den Großen gefertigt wurde, ein goldener Wasserkrug mit Schale aus der Werkstatt von François Thomas Germain, einem der größten europäischen Goldschmiede des 18. Jahrhunderts (Paris 1764), sowie ein emaillierter und mit Juwelen besetzter Abendmahlkelch mit Hostienteller, beide im späten 17. Jahrhundert in den Werkstätten des Kremls hergestellt. Als einziges Möbelstück ist ein Tisch mit Spiegel aus poliertem Stahl und goldenen Verzierungen zu sehen (1780).

Natürlich fehlen die bezaubernden Arbeiten aus dem Hause Fabergé nicht. Und viel Beachtung findet ein kleines Kunstwerk der deutschen Uhrmacherei: eine Uhr aus dem 17. Jahrhundert, die in den silbernen Blumenblättern einer Tulpe eingeschlossen ist (bis 2. Nov.)

PATRICIA ENGELHORN

JOURNAL

Hohe Freiheitsstrafe für Sammler aus Leningrad

DW. Frankfurt

Zu sechs Jahren Straflager wurde der Leningrader Kunstsammler Georgij Michailow am 10. Juni verurteilt. Das erfuhr jetzt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte von seinen Angehörigen. Das Gericht warf Michailow, einem der bekanntesten Sammler nonkonformistischer Kunst in der UdSSR, vor, 58 schon durch den Staat beschlagnahmte Bilder „unterschlagen“ zu haben. Zur angeblichen Tatzeit lebte der 41jährige 8000 Kilometer von Leningrad entfernt in der Verbannung. Michailow hatte bereits von 1979 bis 1983 eine Freiheitsstrafe verbüßt, weil er Dias seiner Kunstsammlung in seiner Wohnung vorgeführt hatte.

Deutsche nutzten Bibliotheken besser

dpa, Berlin

Die Deutschen in der Bundesrepublik haben 1985 wieder mehr gelesen. Gegenüber 1984 stieg die Zahl der in Bibliotheken entliehenen Bände um 2,5 Prozent auf über 170 Millionen, teilte das Deutsche Bibliotheksinstitut mit. Bei der Erhöhung der Ausleihzahlen hätten eine höhere Zahl von Neuanschaffungen und der funktionsgerechte Umbau vieler Büchereien offenbar eine große Rolle gespielt.

Jelena Bonner schrieb in den USA Memoiren

SAD, New York

Während ihres Aufenthalts in den USA hat Jelena Bonner, die Ehefrau des nach Gorki verbannten sowjetischen Dissidenten Andreij Sacharow, ihre Memoiren geschrieben. Das Buch wird zur Zeit aus dem Russischen in mehrere Sprachen übersetzt. Der New Yorker Verlag Alfred Knop wird das Buch im Oktober gleichzeitig mit verschiedenen europäischen Verlagen (in Deutschland: Piper) herausbringen.

Musiker und Sänger mit ABM-Stelle?

dl. Lüneburg

Die Stadt Lüneburg mit dem kleinsten Drei-Sparten-Theater der Bundesrepublik will Schauspieler, Musiker und Sänger zur Verstärkung des Ensembles auf Kosten des Arbeitsamtes auftreten lassen. Zur Zeit prüft die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, ob es möglich ist, Künstler mit Zweijahresverträgen aus den Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßmahmen zu finanzieren.

Cousteau legt Ozeanisches Zentrum an

AFP, Paris

Ein Ozeanisches Zentrum will der französische Tiefseeforscher Jacques Cousteau bis 1988 im Pariser Hallenviertel anlegen. Attraktion des Zentrums ist eine 25 Meter tiefe künstliche Unterwasserhöhle. Lebende Exponate in dem rund 50 Millionen Mark teuren Projekt sind Meerestiere, die in einem großen Aquarium in einem Korallenstock untergebracht sind.

Wirtschaftsfilmpreis an VW-Streifen

DW. Bonn

Der Volkswagen-Film „Leben und leben lassen“ gewinnt den vom Bundesminister für Wirtschaft gestifteten deutschen Wirtschaftsfilmpreis 1985. Der Film macht Autofahrer mit dem typischen Verhalten von Kindern im Straßenverkehr vertraut und erhielt die Auszeichnung für seine „besonders eindrucksvolle filmische Gestaltung“.

Dean Reed gestorben

AP, Berlin

Der amerikanische Sänger Dean Reed ist im Alter von 48 Jahren in der „DDR“ gestorben. In einer Meldung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN werden Umstände und Todesdatum nicht genannt. Der Folk-Sänger hatte 1962 nach dem Besuch einer Schauspielschule die USA verlassen und in mexikanischen und italienischen Filmen mitgewirkt, bevor er in die „DDR“ übersiedelte.

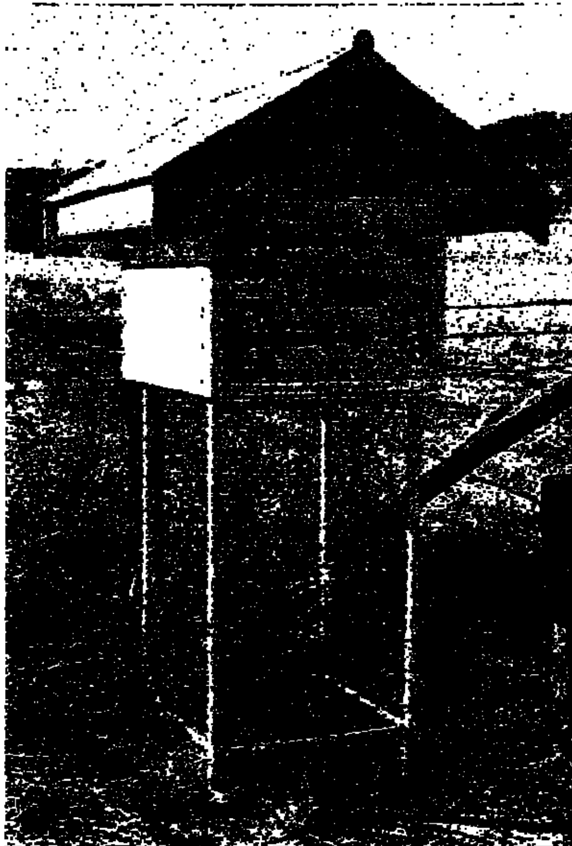
DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

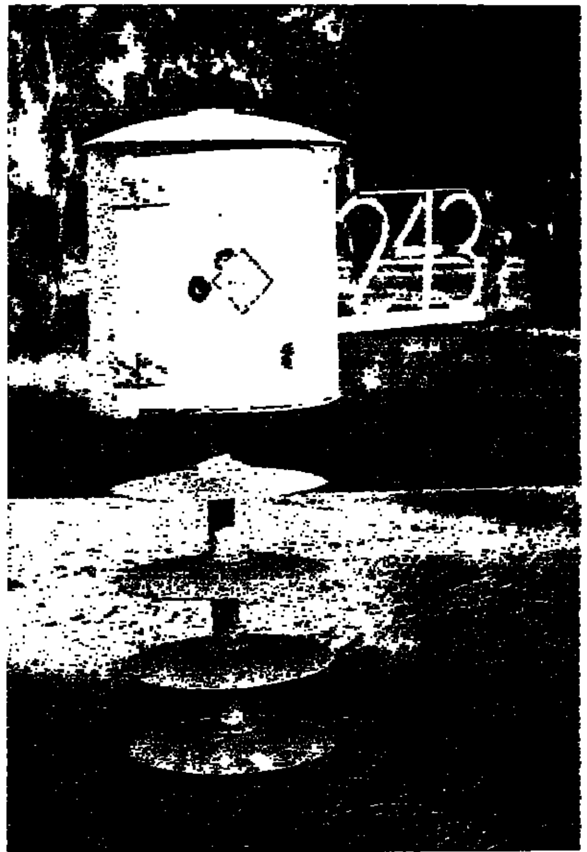
Der getreue Ritter Mardian, vom Zauberer Almeric in einen Werwolf verwandelt – und das inmitten der dunklen Tannenpracht des Schwarzwaldes. Rechtzeitig zur Ferienzeit ist in der „Bibliothek der phantastischen Abenteuer“ das Phantasymärchen vom „Wolfswald“, erzählt von Mary Stewart und übersetzt von Sabine Reinhardt, erschienen. Mit den beiden jungen Engländern John und Margaret erleben wir einen spannend gemachten „black forest“. Für einen Nachmittag am Strand oder einfach als Bettlektüre – vielleicht sogar im Schwarzwald? J. W.

Mary Stewart: „Wolfswald“. Fischer Verlag, 144 S., 7,80 Mark

Eine Spezialität des australischen Outback: bemalte Fässer, Kannen, Kühlschränke und windschiefe Vogelhäuschen für die Post









An ihren Briefkästen sollt ihr sie erkennen

Die Fahrt geht durch die unendliche, monotone Weite des Hinterlandes. Die Hitze flirrt über der staubigen Piste. Plötzlich eine Begegnung: Unvermutet steht da auf Stelzen eine rostige Öltonne in der Landschaft und nach geraumer Zeit – ein Kühlschrank. Seltsame Wegmarken. Hinter jeder von ihnen steckt eine unverwechselbare Persönlichkeit. Diese Behältnisse in ihren bizarren Formen und ihrer satten Farbigkeit sind Ausdruck der Individualität, wie man sie nur hier im „outback" findet. „R.M.B.", „Roadside Mail Box" ist ein „Landbriefkasten", zur Aufnahme der aus- und eingehenden Post. Doch das ist nur die eine Seite. Diese Tonnen, Milchkannen, Holzhäuschen und was auch immer als Material verwendet wird, sind im besten Sinne Gebrauchskunst, auch wenn keinem hier am Ende der Welt das so recht bewußt wird. Eines eint diese „Briefkästen": Sie sind unverwechselbar individuell und verraten daher viel über ihre „Schöpfer". Sie sind mal witzig, mal schlampig zusammengezimmert, mal massiv oder verspielt und mit korrekter Hausnummer versehen, falls überhaupt eine vorhanden ist. Hans J. Breitgraf, ehemaliger Legationsrat beim Auswärtigen Amt und Australienkenner par excellence, hat hunderte dieser eigenwilligen Briefkästen aufgespürt und fotografiert. Die schönsten Aufnahmen sind jetzt (bis 4. Juli) im „Kultur Forum der Stadt Bonn" ausgestellt. Die rote Hand an der Tonne (rechts) bedeutet übrigens für den Postboten: Hier sind Briefe mitzunehmen. Und da gibt es auch jene Farmer, die es leid sind, daß ihr „Briefkasten" von den Kugeln Vorbeikommender durchsiebt wird. Für diesen Spaß des „Shoot the Mail Box" soll nun der Schafbock aus Blech herhalten (links). H.J.B.

Harte Zeiten für Italiens Raucher

Rigide Gesetzesvorlage / Kein blauer Dunst mehr am Arbeitsplatz und in Restaurants

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

„Rauchen verboten!" Mit dieser zur Gesetzesvorlage erhobenen Devise ist es Italiens Gesundheitsminister Costante Degan gelungen, in der gestrigen italienischen Morgenpresse sogar dem französischen Fußballstar Michel Platini publizistisch Paroli zu bieten. „Degan siegt", verkündeten die Hauptschlagzeilen fast aller Blätter – neben der Hiobsbotschaft, daß Platini das Weltmeisterschaftsabenteuer der „Azzuri" beendet habe. In einer rechtzeitig vor Beginn des fatalen Fußballspiels zwischen Italien und Frankreich beendeten Kabinettssitzung beschloß die Regierung Craxi auf Vorschlag Degans ein Gesetz gegen den blauen Dunst, das jetzt zur definitiven Billigung an das Parlament weitergeleitet wird.

Der christdemokratische Minister, der sich in einem Jahr vom Raucher zur leidenschaftlichen Anti-Rauch-Kassandra verwandelt hat, setzte in der Vorlage das Rauchverbot in vielen der Öffentlichkeit zugänglichen Lokalitäten durch.

Nicht nur in Krankenhäusern, Schulen und Universitäten, auch in den Jets des inneritalienischen Flugnetzes, in den Fernsehstudios, in den Mehrpersonenabteilen der Schlafwagen, in den Amtsstuben und grundsätzlich sogar in den Arbeitsräumen privater Betriebe sowie in den Restaurants soll das Rauchen künftig unter Strafe gestellt werden. Für Arbeitsräume und Restaurants soll nur dann eine Ausnahme gemacht werden, wenn ausschließlich für Raucher reservierte Räumlichkeiten eingerichtet oder – im Falle von Restaurants, Ballsälen und Kinos – teure Luftreinigungsanlagen eingebaut werden.

Jede Werbung für Tabakerzeugnisse, für die in Italien paradoxerweise der Staat weitgehend das Produktions- und ausschließlich das Verkaufsmonopol hat, soll unter Strafe gestellt werden – auch die Reklame auf Kleidungsstücken und Taschen. Ebenso soll die Abgabe von Tabakerzeugnissen an Minderjährige unter 16 Jahren unter Strafandrohung verboten werden. Obwohl die Gesetzesvorlage in ihrer gesundheitspolitischen Zielsetzung breite Zustimmung findet, stößt sie unter zwei Gesichtspunkten auch auf harte Kritik.

Zum einen wird die Frage nach der praktischen Durchsetzbarkeit der Verbote gestellt. Nach der Kabinettssitzung meinte der Minister für die Regionen, Carlo Vizzini, ein Liebhaber der schweren Toscana-Zigarren, Degan werde jetzt wohl neben der Feuerwehr auch noch eine Art „Rauchwehr" einrichten müssen.

Kritik kommt auch aus dem Lager der wirtschaftlich Betroffenen. Im Lande gibt es 316 000 Tabakanbauer, 16 000 Angestellte des staatlichen Tabakmonopols und 61 000 Tabakhändler. Sie alle hoffen, daß die Degan-Vorlage im Parlament noch Abmilderungen erfährt.

Tierschützer empört über „Vogelmord"

lz. München

Der Vorwurf des „Vogelmordes" wurde bisher vor allem gegen die italienischen Jäger gerichtet. Gestern aber beklagten Tierschützer, Ornithologen und die bayerische SPD gemeinsam ein „unbeschreibliches Vogel-Massaker", das alljährlich am Chiemsee stattfinde. Auch der Landtag in München muß sich demnächst mit vier Petitionen befassen, in denen die sofortige Jagdeinstellung gefordert wird.

Bislang wurden jedoch alle parlamentarischen Vorstöße, die zumindest zu einer Jagdreduzierung führen sollten, abgewehrt. Das Landwirtschaftsministerium begründete diese Haltung mit dem Hinweis auf eine vor allem bei den Bläßhühnern festzustellende erhebliche Überpopulation, die auf den Mangel an natürlichen Feinden und auf massive Zufütterung zurückzuführen sei.

Tierschützer und Wissenschaftler widersprechen dieser Auffassung. Professor Josef Reichholf von Bayerns Zoologischer Staatssammlung führt als Gegenbeispiel den Bodensee an, der durch eine grenzüberschreitende Vereinbarung aller Anrainerländer seit fünf Jahren von der Wasservogel-Jagd ausgenommen ist. „Wir haben keine Vermehrung der Bläßhühner feststellen können. Auch am Chiemsee sinkt die Population seit einigen Jahren."

Reichholf hält auch die Behauptung der Fischer für nicht erwiesen, daß die schwarzen Bläßhühner bei ihrer Futtersuche in ein bis zwei Meter Wassertiefe die Hecht- und Renkengelege fressen. Mit Sorge beobachten die Tierschützer aber, daß der See-Eigentümer, die dem bayerischen Finanzministerium unterstellte Seen- und Schlösserverwaltung, die Jagd für weitere neun Jahre an zehn Jagdpächter vergeben hat, die zum großen Teil Berufsfischer sind.

Ein Risiko im Urlaub

Zunahme der Malaria tropica / Erreger bereits resistent

VERA ZYLKA, Bonn

Die Frage, wie sich Fernreise-Touristen vor der Malaria schützen können, ist durch einen Todesfall in München wieder hochaktuell geworden. Der Patient hatte sich während einer Reise nach Kenia infiziert. Seit langem ist umstritten, welche Medikamente zur Vorbeugung gegen die Malaria eingesetzt werden sollten. In vielen Gegenden der Welt haben die Erreger bereits Resistenzen gegen die heute gebräuchlichen Arzneimittel (Chloroquin, Fansidar®) entwickelt. Hinzu kommen Unwissenheit und Nachlässigkeit der Touristen bezüglich der Prophylaxe, aber auch die Unsicherheit mancher Ärzte bei der Beratung der Patienten vor der Reise oder bei der Diagnose einer Erkrankung. Einen hundertprozentigen Schutz vor der Ansteckung gibt es zur Zeit nicht, so Professor Manfred Dietrich, Leiter des Hamburger Tropeninstitutes. Damit werden Aufenthalte in tropischen Ländern für europäische Touristen wieder zu einem Gesundheitsrisiko.

Trotz intensiver Bekämpfungsmaßnahmen ist die Malaria heute immer noch die häufigste Infektionskrankheit der Welt. Die Zahl der Erkrankten wird auf 300 bis 400 Millionen geschätzt. In der Bundesrepublik sind zur Zeit 232 Fälle beim Bundesgesundheitsamt gemeldet, davon 25 in München. Auffallend ist, daß als Reiseziele hauptsächlich Kenia und Südostasien, daneben auch Südamerika und Westafrika genannt werden. Dabei ist eine deutliche Zunahme insbesondere der gefährlichsten Form zu verzeichnen, der Malaria tropica. Sie ist die häufigste der in die Bundesrepublik eingeschleppten Malariaformen, im Durchschnitt sterben zehn Prozent der Patienten.

Übertragen wird die Malaria durch Mücken der Gattung Anopheles, vorwiegend in den Abend- und Nachtstunden. Durch den Stich gelangen die Erreger – Einzeller der Gattung Plasmodium – in die Blutbahn des Menschen. Zunächst vermehren sich die Erreger in der Leber, anschließend dringen sie in die roten Blutkörperchen ein. Die Krankheitssymptome werden erst durch den sich wiederholenden Zerfall von Blutkörperchen ausgelöst. Der hierbei auftretende Fieberanfall wiederholt sich bei der Malaria tertiana alle drei Tage, bei der Malaria quartana alle vier Tage und bei der Malaria tropica in unregelmäßigen Abständen. Wenn während eines Auslandaufenthaltes – aber auch Wochen danach – Fieber, Schüttelfrost, Schweißausbrüche, Kopf- und Gliederschmerzen oder Oberbauchbeschwerden, eventuell auch Durchfälle auftreten, sollte der Betroffene unbedingt einen Arzt aufsuchen und sich auf Malaria untersuchen lassen.

Die Gefahr, von einer Mücke gestochen zu werden, kann man durch bedeckende Kleidung, insektenabwehrende Stoffe, regelmäßiges Versprühen von Insektenvertilgungsmitteln in klimatisierten Räumen sowie durch Moskito-Netze verringern. Diese Maßnahmen können jedoch eine medikamentöse Vorbeugung nicht ersetzen. Zur Zeit empfiehlt die Deutsche Tropenmedizinische Gesellschaft und das Bundesgesundheitsamt eine Prophylaxe mit dem Wirkstoff Cloroquin (etwa Resochin®).

Dabei ist entscheidend, daß zu Beginn der Einreise in das Malariagebiet die doppelte Dosis eingenommen wird, und daß die Einnahme des Medikaments (einmal wöchentlich) noch sechs Wochen nach der Rückkehr fortgesetzt wird. Reisende in Gebiete mit bekannter Resochin-Resistenz sollten auch Fansidar-Tabletten mit sich führen. Bei Auftreten von Fieber, dessen Ursache nicht erkannt werden kann, weil eine ärztliche Untersuchung nicht möglich ist, sollten drei Tabletten Fansidar eingenommen werden. Nach Rückkehr muß sofort ein Arzt aufgesucht werden.

WETTER: Warm

Lage: Die nach Nord- und Westdeutschland eingedrungene frischere Meeresluft gelangt unter Zwischenhocheinfluß. Der Süden bleibt im Bereich feuchtwarmer, zu Gewittern neigender Luft.

Vorhersage für Donnerstag: Im Norden und Westen teils wolkig, teils heiter. Im Norden um 21, im Westen um 24, nachts um 15 Grad. Schwacher Westwind. Im Südwesten und Süden nachmittags einzelne Wärmegewitter, sonst meist sonnig. Nachmittags 25 bis 29, nachts um 17 Grad. Einzelne Gewitterböen, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten: In der Mitte und im Süden zunehmend gewittrig. Allgemein weitere Erwärmung.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.05 Uhr*, Untergang: 21.41 Uhr; **Mondaufgang:** 20.20 Uhr, Untergang: 3.08 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 19. Juni, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum; T Tiefdruckzentrum; wolkenlos; heiter; halb bedeckt; wolkig; bedeckt; Windstille; Nordwind 10 km/h; Ostwind 20 km/h; Südwind 30 km/h; Westwind 40 km/h; Nebel; Nieseln; Regen; Schnee; Schauer; Gewitter; Niederschlagsgebiet; Temperaturen in C; Warmfront; Okklusion; Kaltfront am Boden; Kaltfront in der Höhe; Luftströmung warm; Luftströmung kalt; Isobaren

Reykjavik, Haparanda, Stockholm, Hamburg, Berlin, London, Frankfurt, Wien, Paris, München, Nizza, Dubrovnik, Rom, Madrid, Lissabon, Malaga, Palma, Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	27	he
Bielefeld	18	bd
Braunlage	16	bd
Bremen	20	bd
Dortmund	18	bd
Dresden	27	bw
Düsseldorf	19	bw
Erfurt	22	bd
Essen	17	bd
Feldberg/S.	12	Ne
Flensburg	18	bd
Frankfurt/M.	23	bw
Freiburg	24	bw
Garmisch	22	bw
Greifswald	26	bw
Hamburg	20	bw
Hannover	19	bd
Kahler Asten	15	bd
Kassel	20	bw
Kempten	20	bw
Kiel	19	bd
Koblenz	22	bd
Köln-Bonn	20	bw
Konstanz	21	he
Leipzig	23	bd
List/Sylt	15	bd
Lübeck	20	bw
Mannheim	24	bw
München	24	he
Münster	18	bd
Norderney	16	he
Nürnberg	21	bw
Oberstdorf	22	he
Passau	24	he
Saarbrücken	19	bw
Stuttgart	17	Gw
Trier	20	bw
Zugspitze	6	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	26	he
Amsterdam	15	he
Athen	32	wl
Barcelona	22	he
Belgrad	29	bw
Bordeaux	18	bd
Bozen	25	wl
Brüssel	15	he
Budapest	30	bw
Bukarest	30	he
Casablanca	21	bw
Dublin	14	bw
Dubrovnik	27	he
Edinburgh	12	bd
Faro	22	bw
Florenz	25	he
Genf	22	he
Helsinki	27	he
Hongkong	30	Rs
Innsbruck	24	he
Istanbul	29	wl
Kairo	32	wl
Klagenfurt	25	he
Konstanza	36	Gw
Kopenhagen	18	Rs
Korfu	29	wl
Las Palmas	21	bw
Leningrad	27	he
Lissabon	20	bw
Locarno	27	he
London	18	he
Los Angeles	25	wl
Luxemburg	18	bw
Madrid	25	he
Mailand	26	wl
Malaga	35	he
Mallorca	24	he
Moskau	19	he
Neapel	26	bw
New York	20	wl
Nizza	22	bw
Oslo	26	he
Ostende	15	he
Palermo	24	he
Paris	20	he
Peking	36	wl
Prag	28	he
Rhodos	28	wl
Rom	23	bw
Salzburg	25	bw
Singapur	25	R
Split	28	bw
Stockholm	26	he
Straßburg	22	bw
Tel Aviv	27	he
Tokio	24	bd
Tunis	26	bw
Valencia	23	bw
Varna	27	bw
Venedig	26	wl
Warschau	28	he
Wien	28	he
Zürich	22	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Millionen Raupen „besetzen" Gleise

AFP, Grenoble

Mehrere Millionen rote Raupen besetzen seit Montag auf einer Länge von 400 Metern die Eisenbahnschienen zwischen den Orten Vif und Monestier-de-Clermont in den französischen Alpen und behindern den Zugverkehr. Wegen der „Rutschgefahr" auf den Insektenlarven wird die Strecke nur langsam befahren.

Der Plan, Feuerwerfer gegen das ungewöhnliche Umweltproblem einzusetzen, wurde aufgegeben, weil die Hitze die Gleise verbiegen würde. Die Anwendung eines Insektengifts läßt das Problem offen, wie die Masse der Kadaver beseitigt werden kann. Bald werden sich die Raupen in Millionen von Schmetterlingen verwandeln, die noch schwieriger zu bekämpfen sind.

Deutschlands erster Turnplatz wird 175 Jahre alt

DIETER DOSE, Berlin

„Auf dem Turnplatz wird nur trokken Brot gegessen und Wasser getrunken." Aus einer Turnordnung des Jahres 1816, formuliert vom berühmten „Turnvater Jahn". 1811, vor 175 Jahren, entstand in der „königlichen Hasenheide", heute schlicht Volkspark Hasenheide, in Berlin-Neukölln der erste deutsche Turnplatz. Eine Ausstellung erinnert derzeit an die Geburtsstunde des Turnens in Deutschland.

Friedrich Ludwig Jahn, ein jugendlicher Revolutionär, dem es nicht nur um die sportliche Ertüchtigung, sondern auch um die nationale Erziehung ging, war der Initiator. An den „Feuerkopf", wie ihn Zeitgenossen nannten, erinnert heute in der Hasenheide ein Denkmal. Beifall, aber noch mehr Kritik gab es für seine Ideen.

In einem zustimmenden Bericht zu Jahns rund 300 Turnern (heute zählt der Deutsche Turnerbund 3,5 Millionen Mitglieder) heißt es: „Wenn die Jugend erst im Klettern, Springen, Lastentragen, Gleichgewicht halten, im Ringen, Laufen und im kleinen Kriege geübt ist, so wird sie auch leicht Schießen, Treffen, Marschieren, Schwenken und Linie halten lernen".

Fotos, Skizzen, Modelle und viele bisher unbekannte Dokumente und anderes mehr verdeutlichen in der Ausstellung, die im nächsten Jahr, wenn in Berlin das Deutsche Turnfest stattfindet, noch einmal gezeigt wird, die Entwicklung des Turnens im vergangenen Jahrhundert. Jahns meist jugendliche Mitstreiter auf dem ersten Turnplatz mit Klettergerüst, Barren, Schwebebäumen und Längspferd (wie man heute sagt) durften sich allerdings nur mittwochs und samstags nachmittags treffen – da war schulfrei.



Eine zeitgenössische Darstellung (1856) rief auch die Mädchen zum Turnplatz

Doch der Obrigkeit im damaligen Preußen war Lehrer Jahn, obwohl er zeitweise dem Lützower Freikorps angehörte, ein Dorn im Auge. Für ihn gab es nur Turner – unabhängig vom Stand, Vermögen oder Religion. Seine „republikanische Gleichheit" lieferte 1819 den Vorwand, den Turnplatz zu schließen, Jahn zu verhaften und nach seiner Freilassung (1825) noch für weitere 15 Jahre unter Polizeiaufsicht zu stellen.

„Frisch, fröhlich, fromm und frei" durfte in der Hasenheide – und dann auch überall in Preußen – erst wieder 1842 geturnt werden. Auch ein sehr unrühmliches Kapitel der deutschen Turnbewegung verschweigt die vor allem von Schulklassen besuchte Ausstellung nicht: „Die Vollarisierung ist spätestens bis zum Deutschen Turnfest vollkommen durchzuführen" – eine Anweisung des Vorstandes vom 23. Mai 1933.

Ein Opfer der Parole „Juden raus" wurde auch der Olympiasieger im Turnen von 1896 in Athen, Alfred Flatow, 1942 im Konzentrationslager ermordet. Posthum wird ihn der Deutsche Turnerbund durch die Stiftung der Alfred-Flatow-Medaille für die Turnfestsieger 1987 ehren.

Nicht nur die Entwicklung des Turnens stellt die Ausstellung – ihr Standort befindet sich nicht weit entfernt vom ehemaligen Turnplatz Hasenheide – dar. Ein Stück deutscher Geschichte wird hier lebendig gemacht.

Daß zu Turnvater Jahns strikte Turngesetze – „Jeder soll nur in grau leinerner Turntracht auf den Turnplatz kommen" – herrschten, mag den jugendlichen Ausstellungsbesuchern unvorstellbar erscheinen, wenn sie den Vergleich zur Gegenwart ziehen. Aber Jahn dachte vor allem daran, daß die einfache Turnkleidung für alle, gleich der Herkunft, erschwinglich sein muß.

Vieles hat sich seit 1811 geändert. Aber wer meint, daß die heutige Vermarktung von Sportlern so völlig neu ist, wird in der Ausstellung eines Besseren belehrt. Dort ist eine Zeitungsanzeige zu sehen, in der ein Kaufmann „Vater-Jahn-Pfeifen" anbietet. Allerdings ist Pfeifenraucher Jahn mit Sicherheit dafür nicht wie die heutigen Sportler honoriert worden...

Was 100jährigen im Leben wichtig ist

SAD, Philadelphia

Familie, Freunde, gute Gesundheit, nicht aber Geld sind die wichtigsten Dinge des Lebens, bekannten jetzt fast übereinstimmend mehr als 200 Hundertjährige in einer Umfrage einer Lebensversicherung in Philadelphia. Mehr als ein Drittel der hochbetagten US-Bürger und -bürgerinnen waren mit ihrem Leben so zufrieden, daß sie es genauso noch einmal führen würden. Eine Seniorin meinte allerdings: „Das nächste Mal würde ich mir nicht wieder einen so attraktiven Mann aussuchen. Die schicken Typen muß man später nur bemuttern."

Mehr als die Hälfte nannte als wichtigste Tugend die Ehrlichkeit. Danach rangierten Rücksichtnahme, Aufgeschlossenheit, Treue und Sinn für Humor. Auf die Frage, was sie am meisten vermissen, nannten die Senioren Geselligkeit, persönliche Beziehungen und gute Gesundheit.

Kinder später „trocken"

dpa, Hamburg

In der Kindererziehung werden nach einer Umfrage der Zeitschrift „Unser Kind" heute offenbar andere Schwerpunkte als früher gesetzt. Im Durchschnitt seien westdeutsche Kinder heute mit 2,7 Jahren „trokken" und hätten erst mit drei Jahren gelernt, bitte und danke zu sagen. Das sei eineinhalb Jahre später als noch vor 20 Jahren.

Hohe Mieten in Stuttgart

gü. Stuttgart

Stuttgart ist im Bundesgebiet die Großstadt mit dem höchsten Mietniveau und dem mit Abstand geringsten Wohnungsangebot. Dies geht aus einer jetzt veröffentlichten Untersuchung des Deutschen Mieterbundes hervor. Nach Angaben des Verbandes liegt in der baden-württembergischen Landeshauptstadt der Mietpreis für neu vermietete Wohnungen zwischen 6,50 und 15,50 Mark (Kaltmiete) pro Quadratmeter und Monat. Im Schnitt werden nur 120 Mietwohnungen in den Tageszeitungen als frei annonciert, dagegen aber 1300 in Hamburg, 600 in Frankfurt und 340 in München.

Viele hören schlecht

dpa, Bonn

Mehr als 11,2 Millionen Bundesbürger hören nach Angaben des Deutschen Grünen Kreuzes (DGK) schlecht – doppelt so viele wie bisher angenommen. Ein Drittel der Befragten im Alter von 40 bis 49 Jahren gab an, Probleme mit dem Hören zu haben. Aber nur die Hälfte suchte wegen ihrer Beschwerden einen Facharzt auf.

War Luther schwerkrank?

AP, Berlin

Die Depressionen, unter denen Martin Luther litt, sind nach Ansicht des Rostocker Wissenschaftlers Hans-Joachim Neumann die Folge vieler körperlicher Gebrechen, wie Verdauungsstörungen, Nierensteine und Angina pectoris. Diese Annahme veröffentlichte jetzt die „Zeitschrift für klinische Medizin". Askese und Nachtwachen führten nach Ansicht Neumanns zu einem Zustand völliger körperlicher und geistiger Erschöpfung Luthers, der wegen seines cholerisch-melancholischen Temperaments als vom „Dämon Besessener" oder Epileptiker galt.

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Zeitschrift „hobby" bei.

ZU GUTER LETZT

Fußballnarr Phil Jones (29) aus Bristol wollte unbedingt bei der Entbindung dabei sein, aber auch unbedingt das Spiel England gegen Polen in Monterrey live miterleben. Die Ärzte hatten ein Einsehen, gaben dem Drängen des Mannes nach und installierten ein Fernsehgerät im Kreißsaal. Während der Übertragung aus Mexiko kam ein Sohn zur Welt. Phil Jones konnte seine Frau Gail (28) überreden, den Sproß auf den Namen Monterrey zu taufen.

Wirtschaftliche Zwänge beendeten das politische Ränkespiel der Parteien

Von ROLF GÖRTZ

Wenn das Bild nicht trügt, dann scheint sich das Schwergewicht des politischen Interesses in Portugal langsam von dem lähmenden Puzzlespiel der Namen, Parteien, Gruppen und Grüppchen innerhalb der Parteien auf die eigentlichen Aufgaben einer verantwortlichen Politik zu verlagern: die Wirtschaft und die Menschen, die vom Funktionieren der Wirtschaft abhängig sind.

Ministerpräsident Anibal Cavaco Silva kommt von der Universität wie viele Politiker dieses Landes, Professoren aus Coimbra oder Lissabon. Cavaco Silva ist aber der erste Nichtjurist, ein erfolgreicher, international ausgebildeter Finanzwissenschaftler der modernen Schule. Und dementsprechend stellte er sein Kabinett zusammen: Fachleute wie er selber.

Gewiß, Portugal verfügte über eine Reihe guter Finanzminister. Allein – ihnen fehlte das politische Gewicht, wenn man von Professor Salazar absehen will. Wenn sich in den letzten zehn Jahren der eine oder andere durchzusetzen begann, dann opferte man ihn aber sofort wieder wie ein Dominostein dem Spiel der Parteien.

Internationale Banken halfen dem Lande

Kein anderes europäisches Land genoß trotz allem so wie Portugal das Interesse der europäischen Öffentlichkeit, nachdem es sich zunächst von der Salazar-Diktatur und dann von dem roten Militärregime befreien konnte. Dieses Wohlwollen beschränkte sich keineswegs auf Zeitungsartikel und Besucherreden.

Immer wieder versuchten internationale Banken nach eingehenden Studien im Lande selber, der durch die Revolution schwer geschädigten Wirtschaft Portugals wieder auf die Beine zu helfen. Gewiß, das Risiko minderte der noch von Oliveira Salazar gesammelte Goldschatz.

Auch heute noch könnte man auf ihn zurückgreifen. Das Gewicht des Goldes nahm zwar ständig ab, bildet aber auch heute noch eine beruhigende, Vertrauen einflößende Reserve.

Daß dennoch eine der besten Währungen der Welt, der Escudo, seinen Ruf und den größten Teil seines Wertes verlor, lag nicht allein an dem selbstmörderischen Tauziehen um die Macht – und damit an der wirtschaftlichen Stagnation –, sondern ebenso sehr am Erbe der in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen verheerenden Revolution.

Immer noch zahlt die Nation an der Normalisierung verstaatlichter und damit verbürokratisierter Unternehmen, einschließlich der Banken, die es als staatliche Institutionen nicht wagen können, ihre Betriebe zu modernisieren, dem Wettbewerb anzupassen.

Daß in einer solchen Struktur Zustände einreißen, die eher an die portugiesischen Höfe des 16. und 17. Jahrhunderts mit ihren Sinekuren erinnern als an die heute nun einmal übliche Leistungsgesellschaft, darf eigentlich nicht verwundern.

Politikern, wie dem Staatspräsidenten Mario Soares, war dies von vornherein klar. Ihnen mangelte es jedoch oft an Fachwissen und an der Fähigkeit, wirtschaftliche Prioritäten vor das politische Ränkespiel zu setzen.

Auch nach der ersten Verfassungsreform, die einige der „Errungenschaften der Revolution" zurück in den Mülleimer der Geschichte beförderte, blieben genug gesetzlich verankerte Hürden auf dem Wege zu einer gesunden Entfaltung.

Cavaco Silva hatte in einem Gespräch mit der WELT darauf hingewiesen, daß Verfassung und Verfassungswirklichkeit oft zwei Dinge sind, die nicht immer deckungsgleich sein müssen, und die in Portugal nach 1974 auch nie deckungsgleich waren.

Als Chef einer Minderheitsregierung stieß er schon mehrfach auf den Widerstand einer linken Opposition, die sich nicht bereit zeigt, die europäischen Normen etwa der Arbeitsgesetzgebung anzuerkennen.

Bei der Umgehung und gelegentlich auch Nichtbeachtung mancher dieser in der Revolution ausgestellten Paragraphenhindernisse vermissen manche Beobachter beim Regierungschef diplomatische Kompromißbereitschaft. Der Finanzwissenschaftler Cavaco Silva weiß aber, daß seine Rechnung nur dann aufgehen kann, wenn sie mit Größen geführt wird, wie sie im europäischen Rahmen nun einmal üblich sind. Portugal ist schließlich Mitglied der EG.

Arbeiter lehnen politische Streiks ab

Aus dieser Sicht des Machbaren heraus – des wirtschaftlich Machbaren – erscheint deshalb eine europäische Rückendeckung der Regierung ebenso wichtig wie Kreditbereitschaft, wenn man verhindern will, daß die Investitionsströme nicht wieder nur in bodenlose Kannen fließen. Die alleinige Beachtung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten sollte auch für die von Portugal erwartete Europahilfe gelten.

Trotz ihrer parlamentarischen Schwäche kann die Regierung hoffen, ihre Legislaturperiode durchzustehen, wenn der politische Spielraum zum Paktieren nicht durch wirtschaftliche Prioritäten eingeengt wird. Die europäischen Partner jedenfalls würden eine Kontinuität jeder politischen Korrektur, die immer nur wieder Unruhe und Anlaufschwierigkeiten mit sich bringt, vorziehen. Wer die Abneigung des portugiesischen Arbeiters gegenüber politisch motivierten Streiks kennt, weiß, daß die Lautstärke der bei den Präsidentschaftswahlen gestärkten kommunistisch geführten Linken weit über ihre politische Bedeutung hinausgeht. Auch das sollte bei der Beurteilung der politischen Praxis der Regierung Cavaco Silva in Europa Berücksichtigung finden.

Portugals Außenpolitik jedenfalls entspricht dem atlantischen Bewußtsein, der ihrer Geschichte hindurch der See zugewandten Nation. (Atlantisch hier nicht im engen Sinne der Allianz.) Aber eben deshalb handelten die Portugiesen – unter welcher Regierung auch immer – stets im Interesse des europäisch-amerikanischen Bündnisses.

Drei neue Fregatten zur Sicherung des Atlantik

Nordamerika auf der Gegenküste des Atlantiks bleibt Portugals engster Verbündeter, so sehr sich das Land nach der Abgabe seiner Kolonien auch um die Integration in Europa bemüht.

Portugal hat nach wie vor eine antlantische Aufgabe, und es ist sich dessen bewußt. Die unlängst gelungene Paraphierung des Vertrages mit der Bundesrepublik über die Lieferung von drei neuen und höchstmodernen Fregatten belegt dies.

Aus einem natürlichen Verständnis der überseeischen Zusammenhänge kommen die Portugiesen den amerikanischen Verbündeten auch dann entgegen, wenn alle anderen europäischen Partner versagen – wie es sich bei mehreren Konfliktsituationen im Nahen Osten zeigte. Hier geht es nicht nur um die Bereitstellung von Stützpunkten, sondern um eine Politik, die die ehemaligen Kolonien Portugals in Afrika miteinbezieht, auch wenn, wie im Falle Angola, nicht immer volles Einverständnis mit Washington existiert.

Dort, wo der iberische Nachbar, Spanien, unsicher wird – gerade in der Frage der für Europa wichtigen Luft- und Seestützpunkte der USA am Atlantik –, dort springt Portugal als sicherer Partner ein. Sollten die Vereinigten Staaten eines Tages die Quengeleien der Madrider Regierungspartei nach einer Reduzierung der US-Präsenz in Spanien satt sein, dann könnte zum Beispiel der militärische Umschlagsplatz Torrejon bei Madrid nach Beja südlich von Lissabon verlegt werden, ohne daß deshalb das Gesamtkonzept gefährdet würde.

Eine beruhigende Feststellung. Für das Verständnis seepolitischer Notwendigkeiten, das letztlich auch unserem eigenen Überseehandel zugute kommt, müssen wir den Portugiesen dankbar sein. Der Containerhafen am Tejo ist eine Konsequenz dessen. Wenn sich die Verhältnisse stabilisiert haben, wird Lissabon auch wieder seinen Vorteil als Reparaturhafen wahrnehmen können.



Keine Nachwuchs- und keine Parkplatzprobleme haben Portugals Störche FOTO: MANFRED GROHE

„Unsere Chemie wird Export erhöhen"

WELT: Wie will die chemische Industrie Portugals die technologische Distanz zu den wichtigsten Chemiekonzernen überwinden?

Alberto A. Justiniano: Die von mir vertretene Firma Quimigal erfreut sich einer langen Tradition technologischer Effizienz und einige ihrer Produkte, die verkauft werden, und auch in der Vergangenheit verkauft wurden, beruhen auf eigenen Entwicklungen. Wir haben unsere Anlagen seit Jahrzehnten selbst konzipiert, projektiert und aufgebaut.

Wir geben zu, daß es einen technologischen Rückstand gibt gegenüber den bedeutendsten Chemieproduzenten Europas, aber dies darf nicht überschätzt werden.

Die portugiesische Technologie ist tatsächlich rückständig, unser Markt ist klein, die Zinsen sind hoch, und die politische Instabilität des vergangenen Jahres hat schließlich dazu geführt, daß der Hauptaktionär, die Regierung, wechselte.

Aber das ist exakt der Grund neben anderen, daß Portugal sich der Europäischen Gemeinschaft anschloß.

WELT: Worin sehen Sie denn das Angebot von Quimigal für Europa, und welchen Stellenwert hat Ihre Gesellschaft innerhalb der Wirtschaft Portugals?

Justiniano: In der gegenwärtigen Struktur mit vielen Abteilungen und vielen Produkten muß man Aktivitäten, und zwar verschiedener Art unterscheiden: Da ist einmal die eines Unternehmers mit einer Menge von Wettbewerb und einer relativ hohen Innovationsrate der Produkte bei geringem Kapitaleinsatz, und auf der anderen Seite Tätigkeiten eher grundlegender Art, die eine ziemlich hohe Wettbewerbsfähigkeit voraussetzen, einen intensiven Kapitaleinsatz und langlebige Produkte, ähnlich der Art, die „Commodities" genannt werden.

Angesichts der dringenden Notwendigkeit, daß die Gesellschaft Fortschritte macht bei der Rationalisierung und Restrukturierung liegt es auf der Hand, daß Quimigal heute vor allen Dingen eine Entwicklungsstrategie für die Zukunft festlegen muß.

Diese Entwicklungsstrategie, die nur Sinn macht, wenn sich die Finanzlage verbessert, die Teil der eben erwähnten Restrukturierung ist, muß nach folgenden Plänen erfolgen: Sie muß verknüpft werden mit den gegenwärtigen Aktivitäten der Gesellschaft, sie muß da angelegt werden, wo sich Differenzierung auszahlt und sie muß qualifizierte Arbeit und Management bevorzugen.

Das Management sollte autonom sein gegenüber den politischen Kräften und nur durch die Prinzipien unternehmerischen Managements geführt werden, das heißt, wie die eines privaten Unternehmens.

Wo Quimigal vor allen Dingen in dem heimischen Markt tätig ist, haben wir auch einige Anteile an produzierenden Unternehmen in Angola und Moçambique. Was Handelsgesellschaften angeht, sind wir beteiligt in Brasilien, USA, Spanien und der Schweiz. Wir unterhalten einen Meinungsaustausch verschiedenster Form mit anderen Firmen auf praktisch jedem Kontinent.

Angesichts der bestehenden Knappheit an Schwefel, schwefeliger Säure und nicht Eisenmetallen in Europa ist Quimigal in der Lage, in diesen Bereichen einen positiven Beitrag zu leisten. Bei einer fast hundert Jahre alten Erfahrung bei der Herstellung von schwefeliger Säure aus Schwefelkies, neben einer ausgedehnten Praxis bei der Gewinnung von Nichteisenmetallen aus heimischem Rohmaterial verfügen wir über einen großen Fundus in Europa.

Unter statistischen Gesichtspunkten können wir festhalten, daß der Wertzuwachs der eigenen Produktion über 15 Prozent des staatlichen Industriesektors im Jahre 1984 lag. Es repräsentiert 80 Prozent der Beschäftigten im staatlichen Chemiesektor und prosperiert sowohl upstream als auch downstream.

WELT: Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Kapitalbasis von Quimigal zu verbreitern?

Justiniano: Das betrifft Maßnahmen, die von den Aktionären der Gesellschaft zur ergreifen sind, angesichts der bevorstehenden Umstrukturierung. Das Öffnen der Gesellschaft zu anderen Anteilseignern, seien sie nun national oder ausländisch, hängt von politischen Entscheidungen ab.

Inzwischen sind Quimigals nachgeordnete Gesellschaften schon im Kapitalbereich mit privaten Anteilen gemischt, sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland, und einige von ihnen wurden nach der Nationalisierung geschaffen.

WELT: Außerhalb der EG, welche Märkte wollen Sie mit Ihren Produkten erreichen?

Justiniano: Unser Hauptziel wird es immer sein, den heimischen Markt zu erhalten. Wir werden unsere Exporte in Dritte-Welt-Länder erhöhen, namentlich diejenigen mit portugiesischer Sprache. Wir werden von den Vorteilen der Europäischen Gemeinschaft Gebrauch machen, Joint-ventures für gemeinsame Projekte zu gründen, denn wir müssen lernen, in den Kategorien des gemeinsamen Marktes zu denken und das Marketing zu vertärken. G. DEANO

Portugiesische Arbeiter verdienen drei Viertel weniger als ihre deutschen Kollegen

Ein kostengünstiger Platz für ausländische Investoren

Obwohl portugiesische Arbeiter drei Viertel weniger verdienen, leisten sie bei guter Führung und gleichen Mitteln mindestens soviel wie ihre Kollegen in Deutschland." Wolfgang Bühler, der seit 16 Jahren die portugiesische Siemens-Niederlassung leitet, ist von den Vorteilen des Produktionsplatzes Portugal überzeugt. Sie lägen vor allem im Export kostengünstig hergestellter Güter.

Hingegen spiele Portugal als Binnenmarkt wegen seiner relativ kleinen Einwohnerzahl von zehn Millionen, seiner nach wie vor geringen privaten Kaufkraft und seiner noch nicht sehr weit gediehenen industriellen Entwicklung nur eine untergeordnete Rolle.

Wie andere Unternehmer, macht auch Bühler der 1974 von der „Revolution der Nelken" beendeten Ära Salazar den Vorwurf, bei der Bildungspolitik versagt zu haben. In der Arbeitswelt sei deshalb das in den Firmen geförderte „training on the job" unerläßlich, um das schulische Defizit in den praktischen Berufen auszugleichen. Gleiches gelte für das mittlere Management. Auch litten in Portugal viele mittelständische Unternehmen unter der mangelnden Qualifikation der Firmenerben.

Bühler, der mit 3000 Siemens-Angestellten das weitaus größte in Portugal ansässige deutsche Unternehmen führt, erwartet von seinen Betriebsleitern ein gutes Auskommen mit den Gewerkschaften. Wegen der, so Bühler, auch von DGB-Chef Breit festgestellten übermäßigen Ideologisierung und dem fehlenden Wirtschafsverständnis vieler Gewerkschaftsführer erfordere die Erhaltung des Arbeitsfriedens große Aufmerksamkeit.

Gute Noten für das Minderheitskabinett

Die portugiesische Bürokratie und Arbeitsgesetzgebung schrecke viele potentielle Investoren ab, weil sie Unternehmen auch bei ausbleibender Nachfrage verbiete, Arbeiter zu entlassen. Jedoch seien die Bestimmungen in der Praxis umgehbar. Handelskammer und alteingesessene Firmen stünden dabei neuen Firmen mit Rat zur Verfügung.

Der Entbürokratisierung der sich rasch ablösenden Regierungen habe vielfach Zeit gefehlt, um zu wirken. Auch dem amtierenden Minderheitskabinett von Ministerpräsident Anibal Cavaco Silva stellt Bühler gute Noten aus.

Nach Einschätzung des deutschen Managers wird sich Cavaco Silva voraussichtlich bis zum Ende seiner Legislaturperiode halten können, zumal die Opposition zu einer regierungsfähigen Alternative derzeit nicht in der Lage sei.

Ein beachtlicher Erfolg für Siemens

Mit dem staatlichen Auftrag, in den nächsten zehn Jahren für eine halbe Milliarde Mark in Portugal ein digitales Telefonsystem einzurichten, konnte Siemens in diesem Jahr einen beachtlichen Erfolg verbuchen. Obwohl Siemens bereits seit 1905 im Lande ansässig ist, war das deutsche Unternehmen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg als Lieferant großer Telefonanlagen nicht in Frage gekommen. flo



Die Idylle blieb erhalten: Hafen an der Westküste FOTO: FERDI HARTUNG

In nur vier Tagen nach Frankfurt und zurück

Der Export bestimmt seit 1982 eindeutig *unser Transportvolumen*", erklärt Siegfried Sommer, Leiter der portugiesischen Niederlassung der Lassen GmbH. Früher habe der Import die Frachtkosten bezahlt, heute täten das die Ausfuhren.

Der mit Abstand größte Spediteur Portugals rechnet mit einer deutlichen Zunahme des portugiesischen Außenhandels. Dabei sei dem Unternehmen besonders an einer ausgeglichenen Transportbilanz gelegen. Denn in Porto bestünden bereits sechzig Prozent des Frachtaufkommens aus Exporten. Sommer: „Ohne mehr Importe ist es schwer, mehr Lastwagen rationell einzusetzen."

Die ungünstige Lage Portugals am äußersten Rande des großen EG-Marktes läßt sich in den Laufzeiten zu den wichtigsten Zielen leicht ablesen: Vier Tage dauert die Fahrt nach Frankfurt und zurück. Nach Paris rechnet Sommer nur drei Tage, weil in Frankreich Lastwagen auf dem Heimweg vom Fahrverbot an Feiertagen ausgenommen sind.

224 Lassen-Angestellte besorgen in Lissabon, Porto, Avairo und Setúbal eine möglichst rationelle Auslastung der 124 unter Charterverträgen stehenden Lastwagen. Portugiesische Lkw-Fahrer seien, so Sommer, an allen Auf- und Abladeplätzen im Ausland beliebt.

Da es in Portugal an einer geregelten Ausbildung in vielen praktischen Berufen fehle, würden die in der Firma angelernten Mitarbeiter gerne von der Konkurrenz abgeworben. Nach Sommers Erfahrung ein in Portugal übliches Phänomen. Man könne dem nur begegnen, indem man gute Leute besonders gut bezahle, womit häufig der portugiesische Vorteil der niedrigen Lohnkosten geringer werde.

Der Leiter der Lassen-Niederlassung glaubt, daß sich die gegenüber Deutschland um zwei Drittel niedrigeren Löhne in den kommenden fünf Jahren verdoppeln werden. „Ein merklicher Abstand von mehr als 30 Prozent wird dennoch bleiben." Bei guter Führung leisteten portugiesische Arbeiter das gleiche wie ihre deutschen Kollegen.

Um in Portugal als Unternehmer erfolgreich zu sein, müßten Manager aus Nordeuropa vor allem Flexibilität, diskretes pädagogisches Talent und eine große Portion Verständnis für südländische Mentalität mitbringen. Sommer: „Mit Geduld und in netter Form kann man die Menschen am besten motivieren. Unsensible Vorgesetzte werden hier rasch scheitern." flo

AUF EINEN BLICK

FLÄCHE

Portugal umfaßt einschließlich der *im Atlantik* gelegenen Inselgruppe Azoren (2344 qkm) und Madeira (797 qkm) 92 082 qkm.

EINWOHNER

ca. 10 Millionen

STÄDTE

Lissabon (Hauptstadt) ca. 1,6 Millionen Einwohner, Porto ca. 400 000 E., Coimbra 56 000 E., Vila Nova de Gaia 51 000 E., Setúbal 50 000 E., Braga 49 000 E.

FEIERTAGE

1. Januar, Faschingsdienstag, Karfreitag, 25. April, 1. Mai, Fronleichnam, 10. Juni, 13. Juni (nur in Lissabon), 24. Juni (nur im Norden), 15. August, 5. Oktober, 1. November, 1., 8. und 25. Dezember.

ZEIT

Westeuropäische Zeit (MEZ - 1 Stunde); von Anfang April bis Ende September Sommerzeit (= MEZ).

WICHTIGE ADRESSEN IN DEUTSCHLAND

Botschaft der Republik Portugal, Ubierstraße 78, 53 Bonn 2, Tel.: 0228/36 30 11.

Generalkonsulate: Graf-Adolf-Straße 16, 4 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/8 06 33, Zeppelinallee 15, 6 Frankfurt, Tel.: 069/77 20 66-67, Gänsemarkt 21-23, 2 Hamburg 36, Tel.: 040/34 34 78, Hasentorwall 18, 45 Osnabrück, Tel.: 0541/6 72 11-12, Königstraße 20/I, Marquardt-Haus, 7 Stuttgart 1, Tel.: 0711/ 22 50 13-14

Honorarkonsulat: Maximiliansplatz 12 b, 8 München 2, Tel.: 089/ 29 00 32. Portugiesisches Touristik-Amt, Kaiserstraße 66, 6 Frankfurt 1, Tel.: 069/23 40 94

Portugiesisches Handelsbüro, Gänsemarkt 21-23, 2 Hamburg 36, Tel.: 040/34 42 14

TAP, Kaiserstraße 63, 6 Frankfurt, Tel.: 069/25 20 41

TAP, Karlsplatz 3, 8 München, Tel.: 089/59 80 86

IN PORTUGAL

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Campos dos Mártires da Patria, 38, 1100 Lissabon, Tel.: 003511/56 39 61

Konsulat: Rua do Campo Alegre 276, Porto, Tel.: 003512/6 51 32

Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer, Avenida Elias Garcia 123, 1100 Lissabon, Tel.: 003511/77 25 87

PERSONALIE

Botschafter Paulo Ennes verläßt nach 6 Jahren Bonn, um in Lissabon als Rechtsanwalt zu privatisieren.







LANDWIRTSCHAFT / Die meisten Betriebe sind zu klein und unrentabel

Den Bauern bleibt fünf Jahre Zeit, um konkurrenzfähig zu werden

Die portugiesische Landwirtschaft befindet sich aus historischen und politischen Gründen in einer schweren Krise, an der auch der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft vorläufig nur schwer etwas wird ändern können. Obwohl die EG-Kommission für die kommenden zehn Jahre 700 Millionen Ecu zur Entwicklung des Agrarsektors zur Verfügung gestellt hat, fehlt es auch sechs Monate nach dem Beitritt an der elementarsten Organisation, um diese Gelder wirksam werden zu lassen.

Dem zumeist energisch auftretenden Landwirtschaftsminister Alvaro Barreto ist es trotz, wahrscheinlich aber wegen seines mit mehr als 20 000 Beamten weit überdimensionierten Ministeriums bisher noch nicht gelungen, die Bauern und ihre Vertreter über die neuen Möglichkeiten und notwendigen Impulse zu informieren.

Der traditionell wenig rentable und produktive portugiesische Agrarsektor (mehr als die Hälfte des Nahrungsbedarfs muß eingeführt werden) mit seinen großen strukturellen Schwächen hat nur fünf Jahre, um sich auf die Konkurrenz der leistungsfähigen Landwirtschaften der EG-Länder einzustellen. Selbst gegenüber Spanien, dessen Agrarwirtschaft noch nicht den Entwicklungsgrad der übrigen EG-Länder erreicht hat, muß sich Portugal vorsehen, nicht von der überlegenen Obst- und Gemüseproduktion des großen Nachbarlandes überschwemmt zu werden.

Nur fünf Prozent der Fläche sind Dauergrünland

Die auffallend ungünstigen Betriebsgrößen, eine überalterte und schlecht ausgebildete Landbevölkerung und die nicht abgeschlossene Landreform gehören zu den schwierigsten Aufgaben der Minderheitsregierung des pragmatischen Ministerpräsidenten Aníbal Cavaco Silva.

In Portugal, wo von der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche (nur 49 Prozent des Territoriums) 45 Prozent als Ackerland, 34 Prozent als Forste und nur vier Prozent als Dauergrünland bewirtschaftet werden, wurden bis zur Landreform der siebziger Jahre rund 800 000 Betriebe gezählt, von denen mehr als 300 000 weniger als ein Hektar Fläche besaßen.

Die Betriebe über 50 Hektar liegen vor allem in Südportugal. Sie machen nur etwas mehr als ein Prozent der Betriebe aus, nehmen jedoch mehr als 51 Prozent aller Betriebsflächen ein. So bestehen in Nord- und Südportugal völlig unterschiedliche Betriebsstrukturen. Während in den Gebieten nördlich des Tejo stark zersplitterter Klein- und Kleinstbesitz mit schwacher Infrastruktur vorherrscht, ist der Süden auch heute noch durch Großbetriebe gekennzeichnet.

Ungeklärte Besitzverhältnisse

Vor der Revolution nahmen Betriebe von mehr als 500 Hektar Größe in manchen südlichen Distrikten bis zu 68 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. Nach der Landreform nahmen im Durchschnitt die Betriebsgrößen im Norden etwas zu, im Süden hingegen ab.

Allerdings sind die Besitzveränderungen in Südportugal juristisch noch nicht abgeschlossen und statistisch kaum erfaßt. In dieser Region wissen viele Landbesitzer heute immer noch nicht, ob ihnen ihr Land noch oder wieder gehört und ob sie es bewirtschaften oder verkaufen dürfen.

Durch die Krise in den anderen Branchen der Wirtschaft sowie der Rückkehr vieler Portugiesen aus den ehemaligen Kolonien hat der Anteil der Landbevölkerung im vergangenen Jahrzehnt zugenommen. Vorsichtige Schätzungen besagen, daß der Anteil der Land- und Forstwirtschaft derzeit bei etwa 30 bis 33 Prozent der Erwerbstätigen liegt (EG acht Prozent).

In der pflanzlichen Erzeugung Portugals liegen die Hektarerträge im Vergleich zu Spanien und Griechenland sehr niedrig. Zu den Ursachen zählen schlechte, häufig sehr saure und verdichtete Böden, mangelhafte Bodenbearbeitung, unbefriedigende Fruchtfolgen (im Süden Monokulturen von Getreide, im Norden Daueranbau von Kartoffeln), zu geringe und nicht ausgewogene Düngung, unzureichende Krankheits-, Schädlings- und Unkrautbekämpfung und die Verwendung von schwachem Saatgut.

Im Gegensatz zur pflanzlichen entwickelte sich die tierische Produktion in den vergangenen zwölf Jahren recht dynamisch. So konnte durch den kontinuierlich zunehmenden Import von Futtermitteln die Fleischproduktion mehr als verdoppelt werden.

Ein weiteres Problem mit denen das Land in den kommenden fünf Jahren fertig werden muß, ist die Belastung der umfangreichen Agrarimporte durch Zölle und Abschöpfungen nach Übernahme der EG-Außenhandelsbestimmungen.

Allein die Getreideeinfuhren werden sich nach Informationen des Landwirtschaftsministeriums um über 80 Prozent verteuern und so die Inflation anheizen.

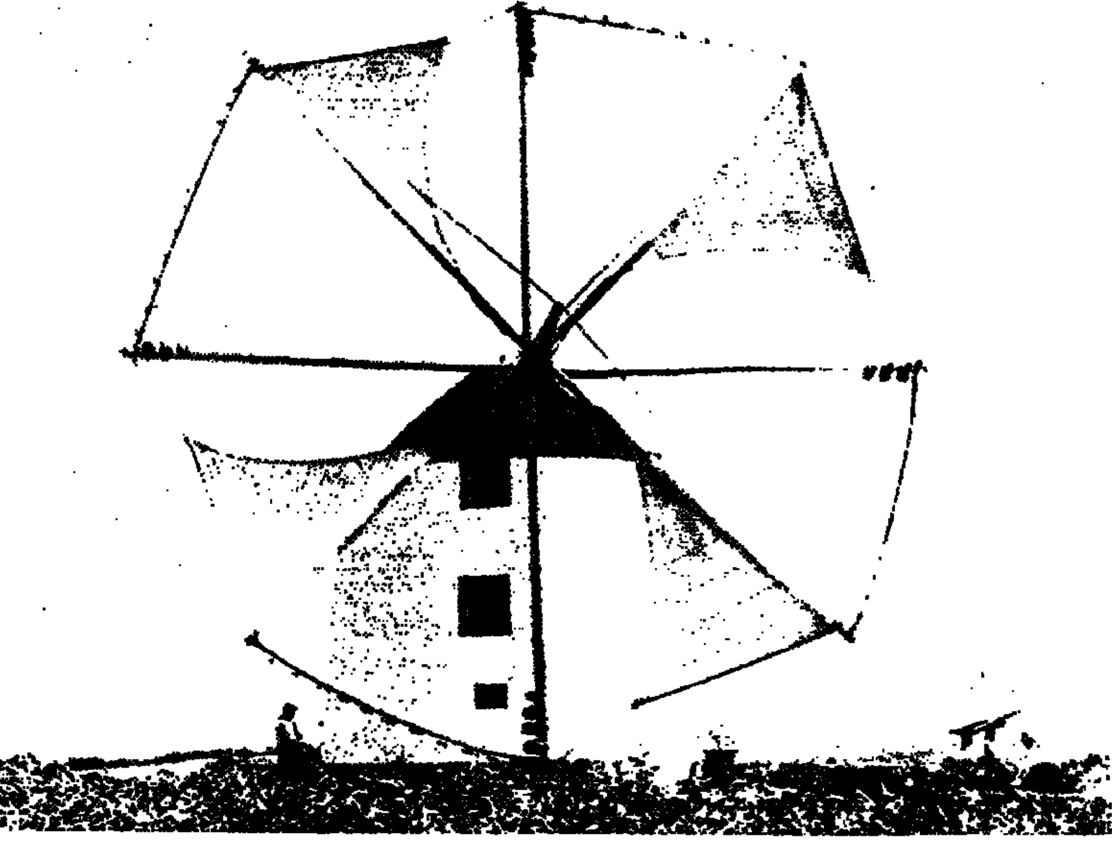
Außerdem müssen große Teile der tierischen Produktion mit einer Schmälerung ihrer Konkurrenzfähigkeit rechnen, weil sich das Kraftfutter infolge des hohen Anteils des Importgetreides um voraussichtlich 35 Prozent verteuern wird.

Kein Bedarf an Tomatenmark

So liegen in Portugal die Produktionskosten für Milch, Rind-, Schweine- und Geflügelfleisch, Zucker und Getreide über jenen der übrigen EG-Länder. Günstiger sieht es hingegen bei Wein, Obst, Gemüse, Schaffleisch und Forstprodukten aus. Und weil der Anbau von Zucker, Baumwolle und Tabak bis zur Revolution von 1974 den Kolonien vorbehalten war, entwickeln sich diese Produkte nur zaghaft.

Im übrigen stellt die portugiesische Landwirtschaft im Gegensatz zu Spanien keine Gefahr für die ohnehin großen Überschüsse der Gemeinschaft dar. Lediglich das in Portugal reichlich produzierte Tomatenmark gilt als schwer absetzbar.

FLORIAN NEHM



Sie gehören zur Landschaft: Windmühlen in Alentejo FOTO: CAMERA PRESS

WELT-Gespräch mit M. Horta e Costa, Vizepräsident der Telegraphengesellschaft

„Service, europäisch und beweglich"

WELT: Der moderne Tourismus braucht moderne Kommunikation. Wie sehen die Angebote und Serviceleistungen in Portugal aus?

Costa: Wir bieten ein Telefon-, ein Telex- und ein Datenübermittlungsnetz. Was das Telefonnetz betrifft, so haben wir uns auf eine Erhöhung der infrastrukturellen Schaltungs- und Übermittlungskapazität konzentriert, um die Warteliste und die durchschnittliche Zeit bis zur Erfüllung der Teilnehmerwünsche zu verkürzen. Der Schwerpunkt liegt in den südlichen Touristengebieten entlang der Küste (Algarve), den Azoren und der Region Madeira.

Hier ist ab Sommer dieses Jahres ein Telefonservice mittels Kreditkarten gewährleistet. Das Telefon ist in Portugal vollautomatisch, im Gegensatz dazu wird der Telexservice von einem technologisch entwickelten Netz unterstützt. Es steht der europäischen Durchschnittsdichte in nichts nach.

Das dritte Telekommunikationsnetz, die Datenübermittlung, wurde erst kürzlich der Öffentlichkeit übergeben. Zusammen mit dem Telefonnetz erlaubt es der Firma, neue Dienstleistungen wie Videotext, Teletex, Telefax und Electric Mail anzubieten.

WELT: Die Technologie entwickelt sich schnell. Was tun Sie, um Schritt zu halten?

Costa: Der Einsatz von technologischen Neuheiten war immer unser Anliegen, doch übernehmen wir sie immer erst dann, wenn sie für uns technisch und wirschaftlich rentabel sind. Wir betrachten technische Innovationen mit Pragmatismus. In den siebziger Jahren haben wir mit der digitalen Übermittlung begonnen. Gerade haben wir Lichtfaserkabel installiert. Im Bereich der Telefonschaltungen sind wir dabei, das Netz zu digitalisieren.

Unser Telegraphennetz ist auf dem letzten Stand. Das erst vor kurzem eingerichtete Datenübermittlungsnetz entspricht den neuesten technischen Entwicklungen.

WELT: Internationale Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde. Haben Sie Partner gefunden, oder sind Sie auf der Suche?

Costa: Unsere Firma ist an zahlreichen Projekten in Europa beteiligt, zum Beispiel Race, Cost, GSLB und Star. Durch CET, Centro de Estudos de Telecomunicaçoes, das Forschungs- und Entwicklungszentrum unserer Firma, arbeiten wir mit British Telecom und Ericsson aus Holland zusammen.

WELT: Welche speziellen Erwartungen haben Sie in diesem Zusammenhang an die EG?

Costa: Die Firma plant, auch weiterhin an den europäischen Projekten teilzunehmen. Doch zusätzlich sollten sich auch die portugiesischen privaten Betreiber an ihnen beteiligen. Ein Beispiel wäre der paneuropäische, bewegliche Telefonservice.

GUSTAVO DEANO

PORTWEIN

Kein Monopol mehr für die Exporteure

Ein neues Dekret der portugiesischen Regierung soll das Jahrhunderte alte Monopol der etwa 23 Portwein exportierenden Kontore der nordportugiesischen Hafenstadt Porto aufheben. Die Winzer des seit 1756 gesetzlich genau fixierten Duoro-Distrikts, aus dem der Portwein kommt, sollen künftig nicht mehr gezwungen sein, ihr begehrtes Getränk über den Hafen von Porto ins Ausland zu verschiffen.

„Wer im Duoro produziert, kann nun erstmals einflaschen und exportieren ohne durch Porto zu kommen", erklärte der Direktor des staatlichen Instituto do Winho do Porto, Leopoldo Mourao. Damit entspreche die Regierung dem langjährigen Wunsch der etwa 80 000 von der Portweinherstellung lebenden Familien, nicht mehr unbedingt von den Exporteuren abhängig zu sein.

Jedoch mißt Mourao dem Erlaß, der mit einer „heiligen Tradition" bricht, vor allem psychologischen Wert bei. Das Monopol der Exporthäuser Portos habe nie juristisch bestanden und gründe sich vor allem auf der Finanzkraft der Exporteure. Den Winzern fehle zumeist das nötige Kapital, um der Vorschrift entsprechend den Portwein eines Jahrgangs erst nach mindestens dreijährigem Altern auf den Markt zu bringen.

Über Qualität und Ursprung wird weiterhin streng der Verband der Duoro Weinbauern, die Casa do Duoro, wachen. Hier wird genau über jedes Weingut, über die hier produzierte Menge und den Erlös Buch geführt.

Von den 664 601 im Jahre 1984 vermarkteten Hektolitern Portwein wurden nur knapp zehn Prozent in Portugal selbst getrunken. Mit mehr als 35 Prozent war Frankreich mit Abstand der größte ausländische Abnehmer. Mit 25 876 Hektolitern oder knapp vier Prozent der Ausfuhren rangiert Deutschland auf Platz fünf der ausländischen Käufer.

Obwohl immer wieder Fälle von Portweinverschnitten aufgedeckt werden, ist es dem Portweininstitut bislang nicht gelungen, den gesamten Export in Flaschen auszuführen. Immer noch werden etwa 25 Prozent des Portweins vor allem nach Spanien, Belgien und Holland in Fässern ausgeführt.

f. n.

WELT-Gespräche mit Minister F. dos Santos Martins und Direktor J. Viana Baptista

Nach dem Eintritt in die EG erhöhten sich die Exportchancen

Bei gleicher Produktivität liegen Lohnkosten in Portugal um knapp zwei Drittel niedriger als in Deutschland", betont der im Kabinett von Ministerpräsident Anibal Cavaco Silva für Industrie und Handel zuständige Minister Fernando dos Santos Martins (56). Für Textilien, Schuhe, Metall- und Plastikformen, Ersatzteile und überhaupt für jede Herstellung, die viel mit Technologie gepaarte Handarbeit erfordere, sei Portugal deshalb für Unternehmen in Europa der geeignetste Standort.

Vorteile, die nach Ansicht des Ministers in Deutschland nicht genug bekannt seien. Nur so könne er sich erklären, daß deutsche Unternehmen 1985 in Portugal weit weniger investierten als britische, französische und belgische. Zu den bereits seit mehreren Jahrzehnten erfolgreich in Portugal ansässigen deutschen Firmen seien in jüngster Zeit keine nennenswerten Neuansiedlungen hinzugekommen.

Durch den am 1. Januar dieses Jahres vollzogenen Eintritt Portugals in die Europäische Gemeinschaft seien die Wachstumschancen des portugiesischen Exports entscheidend vergrößert worden. Bislang den Export hemmende Quoten fielen fort. Die noch bestehenden Schranken im Handel mit der Europäischen Gemeinschaft würden, wie im Beitrittsvertrag festgelegt, mit Ausnahme von Textilien in den kommenden sieben Jahren beseitigt. So sei der EG-Beitritt in weiten Kreisen der portugiesischen Unternehmerschaft mit Enthusiasmus aufgenommen worden.

Neue Handelsperspektiven für sein Land als Drehscheibe zwischen Nord und Süd erkennt der Minister auch in der Verknüpfung mitteleuropäischen Wirtschaftspotentials mit Portugals erprobten Verbindungen zu seinen ehemaligen Kolonien. Santos Martins: „Wir kennen die Gegebenheiten, Mentalitäten und Bedürfnisse in Angola, Moçambique und Brasilien wahrscheinlich besser als alle übrigen Europäer."

Der erdrückenden Last einer absurden Bürokratie, die bisher viele Investoren abgeschreckt habe, werde nun mit dem Gesetz 326/85 entschlossen zu Leibe gerückt. Seit Januar würden Investitionsvorhaben aus EG-Ländern bis zu 1,5 Millionen ECU ohne Verzögerung genehmigt.

Das von José Viana Baptista geleitete Institut für Ausländische Investitionen leistet die dafür nötige Information und Koordination. Viana Baptista: „Die Regierung wird an ihrer Verpflichtung, Zölle jährlich um zehn bis 15 Prozent abzubauen, festhalten." Dennoch erwartet Santos Martins keine merkliche Zunahme der portugiesischen Importe. Denn der *portugiesische Binnenmarkt sei mit* knapp zehn Millionen Menschen für rasch ansteigende Einfuhren zu klein



Fernando dos Santos Martins
FOTO: FLORIAN NEHM

und mit importierten Verbrauchsgütern bereits gut versorgt.

Die Auslandsverschuldung, die nach Schätzungen der Portugiesischen Zentralbank in diesem Jahr um 1,3 Milliarden auf 17,5 Milliarden Dollar ansteigen wird, mache ihm angesichts sinkender Zinsen und Ölpreise keine Sorgen. Zurückhaltend äußert sich Santos Martins hingegen zur voraussichtlichen Entwicklung der Inflationsrate. Sie wird für das laufende Jahr auf 15 Prozent geschätzt und soll nach dem Willen von Finanzminister Miguel Ribeiro Cadilhe innerhalb von drei Jahren auf fünf Prozent gesenkt werden.

Erstmals seit der „Revolution der Nelken" im Jahre 1974 sei mit der amtierenden sozialdemokratischen Mitte-Rechts-Regierung der PSD eine homogene und marktwirtschaftlich orientierte politische Gruppierung für die Wirtschaftpolitik verantwortlich. Sie bekenne sich zur Privatinitiative und sei bestrebt, auch mit Steuersenkungen ein attraktives Investitionsklima zu schaffen.

Eine Reform der sozialistischen Arbeitsgesetzgebung, die Entlassungen praktisch unmöglich macht, sei, so der Minister, eines der erklärten Ziele seiner Regierung. Da sich aber das Kabinett Cavaco Silva im Parlament nur auf 88 der 250 Abgeordneten stützen könne, sei unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen nicht mit raschen Erfolgen zu rechnen.

Erfolge seien hingegen beim Abbau der weit überdimensionierten und unrentablen staatlichen Unternehmen zu verzeichnen. Da die Verfassung die Privatisierung von Staatsfirmen nicht erlaubt, werde auf marode Betriebe unter Androhung ihrer Auflösung erheblicher Druck zur Rationalisierung ausgeübt.

Große Hoffnungen setzt Santos Martins, der an der Lissabonner Universität Finanzlehre unterrichtet, in die heranwachsenden Generationen junger Unternehmer. „Diese Jugend träumt heute nicht mehr davon, in irgendeinem unproduktiven Staatsunternehmen unterzukommen, sondern will eigene Firmen gründen. Die jungen Leute um die dreißig sind von der Revolution unbelastet und wollen in ihrem Leben etwas erreichen."

Dennoch fehle es in Portugal traditionell an guten Leuten im mittleren Management: „Ein Bereich, in dem besonders Deutsche Firmen uns bei der Ausbildung helfen können." Denn so, wie in Portugal die Juristerei französisch und der Handel britisch beeinflußt seien, gälten für die portugiesische Industrie viele deutsche Traditionen.

Befriedigt äußert sich Santos Martins, der von 1955 bis 1957 in Erlangen Ingenieurswissenschaften studierte, fließend Deutsch spricht und täglich die WELT ließt, über seine ersten Erfahrungen im Brüssler Ministerrat: „Am ersten Tag waren meine elf Ressortkollegen sehr neugierig zu sehen, wie der neue Portugiese in ihrer Runde wohl auftreten würde."

FLORIAN NEHM



Industrie in malerischer Umgebung: Zementfabrik in Setúbal
FOTO: POLY PRESS

Vorsichtiger Optimismus bei Bankiers und Unternehmern

Mit vorsichtigem Optimismus beurteilt Rui Vilar, Präsident der Banco Espirito Santo, die wirtschaftlichen Aussichten Portugals. Vor allem die politischen Bedingungen einer Minderheitsregierung veranlassen nach Ansicht des Chefs der bis zu ihrer Verstaatlichung größten Privatbank Portugals, in- und ausländische Investoren zu einer eher abwartenden Haltung. Und dies, obwohl wirtschaftliche Schlüsseldaten wie Inflation und Investitionsanreize zunehmen positiv ausfallen.

Die portugiesischen Unternehmer täten sich mit der Erholung von dem zurückliegenden Revolutionsschock schwerer als erwartet und ließen dabei viele Chancen ungenutzt. Auch kapitalkräftige Unternehmer trauten sich noch nicht, größere Projekte anzufassen. So leide beispielsweise die Fischereiflotte trotz exklusiver portugiesischer Fangrechte immer noch an Veralterung und mangelnder Kapazität.

Die Verstaatlichung der zwölf Privatbanken sei heute nicht mehr rückgängig zu machen. Obwohl staatlich, sei die von ihm geführte Bank des „Heiligen Geistes" an profitablen Ergebnissen interessiert. Der Wettbewerb mit den sich wieder entwickelnden Privatbanken zwinge alle Staatsbanken zur Effizienz. Auch er werde, obwohl der Sozialistischen Partei angehörend, von dem Sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Cavaco Silva ausschließlich nach Leistung beurteilt.

flo

INDUSTRIE-ENTWICKLUNG

Aussichten für das neue Jahr sind ermutigend

Portugal hat einen wichtigen Industrie- und Dienstleistungssektor. Im Gegensatz dazu liegt die Landwirtschaft darnieder. Die chronische Schwäche der Agrarproduktion und die damit unvermeidliche Zuflucht zu Importen hat das Handelsdefizit Portugals stark anwachsen lassen. Ein Viertel des Gesamtdefizits wird durch die Einfuhr von Nahrungsmittel verursacht.

Der vom Tourismus beherrschte *Dienstleistungssektor* hatte in den letzten Jahren entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaft. Sein Beitrag zum Bruttosozialprodukt erhöhte sich von 40 Prozent Ende der siebziger Jahre auf 56,5 Prozent 1984.

Die portugiesische Industrie besteht zu 99 Prozent aus kleinen und mittleren Anlagen. Ein Drittel davon ist von ausländischer Technologie, Ausrüstung und Energie abhängig. Die industrielle Produktion stützt sich hauptsächlich auf die menschliche Arbeitskraft. Aufgrund der langen Serie von Wechselfällen zeigen die meisten Firmen organisatorische, Management- und Produktivitätsschwächen. Diese Mängel verhinderten eine Umstrukturierung der Industrie, was fast zur Stagnation der industriellen Komponente in der Inlandsproduktion führte.

Die Bedeutung der Industriebetriebe, die in den Zentren entlang der Küste und in den Distrikten Braga, Oporto, Aveiro, Lissabon und Setúbal liegen, ergibt sich aus der Rolle, die sie im Export spielen. Die 60 Prozent der Arbeitskräfte, die dort tätig sind, produzieren die Hälfte des industriellen Exports. Die Firmen vertreiben Nahrungsmittel, Getränke, Textilien, Kleidung, Schuhe, Holz und Kork, nicht-metallische Minerale und Mechanikteile aus Metall.

In einem armen Land wie Portugal ist natürlich eine ausgebaute Infrastruktur Bedingung für jede weitere Entwicklung. Die Investitionen für diesen Bereich sind zwar erhöht worden, müssen aber der schwierigen konjunkturellen Situation angepaßt werden. Woraus folgt, daß die Prioritäten bei exportorientierten, arbeitsintensiven und wenig ausländisches Kapital erfordernden Projekten liegt.

Eines der größten Hindernisse für eine Erhöhung der Investitionen war die defizitäre Lage der Auslandskonten. Mit zahlreichen Programmen und stark restriktiven Maßnahmen versuchte man, einen Ausgleich zu erreichen.

1981 und 1982 sah sich die Regierung sogar gezwungen, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds einen Stabilisierungsplan auszuarbeiten. Das Defizit fiel daraufhin von 3,3 Milliarden Dollar (13,3 Prozent des BSP) 1982 auf 623 Millionen Dollar (3,1 Prozent des BSP) 1984.

Zu diesen Maßnahmen gibt es natürlich noch eine negative Kehrseite der Medaille. Das Investitionsniveau fiel 1985 um fünf bis sieben Prozent. Die Nachfrage fiel insgesamt um 0,5 Prozent.

Die Aussichten für 1986 sind ermutigend. Vorhersagen notieren ein reales Wachstum von vier Prozent, eine Zunahme der privaten Ausgaben von 3,5 Prozent. Die öffentlichen Ausgaben erhöhen sich um ein Prozent, die Investitionen mit einer hohen Beteiligung auf dem öffentlichen Sektor um zehn Prozent. Die Inflationsrate soll auf 14 Prozent gesenkt werden.

Die eigenen Gelder waren, obwohl es sich um ein Fünftel des Bruttosozialprodukts handelt, nicht ausreichend für die Investmentfinanzierung. Es wird geschätzt, daß gegenwärtig fast 70 Prozent des Gesamt-Investment durch mittel- und langfristige Kredite finanziert werden. Eigenfinanzierung und ausländische Kredite besorgen den Rest.

Bestimmte Projekte werden jedoch immer noch durch kurzfristige Bankanleihen finanziert, mit allen Schwierigkeiten, die diese Situation für das Management der betreffenden Firmen bringt. Die mittel- und langfristigen Kredite werden jedoch langsam aber sicher zum Hauptbestandteil der internen Kreditstruktur. Ihre Zahl stieg von 44,8 Prozent 1981 auf 56 Prozent 1984.

OLIVEIRA PINTO

Redaktion: H.- H. Holzamer
Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

